Offener Brief zum grünen Friedensmanifest S.8



Arbeiterkampf

Jg.11 Nr. 211 26.10.81 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 3 Förderpreis DM 5,–

Frauen-Gewalt?

Drum bleibe im Lande und wehre Dich redlich ...

Seite 22

Reagan: Es gibt Wichtigeres als Europa

Heftige Aufregung für ein paar Tage verursachte ein seniles Gestammel, mit dem der US-Präsident Reagan auf einer Pressekonferenz aufgetreten war. Reagan hatte dort dem Verdacht Nahrung gegeben, die USA könnten mit einem auf Europa begrenzten Atomkrieg kalkulieren. Das empörte ganz besonders einige sozialdemokratische Politiker, die sich in ihren Bemühungen sabottiert sahen, die hiesige Friedensbewegung in Schach zu halten. Konservative Politiker und Publizisten wiesen diese Empörung als "geradezu hysterische Reaktion" (CDU/CSU-Militärexperte Weiskirch) zurück und konterten, daß Reagan nicht mehr als die offizielle NATO-Strategie der „flexiblen Antwort" vorgetragen habe.

Kritik erntete Reagan trotzdem auch von konservativer Seite : "Sicherlich wäre es besser gewesen, der Präsident hätte überhaupt nicht Stellung genommen. Es wäre auch geschickter gewesen, hinter unverbindlichen Worten zu verbergen, was er wirklich denkt", nörgelte der "FAZ"Militärspezialist Weinstein. Und Springers "Welt" (21.10.) mahnte, *"daß der Präsident in den sensitiven Fragen der Allianz-Politik sowohl mehr Kenntnisse wie auch mehr Zurückhaltung an den Tag legen muß, damit die antiamerikanischen Schlagworte nicht neue Nahrung bekommen".*

Weit unfeiner, aber dafür treffender und präziser drückte Klaus Wolschner in der "TAZ" (22.10.) den Sachverhalt aus : *"Der amerikanische Präsident, der letztlich die Entscheidung über den Einsatz der Atomwaffen fällt, quatscht wie ein Besoffener und kennt sich möglicherweise auch so genau gar nicht aus".*

Gefragt worden war Reagan : *"Glauben Sie, daß es einen begrenzten Schlagabtausch von Nuklearwaffen zwischen uns und der Sowjetunion geben kann oder daß er einfach automatisch eskalieren müßte ?".* Reagan, der das Heikle der Frage offenbar dumpf begriffen hatte, wich zunächst aus, schwatzte dann ein bißchen wirres Zeug und kam schließlich doch zum Punkt. Die "Welt" (20.10.) gibt Reagans Antwort folgendermaßen wieder : *"Ehrlich gesagt, ich weiß es nicht. Irgendwann einmal, also man sucht doch auf der ganzen Welt und forscht danach, endlich die Defensivwaffe überhaupt zu finden. Es hat noch nie eine Waffe gegeben, die nicht irgendwo für Verteidigungszwecke vorgesehen gewesen ist. Aber natürlich, die einzige Verteidigung, wissen Sie, die man hat, ist, die andere Seite schießt ihre Waffen ab und wir schießen unsere Waffen ab.* Und wenn

Fortsetzung Seite 2



Europa: Es gibt Wichtigeres als Reagan

Hunderttausende auf Friedensdemos in Rom, Paris, Brüssel, London

Rund eine Dreiviertelmillion Menschen ging am dritten Oktoberwochenende in westeuropäischen Hauptstädten auf die Straße, um für Frieden und Abrüstung zu demonstrieren. Über die Grenzen hinweg sind die Menschen entsetzt über eine Perspektive, die ihnen die amerikanische Regierung von Tag zu Tag drastischer vor Augen führt: Daß Europa als Schauplatz eines atomaren Kriegs vorgesehen ist.

Zwar versuchen Regierungen und andere bürgerliche Kräfte überall Einfluß zu nehmen und den Protestierenden die unterschiedlichsten Motivationen zu unterstellen (bis hin zu der abstrusen Behauptung, die Bonner Demonstranten seien von deutsch-nationalen Beweggründen geleitet gewesen). Doch zeigt der internationale Charakter dieser Bewegung am besten auf, was die Menschen treibt: Keine „Nachrüstung", Kein Krieg!

Mit 300 000 Teilnehmern fand am 24. Oktober in Rom die größte Demonstration statt, womit die hier und dort geäußerte These, bei den Italienern sei in Sachen Friedenspolitik der Groschen noch nicht gefallen, eindrucksvoll widerlegt wurde. Hier war es insbesondere die PCI, die zu dieser riesigen Mobilisierung beigetragen hatte. Am gleichen Tag demonstrierten in London über 150 000, darunter Gewerkschafter, Christen, Umweltschützer, Labour und Linke aller Schattierungen, während die neugegründeten Sozialdemokraten nicht teilnahmen. Über 4 Stunden dauerte der Aufmarsch im Hyde Park. Die Parolen der Demonstranten richteten sich vor allem gegen die Politik Reagans und gegen die „eisern" mit ihm verbündete Premierministerin Thatcher. Michael Foot, Vorsitzender der Labour Party, wiederholte die Forderung nach einseitiger nuklearer Abrüstung. E.P. Thompsen (Russell Peace Foundation und Campagne for Nuclear Disarmament) sagte unter großem Beifall, daß die Kriegsgefahr in erster Linie von der aggressiven Politik der US-Administration herrühre.

250 000 waren es dann am 25.10. in Brüssel. Nachdem vor zwei Jahren hier bereits 25 000 Menschen gegen den NATORüstungsbeschluß demonstriert hatten, schlägt diese Demonstration nun alles bisher in Belgien Dagewesene. Veranstalter war das CNAPD (nationales Komitee für Frieden und Entwicklung), in dem ein breites Spektrum von Sozialisten, Linken, Ökologen usw. vertreten ist. Zahlreiche ausländische Delegationen waren erschienen, so aus den Niederlanden, Luxemburg und Dänemark, der BRD und sogar aus Japan. Noch nie soll es, nach Aussagen belgischer Genossen, eine derartige Einheit von Flamen und Wallonen gegeben haben ... In Brüssel waren die Regierung und die Parlamentsfraktionen besonders stark bemüht, eine angebliche Interessenidentität mit der Friedensbewegung zu behaupten (im belgischen Parlament ist die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen umstritten; die Regierung hat bisher noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt). Die Organisatoren der Demonstration scheinen diesen Umarmungsversuchen weit entgegengekommen zu sein: Minister und Parlamentarier konnten sich in der ersten Reihe präsentieren, ein Empfang durch den Außenminister wurde wahrgenommen usw.

Trotz verhältnismäßig kurzfristiger Mobilisierung kamen auch in Paris an die 50 000 Menschen zu einer Friedensdemonstration, die von der KPF und ihrer Jugendorganisation veranstaltet wurde. LCR und andere linke Gruppen hatten ebenfalls aufgerufen. Gefordert wurde ein „weltweites Verbot der Neutronenbombe" (von der Regierung Mitterand wird die Produktion von Neutronenbomben wohlwollend erwogen) und „Abrüstung in Ost und West". Vereinzelt war auch die Parole „Nein zu den französichen Kriegskrediten" zu hören – in Anspielung an die SPD 1914. Um eine billige Rechtfertigung ihres Boykotts bemüht, erklärte die PS, wer gegen amerikanische Mittelstreckenraketen protestieree, der müsse auch gegen die SS-20 sein. In ihrem Schlepptau sprachen sich auch die PSU und einige ökologische Gruppen für eine Nichtteilnahme aus, da die Stoßrichtung „zu einseitig" sei. Allerdings: An der Spitze der Demonstration wurde ein Transparent „Weder Pershing II noch SS-20" getragen! Am selben Tag sprachen die Sozialisten auf ihrem Parteitag ihre Unterstützung für die Mitterand'sche Außenpolitik aus, die eine westliche „Nachrüstung" vorsieht, um aus einer „Position der Stärke" mit der Sowjetunion zu „verhandeln". Die Demonstration markiert das Aufbrechen des Regierungs-Konsenses von PS und PCF in der allerwichtigsten Frage.

Polen: Kann die Demokratisierung den Winter überleben ?

Die Ablösung des kaum ein Jahr amtierenden Parteichefs Kania durch General Jaruzelski signalisiert einen Konfrontationskurs gegen die Oppositionskräfte, vor allem gegen die Gewerkschaft Solidarnosc. Das ZK der polnischen Staatspartei (PVAP) hat auf seiner letzten Tagung die bisherige Politik gegenüber der Solidarnosc als inkonsequent, defensiv und zurückweichend verworfen. „Zur Sicherung der öffentlichen Ordnung und zum Entgegenwirken gegen die Anarchisierung des Lebens" wurden „entschiedene Aktionen" der Polizei und des Militärs angekündigt, ohne diese Ankündigungen allerdings zu konkretisieren. An die Solidarnosc hat das ZK der PVAP eine Reihe scharf formulierter Forderungen gerichtet, worunter der „unverzügliche Verzicht auf Streikaktionen" der schwerwiegendste Punkt ist. Auch die Forderung an die Solidarnosc, „die Bündnisse mit den sozialistischen Ländern durch praktisches Handeln anzuerkennen und sich der antisowjetischen Kampagne entgegenzustellen", wird in der Gewerkschaft auf wenig Sympathie stoßen.

Mit Drohungen an die Adresse der Opposition hat die polnische Führung seit dem Beginn des Konflikts im Hochsommer 1980 schon wiederholt operiert, ohne diese Drohungen praktisch einzulösen. Das hat weithin der Meinung Stoff gegeben, die polnische Führung sei ohnehin nur wie ein Hund, der zwar kläfft, aber nicht zubeissen wird. Der Ton des neuen ZK-Beschlusses deutet jedoch darauf hin, daß ein Punkt erreicht ist, wo die Politik der folgenlosen Drohungen an ihre Grenzen gestoßen ist, und wo in der Partei die „Falken", also die Befürworter einer scharfen Konfrontation, an Boden gewonnen haben.

Indessen halten die vielen örtlichen wilden Streiks an, es kommt zu einzelnen heftigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und Teilen der Bevölkerung. Die Gruppe um Walesa, der die Drohungen der Partei- und Staatsführung offenbar ernst nimmt und zu einer taktischen Zurückhaltung rät, hat in der Solidarnosc eine wichtige Niederlage erlitten: Die Gewerkschaft ruft zu einem landesweiten Generalstreik auf. Falls die Regierung diesen Streik nicht in letzter Minute noch verhindern kann, dürften ihre weiteren Chancen nicht sehr gut sein, und die von der Sowjetunion und der DDR angepeitschten „Falken" werden ihren Druck verstärken. Andererseits wird das Stattfinden eines ‚erfolgreichen' Generalstreiks auch in der Solidarnosc die radikalen Kräfte bestätigen, die gegen jede Zurückhaltung sind. Die kritischsten Momente werden wohl in den Wintermonaten bevorstehen, wenn zu den sonstigen Versorgungsmängeln auch noch der Mangel an Kohle und Heizöl spürbar wird. Die Zeit für einen Entscheidungskampf scheint ziemlich nahe zu sein.

Wir dokumentieren den Beschluß der letzten Sitzung des ZK der PVAP im Wortlaut.

(siehe Seite 3)

Polizeieinsatz gegen Neo-Nazis in München

Eine gelungene Inszenierung

Zwei tote Neo-Nazis, ein weiterer verwundet, zwei auf der Stelle festgenommen, die Festnahmen des „VSBD"-Chefs Busse und eines weiteren Nazis im Anschluß, vier Festnahmen am Tag darauf in Belgien – das ist die vorläufige Bilanz des in der BRD bisher spektakulärsten Polizeieinsatzes gegen eine Nazi-Bande. Offizielle Stellen, voran ausgerechnet Strauß, Tandler und Bundesanwalt Rebmann, überschlagen sich vor Lob für den „glänzenden Beweis für die Wachsamkeit im Kampf gegen den Rechtsextremismus", den „Kampf gegen extremistische Gewalttäter", gegen „den Terrorismus". Der Polizeieinsatz wird als „erfolgreich" gelobt, die Zusammenarbeit der an der Aktion beteiligten Bundes-, bayerischen Landes- und Sonderpolizeien (VS, BKA, LKA, SEK u.a.) im Gegensatz zu dem „Kompetenzgerangel" nach dem Attentat in München als „reibungslos" herausgestrichen. Die Sympathie der veröffentlichten Meinung ist dem „entschiedenen Vorgehen gegen den Terrorismus" gewiß.

Ausführlicher Artikel auf Seite 14

Fortsetzung von Seite 1

man nun in dieser Art von Patt steht, kann ich mir denken, daß es da einen Schlagabtausch von taktischen Waffen gegen Truppen im Felde geben kann, ohne daß eine der beiden Supermächte auf den Knopf für die großen Waffen drücken müßte".

Sensationelles enthält dieses Gestammel des US-Präsidenten wirklich nicht. Allerdings war die an ihn gerichtete Frage ausdrücklich damit eingeleitet worden, daß *"einige Leute in Europa"* Angst hätten, **„daß sie am Ende Stellvertreter-Opfer werden können in einem Krieg zwischen uns und der Sowjetunion"**. Auf diese Fragestellung hätte Reagan natürlich überlegter und geschickter eingehen können. Die zuständigen Fachkräfte werden ihm inzwischen wohl den entsprechenden Nachhilfe-Unterricht gegeben haben.

Genau besehen liegt Reagans Fehler darin, daß er einem zentralen Dogma der für Westeuropa bestimmten NATO-Propaganda widersprochen hat. Dieses Dogma besagt : **Ein Atomkrieg sei keinesfalls regional zu begrenzen, sondern werde, einmal begonnen, unvermeidlich im totalen atomaren Schlagabtausch enden.** Das ist zwar militärisch betrachtet grober Unfug und widerspricht sämtlichen einschlägigen NATO-Planspielen. Trotzdem ist es in der P r o p a g a n d a der NATO-Politiker und -Militärs, soweit diese an die Völker Westeuropas adressiert ist, augenblicklich ein Zentralpunkt. Denn mit diesem Dogma soll jeder Verdacht entkräftet werden, die USA könnten auf einen begrenzten Atomkrieg mit Europa als Poker-Einsatz spekulieren.

Eng damit verbunden ist ein zweites Dogma der NATO-Propaganda, an das Reagan sich auf der Pressekonferenz immerhin richtig erinnerte : **Ein atomarer Krieg sei nicht zu gewinnen. In dieser Einsicht unterscheide sich die NATO von der Sowjetunion, die nämlich einen Atomkrieg sowohl für möglich wie auch für ihrerseits gewinnbar halte.** (Reagan : *"Ich muß Sie darauf hinweisen, daß alles in den sowjetischen Handbüchern darauf hindeutet, daß die Sowjetunion im Gegensatz zu uns glaubt, ein Nuklearkrieg sei möglich, und daß sie glaubt, er sei auch gewinnbar").* Mit diesem zweiten Dogma der NATO-Progaganda soll dem um sich greifenden Vorwurf begegnet werden, es seien die USA, die derzeit danach streben, einen Atomkrieg sowohl führbar wie auch militärisch gewinnbar zu machen.

Im Zusammenhang betrachtet besagen die beiden obersten Dogmen der NATO-Propaganda also Folgendes : W e n n es jemals dazu kommen sollte, daß irgendwo auf der Welt 'taktische' Atomwaffen eingesetzt werden, wird die weitere Kriegführung u n v e r m e i d l i c h zum totalen, globalen atomaren Schlagabtausch eskalieren, in dem es keinen militärischen Sieger, sondern nur absolute Vernichtung und Zerstörung geben wird. Das Atomwaffen-Potenzial der NATO sei folglich nicht dazu bestimmt, einen Krieg z u g e w i n n e n (was gar nicht möglich sei), sondern ihn zu v e r h i n d e r n.

Im Zusammenhang betrachtet besagen die beiden obersten Dogmen der NATO-Propaganda also Folgendes : W e n n es jemals dazu kommen sollte, daß irgendwo auf der Welt 'taktische' Atom-

Es handelt sich wohlgemerkt um Dogmen der Propaganda. Militärische Doktrinen, also r e a l e Denkmuster und Handlungsanleitungen, sind das selbstverständlich nicht. Wenn die NATO-Militärs wirklich davon ausgehen würden, daß ein Atomkrieg nicht regional zu begrenzen ist, sondern unvermeidlich global eskaliert, wäre es beispielsweise völlig sinnlos, in der BRD Tausende von 'taktischen' Atomwaffen aufzustellen. Es würde in diesem Fall ausreichen, mit den 'strategischen' Atomwaffen in den USA zu drohen. Auch die geplante Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa gäbe gar keinen Sinn, wenn sowieso davon ausgegangen würde, daß ein Atomkrieg 1. unvermeidlich den 'strategischen' Schlagabtausch provoziert und 2. unter keinen Umständen militärisch zu gewinnen sei. Propaganda-Dogmen sind eben etwas ganz anderes als Militär-Doktrinen. Und die Militär-Doktrin der NATO ist die "Flexible Antwort". Das bedeutet , daß an einem bestimmten Punkt der Kriegsführung zunächst 'taktische Gefechtswaffen' (begrenzte Reichweite, begrenzte Wirkung) mit Atomsprengköpfen eingesetzt werden könnten, o h n e daß sich daraus der totale Atomkrieg entwickeln müßte. Um einen s o l c h e n begrenzten Atomkrieg führbar zu machen, hat die NATO ein riesiges Potenzial an 'taktischen' Atomwaffen produziert, das vor allem auf dem Gebiet der BRD konzentriert ist. Die NATO-Militärs kalkulieren ganz rational, daß die Sowjetunion wahrscheinlich auf eine begrenzte atomare Kriegsführung in Europa nicht automatisch mit Atomschlägen gegen das Gebiet der USA kontern würde, bei denen sie im Gegenschlag ihre eigene totale Vernichtung riskieren würde.

Es ist hinreichend bekannt, daß bei den Manövern und Planspielen der NATO schon auf s e h r f r ü h e r Stufe mit dem Einsatz von ('taktischen') Atomwaffen kalkuliert wird. Das wäre ganz bestimmt nicht der Fall, wenn die NATO-Militärs einen unvermeidlichen Automatismus zwischen dem Einsatz von 'taktischen' Atomwaffen und dem totalen Atomkrieg (also auch der Vernichtung der USA) annehmen würden. Im Gegenteil zeigen gerade diese Planspiele unzweifelhaft, daß die NATO-Militärs sehr wohl auf die Gewinnbarkeit eines Krieges unter Einbeziehung von 'taktischen' Atomwaffen kalkulieren. Für naive Zweifler hat der General a.D. Schmückle (bis März 1980 stellvertretender NATO-Oberbefehlshaber in Europa) den Sachverhalt in Klartext formuliert : **"Die NATO hat eine Strategie der 'angemessenen Antwort'. Mit ihrer Hilfe soll jeder Angriff bei möglichst geringem Geländegewinn und auf einer möglichst geringen Stufe des Waffeneinsatzes erstickt werden. Der Angreifer soll dadurch zur Besinnung gebracht werden, daß er, je weiter er vordringt, ein um so höheres Risiko westlichen Waffeneinsatzes eingeht. So gesehen, kann ein Angriff lokal oder regional oder europaweit zum Stehen gebracht werden. Nichts anderes hat der Präsident gesagt. Natürlich ist es denkbar, daß taktische Waffen nur im Raum des Schlachtfeldes verwendet werden ...".("Welt" , 21.10.'81).**

der General a.D. Schmückle (bis März 1980 stellvertretender NATO-Oberbefehlshaber in Europa) den Sachverhalt in Klartext formuliert : "Die NATO hat eine Strategie der 'angemessenen Antwort'. Mit

Genauso stellen die NATO-Militärs sich die Sache vor. Und geheim sind diese Überlegungen keinesfalls. Es ist darum nichts als mies geschauspielerte Scheinheiligkeit, wenn sich jetzt SPD-Politiker, die die Militärpolitik der Bundesregierung erklärtermaßen unterstützen (Karsten Voigt, Hans Koschnick u.a.) , über Reagans Äusserungen empört geben. Reagan hat, wie der General Schmückle völlig richtig schreibt, *"nur die gemeinsam beschlossene Strategie beschrieben"*. - Man kann ja die Frage auch einmal ganz anders stellen : Würde die Bundesregierung die Stationierung von einigen Tausend 'taktischen' Atomwaffen in der BRD etwa gutheissen, wenn sie wirklich 100%ig davon überzeugt wäre, daß der Einsatz auch nur einer einzigen dieser Waffen u n v e r m e i d l i c h zum totalen Atomkrieg, also insbesondere auch zur Vernichtung der BRD, führen würde?

Wenn man der "Welt" (21.10.) glauben darf, hat k e i n e e i n z i g e Zeitung oder Nachrichtenagentur der USA überhaupt von Reagans hierzulande so aufgeregt registrierten Äusserungen Notiz genommen, obwohl besagte Pressekonferenz immerhin mit US-amerikanischen Zeitungsverlegern stattfand. Glaubhaft ist das schon, denn Selbstverständlichkeiten und Banalitäten sind nun einmal keine Nachricht. In den USA hätte es Aufregung nur gemacht, wenn Reagan auf die Frage g e g e n t e i l i g geantwortet hätte, also wenn er ungefähr gesagt hätte : "Ich glaube, daß jeder Einsatz von Atomwaffen irgendwo auf der Welt unvermeidlich zum totalen Atomkrieg führen würde, in dem die USA unrettbar zugrunde gehen würde". Hätte Reagan s o geantwortet (was im Sinne der beiden Haupt-Dogmen der an Europa adressierten NATO-Propaganda ganz korrekt gewesen wäre), wären ihm in den USA mit Sicherheit die Brocken um die Ohren geflogen. In diesem Punkt sind die Interessen zwischen den USA einerseits und Westeuropa andererseits nun einmal so widersprüchlich, daß j e d e präzise Antwort Tumult verursachen muß. Da hilft nur ein nichtssagendes Gequatsche weit an der Sache vorbei, das seine Leute inzwischen mit Reagan sicher eintrainiert haben werden. Die Ungeschicklichkeit des Präsidenten wird sich also kaum ein zweites Mal wiederholen. Die empörten SPD-Politiker können sich wieder abregen. Bloß am beschriebenen Sachverhalt hat sich gar nichts geändert. Im Atom-Poker der USA ist Europa nichts weiter als Kleingeld.

werden. Die Ungeschicklichkeit des Präsidenten wird sich also kaum ein zweites Mal wiederholen. Die empörten SPD-Politiker können sich wieder abregen. Bloß am beschriebenen Sachverhalt hat sich gar

„Schwarzer Block" in Bremen?

In einer gemeinsamen Aktion von Bundesanwaltschaft, Landeskriminalamt Niedersachsen und Bremer Kripo wurden am frühen Morgen des 21.10. drei Wohnungen und eine Werkstatt von Bremer Linken überfallen und durchsucht. Die laufenden Ermittlungen „wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung" mußten auch noch gleich dazu herhalten, die elterliche Wohnung von einem Beteiligten in Niedersachsen und die Wohnung seiner Schwester in Frankfurt zu durchsuchen. Zwar ist den Ermittlungsbehörden der Name dieser „terroristischen Vereinigung" unbekannt, aber die Taten, mehrere Sprengstoffanschläge, haben sie den Betroffenen bereits angedichtet. Die Beweise der Bundesanwaltschaft dürften eher mager sein: bereits nach höchstens einer Stunde waren alle Festgenommenen wieder auf freiem Fuß.

Wer was?

Während die Presse von acht „Terroristen" spricht, wissen die zahlreichen Betroffenen (weit mehr als acht) aus den Wohngemeinschaften bis heute nicht, wer von ihnen konkret gegen den § 129a verstoßen haben soll. Allein der bekannte linke Rechtsanwalt Wesemann wurde direkt der Mitgliedschaft in der namenlosen Vereinigung bezichtigt. Die Wohngemeinschaft in der Graudenzer Straße, die schon im Sommer Ziel eines Lauschangriffs durch den Verfassungsschutz und eines Polizeiüberfalls war, wurde ebenfalls durchsucht.

So willkürlich wie der Vorwurf fielen auch die Durchsuchungen und Beschlagnahmungen aus: Prozeßerklärungen von Heißler wurden mal mitgenommen, mal liegengelassen; außerdem Zeitungsausschnitte, Aufkleber, persönliche Notizen, Haushaltsgegenstände und ein Chemie-Bastelkasten. Dabei gab es noch Verständigungsschwierigkeiten zwischen den beteiligten Ämtern: manches wollten die Bundesanwälte nicht mitnehmen, doch Bremens Staatsanwälte von Bock und Pollach sowie Hampf hatten Interesse daran, auf wieder andere Gegenstände erhob nur das LKA Anspruch. Recht zahlreiche Indizien dafür, daß der Vorwurf der „Bildung einer terroristischen Vereinigung" v o l l s t ä n d i g konstruiert war, um überhaupt die Wohnungen durchsuchen zu können.

dizien dafür, daß der Vorwurf der „Bildung einer terroristischen Vereinigung" v o l l s t ä n d i g konstruiert war, um überhaupt die Wohnungen durchsuchen zu können.

Bremer Staatsanwälte in Beweisnot

Ein besonderes Interesse an den Durchsuchungen hatten offensichtlich die genannten Bremer Staatsanwälte. So sollte einer der beiden demnächst bei einem 6.Mai-Prozeß als Anklagevertreter fungieren, bei dem RA Wesemann verteidigen sollte. Die in der Angelegenheit § 129a gar nicht zuständigen Staatsanwälte nutzten die Gelegenheit: in der Kanzlei von RA Wesemann las der eine alle Prozeßakten, derer er habhaft werden konnte und ließ zusätzlich welche mitgehen; in der Graudenzer Straße tat Hampf dasselbe mit den Prozeßunterlagen eines Angeklagten. Diese absolute Schweinerei, die das Prinzip der „Waffengleichheit" in Strafprozessen völlig aufhebt, wurde sowohl von der Humanistischen Union als auch vom Republikanischen Anwaltsverein als „Gefahr für den Rechtsstaat" kritisiert. Nachdem RA Wesemann vor einigen Wochen mit der Information an die Presse gegangen war, daß sowohl seine Post geöffnet wie seine Telefongespräche abgehört werden, ergibt sich als ein Hintergrundaspekt der Bullenaktion der Versuch, einen politisch sehr aktiven und unbequemen Rechtsanwalt mit fast allen Mitteln mundtot zu machen.

Daneben scheint es allerdings weitere Motive zu geben. Bekanntermaßen war der Lauschangriff auf die WG in der Graudenzer Straße daran gescheitert, daß einige beherzte Mitbürger/innen die Spitzelwohnung gestürmt und den gesamten Vorfall an die Öffentlichkeit gezerrt hatten. Dabei stand der VS ziemlich dumm da und rechtfertigte sein Vorgehen mit dem Vorwand, die Observierten seien „terroristischer Taten verdächtig". Die noch gebliebenen Legitimationsprobleme sollten möglicherweise mit dieser Aktion gelöst werden. – Auch der von Polizeipräsident Diekmann nach dem 6. Mai 80 angekündigte große Schlag gegen die Bremer „Szene" ist dem Staatsapparat nicht nur mißlungen, sondern die Bremer Linke hat sich nach einem gewissen Tief im Sommer '80 ganz gut erholt und als (re)aktionsfähig erwiesen. In dieser Situation neuer massiver Einschüchterungsversuche sind allerdings Bündnisfähigkeit und Solidarität gefragt.

National gehört die Bremer Staatsschutzaktion in eine Reihe mit den Aktionen von Frankfurt, München und Stuttgart, die ein Teil der Befriedungsmaßnahmen gegen die sich verbreiternde Friedensbewegung und radikalisierte soziale Proteste sind.

National gehört die Bremer Staatsschutzaktion in eine Reihe mit den Aktionen von Frankfurt, München und Stuttgart, die ein Teil der Befriedungsmaßnahmen gegen die sich verbreiternde Friedensbewegung und

KB/Gruppe Bremen

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 20 oder 43 53 46; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als Förder-Abo jährlich 140, halbjährlich DM 75; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,–; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 6.000

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Protest gegen NPD-Parteitag

Ca. 1500 Leute protestierten am 24.10. in Völklingen gegen den am gleichen Tag stattfindenden NPD-Parteitag in der saarländischen Hüttenstadt. DGB und IGM hatten die Demonstration angemeldet, unterstützt wurde sie von so gut wie allen linken Gruppen. Daß in relativ kurzer Zeit und bei ausschließlich lokaler Mobilisierung eine so große und vor allem kämpferische Demonstration zustande kam, ist als ziemlicher Erfolg einzuschätzen. KB, Komitee gegen NATO und Bundeswehr und die „Saarhexe" hatten mit einem eigenen Flugblatt dazu aufgerufen, nicht nur an der Demo teilzunehmen, sondern auch eine Verhinderung des Faschistentreffens zu versuchen. So zog im Anschluß an die Demo ein linker Block von 200 Leuten vor die Tagungsstätte der NPD, um Parolen zu rufen und den Ablauf zu stören. Auch der eine oder andere Gewerkschafter ließ sich dort blicken. Ein massives Polizeiaufgebot sorgte jedoch dafür, daß der NPD kein Ungemach zuteil wurde.

Es war den Behörden mal wieder „unmöglich" gewesen, ein Verbot auszusprechen, und die Tagungsräume hatte die NPD von einem SPD-nahen Verein bekommen — natürlich nur aus reiner „Schludrigkeit". Offensichtlich versucht die NPD, ihre Demagogie gerade in solchen, von Arbeitslosigkeit stark betroffenen Ort wie Völklingen loszuwerden. Zudem scheinen Polizei und „Sonderkommandos" im Saargebiet zugunsten von Nazuis besonders aktiv zu sein. Dies bekamen Anifaschisten schon am 14.3.81 zu spüren, als die NPD im SPD-regierten St. Ingbert ihren Landesparteitag abhielt, und ein protestierender Demonstrant von der Polizei verletzt und festgenommen wurde. Erneut Prügel gab es beim nationalen HIAG-Treffen am 25.5. d.J. in Saarbrücken. Hier wurden sechs Antifaschisten verhaftet und erkennungsdienstlich behandelt. Anfang April schützten polizeiliche Spezialeinheiten eine DVU-Versammlung in Saarbrücken, und am 6.10. waren sie dabei, als 200 Jungnazis durch die Innenstadt zogen. Am 12.9.80 war es sogar soweit gekommen, daß Bullen und Neonazis anläßlich eines öffentlichen Rekrutengelöbnisses gemeinsam auf Friedensdemonstranten einschlugen. Kein Wunder, daß sich die Nazis ihrerseits ermunert fühlen, z.B. Säureanschläge gegen einen DKP-Buchladen durchzuführen oder einen antifaschistischen Vortrag in Merzig zu sprengen.

Nach einem Bericht der Saarbrücker KB-Gruppe



Wenigstens die dringlichste Forderung dieser Frankfurter Demonstration vom 3.10. ist (hoffentlich nicht vorübergehend) erfüllt: Andy, Bernhard, Matz und Gustav, angeklagt wegen der Bildung der sog. „terroristischen Vereinigung Schwarzer Block" sind inzwischen wieder auf freiem Fuß. Selbst die Staatsanwälte hatten die Aussetzung der Haft gefordert, da die Vorwürfe gegen die vier offensichtlich unhaltbar waren. Der Ermittlungsrichter besaß zum Schluß noch die Unverschämtheit, zu erklären, er sei zwar nach wie vor von der „Schuld" der vier „überzeugt", müsse sich aber aus „verfassungsrechtlichen Gründen" den Anträgen der Verteidiger und Staatsanwälte beugen. Nun besteht das einzigartige Novum in Frankfurt, daß es eine vom BKA und der Bundesanwaltschaft aus der Taufe gehobene, saugefährliche „terroristische Vereinigung", aber nicht einmal Inhaftierte gibt... Mal sehen, was die sich noch einfallen lassen.

Beschluß der 4. Tagung des ZK der PVAP

Warschau (ADN). Der Beschluß der 4. Tagung des ZK der PVAP hat folgenden Wortlaut:

Das Zentralkomitee der PVAP bestätigt den in den Referaten des Politbüros enthaltenen und in der Diskussion ergänzten Standpunkt zu den Schlüsselproblemen der gesellschaftlichen und ökonomischen Situation des Landes sowie zu den Aufgaben der ideologischen Arbeit der Partei. Auf dem IX. Außerordentlichen Parteitag hat die Partei ein Programm des Auswegs aus der Krise erarbeitet, das eine neue Perspektive der sozialistischen Entwicklung Polens eröffnet. Es schuf die Chance tiefer Reformen in der Volkswirtschaft sowie der Entwicklung der sozialistischen Demokratie, in dem es die Linie der gesellschaftlichen Verständigung auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Prinzipien der Gesellschaftsordnung sowie der internationalen Bündnisse bekräftigte.

Trotz der Anstrengungen, die von der Staatsmacht unternommen wurden, befindet sich unser Land weiterhin in einer außerordentlich schweren Situation. Die in der Erklärung des Politbüros des ZK der PVAP vom 16. September getroffenen Einschätzungen sind richtig und weiterhin aktuell.

Katastrophal ist die wirtschaftliche Lage des Landes. Im Ergebnis des starken Defizits an Energie, Rohstoffen und Zulieferungen sowie der Spannungen und des Drucks, der auf die Wirtschaftsorgane ausgeübt wird, und des Rückgangs der Disziplin werden in den Produktionsbetrieben die Kapazitäten nicht in vollem Umfange genutzt. Es kommt zu starken Störungen der Kooperationsverflechtungen.

Ein bedeutender Rückgang der Produktion und des Nationaleinkommens ist eingetreten. Der Markt wird weiter zerrüttet. Bedroht sind die materiellen Grundlagen der Existenz des Volkes. Die Glaubwürdigkeit Polens bei den Verbündeten und den Wirtschaftspartnern sinkt.

Unmittelbar nach dem Außerordentlichen IX. Parteitag der PVAP haben die Gegner des Sozialismus die brutalen Attacken auf die Partei verstärkt und eine destruktive Aktion unternommen, die darauf abzielt, eine Verwirklichung ihres Programms zu verhindern. Indem sie die gesellschaftliche Unzufriedenheit ausnutzen, die durch die Situation in der Wirtschaft entstanden ist,
zialismus die brutalen Attacken auf die Partei verstärkt und eine destruktive Aktion unternommen, die darauf abzielt, eine Verwirklichung ihres Programms zu verhindern. Indem sie die gesellschaftliche Unzufriedenheit ausnutzen, die durch die Situation in der Wirtschaft entstanden ist,
haben sie begonnen, die Antikrisen- und Reformmaßnahmen der Staatsorgane zu blockieren. Begleitet wird das von einer Verstärkung der antisowjetischen Propaganda, die sich gegen die Lebensinteressen des Staates und des Volkes richtet.

Die heftigen Angriffe gegen unsere Partei bewirkten, daß die allgemeine Aktivität der Mitgliedermassen, die die Vorbereitungen und die Beratungen des Außerordentlichen IX. Parteitages der PVAP begleitete, sich nicht voll auswirkte.

Gleichzeitig stellt das Zentralkomitee fest, daß die Ursachen der Mißerfolge ebenfalls in der Inkonsequenz des Handelns und dem Mangel an Standhaftigkeit bei der Ausführung der Beschlüsse der Partei- und Staatsorgane liegen. Die Methoden der Verwirklichung der politischen Generallinie, die bisher vom Politbüro und vom Sekretariat des ZK angewandt wurden, erwiesen sich als wenig wirksam.

1. Indem es den bisherigen Verlauf der Verwirklichung der Beschlüsse des Außerordentlichen IX. Parteitages der PVAP kritisch einschätzt sowie Schlußfolgerungen aus der gegenwärtigen politisch-gesellschaftlichen Situation zieht, betrachtet das Zentralkomitee die Herausführung des Landes aus der Krise als oberste Aufgabe der Partei. Eine der wichtigsten Bedingungen für die Realisierung dieser Aufgaben ist die Konsolidierung der Reihen der Partei auf dem Boden des Statuts und des Programms.

2. Die Führungsorgane der Partei müssen den politischen Kampf führen, der der Gesellschaft von den Gegnern des Sozialismus aufgezwungen wurde. Das Zentralkomitee verpflichtet alle Parteileitungen und -organisationen zum entschlossenen Widerstand gegen jegliche Formen der Tätigkeit konterrevolutionärer Kräfte, insbesondere der gegen die Verteidigungskraft des Landes, unsere internationalen Bündnisse und die Polnische Volksarmee gerichteten Tätigkeit. Man muß auch den Aktionen entgegenwirken, die die Kombattantenbewegung desintegrieren. Konsequent müssen das wahre Antlitz der antisozialistischen Kräfte, ihre Programme, Aktionsmethoden und Verbindungen mit den internationalen Zentren des ideologischen Kampfes gegen den Sozialismus entlarvt werden.

Alle Leitungen und Organisationen der Partei sowie die Organe der Staatsmacht müssen energisch allen Erscheinungen der antisowjetischen Propaganda entgegentreten. Zu diesem Zweck muß man auch im vollen Umfange die Durchsetzung der Festlegungen des Gesetzes über die Kontrolle der Publikationen und der öffentlichen Veranstaltungen gewährleisten. Das Zentralkomitee der PVAP verurteilt die rowdyhaften Methoden der Ausübung von Druck und Hetze gegen werktätige Menschen wegen ihrer Überzeugungen. Es verpflichtet gleichzeitig das Politbüro des ZK, alle Leitungen und Organisationen der Partei sowie auch die entsprechenden staatlichen Organe, jenen Bürgern mit den zur Verfügung stehenden Rechtsmitteln wirksame Hilfe zu gewähren, gegen die die Feinde des Sozialismus brutale Attacken organisieren.

Zur Sicherung der öffentlichen Ordnung und zum Entgegenwirken gegen die Anarchisierung des Lebens werden die Ordnungsorgane des Innenministeriums entschiedene Aktionen durchführen, energisch den Bruch des Rechts, die Anwendung moralischen und politischen Terrors, die Verbreitung parteifeindlicher und antisozialistischer Flugschriften und anderer Publikationen bekämpfen.

Der Schutz des ruhigen Lebens der Bürger erfordert die allseitige und gleichzeitige aktive Unterstützung der Anstrengungen der Volksmiliz, des Sicherheitsdienstes sowie der Aktionen anderer staatlicher Organe durch die Bevölkerung.

kämpfen.

Der Schutz des ruhigen Lebens der Bürger erfordert die allseitige und gleichzeitige aktive Unterstützung der Anstrengungen der Volksmiliz, des Sicherheitsdienstes sowie der Aktionen anderer staatlicher Organe durch die Bevölkerung.

In einer Situation der bestehenden Gefahr für die Existenz der Nation und für die Sicherheit des Staates erachtet es das Zentralkomitee für unerläßlich, daß die höchsten Machtorgane der VRP im Falle der höchsten Not auf die verfassungsmäßigen Rechte zum Zweck der Verteidigung der vitalsten Interessen der Nation und des Staates zurückgreifen.

3. Die Führung von „Solidarnosc" hat einseitig die gesellschaftlichen Vereinbarungen gebrochen, indem sie die Rolle einer allen übergeordneten Kraft usurpierte, die der Öffentlichkeit, dem Sejm und der Regierung sowie den gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen ihren Willen diktiert. Auf diese Weise betrat die Führung von „Solidarnosc" einen Weg, der im Widerspruch zu den Interessen der Nation und des Staates und vor allem zu den Interessen der Arbeiterklasse steht.

Das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei verlangt von der Führung von „Solidarnosc":

– die Achtung der Verfassung der VRP und der geltenden Rechtsordnung;

– eine Trennung von der Tätigkeit der Feinde des Sozialismus;

– den unverzüglichen Verzicht auf Streikaktionen;

– ein konstruktives Herangehen an das Regierungsprogramm zur Überwindung der ökonomischen Krise und eine Mitbeteiligung an seiner Verwirklichung, darunter die Aufnahme der Zusammenarbeit im Rahmen der gemischten Kommission der Vertreter der Regierung und aller Gewerkschaften;

– die Bündnisse mit den sozialistischen Ländern durch praktisches Handeln anzuerkennen und sich der antisowjetischen Kampagne entgegenzustellen;

– die Respektierung der Erfordernisse der Sicherheit des Staates.

Indem es sich für die Linie des Dialogs, der Verständigung und der Zusammenarbeit ausspricht, erachtet es das Zentralkomitee für notwendig und dringend, eine Neuverhandlung der zwischen Regierung und Gewerkschaften geschlossenen Vereinbarungen vorzunehmen mit dem Ziel, strittige Probléme konstruktiv zu lösen und eine positive Plattform des Zusammenwirkens in den wichtigsten Fragen des Landes, in allen Fragen, die die tatsächlichen Bedürfnisse und Interessen der Werktätigen betreffen, auszuarbeiten.

4. Das Zentralkomitee der PVAP betont die Idee einer Verständigung aller patriotischen Kräfte, die auf dem Boden der fundamentalen Grundsätze der Gesellschaftsordnung der VRP, der internationalen Bündnisse unseres Landes, der friedlichen Lösung aller Probleme des Staates und der Gesellschaft stehen. Die klassenmäßige Basis einer solchen Verständigung ist das Arbeiter-und-Bauern-Bündnis, dessen Festigung und Ausfüllung mit einem lebendigen Inhalt die Pflicht der gesamten Partei darstellt.

Die Front der nationalen Verständigung und Zusammenarbeit muß allen offenstehen, die nicht gegen den Sozialismus sind, die aktiv für die Rettung des Vaterlandes wirken wollen.

5. Das Zentralkomitee der PVAP erachtet es für unerläßlich, die Verwirklichung des Regierungsprogramms zur Überwindung der Krise und zur Stabilisierung der Wirtschaft zu beschleunigen und seine Wirksamkeit zu vergrößern.

Angesichts des bevorstehenden Winters sollten die staatlichen und wirtschaftlichen Leitungsorgane ein Maximum an Anstrengungen unternehmen, alle Initiativen nutzen und Aktivitäten entwickeln, die auf folgendes abzielen:

Angesichts des bevorstehenden Winters sollten die staatlichen und wirtschaftlichen Leitungsorgane ein Maximum an Anstrengungen unternehmen, alle Initiativen nutzen und Aktivitäten entwickeln, die auf folgendes abzielen:

– Erhöhung der Förderung von Rohstoffen, insbesondere von Kohle, unter anderem durch die Aufrechterhaltung des Grundsatzes der höheren Entlohnung für die Arbeit an freien Sonnabenden, die besondere Bevorzugung der Bergarbeiter bei der Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Waren. Diese Maßnahmen müssen von Schritten begleitet sein, die den Boykott oder genauer gesagt die Sabotage der Kohleförderung an freien Sonnabenden ausschließen;

– eine Vereinheitlichung und eine Verbesserung des Rationierungssystems von Waren, das sich auf spezifische Lebensmittelbilanzen stützt;

– die Versorgung der Bevölkerung mit Brennstoffen;

– die Versorgung der Landwirtschaft mit Kohle, Elektroenergie und Brennstoffen auf Kosten einer Verringerung der Anzahl von Dienstkraftfahrzeugen und einer Treibstoffbegrenzung für Eigentümer von Personenkraftwagen;

– die Erarbeitung einer Bilanz des Bedarfs an Kohle und seiner Befriedigung bis zum 15. November dieses Jahres und ihre Veröffentlichung;

– eine wesentliche Verbesserung des Eisenbahntransportes wie auch des städtischen Nahverkehrs hauptsächlich durch Erhöhung der Versorgung mit Ersatzteilen, Reifen und Akkumulatoren;

– eine Verbesserung der Versorgung des öffentlichen Gesundheitswesens mit Medikamenten und Geräten sowie mit Mitteln zur Gewährleistung der Hygiene.

Das Zentralkomitee der PVAP wendet sich an alle Belegschaften und Arbeitskollektive mit der Bitte, diese Maßnahmen in der gegenwärtigen Situation als vorrangig zu akzeptieren, sie aktiv zu unterstützen und engagiert zu realisieren.

6. Unter Berücksichtigung dessen, daß der Winter eine Gefahr für die gesellschaftliche Existenz heraufbeschwören kann, wendet sich das Zentralkomitee der PVAP an alle Belegschaften, an die gesamte Arbeiterklasse mit der Bitte, an freien Sonnabenden überall dort, wo es die Versorgung mit Material und Rohstoffen gestattet, beziehungsweise im Austausch für einen anderen freien Tag in der Woche, falls an den restlichen Tagen Einschränkungen bei der Versorgung mit Elektroenergie auftreten, zu arbeiten.

Das Zentralkomitee der PVAP ist der Meinung, daß in der aktuellen, dramatischen wirtschaftlichen Situation des Landes die Regierung sowie die Abgeordnetenfraktion der PVAP im Sejm sofort die Initiative ergreifen sollten, zeitweilig das Streikrecht auszusetzen. Das Zentralkomitee wendet sich an alle Belegschaften mit der Bitte um Unterstützung dieses Standpunktes.

7. Um die ökonomischen Bindungen zwischen Stadt und Land wiederherzustellen, sollte die Regierung unverzüglich für den Zeitraum der nächsten Monate ein Sofortprogramm erarbeiten, es der Öffentlichkeit erläutern und in Kraft setzen, das einen Anstieg des Aufkaufs landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Austausch mit anderen Artikeln und Waren bewirkt, und dies sogar auf Kosten anderer Bereiche des wirtschaftlichen Lebens. Die Regierung sollte auch konsequent ein Programm für einen bedeutenden Anstieg der Produktion unerläßlicher Mittel für alle Sektoren der Landwirtschaft durch eine entsprechende Erhöhung der Aufwendungen und einer Umstrukturierung der Industrie zugunsten der Nahrungsgüterwirtschaft verwirklichen.

8. Das Zentralkomitee stellt fest, daß in Übereinstimmung mit dem Beschluß des Außerordentlichen IX. Parteitages der PVAP die Personen, die eine besondere Verantwortung für die Krise im Lande tragen, politisch zur Rechenschaft gezogen worden sind.

chen.

8. Das Zentralkomitee stellt fest, daß in Übereinstimmung mit dem Beschluß des Außerordentlichen IX. Parteitages der PVAP die Personen, die eine besondere Verantwortung für die Krise im Lande tragen, politisch zur Rechenschaft gezogen worden sind.

Im Zusammenhang damit sieht das Zentralkomitee es als unerläßlich an, daß die Generalstaatsanwaltschaft bis zum 31. Dezember dieses Jahres alle laufenden Verfahren abschließt und auch die schnelle Durchführung jener Verfahren bewirkt, die gegenüber Personen angestrengt werden, die in der Vergangenheit ihre Leitungsfunktionen mißbrauchten. Das entspricht dem Grundsatz, wonach Personen, die bei der Leitung des politischen und wirtschaftlichen Lebens Fehler begangen haben, politisch und disziplinarisch zur Verantwortung gezogen werden, während Personen, die ihre Funktionen zur persönlichen Bereicherung mißbrauchten oder andere allgemeine Verbrechen begingen, unabhängig von ihren Funktionen strafrechtlich verfolgt werden.

9. Die ideologische Konfrontation verlangt den eindeutigen ideologischen Standpunkt der Mitglieder der Partei. In der Sphäre der Ideologie erlangen heute die Begriffe Prinzipienfestigkeit und Kompromißlosigkeit eine besondere Bedeutung. Sie bilden die grundlegende und zugleich unerläßliche Voraussetzung der ideologischen und politischen Identität der Partei. Wer ihre ideologischen Prinzipien verrät und dies öffentlich bekundet, spricht sich damit gegen die Partei aus und stellt sich faktisch außerhalb ihrer Reihen. Das Zentralkomitee erwartet von allen Mitgliedern der Partei ein aktives Eintreten für deren Linie in ihrem Wirkungsbereich, so wie es das Statut vorsieht. Das Zentralkomitee hält es insbesondere für notwendig, daß sein politischer Standpunkt eindeutig durch das Parteiaktiv, die Führungskader der staatlichen Institutionen, die Mitglieder der Parteiorgane aller Stufen, die zu „Solidarnosc" gehören, vertreten wird. Das Zentralkomitee nimmt die Erklärungen einer Reihe von Mitgliedern des ZK über den Austritt aus der NSZZ „Solidarnosc" zur Kenntnis.

10. Das Zentralkomitee betrachtet es als erforderlich, daß die Partei eine breite ideologisch-politische Offensive zu führen beginnt. Eine wichtige Waffe der Partei im Kampf um das sozialistische Bewußtsein der Gesellschaft sind die Mittel der Information und Propaganda. Für die Parteipresse müssen unbedingt die ideologischen Kriterien des Marxismus-Leninismus gelten. Das Zentralkomitee verpflichtet das Politbüro und das Sekretariat des ZK, die unerläßlichen Schritte zu ergreifen für die Festigung der Leitung der Massenmedien und der propagandistischen Einrichtungen durch die Partei. Die Parteiorganisationen in Presse, Rundfunk, Fernsehen und Verlagen müssen alles tun, um den Einfluß der Partei auf den informatorisch-propagandistischen Inhalt zu garantieren.

Unbedingt notwendig ist auch die Entwicklung des Systems der ideologischen Arbeit innerhalb der Partei und im besonderen:

– Belebung der wissenschaftlichen Untersuchungen zu Schlüsselproblemen der gegenwärtigen Entwicklungsphase der polnischen Gesellschaft und die Schaffung einer engen Verbindung zwischen der Entwicklung der marxistischen Theorie und der politischen Praxis. Im Zusammenhang damit erkennt das Zentralkomitee den Vorschlag der Einberufung einer gesamtpolnischen ideologischen Konferenz als begründet an.

– Die Einführung eines modifizierten Systems der Schulungsarbeit, dessen Hauptfunktion die Verbreitung der Kenntnisse der Theorie des Marxismus-Leninismus sowie der marxistischen Analyse der gegenwärtigen sozialpolitischen und wirtschaftlichen Wirklichkeit ist.

– Eine grundsätzliche Verbesserung des innerparteilichen Informationsflusses, die Bildung einer entsprechenden Presse- und Informationsagentur zu diesem Zweck sowie innerhalb des Parteiapparates entsprechende Gruppen zu schaffen.

lichkeit ist.

– Eine grundsätzliche Verbesserung des innerparteilichen Informationsflusses, die Bildung einer entsprechenden Presse- und Informationsagentur zu diesem Zweck sowie innerhalb des Parteiapparates entsprechende Gruppen zu schaffen.

Das gesamte System der ideologischen Arbeit in der Partei sollte der Herausbildung von Fähigkeiten zur Führung eines lebendigen Dialogs mit den Werktätigen sowie zur aktiven Verteidigung der Politik der Partei dienen. Dieses System soll erreichen, für die Parteipolitik gesellschaftliche Unterstützung zu finden und die Fähigkeiten zur Agitationsarbeit wieder herzustellen. Das Zentralkomitee der PVAP verpflichtet das Politbüro, das Sekretariat sowie die ideologische Kommission des ZK, detaillierte Festlegungen für dieses neue System der ideologischen Arbeit der Partei zu treffen.

11. Das Zentralkomitee verpflichtet das Politbüro und das Sekretariat des ZK, auf der nächsten Plenarsitzung Informationen über den Verlauf der Realisierung der Beschlüsse des Außerordentlichen IX. Parteitages der PVAP sowie über die Ausführungen des heutigen Beschlusses vorzulegen.

Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei

Technologie der Unterdrückung:

Pepper Fog, 2. Premiere

Über sechs Jahre verstaubte es in den Arsenalen der Polizeibehörden: das Pepper-Fog-Gerät (Pfeffer-Nebelgerät) der Firma Smith & Wesson. Am Startbahn-Hüttendorf stellte die Polizei seinen praktischen Nutzwert jetzt wieder unter Beweis.

Über diesen „Tränengas-Generator" heißt es in einer Anzeige der Firma für den amerikanischen Markt: *„Der S&W Pepper-Fog-Generator ist ein vollständiger Tränengas- und Nebelbehälter in fester, preiswerter Ausführung. Die Anlage stellt den effektiven Ausstoß von Tausenden Kubikfuß CS oder CN bereit, wann und wo es erwünscht ist. (...) Das Gerät ist für 45 Minuten ununterbrochenen Einsatz betriebsfähig."*

Seine Betriebsprüfung auf westdeutschem Boden hatte Pepper-Fog 1975 in Heidelberg erfahren. Dort wurde es mit durchschlagendem Erfolg gegen Straßenbahnschienen-Besetzer im Fahrpreiskampf eingesetzt. Noch tagelang hing der Geruch von Chlorazetophenon (CN) in den Gassen und Läden der Altstadt, sehr zum Verdruß der Besitzer und Anwohner. Die Geräte wurden vorerst wieder weggeschlossen, die kleine Chemische Keule und Wasserwerfer mit CN-Zusatztanks reichten in der Regel aus, Menschenansammlungen auseinanderzusprühen.

Für die Räumung der „Republik Wendland" im vergangenen Jahr wurde es wieder hervorgekramt. Drei der Geräte samt Bedienungsbeamten warteten darauf, die Platzbesetzer einzunebeln. Doch Chemische Keule und Knüppel leisteten ganze Arbeit, überdies stand der Wind für einen Pepper-Fog-Einsatz ungünstig.

„Das Gerät wurde entwickelt als Anti-Terroristen-Waffe zum Einsatz gegen Gruppen gewalttätiger Aufrührer in engen Straßen und Gassen", heißt es in einem englischsprachigen Fachbuch über ein ähnliches Produkt aus israelischer Herstellung. Nebel in Verbindung mit CS ist *„eine sehr effektive Methode ... und ‚neutralisiert' jede Person innerhalb von 5 Sekunden."* Andere Waffenexperten empfehlen es insbesondere bei „Massenaufruhr" oder gegen Hausbesetzungen, um mit Nebel und Gas sowohl die Sicht als auch die Atmung stark einzuschränken.

Genau das Richtige für Hessens Innenminister Gries. Er hatte die Ehre, am 11. Oktober eine zweite Premiere für Pepper-Fog in der BRD veranstalten zu lassen. Mit Tränengasgranaten, Holzknüppeln, Wasserwerfern und zusätzlich Pepper-Fog gingen seine Mannen gegen Demonstranten und Gottesdienstbesucher am Flughafen vor, Pardon wurde nicht gegeben. Schon die CN-Wurfkörper mit speziellen „Schießbechern" von Karabinern zielgenau in die Wipfel gefeuert – hatten den angrenzenden Wald eingenebelt. Das Pepper-Fog-Gerät sorgte endgültig für mehrere asthmatische Anfälle und Dutzende von allergischen Hautreizungen. Die Augenspülungen wurden schon gar nicht mehr gezählt, aber mehrere Hundert Menschen mußten ihre CN-verseuchte Kleidung wechseln, der größte Teil von ihnen in der eigens hergerichteten „Entgasungshütte" im Hüttendorf.

Die Polizeiführung konnte zufrieden sein. Aus ihrer Sicht hatte sie das angemessene „Gerät zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit" zum Einsatz gebracht, denn Wasserwerfer blieben z.T. stecken, und für die Chemische Keule war die Entfernung zu groß.

Die Vergaser-Beamten waren wasserdicht gekleidet und trugen Atemschutzmasken, bei Demonstranten wird sowas Vermummung genannt. Für die innere Sicherheit scheint es auf ein Lungenödem mehr nicht draufanzukommen.

(aus: Straßenmedizin, 3/81)



Foto: B. Kretschmann

Unter dem Motto „Volksbegehren/Volksentscheid. Keine Startbahn West! Hessische Bürger fordern Demokratie!" ruft die AG Volksbegehren dazu auf, mit einer zentralen Demonstration am 14.11. in der Landeshauptstadt die gesammelten Unterschriften zu überreichen und damit offiziell den Antrag auf Einleitung des Verfahrens zu stellen. Der folgende Aufruf wurde mit geringfügigen Änderungen (die uns bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt waren) vom Plenum der AG am 24.10. beschlossen.

Am 14.11. in Wiesbaden!

Am 14. November wird die hessische Umweltschutzbewegung bei der Landesregierung in Wiesbaden den Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens über den Bau der Startbahn West auf dem Frankfurter Flughafen stellen. Die dafür erforderliche Unterstützung von 118.500 wahlberechtigten Hessen war bereits am 25. September erreicht.

Die Startbahn West würde im ökologisch schwer belasteten Rhein-Main-Ballungszentrum eine Umweltkatastrophe bedeuten. Die Rodung von 3 Mio. Bäumen würde das letzte zusammenhängende Waldgebiet der Region zerstören. Angesichts der Ölpreisexplosion und der anhaltenden Krise des Luftverkehrs ist es eine schlimme Lüge der Politiker zu behaupten, die Flughafenerweiterung könne die besorgniserregende Arbeitsplatzsituation verbessern. Allerdings wissen wir, daß die Startbahn West die militärische Nutzbarkeit des Flughafens für die US-Air-Force erheblich erhöht. Soll also die Bevölkerung eine einschneidende Verschlechterung ihrer gesamten Lebensqualität hinnehmen, damit noch mehr Atombomben, Raketen, Soldaten und anderes Kriegsmaterial über den Frankfurter Flughafen geschleust werden können?

Wir wollen nicht auf einem Pulverfaß sitzen!

Wir wollen unsere Luft atmen und unser Trinkwasser genießen können, ohne daß wir um unsere Gesundheit fürchten müssen, und ohne daß uns die Trommelfelle platzen!

Doch der Umweltschutzbewegung in Hessen geht es nicht allein um die Verhinderung der Startbahn West. Es geht darum, daß dieses Bundesland zum Vorreiter der Atom-, Beton- und Giftpolitik geworden ist. Dieses Volksbegehren wird ein politisches Signal setzen gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage, weitere Atomkraftwerke, Giftmülldeponien, gegen die Zubetonierung von Landschaft und Städten durch immer mehr Schnellstraßen, Vergiftung unserer Gewässer, weitere Eingriffe in die Naturlandschaften. Es ist höchste Zeit, eine grundsätzliche Wende in der Umweltpolitik zu erzwingen – und dies nicht nur in Hessen.

12 Jahre lang haben die Bürger der Flughafenanliegergemeinden gegen das Startbahnprojekt gekämpft; haben protestiert, demonstriert, Petitionen eingereicht, den Rechtsweg beschritten und zuletzt ein Widerstandsdorf im Wald errichtet. Heute wissen wir sogar, daß der gesamte Planfeststellungsbeschluß, der dem Bau zugrunde liegt, rechtswidrig ist, weil die wasserrechtliche Problematik nicht den Gesetzen entsprechend berücksichtigt worden ist. Landesregierung und Gerichte haben sich jedoch ohne Kompromisse über den erklärten Willen der betroffenen Bevölkerung und alle Bedenken hinweggesetzt. Nachdem ihnen die Argumente ausgegangen sind, soll nun der Polizeiknüppel die Interessen der Flughafen Aktiengesellschaft (FAG) durchsetzen.

Daher haben die Bürgerinitiativen, Umweltschutzverbände und viele andere mehr nach den Artikeln 116 und 124 der Landesverfassung ein Volksbegehren angestrengt, um die Bürger Hessens selbst über den Startbahnbau abstimmen zu lassen.

Wir fordern, daß eine derart zentrale Frage von der Bevölkerung selbst entschieden wird. Es ist bezeichnend, daß die Landtagsfraktionen in seltener Einmütigkeit dieses Recht den Bürgern streitig machen wollen.

Einmal heißt es, unser Gesetzesentwurf über die räumliche Begrenzung des Frankfurter Flughafens sei verfassungswidrig, und das Volksbegehren würde nicht zugelassen werden. Ein anderes Mal wird gesagt, das Volksbegehren sei zwar rechtmäßig, könne aber den Bau der Startbahn effektiv nicht verhindern. Die dritte Argumentation lautet, das Volksbegehren habe keine Chance, weil es nicht genügend Unterschriften bekäme.

Die das sagen, haben Angst davor, daß die Bevölkerung Geschmack findet an der direkten Demokratie. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik wird die Art des bisherigen Regierens massiv in Frage gestellt:

Nach dieser Entscheidung wird es nicht mehr so leicht möglich sein, daß Verwaltungsspitzen, Großunternehmen, Banken und gekaufte Parteizentralen bestimmen, wohin die Reise geht.

Nach dieser Entscheidung wird es nicht mehr so leicht möglich sein, daß Verwaltungsspitzen, Großunternehmen, Banken und gekaufte Parteizentralen bestimmen, wohin die Reise geht.

Sollte die Landesregierung versuchen, das Volksbegehren zu unterbinden oder durch Abholzen der Bäume vollendete Tatsachen zu schaffen, so sagen wir ihr voraus: Den Regierenden wird dann kein Dialog mit ihrem Volk mehr möglich sein. Die Krise der Umweltpolitik wird zur Krise des Systems. Zehntausende stehen bereit, um dem Kahlschlag im Wald praktisch entgegenzutreten.

Um unser Recht auf einen Volksentscheid durchzusetzen, rufen wir alle Menschen, die für Umweltschutz, Frieden und Demokratie eintreten, auf, in einer großen Demonstration am 14.11. in Wiesbaden gemeinsam die gesammelten Unterschriften der Landesregierung zu übergeben.

Noch eine Posse des „Rechtsstaats"

Auf jedes i gehört ein Tüpfelchen. In diesem Sinne hat die hessische Landesregierung weitere Beweise dafür geliefert, daß der von ihr vollzogene Baubeginn für die Startbahn West nicht einmal den eigenen bürgerlichen Gesetzen standhält. Als nämlich am 6.10. unter dem Schutz eines gigantischen Polizei-Heeres die Arbeiten für eine Verlegung der Okriftelerstraße am Südrand des Flughafens begannen, war das wasserrechtliche Verfahren für die Genehmigung des Startbahnbaus noch nicht einmal abgeschlossen – einmal abgesehen davon, daß ein Planfeststellungsbeschluß, der die wasserrechtlichen Fragen ausklammert und in einem gesonderten Verfahren a n s c h l i e ß e n d behandeln läßt, ohnehin der Gesetzgebung nicht standhält. Die originelle Erklärung des zuständigen Ressorts (Wirtschaftsminister Hoffie und Umweltminister Schneider) für diese „neuartige" Verwaltungspolitik lautete, die Wasserproblematik würde am Ende ohnehin keine neuen Aspekte bringen, da die „Ungefährlichkeit" der Umwelteingriffe sowieso erwiesen sei. Hier werden also Verwaltungsvorschriften nur noch rein formal abgewickelt – das Ergebnis steht schon längst fest.

Die Tatsache des ausstehenden Wasserverfahrens nutzte der Kreis Groß-Gerau, um am 5.10., also kurz vor dem Polizei-Einsatz, eine einstweilige Verfügung gegen den Baubeginn beim Verwaltungsgerichtshof Kassel einzureichen, um also im „Eilverfahren" die drohende Gefahr abzuwenden. Freilich: Der Begriff „Eilverfahren" scheint bei einigen Richtern in kritschen Situationen, wo es um die „Staatsraison" geht, einen neuen Inhalt zu bekommen. Während also die Polizei die protestierenden Bürger abräumte, eine mehrere hundert Meter lange Betonmauer errichtete, Baufahrzeuge das Gelände ebneten, einige Bäume gefällt wurden usw.uswf., taten die Richter zwei Wochen lang n i c h t s und warteten erst einmal eine Stellungnahme der Landesregierung ab. Diese wiederum nutzte die Zeit, um die juristische Lücke durch eine „Grundsatzentscheidung" zu schließen. Wirtschaftsminister Hoffie erteilte am 22.10. die Genehmigung zur „vorübergehenden Inanspruchnahme des Grundwassers" bei den Startbahn-Bauarbeiten. Damit ist, ohne daß das wasserrechtliche Verfahren abgeschlossen wäre, sein „wesentlichster Punkt" vorgreifend „abgeklärt", womit den Verwaltungsrichtern möglicherweise das Argument zugespielt wird, nun ganz gemächlich das „Eilverfahren" des Landkreises abzuschmettern.

Verarscht werden damit zum wiederholten Male die Kreis- und Gemeindeverwaltungen mit ihren sozialdemokratischen Repräsentanten Willi Blodt, Landrat, und Bernhard Brehl, Bürgermeister von Mörfelden-Walldorf, die zwar an den Widerstandsaktionen nicht teilnehmen, aber bemüht sind, derartige juristische Möglichkeiten zu nutzen, um die Glaubwürdigkeit ihrer verbalen Gegnerschaft zur Startbahn West zu unterstreichen. Kein Wunder, daß sie *„verbittert"*, *„verärgert"* und *„enttäuscht"* sind (Blodt) oder von einer *„Pervertierung rechtsstaatlicher Verfahrensweisen"* und *„Mißachtung des parlamentarischen Systems auf kommunaler Ebene"* sprechen (Brehl). Die Gemeinde Mörfelden-Walldorf hatte nämlich ihre Stellungnahme zum wasserrechtlichen Verfahren noch nicht einmal fertiggestellt, als der Minister schon entschied.

Direkt peinlich ist die Situation für den Landrat. Blodt war nämlich einen Tag zuvor der Landesregierung soweit entgegengekommen, daß er zusicherte, der Kreis werde auf eine rechtliche Anfechtung des zweifelhaften wasserrechtlichen Verfahrens insgesamt verzichten und es bei „Einwendungen" innerhalb des Verfahrens belassen. Sollte er immer noch nicht erkannt haben, daß die Zeit des Kuhhandels zwischen Land und Kommunen in dieser Region endgültig vorbei ist?

Hier wird eben mit nackter Gewalt vorgegangen, und Gesetze oder Verwaltungsvorschriften werden beliebig – „nach Bedarf" – zurechtgebogen und verdreht. Ganz richtig erklärt Brehl: *„Die Glaubwürdigkeit objektiver Prüfungsverfahren ist damit restlos dahin"* Und was folgt daraus? Was tut ein Sozialdemokrat, wenn – wie er selbst überzeugend nachweist – Unrecht zu Recht wird ...?

KB/Gruppe Frankfurt

FAG gefährdet Luftverkehr

Zu erheblichen Beeinträchtigungen der Flugsicherheit dürfte es in Zukunft kommen, sollte die Flughafen AG (FAG) weiterhin Personen mit einer Anti-Startbahn-Plakette den Zutritt auf das Betriebsgelände verbieten. Dies erklärten der Vorsitzende des Gesamtpersonalrates und Abteilungsleiter Manfred Heinlein im Namen der Bundesanstalt für Flugsicherung.

Die Streifen und Torposten am Frankfurter Flughafen sind nach einer FAG-Anweisung dazu verpflichtet, Personen, die Anti-Startbahnplaketten tragen, aufzufordern, diese abzunehmen. *„Sollten die betreffenden Personen der Aufforderung nicht nachkommen, so ist ihnen der Zutritt zum Flughafenbereich zu verwehren"*.

Auch Autos mit Aufklebern gegen die Startbahn West werden auf dem Betriebsgelände nicht mehr geduldet. Diese Regelung hat mehrere Tage lang dazu geführt, daß die Mehrzahl der Frankfurter Fluglotsen, die aus Protest jetzt erst recht die Plakette tragen, am Zugang zu ihren Arbeitsplätzen gehindert wurde. Der Verband Deutscher Fluglotsen erklärte daraufhin: *„Wir hoffen, daß diese wildgewordenen Handfeger zurückgepfiffen werden!"* Wenn eine Mehrheit gegen die Startbahn sei (in Frankfurt sind 80% der Fluglotsen dagegen!), müßten sie das auch zum Ausdruck bringen dürfen.

Die FAG fand diese Äußerung „ungeheuerlich", denn angeblich würde die Mehrheit der am Flughafen Beschäftigten die Plakette als *„Geschmacklosigkeit, ja als Provokation sehen"*. Um „Handgreiflichkeiten" auszuschalten und den Betriebsfrieden zu erhalten, sei das Eigentumsrecht der FAG über die Meinungsfreiheit zu stellen.

Stellungnahme eines betroffenen Fluglotsen: *„Morgen geht mein Parteibuch zurück, das ist ja wie im Dritten Reich"* („FA", 16.10.81).

Wie halten es die Gewaltfreien mit der Polizei?

Verwirrendes steht im „*Spiegel*" (Nr. 43/81), aber auch anderswo, über die Startbahngegner und über die Auseinandersetzungen in der zweiten Oktoberwoche am Frankfurter Flughafen zu lesen. Erst „*mild*", dann „*hart*" sei die Polizei gegen die Demonstranten vorgegangen, was insofern ungerecht und vor allem unklug sei, als diese ihrerseits den Uniformierten mit äußerster Milde begegnet seien. So sei die Staatsmacht vom Holzturm der Bürgerinitiative aus mit „*liebe Kollegen von der Polizei*" angeredet worden. Wo hat man das heute schon?

Ein anderes Mal habe sich ein BI-Sprecher über Megaphon „*bei der Polizei für ihre faire Behandlung, die sie uns hat angedeihen lassen*", bedankt. Das sei doch etwas anderes als die „*schlimmen, bösartigen und kriminellen Demonstrationen*" von Brokdorf und Gorleben. Diesen „Bonus" hätte die Polizei aber mit ihrem übermäßig harten Einsatz am 11.10. verspielt. Nun würde wohl kaum ein Startbahngegner mehr den Kontakt mit der Staatsmacht als „*Verbrüderung*" empfinden (wie es angeblich ein Rüsselsheimer BI-Mitglied gegenüber dem „Spiegel" geäußert haben soll) oder gar von „*sanfter Gewalt*" sprechen, wenn man weggeschleppt und in Gefangenentransporter verladen wird.

Was hier beschrieben wird, ist keinesfalls repräsentativ für die Menschen, die in diesen Tagen im Wald gegen den Baubeginn protestierten. Ebensowenig ist das Wort „Milde" für den Polizeieinsatz angebracht, auch nicht für die ersten Tage, als man sich noch einer sog. „*flexiblen Taktik*" befleißigte. Von welchem Standpunkt aus der „Spiegel" die Sache betrachtet, wird sehr hübsch an einer Passage deutlich, wo als besondere „Milde" der Polizei gewertet wird, daß vorübergehend festgenommene Startbahngegner „*ohne erkennungsdienstliche Behandlung*" wieder freigelassen wurden (ED-Behandlung ist im Zusammenhang mit Demonstrationsfestnahmen völlig illegal; man hat sich nur schon daran gewöhnt, daß so etwas heute eben praktiziert wird). Bullen, die nicht gleich wild um sich schlagen, knüppeln oder schießen, gelten heute schon als „lieb" ..., auch wenn dank ihrer „Flexibilität" schon in den ersten Tagen über 20 Verletzte zu verzeichnen waren.

Tatsache ist jedoch, daß es die unterschiedlichsten Ansprachen, Durchsagen u.ä. auf Seiten der Startbahngegner gegeben hat. Zwar war über Lautsprecher oder Megaphone nie von „Verbrüderung" mit der Polizei die Rede, wohl aber gebrauchte etwa der örtliche DKP-Vorsitzende über Lautsprecher oder Megaphone nie von „Verbrüderung" mit der Polizei die Rede, wohl aber gebrauchte etwa der örtliche DKP-Vorsitzende den Spruch „*liebe Kollegen*". Andere forderten dazu auf, mit der Polizei nicht nur zu diskutieren, sondern ihr sogar „*etwas zu schenken*". Daneben gab es aber ebenso häufig scharfe Angriffe auf die Polizei und eine ständige Aufklärung über ihre Brutalitäten. Beide Linien existierten gewissermaßen in Koexistenz, und man war geneigt, es dem allgemeinen Chaos zuzuschreiben, daß mal dieser, mal jener an denLautsprechern zu Wort kam und daß einige BIler einfach aus Angst immer wieder versuchten, die Polizisten zur „Mäßigung" anzuhalten, was ja in dieser Situation verständlich war.

Freilich: Nicht alles ist durch Chaos und Zufall zu erklären. So mußten ja beispielsweise die immer wieder aufs Neue durchgegebenen Meldungen über Polizisten die angeblich den Dienst quittierten, irgendwoher gekommen sein. Zuletzt wurde vom BI-Turm aus die Parole ausgegeben, eine Hundertschaft habe den Einsatz verweigert. Dies konnte später natürlich in keinster Weise bestätigt werden. Inzwischen heißt es nur noch kleinlaut: „*Einer, so weiß man jetzt sicher, quittierte den Dienst*" („Pflasterstrand", Nr. 117). Einer von 12000 . . . Da war die Meldung von der „Hundertschaft" schon beeindruckender. Sie rief bei vielen Demonstranten nicht nur spontane Begeisterung hervor, sondern gab auch der Meinung Nahrung, die Polizisten seien doch irgendwie „Kollegen", die man vielleicht sogar für sich gewinnen oder wenigstens beeinflussen könne. Wer gibt also mit welchem Ziel solche Meldungen aus, die sich nachher in Luft auflösen? Und wer hatte — wenn es wirklich stimmt, was der „Spiegel" schreibt — die Unverfrorenheit besessen, sich bei der Polizei zu „bedanken"? Dies läßt sich im nachhinein „natürlich" nicht mehr feststellen. so wie 1979 nach dem gelungenen Rock gegen Rechts urplötzlich auf der Titelseite der „Frankfurter Rundschau" (18.6.79) ein „Dank der Veranstalter" an die Polizei auftauchte, und niemand wollte es gewesen sein. Trotzdem weiß man als langjähriger Erfahrung, w e r im Alleingang und ohne Absprache mit seinen Bündnispartnern derartige Erklärungen abgibt: die Jungsozialisten. Wenn es einmal, aufgrund äußerster Disziplin der Demonstranten, eine Aktion gibt, die ohne gewaltsame Auseinandersetzungen zuende geführt werden kann, dann gilt der Dank der Jusos regelmäßig den „besonnenen Polizisten und Demonstranten". Davon lassen sie sich auch durch eine Isolierung im linken Lager nicht abbringen.

Ähnliches gilt es leider auch von anderen Sozialdemokraten berichten. Ausgerechnet mit Innenminister Gries (FDP), der die Widerstandsbewegung als „*Kriminelle, Asoziale, Chaoten und Vorzeigebürger*" komplimentiert hatte, und der in seiner ganzen Laufbahn noch nie so wunderschön isoliert gewesen ist wie gerade jetzt, ausgerechnet mit diesem Herrn trafen sich am 13.10. Vorstandsmitglieder des Bund Umwelt- und Naturschutz (BUND), Pfarrer Oeser (Umweltbeauftragter der Evangelischen Kirche) und Heinz König (Mitglied der BI und der Freien Wählergemeinschaft Rüsselsheim). Ergebnis: Eine gemein- und Heinz König (Mitglied der BI und der Freien Wählergemeinschaft Rüsselsheim). Ergebnis: Eine gemeinsame Presseerklärung der Runde, daß man auch fürderhin „gewaltfrei" bleiben wolle — ein reiner Hohn angesichts der Tatsache, daß die von Gries kommandierte Polizei zwei Tage zuvor so brutal reingeschlagen hatte, daß über 40 zum Teil schwer Verletzte beklagt werden mußten!

Weder die zuständigen Gremien des BUND noch die BI waren von diesem Gespräch vorher informiert worden; in der BI gibt es sogar einen ausdrücklichen Beschluß, keine Verhandlungen mit der Polizei unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu führen. Entsprechend protestierte die BI auf ihrem Plenum am 17.10. scharf gegen dieses Vorgehen, ohne allerdings Oeser oder König umstimmen und auf die gemeinsamen Beschlüsse verpflichten zu können.!

Ebenfalls am 13.10. gab der BUND eine Presseerklärung „*Erfolge nur durch Gewaltfreiheit*" heraus, in der „*gewalttätige Ausschreitungen*" bedauert werden — freilich nicht von der Polizei! Stattdessen bringen es die Verfasser fertig, der Polizeiführung den Vorwurf zu machen, „**daß sie eine Isolierung der gewaltsam auftretenden Demonstranten — die eindeutig nicht zu den Bürgerinitiativen zu rechnen sind — bisher ernsthaft nicht unternommen hat ... Der BUND fordert daher die Polizei auf, endlich entschieden gegen jene Demonstranten vorzugehen, die das gewaltfreie Konzept der Bürgerinitiativen zerstören wollen**". Wobei die selbstgewählte Bezeichnung „der BUND" schon originell ist: Von dieser Stellungnahme wußte nicht einmal der gewählte Pressesprecher des BUND, Alexander Schubart.

Offensichtlich kommen diese Aktivitäten von einer „ingroup", die wiederum zusammenhängt mit den „**Unabhängige Sozialdemokraten**" in Hessen, einer Gruppe ehemaliger SPD-Mitglieder, die seit ca. 1/4 Jahr aus der Partei ausgeschieden sind und für die Gründung einer linkssozialdemokratischen Partei eintreten. Das die „US" zwei Tage später eine eigene Presseerklärung herausgaben, in der sie die Polizeiaktionen scharf kritisierten und sich „uneingeschränkt" mit dem Widerstand solidarisierten, macht diesen Hammer nicht wett.

Was hier geschieht, ist mehr als schräge. Befürworter der Gewaltfreiheit setzen sich mit einer ganz massiven Gewalt zusammen, um sich gegenseitig „Gewaltfreiheit" zu versichern oder um die staatliche Gewalt gar aufzufordern, noch „entschiedener" aufzutreten. Wie paßt denn das zusammen?

Es ist erfrischend, zum Vergleich die Reaktionen der Bürger auf die „Auseinandersetzungen" heranzuziehen, in denen sich derartige Gedankensprünge nicht finden. So wurden z.B. in der „FR" vom 14.10. neun Leserbriefe abgedruckt oder im Mörfeldener „Freitags-Anzeiger" vom 16.10. sieben Zeugenaussagen. Alle kritisieren durchweg die Polizei und die verantwortlichen Politiker. An keiner Stelle findet sich eine Distanzierung etwa von einem Teil der Demonstranten — auch nicht von Farbbeuteln, die (im Einverständnis mit dem Widerstandskonzept der BI) auf Wasserwerfer geworfen worden waren.

Welchen Sinn soll es ergeben, einen brutalen Gewaltapparat, der uneingeschränkt auf Befehl pariert und der dabei keine Rücksicht darauf nimmt, wen er vor dem Knüppel hat zu verharmlosen? Dies kann nur zu schlimmen Fehleinschätzungen und schweren Niederlagen führen. Wer aus moralischen Gründen Gewalt strikt ablehnt uns sich dementsprechend verhält, der verdient Respekt. Wer aber — gewollt oder ungewollt — der Polizei als der (inneren) Gewalt schlechthin zur Hoffähigkeit verhilft, wie kann der ein „Gewaltfreier" im eigentlichen Sinn des Wortes sein?



Foto: H. Fricke

Foto: H. Fricke

„Populäre Guerilla"?

Am frühen Morgen des 22.10. explodierten ein Spreng- und ein Brandsatz vor zwei Frankfurter Baufirmen, die an der Startbahn West beteiligt sind. Es gab lediglich Sachschaden. Bereits am Nachmittag traf ein Bekennerbrief „Revolutionärer Zellen" bei der „FR" ein: „Wir haben heute . . .". Neben der Begründung für diese spezielle Aktion enthält der Brief äußerst wichtige Hinweise für den Widerstand gegen die Startbahn West, auf die die BI-Aktivisten gewiß schon lange gewartet haben. Der Kampf müsse „*auf zwei Ebenen stattfinden: Einmal draußen im Wald als Massenauseinandersetzung und zum anderen durch überall stattfindende Sabotage militanter Zellen*". Die Mauer an der Okriftelerstr. müsse fallen (tatsächlich?) und man dürfe sich von der Polizei nicht zusammenknüppeln lassen (danke!). Die Gräben und Barrikaden um das Hüttendorf müßten aktiv verteidigt werden. Dies hilft der BI aus einer ziemlichen Zwickmühle. Nachdem in mühseliger Arbeit Gräben und Wälle um das Hüttendorf errichtet worden waren, wußte man nämlich gar nicht, was eigentlich damit anzufangen wäre. Nun weist dieser RZ-Brief eine geniale Lösung auf: Man könnte sie zur Verteidigung benutzen. Da befolgt die BI also das Widerstandskonzept der RZ; zu dem auch Sabotage „überall" gehört. Wie im übrigen auch Innenminister Gries schon vor geraumer Zeit weitsichtig erkannte, nicht wahr? Die „Bekennerbriefe" werden immer hilfreicher. Und falls dieser geniale Streich wirklich von „Revolutionären Zellen" — was immer das heute schon bedeuten mag — gewesen sein sollte, so sei ihnen noch einmal gesagt: Dieser Widerstand findet seit 12 Jahren de facto nur statt, wenn und solange er von den Massen getragen und gebilligt wird. Dieser Widerstand wird so gewaltfrei oder so militant sein, wie die Massen es für notwendig erachten. Alles, was sonst noch „stattfindet", dient bestenfalls der Belustigung der Dinosaurier in Wiesbaden. Stellvertreterpolitik? Nein danke! Lernprozesse? Ja bitte!

KB/Gruppe Frankfurt

Endlich! IGM Frankfurt für Volksbegehren

Mit Zweidrittelmehrheit forderte die Vertreterversammlung der IG Metall/ Verwaltungsstelle Frankfurt ihre Ortsverwaltung auf, „*sich öffentlich gegen den Bau der Startbahn 18 West am Frankfurter Flughaven auszusprechen, das Volksbegehren als demokratisches Mittel zur Interessendurchsetzung anzuerkennen und zu unterstützen*" („FR", 20.10.81).

Damit hat nach den DGB-Ortskartellen im Kreis Groß-Gerau, den Vertrauensleuten von Opel Rüsselsheim, der IGM-Funktionärsversammlung der Verwaltungsstelle Darmstadt, der Frankfurter Drupa und nach der GEW Hessen, die dies schon seit längerem vertreten, eine weitere relevante Gewerkschaftsgliederung einen derartigen Beschluß gefaßt. Der Antrag war von den Vertrauensleuten der VDO-AG in Frankfurt-Bockenheim eingebracht und vom Bezirkssekretär der IGM, Karl Kronawitter, gleichzeitig Landtagsabgeordneter und AfA-Vorsitzender der SPD, heftig angefeindet worden. Kronawitter, der der Flughafenkommission des Landtags angehört und zu den „*eifrigsten Verfechtern des Startbahnbaus*" („FR") zählt, mußte sich ausgerechnet von gestandenen SPD-Betriebsräten aus der „älteren Generation" sagen lassen, „*es könne doch nicht das Demokratieverständnis eines Sozialdemokraten sein, gegen den erklärten Willen einer ganzen Region zu versuchen, ein solches Umweltverbrechen durchzudrükken*". Ein Betriebsratsvorsitzender „schämte sich" angesichts eines „*SPD-Ministerpräsidenten, der seine Bürger und Wähler schlagen läßt*". Zuguterletzt erklärte auch der 2. Bevollmächtigte der IGM-Verwaltungsstelle, die Debatte habe ihn „überzeugt", daß die Startbahn West abgelehnt werden müsse. Leider heißt dies noch lange nicht, daß sich die Verwaltungsstelle der innergewerkschaftlichen Demokratie beugt und ihre bisherige stillschweigende Duldung bis Unterstützung des Startbahnbaus radikal ändert.

Die breite öffentliche Solidarität mit dem Widerstand zu dokumentieren, würde selbst den Platz einer Tageszeitung sprengen. Am eindruckvollsten sind die Reaktionen der Bürger der Region auf den Polizeiterror, die in zahlreichen Leserbriefen, Zeugenaussagen usw. in die Lokalpresse Eingang fanden. Von Gewicht ist allerdings auch eine Stellungnahme der evangelischen Kirchleitung in Hessen und Nassau, die einen Baustopp und ein Moratorium bis zum Abschluß des Volksbegehrens forderte. Dies rief eine scharfe Reaktion von FDP-Politikern hervor,die der Kirche unterstellten, die Abwesenheit des Kirchenpräsidenten Hild für eine solche Erklärung genutzt zu haben — was sich umgehend als fasch herausstellte.

Beschämt ist dadurch wieder einmal der DGB Hessen, der sich damit begnügte, „*machtprotziges Auftreten*" am Innenminister Gries zu kritisieren. Skurilles am Rande: Der Stadtverband der Jungen Union Mörfelden-Walldorf „.... *rät auch einmal den Psychologen, sich mit dem Trommeln der Polizei auf ihre Schilde zu befassen. Gewisse Parallelen zum Verhalten von Affen seien da wohl nicht ausgeschlossen*" („Freitags-Anzeiger", 16.10.81).

5000 demonstrierten in Frankfurt

Am 17.10., eine Woche nach dem brutalen Polizeieinsatz im Flughafenwald, demonstrierten an die 5000 Startbahngegner in Frankfurt gegen Nachrichtenverfälschung und Polizeiterror.

Die Demonstration begann am Gebäude des Hessischen Rundfunks, der am Tag nach dem Einsatz fast wörtlich den Polizeibericht in seinen Meldungen übernommen hatte. Nachdem der HR den Bürgerzorn zu sehen und zu hören bekommen hatte, zog der bunte Zug in Richtung Frankfurter Buchmesse. 1000 Eintrittskarten wurden während der Demo verkauft, so daß innerhalb von 3 Minuten der Demonstrationszug etwas verkleinert in die Messe gelangen konnte. Hier fand eine kämpferische Spontandemonstration durch das Gelände statt, die von den Besuchern stark bejubelt wurde. Anschließend begab sich der ganze Umzug in die große Halle 6 vor die Stände des HR und der „FAZ" (die im „Stürmer"-Stil über die Auseinandersetzungen berichtet hatte). Auch hier wurden noch kleinere Zwischenkundgebungen abgehalten, die die Stimmung in Halle 6 stark anheizten.

Überhaupt war die Startbahn West ein zentrales Thema dieser Buchmesse.

In einer Resolution hatten sich 193 Verlage und über 600 Schriftsteller, Autoren, Lektoren, Verleger und Verlagsangestellte gegen den Flughafenausbau ausgesprochen und die Demonstration am Samstag unterstützt.

46 Verlage spendeten in einer von Schriftstellern und Verlagen initiierten Aktion mehrere Hundert Bücher, die sie am Sonntag ins Hüttendorf brachten, um sie der dortigen Bücherei zur Verfügung zu stellen.

KB/Gruppe Frankfurt

Was hat die 3. Startbahn mit dem 3. Weltkrieg zu tun? (Teil 2)

(Teil II)

Der Baubeginn für die heißumkämpfte Startbahn West am Frankfurter Flughafen fällt ganz offenkundig in eine Periode des R ü c k g a n g s des zivilen Luftverkehrs, in eine Situation, die keine vorübergehende Flaute ist, sondern eine anhaltende Krise, die ihren Tiefpunkt noch keineswegs erreicht hat, und bei der ein Wiederaufschwung nicht absehbar ist. Diese ökonomische Widersinnigkeit ist von den Flughafenausbaugegnern vielfach aufgezeigt worden ebenso wie die Unhaltbarkeit der Behauptung, wonach die neue Startbahn zusätzliche Arbeitsplätze schaffen würde (was übrigens von den Trägern dieser Propaganda intern selbst zugegeben wird).

Auf der anderen Seite steigen die militärischen Flugbewegungen an und erst recht die Forderungen der NATO-Stäbe nach Bereitstellung zusätzlicher Kapazitäten. Diese Artikelserie untersucht die Frage, ob nicht in Wirklichkeit militärische Beweggründe hinter dem „unvermeidlichen" (Börner) Startbahnbau stehen. In Teil I (AK 210) haben wir die traditionell herausragende Stellung der amerikanischen Rhein-Main Air Base im militärischen Lufttransportsystem der USA beschrieben. Im Folgenden erläutern wir die seit geraumer Zeit existierenden NATO-Rüstungspläne, in denen jeweils der Ausbau der Flughafenkapazitäten in Westeuropa eine wichtige Rolle spielt. Ein dritter Teil (vorgesehen für AK 212) wird sich mit dem Zusammenhang zu der von den USA aufgestellten neuen „Eingreiftruppe" befassen.

„Host Nation Support Programm" und „Langzeitprogramm"

Das „Host Nation Support Programm" beinhaltet infrastrukturelle Pläne im Rahmen der westlichen Kriegsvorbereitungsmaßnahmen. Das Programm, dem auch die BRD-Regierung ihre Zustimmung erteilte, sieht u.a. vor, *„daß ab 1983 Unterkünfte, Straßen, F l u g p l ä t z e und andere militärische Einrichtungen zusätzlich in der BRD für US-Verstärkungen im Verteidigungsfall zur Verfügung gestellt"* werden (13). Das „Langzeitprogramm" der NATO, LTDP („Long Term Defense Programm"), datiert vom Mai 1978, wurde von der sogenannten „Eurogroup" sowie dem „Defense Planning Committee (DPC)" beschlossen. Die Initiative hierzu ging von den USA aus. Beim LTDP handelt es sich um ein gemeinsam koordiniertes und abgestimmtes Aufrüstungsprogramm, das bis 1993 den Rahmen der militärischen Rüstungen innerhalb der NATO festlegt (14). Das LTDP besteht aus 10 Komponenten. Punkt 3 thematisiert die Infrastruktur der NATO. Hier ist ebenfalls vom Ausbau der F l u g h a f e n k a p a z i t ä t e n die Rede. In einem weiteren Punkt wird der Ausbau der L u f t v e r k e h r s l e i t o r g a n e in den europäischen NATO-Staaten nach militärischen Gesichtspunkten gefordert.

In welchen Größenordnungen hier von den NATO-Militärs geplant wird, verdeutlicht das folgende, dem LTDP entnommene Zitat: *„Der schnelle Transport von Verstärkungen für die Streitkräfte der NATO in Europa ist sowohl der Konzeption als auch dem Maßstab nach ohne Beispiel. Er umfaßt die Verlagerung von mehr als einer Million Menschen und einiger Millionen Tonnen Ausrüstungen und Waffen auf den See- und Luftwegen in maximal kurzer Frist."* (15)

Aufgrund ihrer, wie bereits in AK 210 dargestellt, strategisch günstigen Lage, ist die Rhein-Main Region Objekt umfassender infrastruktureller Maßnahmen zum Zweck der westlichen Kriegsvorbereitung, wie sie im „Host Nation Support Programm" und im LTDP ausgewiesen sind.

Flughafenausbau als deutscher Beitrag zur „Eingreiftruppe"

Seit dem Sturz des subimperialistischen Schah-Regimes im Iran und der sowjetischen Intervention in Afghanistan propagieren die USA, mit Blick auf die angeblich gefährdete Rohstoffversorgung des Westens, den Aufbau einer mobilen Eingreifreserve, **„Rapid Deployment Force – RDF"**. Diesbezügliche Pläne werden allerdings innerhalb der US-Administration bereits erheblich länger diskutiert. Kleinere mobile Eingreifreserven existieren im Rahmen des „Military Airlift Command" bereits seit längerem (16). Die Ereignisse im Iran und in Afghanistan dienen somit lediglich der öffentlichen Legitimation derartiger imperialistischer Vorhaben. Die „RDF" ist als integraler Bestandteil der neuen westlichen Kriegsdoktrin zu begreifen, wie sie seitens der Reagan-Administration formuliert wurde. Was den Nahen und Mittleren Osten betrifft, so geht es beim Aufbau der Eingreiftruppe konkret um die Eindämmung national- und sozialrevolutionärer Prozesse sowie um die militärische Absicherung einer ungestörten und hemmungslosen Ausbeutung der dortigen Rohstoffquellen.

Im Zusammenhang mit dem Aufbau dieses in der Geschichte einmaligen imperialistischen Interventionskorps wird in NATO-Kreisen auch die Art der Beteiligung der westeuropäischen NATO-Staaten, und hier insbesondere der BRD, erörtert. Die BRD kann, u.a. aus Gründen der Opportunität vor ihrer eigenen Geschichte, nicht in dem unverfrorenen Maße dem multinationalen Projekt seine Zustimmung erteilen, wie es etwa Schmidts Amtskollegin Thatcher unlängst tat. Thatcher versprach ohne Umschweife, ihre Regierung sei bereit, sich an einem internationalen Flottenverband im Golf zu beteiligen und Truppen für die US-Eingreifreserve abzukommandieren.

Zudem ist die BRD in den vergangenen Jahren recht gut damit gefahren, im Rahmen imperialistischer „Arbeitsteilung" die *„eleganten, diplomatischen und wirtschaftlichen Aufgaben"* (Kissinger) wahrzunehmen. Im Kontrast zum amerikanischen Vorgehen in der 3. Welt ist es dem BRD-Imperialismus teilweise recht erfolgreich gelungen, den USA Terrain streitig zu machen. Auch vor diesem Hintergrund hält sich die BRD mit einer a k t i v e n Beteiligung (d.h. mit eigenen Truppen) an militärischen Abenteuern in der 3. Welt n o c h zurück. Die Frage des Einsatzes westdeutscher Soldaten, der laut Grundgesetz, Artikel 87a, lediglich zum Zweck der Landesverteidigung gestattet ist, ist der derzeitigen Bundesregierung derzeit immerhin so wichtig, daß sie zu dieser Frage eigens ein juristisches Gutachten erstellen ließ. In dem Gutachten des Auswärtigen Amtes vom 17. Dezember 1980 heißt es u.a.:

„An einer internationalen Streitmacht kann die Bundeswehr sich demnach – außer zu Transport- und ähnlichen Hilfszwecken – nur dann beteiligen, wenn sie zur Abwehr einer Situation aufgestellt wird, die zugleich einen völkerrechtswidrigen Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland darstellt. Eine Unterbrechung der Ölzufuhren aus dem Persischen Golf würde zwar eine wirtschaftliche Spannung hervorbringen; ein Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland, der dieser ein individuelles Recht zur Selbstverteidigung geben würde, würde hierin jedoch nicht liegen. Eine Beteiligung der Bundeswehr an einer internationalen Streitmacht im Persischen Golf wäre daher jedenfalls im gegenwärtigen (!) Zeitpunkt verfassungsrechtlich nicht gedeckt. Dies ist die übereinstimmende Meinung der beteiligten Ressorts" (17).

Cruise Missiles auf der US-Air-Base?

Der Starnberger Friedensforscher Alfred Mechtersheimer, bekannt als Repräsentant des eher patriotischen Flügels der bundesrepublikanischen Friedensbewegung, glaubt über Informationen zu verfügen, nach denen *„die 112 Cruise Missiles vom Typ General Dynamics, BGM-109 Tomahawk ... auf Flugplätzen in der Bundesrepublik stationiert werden"* sollen (zitiert nach einem Flugblatt der DKP). Ein „sonderbarer Fund" auf dem Frankfurter Sperrmüll untermauert diese These. *„Vor dem Haus eines US-Offiziers wurden Anfang des Jahres 20 Bedienungsanleitungen für die Pershing-IA-Rakete gefunden. Adressiert waren die brisanten Unterlagen an die US-Air Base Rhein-Main. Presseoffizier Kump: ‚Davon wissen wir nichts.'*

Die Schweigsamkeit ist völkerrechtlich gedeckt. Denn nach dem NATO-Truppenstatut von 1963 und dem Deutschlandvertrag von 1955 besitzen die Allierten besondere Rechte bei der Nutzung ihrer militärischen Anlagen in der Bundesrepublik" (STERN, 40/81).

Wohlgemerkt: „Transport" und ähnliche „Hilfeleistungen" – und sei es auch zur Unterstützung einer imperialistischen Aggression im Nahen Osten – bewegen sich laut diesem Gutachten durchaus im Rahmen der westdeutschen Möglichkeiten. Zudem wird die „Unterbrechung der Ölzufuhren" bereits heute von einer ganzen Riege bürgerlicher Politiker (insbesondere aus den Reihen der Unionsparteien) als „Angriff" auf die westlichen Industriestaaten gewertet, den es aktiv abzuwenden gelte. Auf der diesjährigen NATO-Konferenz in Brüssel erkannten die europäischen NATO-Partner, inclusive der BRD, in einem offiziellen Dokument erstmals an, **„daß sie militärische Operationen der Amerikaner im Nahen Osten oder in anderen Krisengebieten zu unterstützen haben, wenn ‚lebenswichtige Interessen' (NATO-Kommuniqué) des Westens bedroht sind"** (18). Auf derselben Tagung wurde auch eine Aufstockung des Nato-Infrastrukturprogramms um 2 Milliarden DM beschlossen, das den *„Bau neuer Depots, Pipelines, Häfen und F l u g p l a t z a n l a g e n"* vorsieht (19). US-Kriegsminister Weinberger benutzte die NATO-Konferenz, um die erwünschte europäische Hilfe aus der Sicht der US-Administration zu skizzieren. Die europäischen Verbündeten, so Weinberger, sollten *„Überflugrechte für US-Maschinen mit Kampftruppen gewähren, F l u g p l ä t z e und Häfen für den Umschlag von Nachschubgütern zur Verfügung stellen, ihre Waffen- und Treibstoffdepots öffnen und schließlich Reservisten einberufen, wenn die US-Army Einheiten aus Europa abzieht"* (20). Bereits Ende Oktober 1980 hatte der damalige US-Botschafter Stössel Kriegsminister Apel darüber instruiert, daß die USA beabsichtigten, die US-Anlagen in der BRD **„so auszubauen und zu erweitern, daß sie von den amerikanischen Streitkräften als Zwischenstationen und als Basis für die Verlegung größerer Verbände in andere Regionen, vor allem den Mittleren Osten geeignet sind"** (21).

Wer glaubt, daß die Umsetzung dieser Pläne noch ein paar Jährchen auf sich warten liesse, täuscht sich: Sie ist bereits im Gang. In wenigen Wochen (Tagen ?) werden die USA starke Truppenverbände nach Ägypten fliegen, um dort ein „Großmanöver" durchzuführen. Und die BRD wird, wenn nicht alles täuscht, dies in der dargestellten Weise unterstützen.

Anmerkungen:
(13) FR vom 25.3.1981
(14) LTDP: siehe AK 209
(15) zitiert nach einem Flugblatt der DKP
(16) „MAC": siehe AK 210
(17) SPIEGEL 11/81
(18) SPIEGEL 21/81
(19) ebenda
(20) ebenda
(21) FAZ vom 1.11.80

KB-Gruppe Frankfurt

Von Rhein-Main nach Ägypten

Anfang November 1980. Es ist nachts, und man hört den Lärm vom Flughafen bis in die Wohngebiete Frankfurts hinein. Alle paar Minuten, manchmal in noch kürzeren Zeitabständen, startet eine Maschine. Wie ist das möglich, daß der Lärm in über 10 km Entfernung noch so deutlich zu vernehmen ist? Das Wetter... – bei einer „Luftinversion" (kalte Luftschichten über der etwas wärmeren Bodenluft im Rhein-Maingebiet) wird der Schall reflektiert und fällt dann 'von oben' in die Stadt. Das geht nun schon ein paar Nächte so. Man kann nicht einschlafen, kriegt Herzklopfen, wenn das Geräusch aufkommt. Wie wichtig doch die z w e i t e Hauptforderung der Bürgerinitiative ist: Keine Startbahn West u n d Nachtflugverbot! Himmelarsch – nun müßte es doch bald mal ein Ende haben um halb zwei Uhr nachts... Aber es geht weiter. Zehn, zwölf Starts und immer mehr, das können nicht nur Postflugzeuge sein. Die Amis? Man weiß, daß sie den Flughafen insbesondere nachts nutzen. Aber „normalerweise" sind das auch nicht mehr als zwei, drei Maschinen, während es sich hier um einen ganzen Verband o.ä. handeln muß. Um halb drei hab ich die Schnauze voll und rufe beim Flughafen, „Beschwerdestelle", an. „Ja, wir haben zur Zeit eine außergewöhnliche Wetterkonstellation..." Ich weiß. Aber das ist kein Grund, daß hier die halbe Nacht Flugbetrieb ist. „Es handelt sich um Postflugzeuge", sagt die Beschwerdestelle und macht einen kleinen Fehler: „Die sind zwischen 0.30 Uhr und 1 Uhr gestartet". Und jetzt, was startet jetzt ständig, ist das die Air Base?? „Jetzt startet keine Maschine... Wenden Sie sich bitte schriftlich mit Ihrer Beschwerde an uns". Ende der Durchsage.

Es ist unmittelbar vor der amerikanischen Präsidentschaftswahl. Carter liegt nach Meinungsumfragen klar hinter Reagan. Das Geiseldrama in Teheran entwickelt sich immer dramatischer. Ob der scheidende Präsident ein neues Iran-Abenteuer riskiert, um im letzten Moment das Ruder herumzureißen? Startet da am Rhein-Main-Flughafen eine Armada, um – diesmal aber „richtig" – die braven Amerikaner aus der Botschaft zu holen?? Kein Wunder, daß man nicht schlafen kann...

+++

Wochen später wurde bekannt, daß in dieser Zeit tatsächlich US-Truppen vom Frankfurter Flughafen aus nach Nahost gestartet waren – allerdings nach Ägypten, um dort eine Übung der Eingreiftruppe, die bis dahin nur in den amerikanischen Wüsten trainiert hatte, abzuhalten.

Ein knappes Jahr später hat die US-Regierung, als Reaktion auf die Ermordung von Sadat, erneut ein „Großmanöver" in Ägypten für November 81 angekündigt. Dieses Manöver trägt von Anfang an den Charakter, daß eine brennende Lunte an ein Pulverfaß gehalten wird. Nicht nur, daß die unterdrückte ägyptische Opposition das Schlimmste befürchten muß, die Schüsse auf Sadat werden von der US-Administration Ghaddafi zugeschrieben, und der mit Ägypten verbündete Sudan droht bereits offen mit Krieg gegen Libyen. Reaktionäre Hetzer weisen darauf hin, daß es „die Sowjets" nicht nur in Libyen, sondern auch im Tschad und in Äthiopien zu schlagen gelte.



Foto : *Burkhard Kretschmann*

Zurecht drückte die „Frankfurter Rundschau" die Sorge aus, daß dieses Manöver der Auftakt zu einem Nahostkrieg sein könnte, der alle bisherigen militärischen Auseinandersetzungen in dieser Region übertreffen könnte.

Nichts spricht dafür, daß Reagan, Weinberger und Haig diesmal darauf verzichten könnten, ihre westdeutschen Basen als Zwischenstationen auf dem Flug nach Nahost zu nutzen. Im Gegenteil: Die NATO-Beschlüsse der letzten zwölf Monate, denen die Bundesregierung ihre Zustimmung gegeben hat, scheinen eine solche Situation direkt vorbereitet zu haben. Damit macht sich die sozialliberale Koalition zum Komplizen eines höchst aggressiven imperialistischen Manövers, aus dem allzu leicht ein Krieg entstehen kann. Keiner kann sagen, es ginge uns nichts an, was in den nächsten Wochen in Ägypten und im Zusammenhang mit diesem Manöver passiert. Denn zumindest wird das mörderische Gerät auf bundesdeutschen Flughäfen verladen.

Die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung, die über die militärischen Hintergründe des Startbahnbaus seit geraumer Zeit diskutiert, muß daraus Konsequenzen ziehen. Aber auch die Gruppen der Friedensbewegung müssen die Glaubwürdigkeit ihrer Appelle daran messen lassen, ob sie konkrete Vorbereitungen auf kriegerische Handlungen im eigenen Land und mit stillschweigender Unterstützung der eigenen Regierung passieren lassen. Keine, auch keine indirekte Beteiligung der BRD an dem bevorstehenden Manöver! Es darf keine Nutzung von Flugplätzen, Häfen, Treibstoffdepots, Pipelines usw. auf bundesdeutschem Boden geben!
Ami go home!

KB/Gruppe Frankfurt

P.S.: Für unsere schlecht schlafenden Leser in Frankfurt und Umgebung: Es gibt s i e b e n Postflugzeuge, die nachts auf Rhein-Main starten. Was danach kommt, ist von Übel...

Rüstungskriminalität: »Die verschlungenen Pfade deutscher Waffen«



...enden bekanntlich in fast 150 Ländern der Welt, darunter natürlich auch die gesamte Avantgarde rassistischer und faschistischer Diktaturen und Militärregimes. Ebenso bekannt dürfte inzwischen sein, daß Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG), Spannungsklauseln und ähnliche juristische Sperenzchen noch nie ein entscheidender Hinderungsgrund für derartige Rüstungstransfers waren. Bei der Expansion dieser dunklen Geschäfte konnte es natürlich nicht ganz ausbleiben, daß sich die Staatsanwaltschaft zumindest in einigen wenigen Fällen – wenn die Skandale ein gewisses Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit und Empörung verursacht hatten – gezwungen sah, wenigstens pro forma Ermittlungen aufzunehmen. Das Ergebnis: meist Einstellung der Ermittlungen und damit auch juristische Legitimation dieser „Grauzonen"-Geschäfte. Zwei der jüngsten Fälle wollen wir kurz darstellen.



Daimler-Benz und Magirus-Deutz

Bereits aus dem Jahr 1978 datiert die Anschuldigung der Volksrepublik Angola, die Stuttgarter Firma Daimler-Benz liefere Unimogs an Südafrika. Im Juli dieses Jahres konnte die „Neue" durch ein Foto die Richtigkeit dieses Vorwurfs bestätigen. Es zeigt Daimler-Unimogs mit aufgebauten „Stalin-Orgeln". Ein Redakteur der „Neuen" zeigte die Firma daraufhin wegen Verstoßes gegen das KWKG und das Außenwirtschaftsgesetz an. Das Ermittlungsverfahren wurde jetzt eingestellt. Die Begründung: ein Verstoß gegen das KWKG liege deshalb nicht vor, da Fahrzeuge unter dessen Bestimmungen nur fallen, wenn sie „ausschließlich für den Einsatz bestimmter Waffen entwickelt waren", was man von Unimogs nun mal nicht behaupten könne. Gegen das Außenwirtschaftsgesetz verstoßen Handlungen, „wenn sie die Sicherheit der BRD gefährden, die Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker oder die Störung der auswärtigen Beziehungen der BRD mit sich bringen." Daß zumindest letzteres nicht der Fall war, bedarf keines Kommentars:über 2000 nach Südafrica exportierte Daimler-Unimogs seit 1978 sowie ein Vertrag zwischen Daimler, der britischen Firma Perkins und Südafrika über den Lizensbau von jährlich 50.000 schweren Dieselmotoren ab 1983 deuten im Gegenteil auf außerordentlich freundschaftliche Beziehungen zwischen der BRD und dem Rassistenregime hin. Kommentar vom zuständigen Staatssekretär Grüner (FDP):„Handelsübliche Fahrzeuge würden nicht schon zu ausfuhrgenehmigungspflichtigen Rüstungsgütern, wenn sie eventuell auch für militärische Zwecke einsetzbar sind oder vom Käufer eingesetzt werden."

Ein ähnliches Verfahren gegen Magirus-Deutz wurde ebenfalls eingestellt. Unter dem Decknamen „Projekt Schwalbe" hatte die Firma seit 1977 etwa 5.000 Fahrgestelle für Militär-LKWs geliefert, die gleichen Typen, die auch von der NATO verwendet werden. Seit dem Frühjahr 1980 werden die LKWs in der südafrikanischen Deutz-Zweigstelle montiert. „Die Firma ist einer der wichtigsten LKW-Zulieferer der südafrikanischen Armee" („Spiegel", 42/81). Auch hier das „Argument": es handele sich um zivile Fahrzeuge, was die Empfänger damit machen, sei deren Problem. Völlig zurecht weist der „Spiegel" daraufhin, daß der Unterschied *„zwischen einem Zivil- und einem Militär-Lastwagen an Kleinigkeiten deutlich werden kann: etwa an der Anordnung der Sitzbänke auf der Pritsche, schlauchlose Reifen, Tarnlampen, Anti-Infrarot-Lackierung oder Waffenhalterungen".* Der Zoll sei allerdings „überfordert", die in Einzelteilen exportierten Wagen daraufhin zu überprüfen.

Rheinmetall

Ein Firmenname der der Staatsanwaltschaft inzwischen bestens bekannt sein dürfte: er *„fiel schon mehrmals, wenn von illegalen Waffenverkäufen die Rede war. Schon seit zwei Jahren (!) nämlich ermittelt das BKA wegen des Verdachts unzulässiger Geschäfte in großem Umfang"* („Spiegel", 34/81). Der „Dreh" von Rheinmeltall ist verblüffend einfach: eine behördlich genehmigte Lieferung wird vom Empfängerland einfach gleich weitergegeben. So gelangten u.a.

100 Zwillingskanonen über Spanien nach Argentinien,
1000 MGs über Italien nach Saudi-Arabien,
eine Munitionsfüllanlage über Paraguay nach Südafrika.

Da der Export an die Zwischenstationen genehmigt war, muß das BKA nun nachweisen, daß von vorneherein die Weitergabe eingeplant war, was eigenlich nicht sonderlich schwierig ist:

– Schon im Februar 80 wurde bekannt, daß der Ex-Bundeswehr-Inspekteur Schnerz für Saudi-Arabien einen Plan über „Gliederung, Bewaffnung und Ausstattung von selbstständigen, mechanisierten Brigaden" erstellt hatte. *„Als Flugabwehrkanone empfiehlt er die 20-mm-Zwillings-Geschütze der Rheinmetall GmbH in Düsseldorf (Stückpreis 475.000DM)"* („Stern", 28.2.80).

– Erneut ins Rampenlicht geriet Rheinmetall in der sog. „Spendenaffäre" um FDP-Minister Ertl: nach Angaben der FDP-Sekretärin Rech hätten Ertl und Co. *„gegen Geld zweifelhaften, der offiziellen Bonner Embargo-Politik zuwiederlaufenden Rüstungsgeschäften nach Nahost den Weg geebnet. So sei dem Bonner Waffenlieferanten Gerhard Mertins 76/77 geholfen worden...die Genehmigung für den Export einer Maschinengewehrfabrik der Düsseldorfer Firma Rheinmetall nach Saudi-Arabien zu ergattern"* („Spiegel", 6/81). Der „Spiegel" dokumentierte dazu das Original einer Rheinmetall-Schmiergeldbestätigung über 300.000 DM.

– Die Munitionsfüllanlage traf nie in Paraguay ein, sie wurde bereits in Brasilien auf einen Frachter nach Südafrika umgeladen.

– Hätten sie ernsthaftes Interesse daran gehabt, hätten die Behörden schon viel eher stutzig werden müssen: mit der Anlage kann nur 155 mm Munition abgefüllt werden, Paraguay besitzt aber weder Geschütze dieses Kalibers, noch stellt es selbst Munition dieser Größe her. Es war also ganz offensichtlich, daß der Zielort der Anlage ein anderer war (155 mm-Haubitzen sind übrigens zum Abschuß von Atomgranaten geeignet!).

Erst im Juli kam die Staatsanwaltschaft auf die glorreiche Idee, es mal mit einer Durchsuchung der Geschäftsräume zu versuchen, da mittlerweile auch noch der Verdacht hinzugekommen war, Rheinmetall plane den Verkauf von 600 Panzerkanonen an Argentinien.

Zwei Rheinmetall-Manager sehen nun – vermutlich sehr gelassen – ihrer Anklage entgegen. Immerhin: *„Zum erstenmal(!!)stünden dann deutsche Konzernmanger wegen illegaler Waffengeschäfte vor Gericht"* („Spiegel", 19.10.81). Sonderlich beunruhigt brauchen sie nicht zu sein: die Hamburger Reederei Globus, die mit ihren Schiffen an ähnlichen Transaktionen wie dem Paraguay-Deal beteiligt war, wurde freigesprochen, da ihnen ein „absichtlicher oder wissentlicher" Verstoß gegen das KWKG nicht nachgewiesen werden konnte. So einfach geht das: man muß sich nur dumm genug stellen und alles läuft.

Antimil-Kommission / KB Göttingen

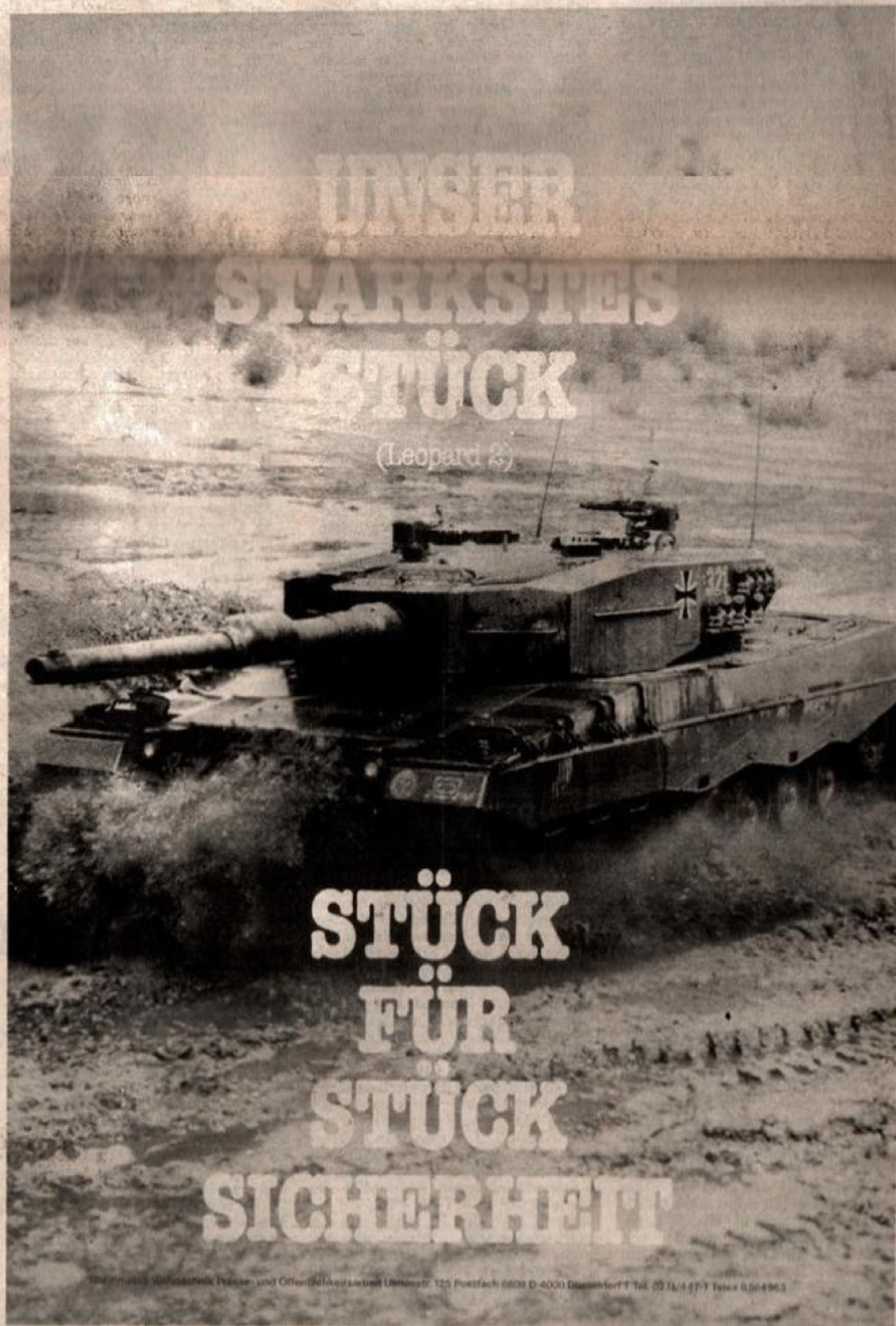
Wer prüft das »Gewissen« der Gewissensprüfer

Es ist wahrhaftig nicht verwunderlich, was die „Frankfurter Rundschau" am 1.10. dieses Jahres berichtete: *„Ehemaliger Ankläger beim NS-Volksgerichtshof prüfte Gewissen".* Unter dieser Überschrift brachte die FR nämlich eine selbst dem Kriegsministerium seit langem bekannte Tatsache, die durch eine Anfrage des SPD-MdB Peter Conradi an die Bundesregierung – beruhend auf Materialien der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" (VVN) – für etwas Wirbel gesorgt hatte. Aus diesen Materialien geht hervor, daß der Jurist Edmund Stark, der von 1975 bis 1980 Vorsitzender eines Kriegsdienstverweigerer-Prüfungsausschusses in Ravensburg gewesen ist, von 1942 bis 1945 Ankläger am berüchtigten Volksgerichtshof Roland Freislers war.

Eine gewisse „Sachverständigkeit" wird man ihm kaum absprechen können: Hatte er doch damals wie heute (u.a.) mit „Wehrkraftzersetzern" zu tun – allerdings mit dem Unterschied, daß solche Leute vom Volksgerichtshof mit dem Tode bestraft wurden. Er selbst kann sich freilich – wie gehabt! – an konkrete Einzelheiten aus den damaligen Verfahren „nicht mehr erinnern". Außerdem sei er bereits 1938 als „politisch unzuverlässig" eingestuft worden, da er als Assessor einmal einen Angeklagten vom Vorwurf der Körperverletzung freigesprochen habe, der sich gegen Nazi-Störer auf einer Fronleichnamsprozession zur Wehr gesetzt hatte. Auch nach seinem Parteieintritt 1940 sei er lediglich als „Karteigenosse" geführt worden und habe in seinem „ganz geringen Spielraum" Angeklagten, wo dies möglich gewesen sei, geholfen. Aus einem 1960 erstellten Gutachten einer dreiköpfigen Kommission (u.a. besetzt mit einem selbst durch den Volksgerichtshof verurteilten Juristen) geht hervor, *„daß Stark 1944 nach mehreren erfolglosen Bemühungen um Versetzung dem Dienst ferngeblieben, verhaftet und wegen Betriebssabotage zu fünf Jahren Haft verurteilt worden war"* (FR, 5.10.81). Damit begründete Staatssekretär Penner vom Kriegsministerium die Ausnahme von der Regel, Richter mit derartiger Vergangenheit grundsätzlich nicht damit zu beauftragen, über Gewissensgründe junger Menschen zu entscheiden.

Mag sein, daß es sich hier um einen „minder schweren Fall" handelt – doch wer die Art und Weise des Umgangs mit dem Alt- und Neonazismus (s. auch „berühmtere Beispiele") in diesem Land kennt, geht sicher nicht falsch in der Annahme, daß es eine Unzahl weiterer derartiger „Fälle" insbesondere unter Juristen geben dürfte. Abgesehen davon wird hier besonders deutlich, daß es nur eine Möglichkeit der Verhinderung staatlicher und persönlicher Willkür beim Gewissens-TÜV gibt: **Bedingungslose Abschaffung des inquisitorischen Prüfungsverfahrens !**

Antimil-Kommission
KB/Gruppe Göttingen



Nach dem Vorbild der nazistischen „Wehrwirtschaftsführer (kurz bevor sie den 2. Weltkrieg entfesselten). Die obige Werbung (Buttons und Plakate) erhält, wer sich bei Rheinmetall-Wehrtechnik in Düsseldorf meldet (auf der Rückseite der Buttons steht: „Jetzt auf's Auto kleben").

Offener Brief

An den Bundesvorstand und die Partei Die Grünen

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

Ihr habt auf Eurem Parteitag Anfang Oktober ein Friedensmanifest beraten und beschlossen. Diese Erklärung enthält – unseres Wissen erstmalig in der Geschichte Eurer Partei – ausführlichere Aussagen zur Politik der Sowjetunion. Aussagen zu diesem Thema sind im Rahmen eines Friedensmanifestes selbstverständlich angebracht, denn erstens ist die Behauptung einer sowjetischen Bedrohung und militärischen Überlegenheit das Zentralmotiv der Herrschenden zur Mobilisierung von Sicherheitsbedürfnissen und Verteidigungsbereitschaft, und zweitens der Vorwurf der „Einäugigkeit" hinsichtlich der sowjetischen Kriegsrüstung das Zentralargument der Herrschenden gegen die Friedensbewegung.

Kritik haben wir aber am Zustandekommen und am Inhalt der Aussagen zur Sowjetunion in Eurem Friedensmanifest. Diese Kritik möchten wir Euch einigermaßen umfassend und detailliert mitteilen, weil wir der Meinung sind, daß die von Euch beschlossenen Aussagen dringend und rasch einer Korrektur bedürfen, da anderenfalls das Friedensmanifest insgesamt entwertet würde.

1. Es ist uns unverständlich, daß Ihr Aussagen mit dieser Tragweite beschlossen habt, ohne daß bisher eine gründliche und systematische Debatte zum Thema „Sowjetunion" in Eurer Partei geführt worden ist. Dem Anspruch „basisdemokratisch" hält ein solches Verfahren ganz gewiß nicht stand. Dieser Fehler ist umso schlimmer, weil das Friedensmanifest ja nicht nur ein programmatisches Dokument ist, mit dem Ihr jetzt nach innen leben müßt, sondern weil es auch Instrument Eurer Politik nach außen sein soll.

2. Es gibt anscheinend bei einigen von Euch einen Widerwillen, sich auf quantitative und qualitative Rüstungsvergleiche überhaupt einzulassen. Einen solchen Widerwillen halten wir für verständlich und respektabel. Nur sollte er dann auch wirklich konsequent durchgehalten werden. Euer Friedensmanifest macht aber zur sowjetischen Rüstung durchaus quantitative und qualitative Aussagen, wie etwa: Die Sowjetunion habe **„mit den USA auf dem Feld der strategischen Atomwaffen gleichgezogen"**, Aussagen zur sowjetischen Kriegsflotte, zur SS 20 usw. Da Ihr Euch nun einmal auf dieses unerfreuliche und komplizierte Feld begeben habt, muß man Euch vorwerfen, daß die von Euch beschlossenen Aussagen Ausdruck von ganz und gar unzureichender Untersuchung des Gegenstands sind. Da zweifellos ein Großteil der Delegierten Eures Parteitages sich mit dem Gegenstand überhaupt noch nie im Detail befaßt hat, muß zudem davon ausgegangen werden, daß hier einfach nach dem Prinzip des Kopfnickens vorformulierten oberflächlichen Behauptungen zugestimmt worden ist.

3. Euer Parteitag hat beschlossen: **„Auch die Militärmacht Sowjetunion geht weit über das Maß hinaus, das zur Abschreckung eines potentiellen Gegners notwendig ist"**. Diese Aussage könnte Gegenstand langer, gar nicht endgültig abzuschließender militärphilosophischer Debatten sein. Für Euch hingegen ist sie lediglich eine elegante Überleitung zur Übernahme der bundesdeutschen Staatsdoktrin vom globalen Eroberungswillen der Sowjetunion. Wie wollt Ihr eigentlich das Militärpotential definieren, **„das zur Abschreckung eines potentiellen Gegners notwendig ist"**? Eine Garantie für die Wirksamkeit von „Abschreckung" gibt es ohnehin nicht. Demnach bleibt nur objektiv festzustellen, daß die Militärmacht der USA – und das ist in diesem Fall doch wohl der wichtigste „potentielle Gegner" – der der Sowjetunion in allen relevanten Bereichen erheblich überlegen ist.

Wenn wir nüchtern konstatieren müssen, daß die Friedensbewegung in den NATO-Ländern ihren Regierenden noch kein Schrittchen Abrüstung real abtrotzen konnte, dann ergibt sich für uns daraus auch, daß diese Friedensbewegung überhaupt kein Recht hat, das Militärpotential der Sowjetunion als „zu groß" in Frage zu stellen. Das gilt umso mehr für die Friedensbewegung in einem Land, das gerade vier Jahrzehnte von seinem furchtbaren Überfall auf die Sowjetunion entfernt ist und in dem immer noch dieselben Kräfte herrschen, die für die damalige verbrecherische Politik verantwortlich sind.

4. Euer Parteitag hat beschlossen: Die sowjetische Militärmacht ist **„ihrer Struktur und ihrem Umfang nach ... ein Mittel der Eroberung"**. Tendenziell ist jede Armee auch „ein Mittel der Eroberung". Alles ist relativ. Die winzige Armee des Senegal, die wahrscheinlich selbst der bundesdeutschen Polizei unterlegen wäre, hat sich als durchaus taugliches Instrument erwiesen, um das noch winzigere Gambia militärisch zu unterwerfen. Ein riesiger Staat wie die Sowjetunion unterhält selbstverständlich eine Armee, die auch zur Unterwerfung weit schwächerer Staaten geeignet sein könnte. Ebenso selbstverständlich ist, daß ein solcher Staat auch über erhebliche militärische Transport-Kapazitäten verfügen muß.

Daß die Sowjetunion tatsächlich vor Militäraktionen gegen schwächere Staaten nicht zurückschreckt, ist an Fallbeispielen bewiesen. Die Tatsache ist aber nicht in „Struktur und Umfang" ihrer Streitkräfte begründet. In Afghanistan unterhält die Sowjetunion, unterschiedlichen Angaben zufolge, ca. 80.000 bis 100.000 Soldaten. Auf welchen „Umfang" müßte man Eurer Ansicht nach die sowjetischen Streitkräfte in ihrer Gesamtheit reduzieren, um solche Militäraktionen auszuschließen?

5. Euer Parteitag hat beschlossen: Die Sowjetunion strebt nach **„Ausdehnung des eigenen Machtbereichs rund um den Globus"**. Dieser Behauptung möchten wir in ihrer Allgemeinheit gar nicht widersprechen. Es fragt sich nur, über welche militärischen und wirtschaftlichen Mittel sie dazu verfügt. Was diesen praktischen Gesichtspunkt angeht, verweisen wir noch einmal auf die globale Überlegenheit der USA und ihrer Verbündeten. Im übrigen wird die Formel vom sowjetischen Streben nach weltweiter Expansion als Zentralmotiv der Reagan-Kriegspolitik verwendet – wobei es in erster Linie und nahezu ausschließlich Befreiungskämpfe in Ländern der Dritten Welt sind, die als Resultat sowjetischer Expansion dargestellt werden (Nikaragua, El Salvador, Südafrika, Zaire/Shaba, Libyen, Nahost u.a.m.).

6. Euer Parteitag hat beschlossen: Die allgemeinen Krisenerscheinungen der Sowjetunion verstärken ihren Drang nach **„Ausdehnung rund um den Globus"**. Das mag man glauben oder auch nicht. Halten wir uns an Tatsachen: Die von Euch erwähnten Krisenerscheinungen nicht bloß der sowjetischen Wirtschaft, sondern auch des gesamten politisch-sozialen Systems der SU und des von ihr dominierten Blocks reduzieren zunehmend die realen Möglichkeiten der Sowjetunion, außerhalb ihres eigenen Machtbereichs offensiv zu werden. Leute wie Alexander Haig, die nicht an Gespenster glauben – nicht einmal an die von ihnen selbst erfundenen! – sagen denn auch ganz offen, daß sie auf einen Zusammenbruch des sowjetischen Systems in absehbarer Zeit spekulieren.

7. Euer Parteitag hat beschlossen: Die Sowjetunion habe **„in den letzten Jahren ... eine weltweit operierende Kriegsflotte aufgebaut (darunter Flugzeugträger), neue Generationen von Panzern, strategischen Bombern (Backfire), Kampfflugzeuge etc.pp. in Dienst gestellt..."**. Das sind nichtssagende, oberflächliche Stichworte, wie man sie jederzeit auch der „Peking Rundschau" oder dem neuen Propaganda-„Weißbuch" der US-Regierung zur „Gefahr aus dem Osten" entnehmen kann. Man wird es mit Recht bedauern, aber es ist nun einmal so, daß heute selbst Kleinstaaten laufend „neue Generationen" von Waffen einführen, weil Waffensysteme in extrem kurzer Zeit schon als „technisch überholt" gelten. Die einfache Feststellung, daß die Sowjetunion „neue Generationen" von Panzern produziert, gibt für den von Euch im Friedensmanifest behaupteten Zusammenhang (Sowjetische Eroberungsabsichten, Bedrohung etc.) gar nichts her. Stattdessen hättet Ihr lieber von Tatsachen sprechen sollen – z.B. davon, daß nach allgemeiner Übereinstimmung der Experten der bundesdeutsche Panzer „Leo II" den modernsten sowjetischen Gegenstükken in allen relevanten Belangen überlegen ist. Zu ähnlichen Ergebnissen hätte Euch ein qualitativer Vergleich zwischen den modernsten Kampfflugzeugen der NATO und des Warschauer Paktes führen können.

Dem Propaganda-„Weißbuch" der US-Regierung über die sowjetische Aufrüstung ist mit Recht vorgeworfen worden, daß es auf alle Vergleichswerte verzichtet, also nur einseitig die sowjetischen Schrekken an die Wand zu malen versucht. Diese Kritik reicht bis weit in konservative Kreise hinein. Genau dasselbe ist aber leider Euren Aussagen zur sowjetischen Rüstung vorzuwerfen. Für eine antisowjetische Propaganda ist der Hinweis auf die „weltweit operierende Kriegsflotte" der Sowjetunion sicher wirkungsvoll – es gibt in dieser Hinsicht ja auch schon eine lange Tradition. Besser wäre es aber gewesen, Ihr hättet dann auch die Verhältnisse tatsächlich analysiert. Dies hätte Euch nämlich zu der Schlußfolgerung führen können, daß die sowjetische Kriegsflotte sowohl in ihrer Größenordnung als auch unter dem Aspekt ihrer militärstrategischen Voraussetzungen (z.B.: der eklatante Mangel an sicheren Stützpunkten, die „Fallen"-Situation der sowjetischen Flotten in der Ostsee und im Schwarzen Meer) den Kriegsflotten der NATO und der NATO-Verbündeten (Südafrika, Australien etc.) klar unterlegen ist.

Euer Parteitag hat auch auf den NATO-Propaganda-Hit mit den „Flugzeugträgern" der Sowjetunion nicht verzichten wollen. Nur: In den NATO-Generalstäben weiß man – was Euren Delegierten anscheinend unbekannt ist –, daß diese sowjetischen „Flugzeugträger" nicht nur zahlenmäßig gegenüber denen der USA lächerlich unterlegen sind, sondern daß es sich zudem lediglich um Träger mit einer relativ kleinen Kapazität zu Zwecken der Seekriegs-Führung (Operationen gegen U-Boote z.B.) handelt.

8. Euer Parteitag hat beschlossen: Die Sowjetunion habe **„in einem gigantischen 'Nachrüstungsbeschluß' mit den USA auf dem Feld der strategischen Atomwaffen gleichgezogen"**. – Aus den einschlägigen Statistiken hättet Ihr entnehmen können, daß die USA der Sowjetunion auch auf diesem Feld deutlich überlegen sind, also von Gleichstand keine Rede sein kann (Zahl der Sprengköpfe, Zielgenauigkeit, Mobilität und sonstige Sicherungen gegen einen 'Erstschlag' der Gegenseite).

Auch bei nur oberflächlicher Kenntnis der Materie hätten an diesem Punkt Eure Aussagen eigentlich einige von Euch stutzig machen müssen: Daß die Militärausgaben des Warschauer Pakts niedriger sind als die der NATO, kann der Interessierte sogar dem „Spiegel" entnehmen. Und daß ein Machtblock mit deutlich geringerem Wirtschaftspotential und niedrigerer Technologie unter solchen Umständen einen gegnerischen Vorsprung keinesfalls aufholen kann, liegt wohl für jeden Klardenkenden auf der Hand. Es sei denn, die Sowjetunion hätte zugunsten ihrer angeblichen „gigantischen Nachrüstung" bei den strategischen Atomwaffen ebenso „gigantische" Abstriche bei anderen relevanten Teilen ihrer Aufrüstung gemacht. Das hat aber noch niemand behauptet; im Gegenteil betont ja auch Euer Friedensmanifest die angeblich allseitige sowjetische Hochrüstung.

An diesem Punkt unserer Kritik möchten wir aus einem anderen Teil Eures Friedensmanifests zitieren: *„Die technologisch bedeutsamsten Erneuerungen im Militärbereich seit dem 2. Weltkrieg, bei denen die USA praktisch immer vorn waren, legen ebenfalls ein klares Zeugnis darüber ab, wer die stetig vorantreibende Macht im Rüstungskarussel war. Seit dem Amtsantritt von Reagan ist aus dem dauernden Vornewegtraben ein unzweifelhaftes Davongaloppieren geworden; von US-amerikanischer Seite wird die Intention des 'Totrüstens' der SU nicht verheimlicht"*.

Offenbar ist den Delegierten Eures Parteitages bei dem unter enormem Zeitdruck stattfindenden Gebastel an einem konsensfähigen Kompromiß aus mehreren in ihrer Stoßrichtung kontroversen Entwürfen nicht aufgefallen, daß in der beschlossenen Fassung Aussagen zusammengeschnitten worden sind, die einander eklatant widersprechen. (Einerseits: die Sowjetunion habe bei den strategischen Atomwaffen „gleichgezogen"; andererseits: das „Davongaloppieren" der US-amerikanischen Rüstung).

Dies gilt ähnlich auch für den nächsten Punkt unserer Kritik.

10. Euer Parteitag hat beschlossen: Die sowjetische SS 20 sei **„eine verstärkte Bedrohung Westeuropas". „Sie liefert den Vorwand für westliche Gegenmaßnahmen und fördert somit den Rüstungswettlauf"**. Dem ersten Teil Eurer Aussage ist zuzustimmen. Nicht bloß die SS 20, sondern auch und mehr noch der zahlenmäßige Ausbau der sowjetischen strategischen Waffen (die ja auch nicht alle bloß auf die USA gerichtet sind) verstärkt die „Bedrohung Westeuropas". Wenn man weiß, daß die BRD das größte Atomwaffen-Arsenal der Welt darstellt, und wenn man zur Beseitigung oder Abschwächung dieses Zustands noch keinen praktischen Schritt geschafft hat, soll man sich nicht wundern, daß die Gegenseite diesen Atomstützpunkt der USA massiv „bedroht". Deswegen die Sowjetunion anzuklagen, mag zwar Eure „Glaubwürdigkeit" bei Helmut Schmidt oder Axel Springer erhöhen, aber es steht unserer Ansicht nach der bundesdeutschen Friedensbewegung überhaupt nicht gut zu Gesicht.

Euer Parteitag hat sich mit diesen Aussagen zudem die NATO-offizielle Version zu eigen gemacht, daß es auf diesem Gebiet eine sowjetische „Vorrüstung" gebe und es sich bei der neuen Raketenrüstung der NATO tatsächlich um eine „Nachrüstung" („Gegenmaßnahmen") handele. In dieselbe Richtung geht Eure Aussage, die Sowjetunion habe mit der SS 20 „den Rüstungswettlauf gefördert" – im Gegensatz zu der schon zitierten Aussage von anderer Stelle Eures Friedensmanifests, die den USA die antreibende Rolle beim „Rüstungswettlauf" zuschreibt. Die Sowjetunion hat übrigens zu diesem Thema durchaus glaubwürdiges Zahlenmaterial vorgelegt, aus dem hervorgeht, daß es bei Einbeziehung aller NATO-Waffensysteme (z.B. auch der britischen und französischen) keine sowjetische „Vorrüstung" in Gestalt der SS 20 gibt, also auch keinerlei Vorwand, einen behaupteten sowjetischen Vorsprung durch „Gegenmaßnahmen" auszugleichen.

Hierzu hat übrigens Petra Kelly (Bundesvorstand) schon einmal quasi-offiziell in einer Weise Stellung genommen, die wir durchaus unterschreiben könnten: **„Die Krefelder Initiatoren übersehen keineswegs die sowjetische SS-20-Aufstellung, bewerten sie jedoch im Gegensatz zur Bundesregierung nicht als eine 'zur Nachrüstung' zwingende Vorrüstung, sondern als Antwort der UdSSR auf die mehrfache Verbesserung im westlichen Nuklearpotential in und für Europa, das dem sowjetischen Mittelstreckenpotential auch jetzt schon mindestens gleichwertig ist ..."** (Pressemitteilung der Bundesgeschäftsstelle Die Grünen).

11. Eine Bemerkung möchten wir uns abschließend nicht verkneifen: Wer, wie wir, jahrelang intensiv die gesamte einschlägige linke Presse verfolgt hat, wird die von Eurem Parteitag beschlossenen Aussagen zur Sowjetunion nach Stil und Geist auf Anhieb als ein Kuckucksei identifizieren, das Euch Rest-Kader der aufgelösten "KPD" ins Nest gelegt haben. Die Verfasser haben sich noch nicht einmal die Mühe gemacht, diese Herkunft stilistisch zu kaschieren. Für diejenigen unter Euch, die es nicht wissen oder es inzwischen vergessen haben: Es handelt sich um jene aus China importierte „Drei-Welten-Theorie", wonach der „sowjetische Sozialimperialismus" als „Hauptfeind der Menschheit" nach „weltweiter Hegemonie" strebt und dabei von allen Guten (einschließlich der Bundeswehr und der US-Army) gestoppt werden muß.

Wir wissen nicht, über welche Mittel und Wege Ihr verfügt, die zitierten Aussagen Eures Friedensmanifestes einer erneuten, diesmal hoffentlich gründlichen und analytischen Diskussion und Prüfung zu stellen. Bedauern würden wir es jedenfalls, wenn Euch hierzu kein Ausweg einfällt und Ihr dann – womöglich wider bessere Einsicht – mit dem einmal so beschlossenen Text weiterarbeiten würdet.

Leitendes Gremium des KB

Was stimmt denn nun?

Im grünen „Friedensmanifest" heißt es zur Rolle der Sowjetunion: *„Auch die Militärmacht Sowjetunion geht weit über das Maß hinaus, das zur Abschreckung eines potentiellen Gegners notwendig ist. Ihrer Struktur und ihrem Umfang nach ist sie ein Mittel der Eroberung. Das militärische Motiv der sowjetischen Eroberungspolitik ist die ‚Absicherung' des eigenen Machtbereiches durch seine Ausdehnung rund um den Globus; das ökonomische Motiv die Öffnung des Zugangs zu fremden Produktivkräften und Rohstoffen. Dieses Motiv muß sich um so dringender geltend machen, je mehr das Wirtschaftswachstum in der SU selbst abfällt, die Krisenerscheinungen selbst zunehmen, die Erschließung neuer Rohstoffquellen im eigenen Land an technische und finanzielle Grenzen stößt und die Produktivitätslücke gegenüber dem westlichen Kapital auseinanderklafft. Das ist in den letzten Jahren zunehmend der Fall.*

Die Sowjetunion hat in den letzten Jahren nicht nur schöne Friedensparolen in die Welt gesetzt, sie hat gleichzeitig eine weltweit operierende Kriegsflotte aufgebaut (darunter Flugzeugträger), neue Generationen von Panzern, strategischen Bombern (Backfire), Kampfflugzeuge etc. pp. in Dienst gestellt und in einem gigantischen ‚Nachrüstungsbeschluß' mit den USA auf dem Feld der strategischen Atomwaffen gleichgezogen. Die sowjetische SS-20-Atomrakete stellt nach Aussage des Internationalen Friedensforschungsinstitutes SIPRI durch ihre Reichweite (bis 5.000 km), ihre Zielgenauigkeit und ihre Beweglichkeit eine bemerkenswerte quantitative und qualitative Weiterentwicklung – und damit eine verstärkte Bedrohung Westeuropas dar. Sie liefert den Vorwand für westliche Gegenmaßnahmen und fördert somit den Rüstungswettlauf".

Im krassen Gegensatz zu den SU-bezogenen Teilen des grünen „Friedensmanifests" stehen Ausführungen der Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg, Frau Beck-Oberdorf, auf dem dortigen Landesparteitag. Vorauszuschicken ist, daß Frau Beck-Oberdorf eher zur „rechten Mitte" in der Grünen Partei und zu den Wegbereitern einer „alternativen Verteidigung" gehört. Das hinderte sie nicht, in ihrer Rede auf dem baden-württembergischen Landesparteitag sehr detaillierte und im Wesentlichen zutreffende Ausführungen zum militärischen Kräfteverhältnis zu machen... U.a. sagte sie:

„...So ist sogar einer sicherlich nicht der sowjetischen Propaganda zu verdächtigenden Zeitung wie der „Zeit" (Artikel vom 17.4.81) zu entnehmen, daß die Überlegenheit der USA bei strategischen Systemen derzeit gegenber der Sowjetunion 3200 Gefechtsfeldköpfe beträgt. Kein Wunder, wenn, wie im Weißbuch der Bundesregierung vom Jahre 79 geschehen, schlichtweg die 480 Sprengköpfe mittlerer Reichweite, die auf den Poseidon-U-Booten stationiert sind, vergessen werden. Die Dislozierung der SS 20, deren Vorgänger SS 4 und SS 5 bereits seit 20 Jahren westeuropäischen Boden erreichen können, schaffen keine neue strategische Situation, wie man uns jetzt weismachen will – anders jedoch ist es mit den Waffen des Westens, die sehr wohl eine neue Strategie ermöglichen. Angesichts dieser Rüstungsschritte des Westens wirkt die Forcierung der sowjetischen Mittelstreckenrüstung vielleicht gar nicht so unverständlich – jedenfalls nicht bei einer Politk, die ebenso wie die Politk des Westens den Gedanken des Gleichgewicht des Schreckens und damit des Aufrüstens anhängt" (zit. nach „Die Grünen", 10.10. – Hervorh. von uns).

Mit den entsprechenden Behauptungen im „Friedensmanifest" vertragen sich diese Ausführungen überhaupt nicht. Ein weiteres Indiz, daß die SU-bezogenen Teile des „Friedensmanifests" vom Parteitag der Grünen in unqualifizierter und unwürdiger Weise „durchgepeitscht" worden sind, ohne über den Inhalt ausreichend nachzudenken.

Nachlese zum Grünen Parteitag

In ersten Stellungnahmen aus der Grünen Partei wird der Offenbacher Parteitag und die weitere Perspektive der Grünen rundherum positiv eingeschätzt. Ein redaktioneller Kommentar in der Zeitung „Die Grünen" (vom 17.10.), der sich mit dem relativ großen Presseecho auf den Parteitag beschäftigt, sieht die Grünen gar „der polnischen, Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc verwandt". Beide seien nicht auf „ ‚ausgewogene' Fernsehberichterstattung" angewiesen, denn: „Wer Lebensnotwendigkeiten und unmittelbare Bedürfnisse einer sich verändernden Gesellschaft verkörpert, hat die Zukunft für sich, auch wenn er die Zensur der Etablierten gegen sich

Weniger dick wird in einer von Roland Vogt und Lukas Beckmann verfaßten Presseerklärung des Bundesvorstands aufgetragen. „Als konsequente Friedenspartei sind die Grünen aus ihrem Offenbacher Kongreß am Wochenende hervorgegangen", heißt es da. Die Erklärung zitiert dann allerdings recht „tendenziös" aus dem verabschiedeten Friedensmanifest nur die Abschnitte zum Zusammenhang von Ökologie und Frieden und zur Sozialen Verteidigung. Sowohl die Aussagen zur „Nachrüstung" als auch die (dazu konträren) Passagen über die Sowjetunion werden mit keinem Wort erwähnt.

Ähnlich hält es August Haußleiter in seinem Leitartikel in der Zeitung „Die Grünen" (vom 10.10.): „Ziel des Kongresses war die Verabschiedung eines ‚Friedensmanifestes', das den Standort der Grünen im Rahmen der neuen großen Friedensbewegung präzise beschreiben sollte. Genau dies ist den Grünen gelungen". Um diese Behauptung halten zu können, unterschlägt Haußleiter die rechtslastigen, an die „Drei-Welten-Theorie" angelehnten Teile des Friedensmanifestes. Für ihn ist die mehrheitlich beschlossene prinzipielle Gegnerschaft zur Bundeswehr das zentrale Ergebnis des Parteitags, insbesondere der Satz: „Die Bundeswehr kann und darf in einem solchen Falle (äußerer Angriff auf die BRD — Anm. AK) nicht zum Einsatz kommen, da dies zur Vernichtungseskalation führen würde". Daß diese klare Aussage des Friedensmanifestes durch die Passagen über die Sowjetunion zumindest stark relativiert wird, will Haußleiter entweder nicht wahrhaben oder — „in bester Absicht" — seinen Lesern verheimlichen.



Hamburg: Grüne „volljährig" — AL wird am 28./29.11. gegründet

Drei Ereignisse sind für die Entwicklung der Hamburger "alternativen Wahlbewegung" der letzten Wochen wichtig:
Am 28./29. November wird eine Alternative Liste gegründet; darauf haben sich der Initiativkreis für eine AL (ehemals U-Block) und die Bunte Liste (Initiativentreffen) verständigt.
Die Grünen haben sich auf dem "Kommunalpolitischen Kongreß" am 17./18.10. für "volljährig" erklärt und sind nach maßgeblicher Meinung der Gruppe Z zu einem ernsthaften, sachlichen und konstruktiven Partner für die etablierten Parteien geworden.
Der DKP hat ihr heftiges Werben um die Gruppe Z und die Grünen nicht das erwünschte Wahlbündnis gebracht. Die Absage von Grünen, Bunten und Alternativen an ein Parteienbündnis mit der DKP war einhellig.

AL-Gründung wird vorbereitet

Am 28./29.11. soll die AL Hamburg gegründet werden. Ein gemeinsamer Vorbereitungskreis aus AL-Initiative, Buli-Initiativentreff, AL-Fraueninitiative sowie Vertretern aus den Bezirken bereitet die Gründung vor. Als Vorschlag für die Tagesordnung des Kongresses hat man sich bislang auf folgende Punkte geeinigt:
— Erarbeitung programmatischer Leitsätze und eines politischen Selbstverständnisses.
— Schaffung einer basisdemokratischen Struktur der Liste, die sie aussage- und arbeitsfähig macht.
— Klärung des Verhältnisses zur Arbeit im Parlament und zu den außerparlamentarischen Bewegungen.
Zu letzterem schlägt die Bunte Liste vor, das Verhältnis und Verhalten gegenüber der SPD und die Möglichkeit von parlamentarischer Zusammenarbeit zu diskutieren.
Zu den beiden ersten Punkten liegen Arbeitspapiere der AL-Initiative vor. Bis zum 13.11. sollen eigene Vorschläge, Änderungen etc. schriftlich vorliegen und in einer Arbeitsmappe der AL veröffentlicht werden.

Nach der AL-Gründung soll die Klärung des Verhältnisses zu den Grünen (die ihre Forderung nach 50% der Posten und des Einflusses in einem grün-alternativen Wahlbündnis aufrechterhalten) und die weitere Programmerarbeitung im Mittelpunkt stehen.

Kommunalpolitischer Kongreß 17./18.10.

Im Mittelpunkt dieses Kongresse hat zweifellos die Diskussion und Auseinandersetzung mit der DKP gestanden, die durch massive Präsenz ihrer Forderung nach Einbeziehung als Partei in ein Hamburger Wahlbündnis Nachdruck zu verleihen versuchte. (Dazu später).

Demgegenüber trat die inhaltliche Diskussion der einzelnen Programmbereiche zurück. Der Kongreß war zunächst als gemeinsamer Arbeitskongreß aller Strömungen der Wahlbewegung geplant, verstärkt seit der grünen Landesmitgliederversammlung vom 5. September aber von den Grünen wieder in eigene Regie übernommen worden. Entsprechend war auch die Beteiligung auf dem Kongreß begrenzt auf die Grünen und ihre Anhängerschaft, auf Vertreter von Organisationen (SOST, KB, BWK, KBW), sowie ein starkes Kontingent der DKP (die ca. ein Drittel der etwa 350 Teilnehmer, zeitweise sogar die Mehrheit im Saal, stellte). Zusätzlich war noch eine Zahl interessierter Mitdiskutanten aus der AL-Ini und der BuLi anwesend.

Gab es am Punkt Wirtschafts- und Sozialpolitik kaum eine fruchtbare Auseinandersetzung, was nicht zuletzt am noch unterentwickelten Stand der Alternativen lag, wurden die Unterschiede im Herangehen beim Komplex Umweltschutz/Energiepolitik bereits klarer. Die Grünen favorisieren hierbei ein auf der Wärmekraftkoppelung basierendes Konzept der Fernwärme für Hamburg, das in der bislang ausführlichsten Ausarbeitung von den Jusos in der SPD vorgelegt wurde. Das Grünen-Konzept weist eine Reihe von Schwachpunkten auf, die u.E. nicht zufällig sind, sondern eng im Zusammenhang ihrer Art der Programm-Erarbeitung am Schreibtisch, fernab von realen politischen Machtverhältnissen und bestehenden Bewegungen, stehen:
— So wurde in das Programm nicht die Erfahrung des Klose-Sturzes eingearbeitet, die sichtbar gemacht hat, wer die Macht in dieser Stadt hat (HEW, Konzerne und Lobby). Weder enthält der Programmentwurf eine Aussage zum gesetzlich abgesicherten Energie-Monopol, das zu brechen überhaupt eine Voraussetzung für die Realisierung von Alternativen wäre, noch ist die Frage der Vergesellschaftung der Energieunternehmen berührt – eine Forderung, die sogar im Juso-Programm enthalten ist.

Kritikwürdig ist ebenso, daß im Grünen-Entwurf (fast konform mit den SPD-Senatsplänen) der Bau von mehreren Heizkraftwerken gefordert wird, ohne daß die Frage nach der Notwendigkeit gestellt und geprüft wird. **Im Konkreten hat das dazu geführt, daß der Bau eines Heizkraftwerks von den Grünen gefordert wird, gegen das sich im entsprechenden Stadtteil schon eine Bürgerinitiative gebildet hat.** Die vom KB aufgestellte Forderung "Kein Heizkraftwerk gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung" (denn jedes auch stark entgiftete Kohle-Kraftwerk bleibt Umweltverschmutzer) wurde von den Grünen als untauglich für ein alternatives Konzept angegriffen; wie überhaupt der Hinweis auf die politische Bedeutung der Energiepolitik für die Herrschenden und Strom als Ware als nutzlose "Systemkritik" mit billigen Polemiken bedacht wurde.

Immerhin hat sich in dieser Diskussion gezeigt, daß in solchen Programmen noch einiges änderbar ist, wenn fundierte Kritiken vorliegen, was sogar von Grünen-Rednern zugestanden wurde. Besonders in dieser Debatte zeigte sich der unpolitisch-technizistische Ansatz einer Erarbeitung von "Alternativen", wie er heute insbesondere von der Gruppe Z gefördert wird. (Eine ausführliche Auseinandersetzung zur Hamburger Fernwärme-Diskussion folgt).

"Alternative Verteidigung"?

In der Friedensdiskussion war neben der Auseinandersetzung mit der DKP interessant, daß Hamburgs Grüne sich demonstrativ gegenüber Vorstellungen von "Alternativer Verteidigung" öffnen wollen, um auch auf diesem Gebiet als "ernsthafter Partner" bei den Etablierten, insbesondere wohl der SPD, hoffähig zu werden. Die Kontroverse auf dem Kongreß spielte sich hauptsächlich zwischen dem KB und Grüne/Z ab. "Willi" Goltermann von der Z-Leitung wies zwar darauf hin, daß keines der derzeit existierenden Modelle "Alternativer Verteidigung" den Grünen (d.h. konkret: der Gruppe Z) völlig gefalle; ebensowenig behage ihnen aber die prinzipielle Ablehnung durch den KB, die eine sinnvolle Diskussion um ein notwendiges Alternativ-Modell verhindere. Daher bemühte sich die Gruppe Z namens der Grünen, ihre "Offenheit" in der Diskussion zu betonen. In schriftlich vorgelegten Thesen wurde vor allem betont, daß die "Bedrohung" der BRD-Bevölkerung "real" sei, und daß es *"unsere Aufgabe ist, den im Interesse der Herrschenden erzeugten Feindbildern eine Analyse der tatsächlichen Bedrohung gegenüberzustellen"*. Mögliche Schritte hin zu einem *"langfristig"* angestrebten Modell *"sozialer Verteidigung"* (Beispiel der Grünen: "Republik Freies Wendland") seien z.B. *"die Forderung nach einer Umstrukturierung der Bundeswehr in eine rein defensive Armee"*. Daß eine "rein defensive" Armee möglich sei, ist eine ebenso naive wie notwendige Voraussetzung aller Alternativverteidiger). **"Eine solchermaßen zum Angriff unfähige Bundeswehr würde dem tatsächlich vorhandenen Sicherheitsbedürfnis der bundesdeutschen Bevölkerung Rechnung tragen. Ein Pazifismus, der keine Überlegungen in Richtung einer alternativen Verteidigung anstellt, wird beim jetzigen Bewußtseinsstand der Bevölkerung einer ideologischen Offensive der Herrschenden hilflos ausgeliefert sein"** (Hervorhebungen vom Verfasser).

Goltermann versuchte noch einen Kunstgriff, um rauszukommen aus der peinlichen Nähe der Gruppe Z zur alten "ML"-Vaterlandsverteidigung: Er verwirrte die konkrete Fragestellung, indem er die Frage nach der Verteidigung einer von uns an-

Fortsetzung auf nächster Seite

Lieber Flipper als Brox!

Von der Bremer Grünen Liste war seit ihrem Einzug in die Bürgerschaft 1979 schon manch Wunderliches zu lesen und zu hören. Inzwischen hat die BGL sich von der Bundespartei Die Grünen abgelöst und arbeitet mit dem stockkonservativen Club um Gruhl und Springmann zusammen. Und was die Wunderlichkeiten der BGL angeht: Da gibt es offenbar immer noch Steigerungsmöglichkeiten. An der Spitze steht bei einer — zweifellos nur vorläufigen — Zwischenbilanz die BGL-Bürgerschaftsabgeordnete Delphine Brox mit einem bösartig-faschistoiden Gastkommentar in der CDU-Zeitung „Weser Report" (Nr. 39) vom 27.9.81). Stellenweise liest sich dieser Text wie eine Abschrift aus der Kommentar-Ecke der „Bild"-Zeitung (S.2, rechts oben); stellenweise erinnert die Tonart mehr an den „Bayernkurier".

Angesichts solcher Eskapaden ihrer Patenkinder können sich nochmals alle Linken stolz in die Brust werfen, die 1979 der BGL zum Erfolg verhalfen. Zur Erinnerung: Es gab damals aufgrund des militanten Ausgrenzungskurses der BGL-Gründer eine Konkurrenzkandidatur zwischen BGL und Alternativer Liste. Diverse Linke starteten daraufhin eine bundesweite Hilfsaktion zugunsten der BGL und gegen die AL, der — na, was wohl? Ja richtig! — KB-Hörigkeit vorgeworfen wurde. Daß diese Linken nicht wußten, was sie taten, kann man ihnen nur bedingt zugute halten: Schon vor der Wahl war die BGL nicht bloß durch ihren antikommunistischen Unvereinbarkeitsbeschluß und „Chaoten"-Hetze, sondern auch durch einige reaktionäre Wunderlichkeiten aufgefallen.

Was die BGL sich von dieser Politik längerfristig erhofft, bleibt freilich ein Rätsel. Für das Wählerpotental, das die BGL offenbar vom rechten Rand der SPD abwerben möchte, bietet sich mit größeren Erfolgsaussichten die CDU an.

DER GAST KOMMENTAR

Züchte Raben und sie kratzen dir die Augen aus . . .

Von Delphine Brox, Bürgerschaftsabgeordnete der Bremer Grünen Liste



Vielleicht haben Sie den Film mit diesem Titel gesehen? Im Wahlkampf 1976 schenkte die SPD auf Bremer Märkten Coca-Cola mit Rum aus. Im Halbtrunk wurde sie damals noch von vielen Bürgern gewählt. Inzwischen ist der Schnaps zu Ende. Übrig blieben die vielen enttäuschten Opfer . . .

Daß die SPD jetzt nicht mehr Herr der Lage ist, weiß mittlerweile jeder. Sie sollte abtreten, denn je eher sie geht, um so weniger Schaden kann sie noch anrichten. Sie könnte damit sogar einmal Verantwortung zeigen.

Viel interessanter ist die Frage, wie wir aus diesem Schlamassel wieder herauskommen. Etwa mit Gewalt? Etwa durch den starken Mann?

Um hier nicht aus blindem Gegenhalten auf das falsche Pferd zu geraten, müssen wir auch auf die Ursachen der heutigen Misere eingehen. Die SPD glaubte und glaubt noch immer, die Sättigung der Wirtschaft und unserer Gesellschaft insgesamt durch üppige Staatsausgaben überwinden zu können. Das führte zu der unglaublichen Staatsverschuldung einerseits und der regelrechten Züchtung von Chaoten andererseits: der normale Bürger bezahlt mit seinen Steuern diejenigen, die ihm anschließend den Laden einschlagen, ihn ausplündern und sein Häuschen mit ekelhaften Parolen beschmieren. Für dieses Gesellschaftsmodell der SPD gibt es nur einen Namen: pervers!

Da bleibt den leitenden Herren dieser Organisation wie Wedemeier, Kunick, Koschnick, Schmidt usw. natürlich nur übrig, die Opposition gegen diese Politik in Bremen zu diffamieren – zu mehr reicht es offenbar nicht, oder haben Sie da schon einen vernünftigen Vorschlag gehört? Zum Beispiel die Millionen-Subventionen an die Linkssektierer einzustellen, die letzten Naturgebiete Bremens einem Gewerkschafts-Baurıesen nicht mehr zum Fraß vorzuwerfen usw., Sie kennen sicher auch zahlreiche Beispiele

Wir von der BREMER GRÜNEN LISTE haben frühzeitig und wiederholt in der Bürgerschaft darauf hingewiesen, daß diese SPD-Politik in Gewaltauseinandersetzungen enden muß. Deshalb hat sich zum Beispiel auch Olaf Dinné im besonders hart betroffenen Ostertor mit den dortigen Bürgern an einer Gemeinschaft zum Schutze gegen solch perverse SPD-Politik beteiligt. War das etwa nicht notwendig angesichts der dort herrschenden Zustände?

Am Abend des bislang in Bremen schwersten Terrors nach dem Kriege – es war Mittwoch, der 23. September 1981 – sahen wir diejenigen Sozialdemokraten höhnisch vor Ort den Plünderungen zuschauen. Gerade sie, die als hochbezahlte Leute im öffentlichen Dienst und anderen staatlichen Institutionen die Argumentation für die Chaoten vor Ort liefern, im Gegensatz zu vielen einfachen Sozialdemokraten aus den Betrieben. Diese gefährliche Sorte von Spinnern muß die Suppe ja auch nie auslöffeln, die sie miteingebrockt hat, denn sie steht in ihrem Leben weder finanziell noch gar existentiell für das ein, was sie da propagiert: diese Leute sitzen immer unkündbar auf warmen Sesseln.

Wie gesagt: Züchte Raben und sie kratzen dir die Augen aus . . .

Fortsetzung von voriger Seite

gestrebten, zukünftigen, Gesellschaft aufwarf (ohne NATO und mit atomwaffenfreier Zone), die uns ja nach wie vor aggressive Feinde bescheren würde. – Aber jeder Alt-"ML"er hätte sein Freude gehabt, als Goltermann sogar noch den "Hitler-Stalin-Pakt" und die danach erfolgte Aufteilung Polens bemühte, um das "legitime Sicherheitsbedürfnis" von "uns Deutschen" beispielhaft zu begründen.

Kennzeichnend für diese Diskussion von "möglichen Alternativen" der Vaterlandsverteidigung war, daß sie abhob von der historischen und aktuellen Kriegstreiberrolle des deutschen Imperialismus. "Legitime Sicherheitsbedürfnisse" und "Verteidigungsmodelle" sind nur innerhalb dieser Rolle und bezüglich der konkreten Verhältnisse zu definieren, so wie auch jedes Modell "alternativer Verteidigung".



Wohnungsprogramm: "Schreibtischtäter"

Dieser Vorwurf wurde der Grünen-Programm-AG von einem Diskussionsredner gemacht, weil die Grünen ihren Entwurf im Stil einer Diplom-Arbeit "abgerundet", aber ohne jeden Bezug zu anstehenden und in der Auseinandersetzung befindlichen Schwerpunkten des Miet- und Wohnungskampfes erarbeitet hatten. Vorgeworfen wurde den Grünen auch, daß dieses Programm ohne Konsultation derjenigen erarbeitet wurde, die heute bereits eine Vielzahl konkreter Forderungen und Alternativen im Mietkampf entwickelt haben und für deren Durchsetzung stehen. In dieser Debatte, die weniger um die konkreten Inhalte, als vielmehr um die Grundorientierung alternativer Politik ging, offenbarte sich der wesentliche Widerspruch, der u.E. die weitere Auseinandersetzung in einer grün/alternativen Liste in Hamburg bestimmen wird: Bereits im Aufruf der Grünen zum Kongreß wird von einem grün/alternativen Programm verlangt, es müsse von den Massenmedien *"zunehmend auf die konkrete Substanz der politischen Vorstellungen hin abgeklopft"* werden können. Mag da noch ein Mißverständnis vorliegen, wieweit es für eine Alternative überhaupt erstrebenswert sein sollte, den Kriterien einer "Prüfung" durch die herrschende Meinungsindustrie standzuhalten, haben die Grünen in ihrer Kongreß-Auswertung ihre Vorstellungen über programmatische Alternativen deutlich erläutert: Die grünen "Alternativmodelle" würden **"die etablierten Parteien nötigen, sich endlich auf eine sachliche politische Auseinandersetzung mit denjenigen einzulassen, die fähig sind, die reale gesellschaftliche Opposition auch im parlamentarischen Raum zu artikulieren"**.

Dieser Versuch, als selbsternanntes und unkontrollierbares Sprachrohr der "realen geselllschaftlichen Opposition" gegenüber den etablierten Parteien glaubwürdig und koalitionsfähig zu werden, bestimmt auch das angestrengte Bemühen der Hamburger Grünen, als dritte Partei im Koalitionskonzert der Etablierten mitzumischen. Derzeit sind solche Aussagen allerdings noch bloß Wunschträume der Grünen, und es ist für uns tröstlich, daß eine Reihe von Programmaussagen und konkreten Forderungen diesen grünen Wunsch noch behindern. Um im Sinne etablierter Politik "volljährig" zu werden, wie dies die Gruppe Z namens der Grünen gegenüber der Presse von sich behauptet, müßte sie sich noch stärker und schärfer von den Alternativen und den außerparlamentarischen Bewegungen abkoppeln, was allerdings auch schnell das unrühmliche Ende dieser Möchtegern-Politiker bedeuten könnte.

Deutliche Abgrenzung von der DKP

Die massive Präsenz der DKP war unübersehbar und durch die Vielzahl von Wortbeiträgen unüberhörbar: da saßen ein Großteil des Landesvorstandes, verschiedene Vertreter aus DKP-Arbeitsbereichen (stark vertreten: die Gewerkschafter), vom MSB, der SDAJ und aus den Bündnisorganisationen (vor allem DFU und DFI). Zum einen wollte die DKP damit ihren Anspruch auf Sach- und Fachkompetenz dokumentieren, zum anderen die Beschlußlage zum Bündnis für Hamburg angreifen. Vor dem Kongreß hatten die Grünen kategorisch eine gemeinsame Kandidatur mit der DKP abgelehnt und diese zum Verzicht auf eine Eigenkandidatur aufgefordert. Andere – wie die AL-Initiative und die BuLi – hatten eine Alternative Liste auf der Basis von Einzelmitgliedschaft im Unterschied zum alten BuLi-Modell (Initiativen- und Organisationsbündnis) beschlossen. Dort sollten dann auch DKP-Mitglieder mitarbeiten können, falls sie das gemeinsam beschlossene Programm mittragen.

Die DKP hat mit ihrem Auftreten auf dem Kommunalpolitischen Kongreß allerdings demonstriert, daß jeder, der mit ihr ein Bündnis eingeht, damit rechnen muß, daß sie ihre Möglichkeiten voll einsetzt, um ihre Vorstellungen durchzusetzen. Von Lernfähigkeit und bescheidenem Auftreten gegenüber der alternativen Wahlbewegung war nichts zu spüren. Stattdessen überwog die plumpe "Hoppla, jetzt kommt Eddy"-Methode und kräftige Selbstbeweihräucherung, daß die DKP die Arbeiterklasse und die Linke im Bündnis repräsentieren wolle. Eine inhaltliche Auseinandersetzung um die zentralen Streitfragen hatte die DKP vermeiden wollen, indem sie das Bündnis auf kommunale Politik und Probleme reduzieren wollte ("Wir sind doch alle gegen das AKW in Brokdorf"). Eine Tendenz, der die Grünen mit ihren "sachlichen kommunalpolitischen Alternativen" erheblich Vorschub geleistet haben. Entsprechend schwer fiel ihnen die Abgrenzung von der DKP, zumal sie selber sich diese Partei durch eine Reihe vielversprechender (für die DKP) Angebote und "Signale" ins Haus geholt haben. Erinnert sei hier nur an den Auftritt der Gruppe Z (wie üblich im Namen der Grünen) auf dem Hamburger DKP-Bezirksparteitag vor einigen Monaten und die damalige Rede von Thomas Langer (Z-Leitung), die viel Optimismus im Hinblick auf die Bürgerschaftswahlen verbreitete. Erinnert sei an zweiseitige "Austausch-Schulungen" Z/DKP und auf die Angebote der Gruppe Z an die DKP, in der Eimsbüttler "Bunte Liste-Franktion" mitzuarbeiten. (Dort ist jetzt ein Sitz der BuLi im Fachausschuß Schule von einem DKP-Vertreter besetzt). Umgekehrt hat die DKP von der Taktik der Grünen profitieren können: Die vielfach vorhandenen Widersprüche in der Partei dürften durch die harte Konfrontation und die eindeutige Absage durch die Grünen nach vorausgegangenen Lockungen eher wieder zugekleistert sein; hat die DKP ihren Mitgliedern doch vorführen können, daß trotz aller Bemühungen ein Bündnis nicht von ihr, sondern von den Grünen abgelehnt wird, und hat sich damit intern Legitimation für eine erneute Alleinkandidatur (möglicherweise in Form einer "Bündnis-Liste") verschaffen können.

Auf der anderen Seite hat die DKP eine wichtige Erfahrung vermittelt: Bei aller von ihr betriebenen Öffnung gegenüber der Linken ist sie in den entscheidenden Fragen stur und absolut diskussionsunwillig. Die von DKP-Mitgliedern knallhart vorgetragene Legitimation sowjetischer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens ist für ein Wahlbündnis, das sich als radikale Alternative zu den etablierten Parteien begreift, die für umfassende Demokratie und das Selbstbestimmungsrecht der Völker eintritt, nicht tragbar und würde ihre politischen Ziele unglaubwürdig machen.

Dies sollten sich auch die Mitglieder der DKP genauestens überlegen, die heute Zeter, Mordio und Antikommunismus angesichts deutlicher Abgrenzung zur DKP schreien. Die Alternativen haben mit ihrem Bekenntnis zum Einzelmitgliedschaftsbündnis ohne Unvereinbarkeitsbeschlüsse Formen der Zusammenarbeit mit einzelnen DKP' lern , die sich ernsthaft der alternativen Wahlbewegung zuwenden und ein demokratisches Programm mittragen wollen, offen gelassen.

Bunte Liste (Intiativentreffen): Erklärung zur DKP

Mit Macht drängt zur Zeit die DKP in den alternativen/grünen Listenbildungsprozeß hinein. Sei es, daß sie bemüht ist, unter Benutzung des Namens „Alternative Liste" selber bezirkliche Diskussionsrunden einzuberufen; sei es, daß sie massiv auf bezirklichen Sitzungen zur Gründung und Vorbereitung einer AL auftritt, um die Diskussion auf ihre Vorstellungen zu konzentrieren; oder sei es, daß sie, wie zuletzt auf dem „Kommunalpolitischen Kongreß" geschehen, mit großer Mannschaft, inklusive der Parteispitze, auftritt; nicht um zu diskutieren, Erfahrungen weiterzugeben und selber zu sammeln, sondern um massiv ihre Vorstellungen von einem Wahlbündnis durchzudrükken.

Diese jüngste Erfahrung mit der DKP und die mißbräuchliche Benutzung des Namen AL durch sie veranlaßt uns zu dieser öffentlichen Erklärung.

Wenn die DKP heute scheinbar um die Gunst der Anhänger grüner und alternativer Listen buhlt, dann ist das eine neue Entwicklung, die maßgeblich als Richtlinie ihres 6. Parteitags vom Mai dieses Jahres ausgegeben wurde. Sowohl eigene schlechte Wahlergebnisse, als auch gute Ergebnisse der Grünen/Alternativen dürften für diese Wendung der DKP-Politik ausschlaggebend gewesen sein. Bis zu diesem Parteitag hatte die DKP ein feindliches Verhältnis zu den Listen, deren Mitglieder entweder „rechte Kleinbürger" (Grüne) oder „linke Chaoten" (Alternative) waren. Die Schwesterorganisation der DKP, die SEW, hatte noch im April dieses Jahres den alten Konfrontationskurs verfolgt und gegen die Alternative Liste Westberlin kandidiert. Wenn die DKP heute die fast vier Jahre alte alternative Wahlbewegung für sich entdeckt hat, so kann sie nicht erwarten, daß deswegen diese Wahlbewegung in Jubel ausbricht. Starke politische Differenzen und von der DKP in der Vergangenheit betriebene Ausgrenzungen lassen sich nicht einfach per Parteitagsbeschluß vom Tisch wischen. **Für notwendig halten wir, die begonnene Zusammenarbeit im außerparlamentarischen Bereich fortzusetzen. Als**

Zusammenarbeit im außerparlamentarischen Bereich fortzusetzen. Als

möglich sehen wir es an, innerhalb einer Liste mit einzelnen Mitgliedern der DKP zusammenzuarbeiten.

Wegen der bestehenden politischen Differenzen und der Vorbehalte gegenüber der Fähigkeit der DKP zur demokratischen Zusammenarbeit, schließen wir zu den Wahlen zur Bürgerschaft ein Bündnis mit der DKP als Partei aus, wie wir überhaupt in den seit Mai laufenden Diskussionen öffentlich erklärt haben, daß wir eine alternative Liste auf der Basis von Einzelmitgliedschaft und kein Organisationsbündnis wollen.

Auf dem „Kommunalpolitischen Kongreß" vom 17./18.10. hat uns die DKP gezeigt, daß wir bei einem Bündnis mit der Partei damit rechnen müssen, daß diese die Zahl ihrer Mitglieder und ihren selbstgefälligen Anspruch, Avantgarde der Linken zu sein, zum Maßstab dessen zu machen versucht, was in einer gemeinsamen Liste durchgesetzt wird. Statt Bescheidenheit zu zeigen und die Fähigkeit zu erlernen, sich gegenüber der alternativen Wahlbewegung als diskussions- und kompromißbereit zu erweisen, herrschte bei der DKP Arroganz und Verweis auf die Stärke des eigenen Ladens vor (die ihr, wie jeder weiß bislang bei Wahlen auch nicht viel genützt hat).

Wie wenig kooperativ die DKP tatsächlich ist, hat sie in den inhaltlichen Diskussionen gezeigt. Für eine Alternative Liste ist es unerträglich, in einem Bündnis mit einer Partei zu sein, die offensiv in mehreren Diskussionsbeiträgen das Recht der Sowjetunion auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens vertritt. Dies steht in krassem Gegensatz zu unserem Verständnis vom Selbstbestimmungsrecht der Völker und zu unserer Forderung nach umfassender Demokratie. Auch in der Debatte um Atomkraftwerke hat die DKP wider alle wissenschaftlichen Erkenntnisse offensiv die „friedliche Nutzung der Kernenergie" und die angebliche Sicherheit der Atomkraftwerke in der DDR und der Sowjetunion vertreten. Die Ablehnung von AKWs in der Bundesrepublik wurde unter anderem mit fehlendem Bedarf danach begründet, so daß die Frage bleibt: und was wird, wenn da jemand meint den Bedarf nachweisen zu können?

Aus all dem ergibt sich für uns:

- **Wir sehen keine Basis für ein Wahlbündnis mit der DKP als Partei.**
- **Wir fordern die DKP, DFU und andere auf, mit dem Namen „Alnative' Liste" keinen Etikettenschwindel zu betreiben.**
- **Wir halten weiterhin an einer Alternativen Liste auf der Basis von Einzelmitgliedschaft fest, diese Liste steht auch für einzelne Mitglieder der DKP offen, denn**
- **Unvereinbarkeisbeschlüsse lehnen wir ab, bei uns kann jeder mitarbeiten, der die gemeinsam erarbeiteten Grundsätze anerkennt und unterstützen will.**

Die DKP fordern wir auf, den Bildungsprozeß der Alternativen Liste auf Landesebene und in den Bezirken sowie ihren Kongreß am 28./29. November nicht in ähnlicher Weise zu behindern, wie den „Kommunalpolitischen Kongreß".

(Anmerkung: Der fettgedruckte letzte Absatz ist auch von dem „Initiativkreis für eine Alternative Liste" verabschiedet worden).

kreis für eine Alternative Liste" verabschiedet worden).

Der Reader zum „Kommmunalpolitischen Kongreß"

Außer zu den im Artikel erwähnten Themen enthält der Reader Beiträge zur Wirtschaftskrise, zum Hamburger Hafen, zur Lage der Werften, zur Rüstungsproduktion und Arbeitslosigkeit, zur Verkehrs- und Luftverkehrspolitik, zu Sexualunterdrückung und Familienpolitik, Gesundheits- und Bildungspolitik, Ausländer in Hamburg und Antifaschismus.

Die Mehrzahl der Beiträge sind noch Einzelbeiträge und nicht fertige Programmteile. Außer von Günen, die den größten Teil erarbeitet haben, haben noch die DKP, SOST, KB, BWK sowie einzelne BuLi-Mitglieder am Reader mitgearbeitet.

Der Reader umfaßt fast 300 Seiten, kostet 20 DM und kann bezogen werden bei: Alexander Porschke, Lindenallee 39, 2000 Hamburg 19

Kommunalpolitischer Arbeitskongreß

Diskussion um Wahlbündnis in Hamburg fortgesetzt

Hamburg. H. P. R. — Am 17./18. 10. 1981 fand in Hamburg ein „Kommunalpolitischer Arbeitskongreß für Grüne, Linke und Alternative" statt, auf dem Möglichkeiten eines gemeinsamen Vorgehens zur Hamburger Bürgerschaftswahl im Sommer nächsten Jahres besprochen werden sollten. Dem Kongreß war eine intensive inhaltliche Vorbereitung vorausgegangen.

Auf dem Kongreß wurde deutlich, daß es in vielen politischen Fragen innerhalb der anwesenden Strömungen große Einigkeit gibt und man zu einer gemeinsamen Programmatik kommen könnte.

Zu einer scharfen Kontroverse kam es allerdings in Grundsatzfragen. So stand der Auffassung der DKP, der außerparlamentarischen Bewegung durch eine gemeinsame Kandidatur aller linken und demokratischen Kräfte zusätzliche Unterstützung zu verleihen, die Meinung der Grünen entgegen, die in erster Linie auf den Einzug in die Bürgerschaft arbeitet und außerparlamentarische Arbeit geringer gewichtet.

Mit Blick auf möglichst viele Parlamentssitze und auf eine Öffnung hin auf rechte Wähler wurde schon im Vorfeld des Kongresses eine Reihe von Problemen durch die Grünen konstruiert, die eine Ausgrenzung der DKP aus einem möglichen Wahlbündnis zur Folge haben mußten. Da wurde das Verhältnis zur Friedenspolitik der Sowjetunion und die Stellung zur Energieplanung in den •sozialistischen Ländern zur Meßlatte für die Bürgerschaftswahl gemacht.

Die Auffassung, daß wegen der unterschiedlichen Haltung in grundsätzlichen Fragen die DKP für eine gemeinsame Kandidatur nicht in Frage komme, machten sich dann neben den Grünen auch deren zukünftige Partner, die „Initiative für eine Alternative Liste" und das „Bunte Liste Initiativentreffen", zu eigen.

Die DKP bleibt auch nach den Ergebnissen dieses Kongresses bei ihrer Meinung, daß es für die Hamburger Bevölkerung notwendig ist, daß auch auf dem Stimmzettel eine wirkliche Alternative vorhanden ist.

aus „UZ", 20.10.81

DGB-Friedensaufruf:
Nur gebremster Schaum

Große Mühe hat der DGB, den Beweis anzutreten für die Behauptung seines Vorstands, die größte Friedensinitiative überhaupt zu sein. Mit diesem großspurigen Anspruch hatte der Bundesvorstand immerhin seiner Jugendorganisation und schließlich allen DGB-Mitgliedern bzw. -Gliederungen verboten, an der Bonner Friedensdemo unter Hinweis auf ihre Gewerkschaftszugehörigkeit teilzunehmen. Die Tatsache, daß nach unterschiedlichen Schätzungen der Presse ein Drittel oder zwei Drittel der ca. 300.000 Demonstranten aus den Reihen der DGB-Gewerkschaften kam, ist für die DGB-Führer dabei wenig tröstlich, da diese Form des Friedensengagements gerade das war, was sie nicht wollten.

Zum 1. September, dem Internationalen Anti-Kriegstag, hatte sich die DGB-Führung mit einem eigenen Friedensaufruf in die Friedensdiskussion eingemischt. Der Anspruch dabei war hoch gesteckt, das politische Ziel offensichtlich: bis zum Jahresende sollten mindestens zwei Millionen Unterschriften in den Betrieben gesammelt werden für „Abrüstung in Ost und West", für Verhandlungen noch und nöcher. Vor allem galt es aber, den „einseitig gegen den Westen" gerichteten, von Moskau gesteuerten „Krefelder Appell" zu übertrumpfen, der im Unterschied zum DGB-Aufruf klar Position gegen die geplante Stationierung neuer US-Mittelstrecken-Raketen und den Bau der Neutronenbombe bezieht.

Und während sich Westdeutschlands Linke, soweit sie zugleich friedens- als auch gewerkschaftspolitisch engagiert ist, noch darüber streitet, ob man den DGB-Aufruf aktiv boykottieren oder aber unterstützen soll, scheint sich das Problem der Konkurrenz zum „Krefelder Appell" von selbst zu lösen. Die DGB- amtliche „Welt der Arbeit" vom 15.10. kommentiert den Stand der Unterschriftensammlung: *„In der hitzigen Phase der unterschiedlichen Aktivitäten vor dem 10. Oktober hat dieser DGB-Aufruf nicht überall die Beachtung gefunden, die er verdient. Deshalb ist zu hoffen, daß sich die Gewerkschafter jetzt für ihren Aufruf zum Frieden ins Geschirr legen. Wer für Abrüstung beider Seiten ist, der kann jetzt nicht die Hände in den Schoß legen."*

Mit vorsichtigen Worten umschreibt hier der „WdA"-Chefredakteur, daß der DGB-Aufruf bislang ein Schlag ins Wasser war. Auch daß er keine Zahlen über die bisher erreichten Unterschriften nennt, läßt wenig Ruhmvolles ahnen. Will man Gerüchten glauben, sind noch nicht einmal 150000 zusammengekommen. Dies ist um so kläglicher, als der DGB, um den Sammel-Eifer seiner Funktionäre zu beflügeln, die Listen zum Teil numeriert ausgegeben hatte und bei den so erfaßten Empfängern auch schon nachzufragen begonnen hat.

DGB Deutscher Gewerkschaftsbund
Kreis Freie und Hansestadt Hamburg

An alle
ehrenamtlichen
Arbeits- u. Landesarbeitsrichter im Bereich des
DGB KREIS FREIE UND HANSESTADT
H A M B U R G

Hamburg, den 4. 9. 1981/Sch.

Betrifft: Unterschriftenaktion
FRIEDEN DURCH ABRÜSTUNG

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Mit unserer letzten Mitteilung haben wir Euch eine Unterschriftenliste zur Aktion "FRIEDEN DURCH ABRÜSTUNG" zugeschickt.
Wie Ihr sicher bemerkt haben werdet, ist diese Liste numeriert, deshalb muß diese Liste unbedingt an uns zurückgeschickt werden.

Mit freundlichen Grüßen

DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
KREIS FREIE UND HANSESTADT
H A M B U R G
Abt. Sozialpolitik

J. Steffens

Wo Überzeugungskraft fehlt, wird Druck ausgeübt: Der DGB kämpft um seine Unterschriften.

Dabei hatte der Aufruf so prominente Unterstützer wie Kanzler Helmut Schmidt gefunden, der erklärt hatte, daß er ihn sofort unterschrieben hätte, wenn er nicht selbst der Adressat wäre.

Sorgen über diese Entwicklung machen sich auch andere Aufrüstungs-Apostel. So klagt die konservative „FAZ" vom 17.10.: *„Der Friedensappell der Gewerkschaften kam nicht nur reichlich spät, er war vielen Mitgliedern auch zu ausgewogen und nicht hinreichend antiamerikanisch. So liegen die Dinge heute leider hierzulande."* Autor Hugo Müller-Vogg konstatiert, daß in weiten Teilen der Gewerkschaften *„der Bonner Demonstration mehr Interesse entgegengebracht wurde als der eigenen Friedensinitiative"*, daß in den Gewerkschaftszeitungen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, *„nicht gerade begeistert für die eigene Friedensinitiative geworben wird. Die meisten Artikel zu diesem Thema ... lassen darauf schließen, daß hier Gewerkschaftsredakteure lediglich Dienst nach Vorschrift tun."* Parallelen entdeckt die „FAZ" zu dem Schicksal des vor einiger Zeit vom DGB-Vorstand beschlossenen „Unterschriften-Erlaß" (Verbot der Zeichnung von außergewerkschaftlichen Unterschriftenlisten unter Angabe der Gewerkschafts-Funktion): *„Dieses mehr hilflose Wedeln mit Satzung und Geschäftsordnung hat auf große Teile der Mitgliedschaft nicht gerade Eindruck gemacht"*. Eine Wende könnte nur gelingen, *„wenn die Gewerkschaftsspitze ihren Führungsanspruch nicht nur auf ‚Papiere' stützte, sondern durch eindeutiges Handeln begründete"*, doch herrsche gegenwärtig *„ein erschreckender Mangel an Führungskraft, zum Teil fehlt auch einfach der Mut"*.

Es ist schon ein schweres Geschäft, dem Schmidt'schen Aufrüstungskurs die so sehnsüchtig erwartete Basisunterstützung zu organisieren. Wir wünschen den DGB-Führern und allen ihren Freunden auch weiter viele schlaflose Nächte.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Vetter in Moskau

Nachdem Heinz Oskar Vetter in der Friedensbewegung in jüngster Zeit einige Federn lassen mußte — weder schlug das DGB-offizielle Teilnahmeverbot für die Bonner Friedensdemo durch, noch kommt die DGB-Unterschriftensammlung so recht in Gang — versucht sich der Ober-Gewerkschafter auf einem anderen Gebiet: der Diplomatie.

Am 13. Oktober konferierte der DGB-Chef in Moskau mit Staats- und Parteichef Leonid Breschnew über Familienzusammenführung, Wirtschaftsbeziehungen und Rüstungsfragen. Seine Eindrücke schilderte Vetter anschließend so: Breschnew habe die Lage als *„sehr ernst"* bezeichnet. Dem habe Vetter entgegengehalten, die Sowjetunion solle *„uns keine Bambusspitzen unter die Fingernägel treiben"* und habe damit die SS 20-Raketen gemeint. Außerdem sei die Sowjetunion in der Bundesrepublik vermittels der Friedensbewegung *„subversiv tätig"*; wenn dies so weitergehe, *„dann entsteht bei uns eine andere Lage"*, so Vetter.

Mit diesen Statements hat Heinz Oskar Vetter sicherlich Pluspunkte sammeln können. Nicht in der Friedensbewegung, wohl aber bei der Bundesregierung (Kanzler Schmidt empfing ihn denn auch sogleich an seinem Krankenbett), bei den Nato-Strategen und bei der Springer-Presse. Geradezu begeistert zeigte sich der „Welt"-Kommentator Wilfried Hertz-Eichenrode. Vetter habe *„den Moskau-fahrenden Politikern Bahr, Brandt und Eppler eine Lektion erteilt ... Das war eine plausible Begründung des NATO-Doppelbeschlusses."*

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Alte und moderne Sozialisten zum DGB-Friedensaufruf: Viel Opportunismus

Eigentlich dürften kaum Zweifel aufkommen bei der Bewertung des zum 1. September herausgegebenen Friedensaufruf der DGB-Führung: War er doch initiiert worden, um der Friedensbewegung und dem „Krefelder Appell" das Wasser abzugraben und zu letzterem in direkter Konkurrenz geplant. Ging doch der Veröffentlichung des Aufrufs eine sechs Wochen vorher erschienene „Gemeinsame Erklärung von DGB und Bundeswehr" voraus, die ein deutliches Bekenntnis zur Nato und zur „Vaterlandsverteidigung" enthielt. Vetters jüngster Moskau-Besuch hatte keine andere Funktion, als den „Nachrüstungs"beschlüssen und der Position Helmut Schmidts Rechnung zu tragen. So weit, so klar. Weniger klar war und ist, wie mit diesem sehr geschickt und „ausgewogen" formulierten Aufruf umzugehen ist (siehe dazu AK 207 und 210). Die Diskussion in der Linken hierum offenbart eine ganze Menge Opportunismus und Kurioses.

UZ: „Ausdruck des Friedenswillens"

Man sollte meinen, die DKP müßte mit dem DGB-Aufruf erhebliche Schwierigkeiten haben, sowohl was seine Intention (kontra „Krefeld") als auch was seine „Supermächte"-Kritik angeht. Wer das angenommen hat, der hat allerdings das Ausmaß des Opportunismus gegenüber der DGB-Führung unterschätzt. Tenor der DKP-Stellungnahme ist, dem Aufruf eine Absicht zu unterschieben, die schlicht herbeigeflunkert ist. Dabei kommt als peinlich-opportunistisches Ergebnis heraus, daß DKPler und Betriebsräte den Aufruf „begrüßen", munter für die Unterschrift darunter werben und ähnlich „absichernde" Ergebenheiten mehr. Kurt Schacht vom Parteivorstand meinte sogar im DGB-Aufruf zu erkennen: *„Eine Initiative, die darauf gerichtet ist, die Verwirklichung des Nato-Nachrüstungsbeschlusses zu verhindern"* („UZ", 19.8.). Eine dermaßen verfälschende Version hat die „UZ" allerdings nicht wiederholt.

Dafür hat sich Herbert Mies, DKP-Vorsitzender, in einem Brief an die „werten Kollegen" des DGB-Bundesvorstands gewandt („UZ", 3.10.).

Anbei übermittelte er gleichzeitig die Unterschriften des DKP-Präsidiums und des Sekretariats des Parteivorstands unter den DGB-Aufruf. Geradezu überschwenglich wird begrüßt, daß der DGB *„in die große Auseinandersetzung um Krieg und Frieden eingegriffen hat"*.

Ganz und gar im Gegensatz dazu steht die zentrale Kritik der DKP am Aufruf: Die USA werde nicht als Hauptfeind und Aggressor kritisiert, während der Sowjetunion ihre *„unermüdlichen Verhandlungen"* für Frieden und Abrüstung angelastet würden. Dies seien *„antikommunistische Vorurteile und Falschdarstellungen"*, die *„eine klare Orientierung und die Entfaltung aller Kräfte für den Frieden hemmen können"*. Trotz dieser grundsätzlichen Kritik am DGB-Aufruf wird dieser dennoch ausdrücklich als *„Ausdruck des Friedenswillens von Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern"* begrüßt und beteuert, *„verstärkt dafür eintreten"* zu wollen, *„daß möglichst viele arbeitende Menschen ihre Unterschrift auch* (d.h. neben dem „Krefelder Appell", Anm. AK) *unter den Aufruf des DGB setzen."*

Der DGB-Führung wird also bester Willen in Sachen Friedensbewegung bescheinigt.

Die „Neue"

In ähnlicher Weise sieht auch die Zeitung „Die Neue" in dem DGB-Aufruf *„ein erfreuliches und wichtiges Signal"* („Die Neue", 16.10.), welches entscheidend dazu beitrage, *„die Friedensdiskussion zu verbreitern und auch in den Betrieben zu führen"*. Stärker noch als die „UZ" betont „Die Neue" das *„gemeinsame Ziel"*, *„den Friedensaufruf des DGB zu unterstützen und für seine Unterstützung zu werben"* (s.o.). „Die Neue" kritisiert die *„eher schonend(e)"* Behandlung der USA und weist zurück, daß *„der Sowjetunion (...) unterschwellig die Hauptlast der Verantwortlichkeit für die Gefährdung des Friedens in der Welt zugewiesen"* werde, wobei sie — in Abweichung zur DKP — in der Afghanistan-Frage eine differenzierte Position einnimmt. Alles in allem kommt sie zum Schluß, daß *„erst mit den Gewerkschaften an der Spitze es der Friedensbewegung in der Bundesrepublik und in Europa gelingen können* (wird), *zu einer unüberwindlichen Kraft zu werden"*.

Die „KPD"

Eine 180-Gradwendung in Sachen DGB-Aufruf hat sich bei der „KPD" bzw. ihrem Ableger „RGO" („Revolutionäre Gewerkschaftsopposition") vollzogen. Hatte die Redaktion der „RGO-Nachrichten" in ihrer Septemberausgabe den DGB-Aufruf noch uneingeschränkt begrüßt, heißt es jetzt in ihrer Oktoberausgabe, daß *„die Unterstützung des DGB-Aufrufs, wie er heute vorliegt, jedenfalls der Weg in die falsche Richtung (ist)"*.

Selbstredend werden nicht die an ihre „Theorie der Supermächte" anlehnenden Formulierungen im DGB-Aufruf kritisiert. Bemängelt dagegen wird, daß die Rolle der Bundesregierung, *„die mehr oder minder stark den Rüstungswahnsinn der US-Regierung 'unterstützt'"*, als eigentlicher Adressat unerwähnt bleibt. Konkret wird empfohlen, sich am Beispiel der Vertrauensleute von Siemens in Kiel zu orientieren, die *„es einstimmig abgelehnt"* haben, *„den DGB-Aufruf zu unterstützen. Stattdessen fordern sie neue Unterschriftenlisten mit konkreten Forderungen an die Bundesregierung."*

„Moderne Zeiten": Sorge um die Einheitsgewerkschaft

Auch die Zeitschrift „Moderne Zeiten" widmet ihrer zweiten Ausgabe einen Artikel zum Thema DGB und Frieden. Der Autor Jens Bünnig (von „Revier") sieht in dem DGB-Aufruf den Versuch, *„die Initiative in Sachen Friedensbewegung an sich zu bringen"* und dies ausdrücklich in Konkurrenz zum „Krefelder Appell". Gleichzeitig sei der Aufruf Versuch, *„Ausgleich zwischen den Flügeln der Gewerkschaftsbewegung"* zu schaffen. Insgesamt verfolge die DGB-Führung, *„Bundeskanzler Schmidt den Rücken gegen außerparlamentarischen Druck einer Friedens b e w e g u n g frei zu halten."*

Eine inhaltliche Bewertung des DGB-Aufrufs wird in diesem Artikel nicht vorgenommen. Eine Stellungnahme, wie sich die (Gewerkschafts-)linke zu diesem Aufruf stellen sollte, ist ebenfalls nicht zu finden.

Interessante A n d e u t u n g e n über den eigenen Standort in dieser Frage finden sich allerdings im letzten Abschnitt des Artikels. Dieser scheint auch die eigentliche K e r n aussage zu sein, da er sich als einziger direkt auf die Überschrift (*„Einheitsgewerkschaft in der Zerreißprobe"*) bezieht.

Unter der Zwischenüberschrift *„Gewerkschaft schadet sich selbst"* teilt Jens Bünnig dem Leser seine Befürchtungen mit, daß *„das Anheizen der Konkurrenz des DGB zur Friedensbewegung der Gewerkschaft nur schaden"* könne, daß ein *„allgemeiner Schwund an Vertrauen und Glaubwürdigkeit"* bis hin zur *„Selbstzersetzung der Gewerkschaftsbewegung"* die Folge sein kann.

Was soll das heißen? Kaum ist eine *„Polarisierung der Widersprüche im DGB"* (Bünnig) in Gang gekommen, wird vor dem Untergang der „Einheitsgewerkschaft" gewarnt. Welche „Einheit" ist denn hier gemeint? Bünnig selbst spricht in seinem Artikel in Bezugnahme auf die DGB-Führung von Spaltern und Demagogen in der Friedensbewegung; er spricht nicht nur von der Existenz unterschiedlicher Strömungen, sondern, daß *„die Positionen in dieser Frage auf Leben und Tod"* sogar *„u n v e r s ö h n l i c h"* sind. Dem ist zuzustimmen. Nur was f o l g t denn daraus? Die Gewerkschaftsführung konnte doch bislang darauf bauen, daß existierende Widersprüche n i c h t offen ausgetragen wurden, daß ihre selbstherrliche Politik und Dominanz n i c h t nennenswert in Frage gestellt wird. In diesem Sinne kann es doch sehr positiv sein, um mit Bünnigs Worten zu sprechen, daß *„die jahrzehntelange Gewöhnung, daß man in der Gewerkschaft verwaltet und bevormundet wird, aufzubrechen (beginnt)"*. Dies kann zu einer S t ä r k u n g des linken Flügels und — wenn man so will — damit des Gedankens der „Einheitsgewerkschaft" führen. Wenn von Bünnig einerseits festgestellt wird, daß die DGB-Führung „die Konkurrenz" zur Friedensbewegung eh weiter anheizen wird, andererseits aber die Gefahr der „Selbstzersetzung" heraufbeschworen wird, kann das nicht in der Konsequenz nur bedeuten, daß sich Bünnigs Appell zur „Einheit" an die Adresse der Gewerkschafts l i n k e n richtet, von einer weiteren Polarisierung abzusehen? Ist es Zufall, daß nichts dazu gesagt wird, wie sich die Linke zum DGB-Aufruf verhalten soll, oder sollte er „im Interesse der Einheitsgewerkschaft" besser doch unterstützt werden?

„Express": „Sicherheitspolitische Selbstbestimmung"

Nicht unerwähnt bleiben sollte die Stellungnahme der Zeitschrift „Express" zum gleichnamigen Thema in ihrer Septemberausgabe. Neben anderem wird am DGB-Aufruf kritisiert, daß er auf Verhandlungen zwischen „den Supermächten" orientiert sowie die Militärpolitik der Bundesregierung unerwähnt läßt. Ihre eigene Position entwickelt die Zeitschrift stramm entlang der „Supermachts"-Theorie. Bei ihrer Überlegung, wie man die BRD vom *„Opfertisch der Großmächte"* herunterholen kann, plädiert man für eine *„sicherheitspolitische Selbstbestimmung"*, ohne anzugeben, was man konkret selbst darunter versteht:

„Aber die Friedenssicherung erfordert heute mehr, als die alten Formeln etwas aktualisiert zu wiederholen. Es ist notwendig, für sicherheitspolitische Alternativen einzutreten, die, anstatt tödliche Bedrohung der ganzen Gesellschaft festzuschreiben, uns aus dieser hinausführen. Es ist notwendig, mit neuen Wegen im eigenen Lande zu beginnen und unsere sicherheitspolitische Selbstbestimmung gegenüber den Supermächten wiederherzustellen. Über solche Alternativen, solche neuen Wege muß die Diskussion auch in den Gewerkschaften geführt werden."

Eventuell nimmt der DGB-Bundesvorstand diese Anregung zur „Selbstbestimmung" ja noch in seinen Aufruf auf ... ?

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Richtigstellung?

„Selbstverständlich plädiere ich nicht für das Unterschreiben des DGB-Aufrufs oder gar aktives Unterschriftensammeln, wie dies z.B. KBW oder ‚KPD' tun, weil ihnen die ‚ausgewogene' Kritik an den beiden Supermächten gefällt", hatte ich in AK 210 in einem Beitrag zur Diskussion um den DGB-Aufruf geschrieben.

„Die KPD, und das ist die Falschmeldung, unterstützt diesen Aufruf nicht. Das wird ausführlich in ihrem Zentralorgan Nr. 37 und 38 begründet. Das Kernargument ist, daß der Aufruf sich eben nicht in erster Linie an die Bundesregierung, die eigene herrschende Klasse richtet, gerade im Gegensatz zu der Darstellung der KPD-Position im AK", schreibt ein Leser aus Schenefeld.

Recht hat er, aber nur zum Teil. Im „Zentralorgan" 34 vom 21.8. hat die „KPD" noch die von mir beschriebene Position bezogen und besonders die Kritik am „sowjetischen Sozialimperialismus" gelobt. Daraus wurde eine kritische Unterstützung abgeleitet, die in die Aussage gipfelte: *„während andererseits alles getan werden muß, um die positiven Ansätze des Aufrufs zu nutzen, um daraus ein Mittel zu machen, die Rolle der Gewerkschaften im Friedenskampf so zu erhöhen, wie es dem im Aufruf ausgedrückten Selbstverständnis entspricht"* („Roter Morgen", 21.8.).

Erst drei Ausgaben später wurde diese Position korrigiert. Ähnlich verhielt es sich mit den „RGO"-Nachrichten, die noch im September die kritisierte Auffassung publizierten, die dann im Oktober revidiert wurde. Wichtig scheint mir dabei, daß es gerade das blinde Abfahren auf die Supermächte-Kritik im DGB-Aufruf war, die die „KPD" zu einer ihrer ersten Position geführt hatte.

Hr., Kommission Betrieb & Gewerkschaft

»Die Friedensimperialisten gewannen ihren Krieg«

... so konnte mensch es im Rechtsaußenblatt des DGB, der Zeitung „Einheit" der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, nachlesen. Gemeint war nicht die Reagan-Administration, sondern der Großteil der westdeutschen DGB-Delegation auf dem Welttreffen der Gewerkschaftsjugend in Sevilla/Spanien, die sich mehrheitlich für einseitige Abrüstung aussprach. Während wir im letzten AK einen Überblick über den Ablauf des Treffens gegeben haben, wollen wir jetzt auf den tiefen Riß eingehen, der anläßlich der Friedensdiskussion in Sevilla in der DGB-Delegation wieder offenbar wurde.

Im November dieses Jahres soll die Bundesjugendkonferenz des DGB stattfinden. Besonders vor diesem Hintergrund scheint es sinnvoll, sich noch einmal die Kontroversen in Sevilla vor Augen zu führen. Denn alles deutet darauf hin, daß der seit der letzten Bundesjugendkonferenz (1977) schwelende Konflikt in der DGB-Jugend auf der Bundesjugendkonferenz offen aufbrechen wird.

Wenn DGB-Jugendsekretär Brauser erklärt, daß man *„diese Auseinandersetzung innerhalb der Delegation des DGB nicht zum zentralen Konflikt in der Gewerkschaftsjugend machen"* (sollte), so drückt das unserer Meinung nach eher ein Wunschdenken aus als die Realität (siehe „Solidarität" 9/10).

Von den annähernd 5.000 Teilnehmern in Sevilla stellte der DGB etwa ein Fünftel der Kollegen und Kolleginnen. Ein weiteres Fünftel umfaßte die Delegation des österreichischen und schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Zwei Fünftel kamen vom spanischen Gastgeber der UGT. Das letzte Fünftel verteilte sich auf den „Rest der Welt", die verbleibenden 36 Nationen. Wenn mensch nun noch berücksichtigt, daß die großen Gewerkschaften Portugals, (Intersindical), Spaniens (Arbeiterkommissionen) und Frankreichs (CGT) sowie der Weltgewerkschaftsbund mit seinen Mitgliederverbänden an diesem Treffen nicht beteiligt waren, fällt es schwer, von einem „Welttreffen" zu sprechen. Zusätzlich wäre noch anzumerken, daß die Kolleg(inn)en *„in den seltensten Fällen direkt aus dem Betrieb kamen"* und *„das Jugendalter schon weit überschritten hatten"* (aus einer Stellungnahme der IGM-Teilnehmer des Bezirk München, ebenda). Günter Lanz von der GGLF berichtet in derselben „Solidarität", daß die japanische Delegation z.B. aus Ausbildern großer Industriebetriebe bestand. Naja, sowas ist mensch ja von Gewerkschaftskonferenzen inzwischen gewöhnt.

IGM, HBV u.a.: Vorgeschriebene Marschroute nicht eingehalten

Zur inhaltliche Vorbereitung des Welttreffens hatten sich eine Woche vorher im nahegelegenen Huelva die Delegationen der IGM, DPG, ÖTV, HBV und der DGB-Landesbezirke Hessen und Niedersachsen getroffen. Dort wurde eine Erklärung verabschiedet, die in die Friedensdiskussion in Sevilla einfließen sollte. Die Gesamt-Leitung der DGB-Jugenddelegation legte jedoch einen anderen Entwurf als Diskussionsgrundlage vor. Dieser unterschied sich von dem in Huelva erarbeiteten Entwurf dadurch, daß er die sowjetischen SS-20-Raketen mit den neuen Nato-Mittelstreckenraketen gleichsetzte (nach „Nachrichten" 10/81).

Zum Verfahren hatte Hanns Brauser, DGB-Bundesjugendvorsitzender, *„zu Beginn des Welttreffens im Kreise der Delegationsleiter der DGB-Gewerkschaften die Absicht des DGB offenbart, eine von allen DGB-Delegationen getragene Entschließung zum Thema 'Frieden und Abrüstung' einbringen zu wollen"* (so Steffen Welzel in „Erziehung und Wissenschaft" der GEW, 10/81).

Doch daraus wurde nichts! Nicht zuletzt unter dem Eindruck der Ausführungen von Mechtersheimer vom Max-Planck-Institut und Herbert Wulf vom Institut für Friedensforschung, geriet der von der DGB-Delegationsleitung vorgelegte Entwurf in die Schußlinie der Mehrheit der Teilnehmer. Dazu Steffen Welzel (GEW): *„Damit hatte der Friedensforscher (Mechtersheimer) Wasser auf die Mühlen all jener gegossen, denen es in der Friedens- und Abrüstungsdiskussion zum einen vor allem um die Verurteilung der 'westlichen Hochrüstung' als erste Kriegsgefahr geht und die zum anderen in der Sowjetunion keine aggressive imperialistische Macht sehen wollen. Und jene verfügten in Sevilla über eine beachtliche Zweidrittelmehrheit."* In den Arbeitsgruppen auf dem Welttreffen wurde besonders folgender Abschnitt heftig kritisiert: *„Die SS 20 in Europa bedeutet eine Bedrohung. Unbeschadet davon schafft die Stationierung der Pershing II und der Cruise Missiles in West-Europa durch die neue Qualität der Waffen eine neue Situation, die das atomare Patt, wie es u.a. in den Salt-Verhandlungen festgeschrieben wurde, aushöhlt..."*.

Die Gleichsetzung von sowjetischen Raketen und der Nato-Vorrüstung wurde von der Mehrheit der Teilnehmer nicht akzeptiert. Als Kompromißvorschlag wurde angeboten, die SS 20 an anderer Stelle im Papier zu erwähnen. Mit dieser Linie jedoch konnten sich andere Gewerkschaften wie die Chemie, Bergbau und Leder nicht anfreunden. Ihre Position: *„Wenn schon in einem vorrangig die westliche Rüstung verurteilenden Papier der DGB-Gewerkschaften die Aufrüstung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes nicht beim Namen genannt wird, wenn schon der sowjetische Einmarsch in Afghanistan keine Erwähnung als konkrete Friedensgefährdung findet, wenn schon der Druck der Sowjetunion auf die Volksrepublik Polen nicht zurückgewiesen wird, dann muß wenigstens die im Westen empfundene Bedrohung durch die sowjetische SS 20 in Zusammenhang mit dem Nato-Doppelbeschluß erwähnt werden dürfen. Immerhin sei der Nato-Doppelbeschluß im Umfelde der von der Sowjetunion bekanntgegebenen Umrüstung der Mittelstreckenraketen SS 4 und SS 5 auf die zielgenauere und mit mehreren atomaren Sprengköpfen ausgestattete SS 20 erfolgt"* (ebenda). Das ist im Grunde dieselbe Argumentation, wie sie auch von der Bundesregierung kommt. Die Nato-Vorrüstung wird mit der Nachrüstung der Sowjetunion begründet.

Einige DGB-Delegationsleiter, die vorher noch dem DGB-Entwurf zugestimmt hatten, kippten nun um und stimmten mit für die ersatzlose Streichung des Satzes: *„Die SS 20 in Europa bedeutet eine Bedrohung."* Das wiederum verärgerte die Delegationsleitungen der Gewerkschaften Chemie, Bergbau und Leder, die aus Protest die Versammlung verließen. Daraufhin zog auch Jugendsekretär Brauser, entsprechend seiner Ankündigung, das gemeinsame DGB-Papier wieder aus dem Verkehr.

In der weiteren Diskussion wurde dann ein neuer Entwurf diskutiert, der allerdings auf dem DGB-Entwurf basierte. Die norwegische und finnische Delegation und die IG Bergbau versuchten noch einmal vergeblich, die besondere Bedrohung durch die Sowjetunion in die Debatte zu bringen und in der Resolution zu verankern, was jedoch an den Mehrheitsverhältnissen scheiterte.

Die österreichische Delegation bestand auf die Streichung eines Absatzes, in dem die Teilnehmer sich für die Bonner Friedensdemo und gegen das Demo-Verbot der DGB-Führer aussprechen. Die österreichische Delegation empfand es als anmaßend, *„einer ausländischen Bruderorganisation Empfehlungen zu geben"* (ebenda).

Außerdem handele es *„sich hierbei um rein bundesdeutsche Angelegenheiten"* ...

Riß in der Gewerkschaftsjugend

In der DGB-Jugendfunktionärszeitschrift „Solidarität" 9/10/81 kommen nun die Bundesjugendsekretäre der Einzelgewerkschaften zu Wort. Ein großer Teil von ihnen schätzt den Verlauf und die Ergebnisse der Friedensdebatte als Fehler, wenn nicht gar als Katastrophe ein. Als „Einstimmung" wollen wir hier noch einmal aus dem schon anfangs erwähnten „Einheit"-Artikel vom 9.9.81 von Herrn Römer zitieren (nach „Solidarität" 9/10): *„Die Friedensimperialisten in der deutschen Delegation gewannen ihren Krieg. Sie waren gut vorbereitet, emotional eingestimmt und organisierten die absolute Mehrheit. Sie, die das 'aus der Geschichte lernen' auf den Lippen trugen und die ‚internationale Solidarität' stakkatoartig hinausschrien, offenbarten urdeutsche ‚Tugenden': Intoleranz und besserwisserische Arroganz. Sie klatschten und stimmten allen anderen rücksichtslos ihre politisch einseitige Position zu Frieden und Abrüstung auf."*

Anders im Ton, aber ähnlich im Inhalt, lauteten andere Kommentare. So Jürgen Schmidt, Textil-Jugendsekretär: *„Die Chance, mit einer von allen Delegationen getragenen Erklärung eine Grundlage für eine international in der Gewerkschaftsjugend geführte Friedensdiskussion zu beginnen, wurde vertan"* (ebenda). Oder wieder Steffen Welzel von der GEW: *„Vor allem jene unter ihnen, die zu Hause für den Abbau von Feindbildern plädieren und Minderheitenschutz fordern, waren in Sevilla am Drücker. Sie 'featureten' ihr eigenes Feindbild von den Initiatoren der westlichen Hochrüstung und entschieden angesichts satter Mehrheiten, was die Weltgewerkschaftsjugend zu Frieden und Abrüstung zu fordern hat."* Ähnlich äußerten sich in der „Solidarität" Wolfgang Manzke von der ÖTV, Reinhard Reibsch von der IG Chemie, Jörg Herpich von der IG Bau, Franz Treml von der DPG, Bernd Böwing, Bundesjugendsekretär der Jungen Gruppe der GdP, Willi Kaminski, Jugendsekretär der IG Bergbau und Gerd Holtgrefe von der Gewerkschaft Leder. Einigermaßen positiv zu den Ergebnissen und dem Ablauf der Friedensdiskussion äußerten sich nur Horst Richter von der IGM, Detlef Schmidt von der HBV und die Abteilung Jugend der GdED.

In der DGB-Funktionärszeitschrift Quelle 9/81 schreibt derselbe Redakteur, der auch den hetzerischen „Einheit"-Artikel schrieb (Norbert Römer): *„Auch auf der Abschlußkonferenz fehlte der Mehrheit der DGB-Gruppe jegliche Sensibilität für die Probleme und Interessen anderer Nationen ebenso wie die Toleranz als Grundlage einheitsgewerkschaftlichen Zusammenhalts. Dabei fiel auf, daß diese Linie in der Diskussion vor allem von hauptamtlichen Gewerkschaftssekretären vertreten wurde."* Offensichtlich ist dies zugleich ein Wink mit dem Zaunpfahl an die zuständigen Vorgesetzten im DGB ...

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

„Petting statt Pershing" auf schwarz-rot-goldenem Untergrund war einigen DGB-Oberen zuviel der „Geschmacklosigkeit"

11. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff

11. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff

Holzarbeiter gegen Neutronenbombe und Nachrüstung

In Travemünde fand vom 4. bis 9. Oktober der 11. ordentliche Kongreß der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) statt. Die GHK gehört mit 160.000 Mitgliedern zu den zahlenmäßig kleinen DGB-Gewerkschaften.

Die Holzarbeitergewerkschaft hat sich in den letzten Jahren durch eine vergleichsweise kämpferische Tarifpolitik ausgezeichnet und durchweg günstigere Abschlüsse erreicht. Aufgrund des politischen Engagements gilt die GHK allgemein als linkslastig. Die Mitgliederentwicklung ist ausgesprochen positiv. Seit 1977 stieg die Zahl um 15 %.

Konsequente Friedenspolitik

Zum Thema Krieg und Frieden lagen dem Gewerkschaftstag insgesamt sieben Anträge vor, die sich dadurch auszeichneten, daß in ihnen Abrüstungsforderungen an die Bundesregierung und gewerkschaftliche Aktivitäten formuliert wurden. Außerdem verzichtete der Hauptvorstand auf den sonst üblichen Leitantrag, wodurch alle eingereichten Anträge gleichberechtigt beraten werden konnten.

Beschlossen wurden dabei u.a. folgende Forderungen:

- Keine Lagerung von Neutronenbomben in der Bundesrepublik;
- Rücknahme des Nachrüstungsbeschlusses durch die Bundesregierung;
- Statt Ausweitung Reduzierung des Rüstungshaushaltes;
- Einstellung des Rüstungsexportes.
- Die Distanzierung der Bundesregierung vom Haig-Ausspruch, wonach es wichtigere Dinge als den Frieden gäbe;
- Keine Frauen in den Militärdienst.

Die Gewerkschaften müßten Anti-Kriegsveranstaltungen zum 1. September zu einem festen Bestandteil ihrer Arbeit machen und außerdem alle Friedensinitiativen in diesem Land unterstützen.

Die Delegierten beauftragten Georg Benz vom Vorstand der IG Metall, leider erfolglos, ihre Entschließung in seiner Rede auf der Friedenskundgebung am 10.10 zu verlesen. Dazu wurde dann noch mit wenigen Gegenstimmen die Maulkorbrichtlinie des DGB-Bundesausschusses verurteilt, wonach Gewerkschaftsmitglieder keine politischen Initiativen mit ihrer Gewerkschaftsfunktion unterschreiben dürfen.

Erfolgreiche Tarifpolitik

Die Holzarbeitergewerkschaft stellte in Travemünde auch die Weichen für die zukünftige Tarifpolitik. Es wird die Fortsetzung der aktiven Lohnpolitik und der Kampf um die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit gefordert, mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu erreichen. Die GHK wird häufig als die streikfreudigste Gewerkschaft tituliert. Tatsache ist, daß in den letzten Jahren mehrfach gestreikt wurde.

1978 im Tischlerhandwerk und der holzverarbeitenden Industrie in Westberlin, 1978 und 1980 im Karosseriehandwerk in Niedersachsen und Bremen und 1978 im Schreinerhandwerk des Saarlandes, 1980 streikten die Modellbauer in Westberlin.

Bedingt durch die verschiedenen Kampfmaßnahmen liegen die Tarifabschlüsse der GHK mit an der Spitze aller DGB-Gewerkschaften, was sicherlich auch eine der Grundlagen für die positive Mitgliederentwicklung ist. Eingehalten wurde das Ziel, für die härter gewordenen Tarifrunden, 10 % des gesamten Beitragsaufkommens in den Streikfonds abzuführen.

Die Mitwirkung der gewerkschaftlichen Basis in der Tarifpolitik dürfte für den gesamten DGB vorbildlich demokratisch sein. Die Tarifkommissionen in den 16 Bezirken sind autonom, der GHK-Vorstand gibt weder Forderungsempfehlungen noch Erklärungen im Fernsehen ab. Vor der Beschlußfassung durch die Tarifkommission wird in Vertrauensleutekonferenzen die aufzustellende Forderung diskutiert. Über das Ergebnis einer Tarifauseinandersetzung wird in den meisten Betrieben abgestimmt.

Peter Riemer, Redakteur der Holzarbeiterzeitung und jetzt auch stellvertretender Vorsitzender, erklärte unter dem Beifall der Delegierten, daß künftig kein Gewerkschaftsfunktionär der „Bild"-Zeitung ein Interview geben sollte, weil die Politik der „Bild"-Zeitung eindeutig gegen die Gewerkschaften gerichtet sei. Ein begrüßenswerter Vorschlag, mit dem sich Riemer allerdings in der DGB-Spitze kaum Freunde geschaffen haben dürfte.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

»Scharfe Rüge« des DGB für die GEW

Auf Unmut stießen die Beschlüsse des GEW-Gewerkschaftstages zur Bonner Friedensdemonstration und zu den Hausbesetzungen in Berlin (vgl. AK 210, S. 18) im Bundesvorstand des DGB. Den DGB-Funktionären erschien es wohl ungebührlich, daß die GEW-Delegierten von der DGB-Führung abweichende Auffassungen zu äußern wagten und so erteilten sie der GEW eine „scharfe Rüge".

Gerügt wurde zum einen der GEW-Aufruf zur Bonner Demonstration. Damit habe die GEW gegen Satzungsbestimmungen verstoßen, nach denen die Einzelgewerkschaften die Beschlüsse des DGB durchzuführen haben.

Zum anderen wurde die Erklärung des GEW-Gewerkschaftstages zu den Hausbesetzungen und zur Rolle der Neuen Heimat moniert: *„Der DGB findet es besonders infam, den Tod des Demonstranten Jürgen Rattay mit der Tätigkeit der Neuen Heimat in Berlin in Zusammenhang zu bringen"*, heißt es in der DGB-Erklärung, in der ausdrücklich Solidarität mit dem DGB-Berlin und mit der Neuen Heimat bekundet wird.

Nun haben ja die Lehrer mit Rügen, Abmahnungen oder ähnlichen Disziplinarmaßnahmen einige Erfahrung und könnten diese Rüge der Gewerkschaftsführung (die übrigens in der „Welt der Arbeit" vom 15.10. der Öffentlichkeit mitgeteilt wurde) gelassen zu den Akten nehmen. Aber da ist der neu gewählte GEW-Vorsitzende Wunder, der sich in dieser Auseinandersetzung nicht hinter die gerügten Lehrer, sondern auf die Seite der Rügenden gestellt hat. Schon auf dem Gewerkschaftstag erklärte Wunder, daß er nicht an der Friedensdemonstration teilnehmen werde. Die „Welt der Arbeit" (8.10.) gab ihm Gelegenheit, seine Auffassung zu erläutern: *„Ich glaube, daß es der DGB-Bundesvorstand als Verletzung der Solidarität und Loyalität auffassen würde, die er von einem zukünftigen Mitglied erwarten kann, wenn ich als einziger Vorsitzender einer Mitgliedsgewerkschaft im DGB an dieser Demonstration teilnehmen würde. Ich habe zwar an diesem DGB-Beschluß nicht mitgewirkt, fühle mich aber dennoch an ihn gebunden"!*

Wie weit Wunders ‚Loyalität' gegenüber der DGB-Führung geht, zeigte sich dann auf der Bundesvorstandssitzung in Travemünde, auf der Wunder in dieses Gremium aufgenommen wurde. Dort stand natürlich auch der Auftrag zur Debatte, den der GEW-Gewerkschaftstag seinem Vorsitzenden im Zusammenhang mit der Friedensdemonstration mit auf den Weg gegeben hatte: *„Der Bundesvorsitzende wird beauftragt, diesen Beschluß* (Aufruf zur Bonner Demo, Anm. AK) *in der nächsten Woche wirksam publizistisch umzusetzen"*. In Travemünde erklärte Wunder, daß er nicht beabsichtige, diesem Auftrag seines Gewerkschaftstages zu folgen. Im Loyalitätskonflikt zwischen GEW-Basis und DGB-Führung hat sich Wunder also entschieden. Ein schlechter Start für einen Mann, der gern darauf hinweist, daß er bei der Arbeitsniederlegung der Lehrer im November 1979 an der Seite der Kollegen gestanden hat, obwohl er als Schulleiter besonderen Loyalitätskonflikten ausgesetzt war. Die Rüge des Arbeitgebers traf damals Wunder gemeinsam mit den Kollegen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Job-Sharing:

Ein Weg zur »Zeitsouveränität«?

„Revolutionär ist heute nicht die Forderung nach mechanischer Arbeitszeitverkürzung, sondern die nach Zeitsouveränität", schreibt einer der Ideologen der Alternativbewegung, Joseph Huber, in seinem Buch „Wer soll das alles ändern. Die Alternativen der Alternativbewegung".

Nun macht sich das Kapital, flankiert von der CDU/CSU daran, auch diese Revolution zu verwirklichen. Das Stichwort dazu heißt job-sharing. Zwei Beschäftigte teilen sich einen Arbeitsplatz – und auch den Lohn, versteht sich. Das Modell wird von den Gewerkschaften heftig bekämpft. Einige Alternative werfen nun den Gewerkschaften „Phantasielosigkeit" vor und kritisieren, daß die Gewerkschaften „diese 'Art der Arbeitszeitverkürzung verteufeln".

Die Diskussion um das job-sharing kam in Gang, als der Arbeitsring der Arbeitgeberverbände der Deutschen Chemischen Industrie Ende letzten Jahres einen Musterarbeitsvertrag für ein derartiges Arbeitsverhältnis vorlegte. Zwei Beschäftigte teilen sich danach einen Arbeitsplatz, sie können ihre Arbeitszeit untereinander frei regeln. Fällt einer jedoch aus, muß der andere voll einspringen:

„Die Verpflichtung zur ganztägigen Besetzung des Arbeitsplatzes bleibt auch dann bestehen, wenn der andere am gleichen Arbeitsplatz beschäftigte Arbeitnehmer seine Pflichten aus dem Arbeitsvertrag nicht erfüllt oder wegen Urlaub, Krankheit und anderen Gründen zeitweilig nicht arbeitet. In diesen Fällen hat der Arbeitnehmer den Arbeitsplatz ganztägig oder zu den vom Arbeitgeber bestimmten Zeiten zu besetzen" (1).

Diese Regelung bietet dem Kapitalisten vielfältige Vorteile und bedeutet für die Beschäftigten nur sehr bedingt ‚Zeitsouveränität'.

– Indem Krankheiten oder die Inanspruchnahme zustehender Rechte (z.B. Bildungsurlaub) unmittelbar zu einer Mehrbelastung des Partners führen, werden die Partner dazu gebracht, sich gegenseitig zu disziplinieren.

– Ständig hat man auf Abruf zur Verfügung zu stehen, der Partner könnte ja krank werden. Die Möglichkeit, die arbeitsfreie Zeit langfristig zu planen, wird so erheblich eingeschränkt.

– Das Ausfallrisiko (bei Krankheit etc.) wird vom Kapitalisten auf den Partner abgewälzt. Gegenwärtig muß

etc.) wird vom Kapitalisten auf den Partner abgewälzt. Gegenwärtig muß

ein Kapitalist zur Überbrückung von Fehlzeiten eine gewisse Personalreserve beschäftigen, die dann entfallen könnte. Damit würden sogar Arbeitsplätze vernichtet.

Ein weiterer Pferdefuß dieses Musterarbeitsvertrages ist, daß bei Kündigung eines Partners auch der andere seinen Arbeitsplatz verlieren kann. In einer Präambel zum Arbeitsvertrag sind beide Beschäftigungsverhältnisse aneinander gekoppelt.

Da dieser Arbeitsvertrag bei den Gewerkschaften auf einhellige Ablehnung stieß, legte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Juli einen eigenen Musterarbeitsvertrag vor, der gegenüber dem Kapitalistenvorschlag gewisse Vorteile zeigt. So sind jetzt die Job-Partner zwar berechtigt, aber nicht verpflichtet, bei Erkrankungen oder Urlaub den anderen Partner zu ersetzen; auch kann bei Kündigung eines Partners dem anderen nicht automatisch mitgekündigt werden.

Auch dieses modifizierte Modell des job-sharing wurde vom DGB abgelehnt, wobei besonders dem Argument, durch das Modell könnte die Arbeitslosigkeit verringert werden, widersprochen wurde. Zwar suchen gegenwärtig ca. 200 000 Frauen eine Teilzeitbeschäftigung (da sie aufgrund ihrer Doppelbelastung nicht die Zeit haben, den ganzen Tag in Büro, Geschäft oder Produktionsbetrieben zu arbeiten), durch die Einführung des job-sharing würden jedoch Vollzeitarbeitsplätze vernichtet. Nach Auffassung des DGB ist Teilzeitarbeit nur akzeptabel, wenn sie auf zusätzlichen Stellen angeboten wird.

Daß Teilzeitarbeit Arbeitsplätze vernichtet, belegte jüngst erst der Vorstandschef des krisengeschüttelten AEG-Konzerns, Heinz Dürr, der dort Massenentlassungen organisiert. *„Um eine weitere Reduzierung der Belegschaft möglichst zu begrenzen, will er verstärkt Teilzeitarbeit einführen"* (2).

Ein Blick ins Mutterland der Teilzeitarbeit, die USA, wo 14 % aller Beschäftigten Teilzeitarbeit leisten, zeigt, daß dort *„für Teilzeitarbeit überwiegend Arbeitsplätze angeboten werden, die tatsächlich nur einen Teil eines normalen Arbeitstages besetzt zu werden brauchen"* (3). Aber auch in der BRD hat diese Entwicklung schon längst eingesetzt. Unter dem Titel „Kapovaz" (Kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit) wird besonders im Einzelhandel eine Form der Teilzeitarbeit praktiziert, bei der der (oder besser die) Beschäftigte bei hohem Arbeitsanfall telefonisch an die Arbeit geholt wird. So lassen sich z.B. Zeiten mit hohen Kundenfrequenzen mit einem Minimum an Vollzeitarbeitskräften überbrücken.

Ein weiteres Problem des job-sharing und anderer Teilzeitmodelle ist, daß das geteilte Einkommen nur bei Akademikern ausreicht, eigenständig den Lebensunterhalt zu finanzieren. Frauen, die durch Teilzeitarbeit „mitverdienen", werden so in ökonomischer Abhängigkeit vom Partner und damit in der traditionellen Frauenrolle gehalten.

Für die Kapitalisten ist die Teilzeitarbeit attraktiv, weil hier von den Beschäftigten eine intensivere Arbeitsleistung gebracht wird:

„Es gibt Schreibkräfte, die während der verkürzten Arbeitszeit die gleiche Arbeitsleistung erbringen wie eine Vollzeitkraft. Es sind dies hauptsächlich junge Frauen, die früher bei uns tätig waren und aus familiären Gründen nicht mehr voll arbeiten können. Die Arbeitsleistung pro Stunde kann bei einer Teilzeit-Steno- oder Datentypistin mit ca. 10 bis 15 % höher veranschlagt werden" (4).

Auch eine Studie, die im Auftrag des Rheinland-pfälzischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Sport erstellt wurde, kommt zu dem Schluß: *„Teilzeitkräfte können bei insgesamt kürzerer täglicher Arbeitszeit höhere Leistungen erbringen als Ganztagskräfte. Die Leistungsfähigkeit und -bereitschaft von Teilzeitkräften wird besonders bei monotonen Tätigkeiten nicht so leicht gestört"* (5). Arbeitsforscher schätzen gar, daß zwei Teilzeit-Beschäftigte gegenüber einem Vollzeitarbeitenden 33 % mehr Leistung bringen (6).

In Kapitalistenkreisen wird auch diskutiert, gezielt älteren Beschäftigten, die eine 8-stündige Arbeitshetze nicht mehr durchhalten, Teilzeitarbeit anzubieten, um so einen Teil der Lohnkosten zu sparen. Bei einem Modellversuch des job-sharing im Frankfurter Hoechst-Konzern begründete eine Angestellte ihre Teilzeitarbeit damit, *„ihre etwas angegriffene Gesundheit erlaube es ihr nicht mehr, eine normale 40-Stunden-Woche zu absolvieren"* (7). So einer Frau Teilzeitarbeit anzubieten, erinnert an frühkapitalistische Zustände, wo die Arbeiter erst ausgepreßt und dann entlassen wurden.

Die Haltung der Gewerkschaften

Ende 1978 forderte der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung Arbeitgeber und Betriebsräte von 100 000 Unternehmen auf, neue Teilzeitarbeitsplätze zu schaffen. Zur Information über die arbeits-, steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Fragen wurde in hoher Auflage ein Leitfaden (8) herausgegeben. Eine ähnliche Position vertrat der DGB. In seinen „Vorschlägen zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung" aus dem Jahre 1977 heißt es: *„Zusätzliche Arbeitsplätze können durch Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen geschaffen werden. Das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen ist deshalb zu erhöhen [...] Dabei sollte der öffentliche Dienst beispielhaft vorangehen"*. Inzwischen hat sich hier die Position des DGB gewandelt. Signalfunktion hatte die 10. Frauenkonferenz der IG Metall, auch zahlreiche andere Frauengremien (zuletzt die 10. Bundesfrauenkonferenz des DGB) lehnten eine Ausweitung der Teilzeitarbeit ab. Auch in der Gewerkschaftspresse sind zahlreiche kritische Beiträge zum job-sharing und anderen Teilzeitmodellen erschienen (9).

Der Mythos von der ‚Zeitsouveränität'

Genau diese Änderung in der Haltung der Gewerkschaften ist nun einigen sich links verstehenden Leuten ein Dorn im Auge. Federführend ist hier Andreas Hoff vom Wissenschaftszentrum Berlin, der den Gewerkschaften vorwirft, sie versuchten *„die Idee der flexiblen Arbeitszeitgestaltung mit Hilfe ihrer schlechten Realität zu diskreditieren"* (10).

Tatsächlich verklären aber die Denkmodelle für eine flexible Arbeitszeitgestaltung die Realität, wenn die heute praktizierten Teilzeitregelungen nicht auf die Frage untersucht werden, wem sie vornehmlich nutzen. Doch auch hier hat Hoff eine Erklärung parat. Die ‚Fehlentwicklungen' beruhen auf der *„Passivität der Gewerkschaftspolitik im Bereich der nichtstandardisierten Arbeitszeitregelungen"*. Die ablehnende Haltung des DGB ist also dafür verantwortlich, daß die job-sharing-Modelle heute so negativ sind. Würde der DGB hier eigene Initiativen entwickeln, wäre viel mehr herauszuholen. Nun hat Andreas Hoff auch eine Erklärung für die ablehnende Haltung der Gewerkschaften mitgeliefert, – dahinter stecke nämlich purer Eigennutz: *„Flexibilisierung der Arbeitszeiten senkt den Stellenwert der Arbeit für das individuelle Leben und damit auch die Rolle der Gewerkschaften als Interessenvertretung der Arbeitnehmer"*. Tatsächlich neigen Teilzeitbeschäftigte eher zu der Auffassung, daß für sie eine gewerkschaftliche Organisierung überflüssig sei. Die Folge davon ist, daß die gewerkschaftliche Kampfkraft geschwächt wird. Die auch von Hoff beklagten ‚Fehlentwicklungen' bei der Teilzeitarbeit dürften so kaum wirksam zu bekämpfen sein. Das von Hoff propagierte Modell gäbe nur dann einen Sinn, wenn man nicht mehr vom Interessensgegensatz von Kapital und Arbeit ausgeht, sondern das Problem der *„Aufteilung der vorhandenen Arbeit"* als gemeinsame Aufgabe aller an der Wirtschaft Beteiligten ansieht. Die Verringerung der Arbeitslosigkeit wird dann zu einer Aufgabe jener, die in einem festen Arbeitsverhältnis stehen. Tatsächlich denken die alternativen Chefdenker in diese Richtung. Bei Huber heißt es: *„Man wird – auch aus anderen Gründen wie z.B. Beschäftigungsgerechtigkeit – darauf hinwirken müssen, gerade auch in den sogenannten besseren Positionen mehr Teilzeitstellen, Interimsarbeit, freie Werkvertragsarbeit u.ä. durchzusetzen"* (11).

Teilzeit-Aussteiger

Zustimmung finden solche Überlegungen, weil in Teilen der Alternativbewegung ein zunehmendes Bedürfnis sichtbar wird, sich der „Megamaschine" (Huber) zu entziehen. Exemplarisch seien hier die Lehrer genannt. Seit der Bundestag im März 1980 die Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung für Lehrer erweiterte, ist hier so etwas wie ein Run auf die Teilzeitarbeit festzustellen. Nun verdient ein Lehrer auch bei einer Halbtagsbeschäftigung noch so viel, daß er nicht auf den Status eines Zuverdieners herabsinkt. Aber auch hier profitiert der Arbeitgeber durch die bessere Ausnutzung der Arbeitskraft von der Teilzeitbeschäftigung. Nicht ohne Grund sind heute ca. 30 000 – 50.000 Lehrer gegen ihren Willen teilzeitbeschäftigt.

Für die Masse der abhängig Beschäftigten bleibt bei einer Teilzeitbeschäftigung jedoch nicht ausreichend Geld, um den Lebensunterhalt eigenständig zu finanzieren. Über dieses Problem geht auch eine Autorin der ‚taz' elegant hinweg: *„Nicht nur das Problem, Haushalt, Kinder und Beruf miteinander zu vereinbaren, sondern einfach das Bedürfnis, mehr freie Zeit für sich und andere zu haben, der Lohnarbeit nicht mehr den größten Platz im Leben einräumen zu wollen, steckt hinter dem Bedürfnis nach Teilzeitarbeit – und das ist doch OK, oder?"* (12). Das Bedürfnis vieler Menschen ist ganz sicher nicht die Teilzeitarbeit, sondern es besteht das Bedürfnis, weniger zu arbeiten. Dieses Bedürfnis politisch wirksam werden zu lassen, wäre die Aufgabe einer Bewegung für eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich unter Berücksichtigung vor allem der schwerer arbeitenden und schlechter verdienenden Lohnabhängigen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Zwei auf einem Arbeitsplatz – oder: Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich

Anmerkungen

(1) Der Musterarbeitsvertrag ist abgedruckt in: Der Betriebsrat, Schriftenreihe der IG Chemie 11/80
(2) „FR", 30.8.80
(3) „FAZ", 1.8.81
(4) Teilzeitarbeit in der betrieblichen Praxis, hrsg. vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, 1973, S. 26
(5) zitiert nach „Ausblick" (Zeitung der HBV) 10/81
(6) „Stern", 6.8.81, S. 104
(7) „FR", 6.8.81
(8) Der Leitfaden Teilzeitarbeit kann über den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung kostenlos bezogen werden
(9) Verwirrspiel um Teilzeitarbeit. In: „Ausblick" 10/81
Ein schillernder Begriff: job sharing. In: „Der Gewerkschafter" 3/81
Job sharing. Problemlöser auf dem Arbeitsmarkt? In: „Druck und Papier 16/81
Siehe auch das Papier des Hauptfrauenausschusses der HBV. In: „FR", 14.9.81
(10) „FR", 6.8.81; vgl. auch die Leserbriefe Hoffs in der „FR" vom 17.8. und in der „taz" vom 2.10.81
(11) Joseph Huber: Wer soll das alles ändern. Die Alternativen der Alternativbewegung. Rotbuch 229, S. 124
(12) „taz", 17.9.81

Kontaktadressen

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen
B. Möller
Postfach 103141
28 Bremen 1

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Köln
KB/Gruppe Köln
c/o BULI-Büro
Jülicher Straße 22
5000 Köln 1

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 080 845 B
Heidelberg

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Westberlin
Postlagerkarte Nr. 0074298
1000 Westberlin 62

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte Nr. 031078 B
5500 Trier

Redaktion des
ARBEITERKAMPFES
Lerchenstr. 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040/43 54 15
Abonnement-Verwaltung:
040/43 53 46

Polizei-Einsatz gegen Neo-Nazis in München –

Eine gelungene Inszenierung

Zwei tote Neo-Nazis, ein weiterer verwundet, zwei auf der Stelle festgenommen, die Festnahme des „VSBD"-Chefs Busse und eines weiteren Nazis im Anschluß, vier Festnahmen am Tag darauf in Belgien – das ist die vorläufige Bilanz des in der BRD bisher spektakulärsten Polizeieinsatzes gegen eine Nazi-Bande. Offizielle Stellen, voran ausgerechnet Strauß, Tandler und Bundesanwalt Rebmann, überschlagen sich vor Lob für den „glänzenden Beweis für die Wachsamkeit im Kampf gegen den Rechtsextremismus", den „Kampf gegen extremistische Gewalttäter", gegen „den Terrorismus". Der Polizeieinsatz wird als „erfolgreich" gelobt, die Zusammenarbeit der an der Aktion beteiligten Bundes-, bayerischen Landes- und Sonderpolizeien (VS, BKA, LKA, SEK u.a.) im Gegensatz zu dem „Kompetenzgerangel" nach dem Attentat in München als „reibungslos" herausgestrichen. Die Sympathie der veröffentlichten Meinung ist dem „entschiedenen Vorgehen gegen den Terrorismus" gewiß.



Friedhelm Busse, Vorsitzender der „VSBD" (Spiegel)
Spiegel

Spiegel

Zweifellos: Ein entschiedenes Vorgehen gegen neonazistische Banden, insbesondere gegen die „VSBD", die seit dem Auffliegen Hoffmanns dessen Erbe in der Führung und Sammlung des Nazi-Terrorismus übernommen hat, war lange überfällig. Gerade unter dem Gesichtspunkt der Fahndungseffektivität gegen den Neo-Nazismus allerdings gibt die Münchner Aktion keinen Sinn: Die Aktivitäten der „VSBD" waren den Fahndungsbehörden schon seit langem bekannt. Um den angeblich aktuell geplanten Überfall der Nazi-Gruppe auf ein Bankinstitut zu verhindern, hätte Busses Haus umstellt und dort die Verhaftung der Nazi-Akteure unblutig vorgenommen werden können, bevor sie ihre Waffen ins Auto schaffen konnten. Auch der konkret belegbare Tatvorwurf, unbefugter Waffenbesitz, reicht gewöhnlich gegenüber Rechten nicht für ein Erschießungskommando aus. Wie aus Tandlers Äußerungen nach der Aktion zu entnehmen, ist die Polizei-Aktion außerdem nicht als Auftakt für die großangelegte Aushebung der „VSBD" geplant. Vielmehr werden die Verbindungen der „VSBD" in die Nazi-Szene der BRD, ebenso wie die zur internationalen, zwar a l l g e m e i n benannt, aber k o n k r e t nach üblichem – speziell nach München geprobtem – Muster geleugnet; ein mögliches Verbot der „VSBD" wird von Tandler abgelehnt, da es sich um eine nach dem Parteiengesetz zugelassene Partei handele.

Was bleibt, ist die langfristig vorbereitete und generalstabsmäßig durchgeführte Inszenierung einer Polizeifalle, in der einkalkulierte Tote (Nazis wie auch Polizeibeamte) der Demonstration staatlicher Entschlossenheit zum „Kampf gegen den Terrorismus und Extremismus von rechts und links" dienen. Zum einen soll mit solchen Spektakeln offenbar über die tatsächliche U n t ä t i g k e i t gegen den Nazi-Terrorismus, insbesondere über die Untätigkeit bei der Aufklärung des Münchner Attentats, hinweggetäuscht werden. Zum andern deutet die penetrante Gleichsetzung von Rechts und Links als „extremistische Gewalttäter", „Terroristen" usw auf konkrete Absichten: die Legitimation von Maßnahmen gegen die „Links-Terroristen", die Legitimation der massiven Anwendung des § 129a gegen Gott und die Welt unter dem Vorwand des Kampfes gegen „linken und rechten Terror gleichermaßen", wobei der „Links-Terrorismus" ja bereits bei Demonstrationen für den Frieden beginnt...

So gesehen, hat die demokratische und linke Öffentlichkeit nach der Münchner Polizei-Aktion wenig Grund zur Freude, aber allen Grund, weiterhin entschieden für die Auflösung von militanten Nazi-Verbänden nach Art der „VSBD" einzutreten, einschließlich der Inhaftierung überführter Nazi-Verbrecher. D a s , und nicht die schnelle Todesstrafe auf der Straße, ist von den Behörden im Kampf gegen den Neo-Nazismus zu fordern.

Der Ablauf der Schießerei in München spricht für eine gründliche Inszenierung: Auf Grundlage längerer Beobachtung überwachten, vom BKA in Gang gesetzt, Polizeibeamte verschiedener Dienststellen des Bundes und der Länder (LKA, BKA, VS, SEK, Ortspolizei) die Wohnung von **Friedhelm Busse**, Vorsitzender der **„Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit"** (VSBD) in München. Obwohl die später von den Behörden bekanntgegebenen Pläne in diesem Moment nicht bekannter oder weniger bekannt waren als eine halbe Stunde später auf der Straße, ließ man Busses Gäste das Haus verlassen, verfolgte sie und stellte sie in einer abgelegenen Straße in einer Polizeifalle. Nach offizieller Darstellung rammten die Nazis sofort einen absperrenden Polizei-Wagen, warfen eine Handgranate und eröffneten das Feuer. Die Granate verletzte einen Polizeibeamten. Bei der folgenden Schießerei wurde ein Scharfschütze der Polizei durch einen Brustschuß verletzt. Die beiden Nazis **Klaus Ludwig Uhl** und **Kurt Eberhard Wolfgram** wurden erschossen; der Nazi **Peter Fabel** schwer verletzt. **Peter Hamberger**, (bekannt durch seine Flucht in den Libanon nach dem Münchner Attentat und seine Aussagen gegen Hoffmann) und der französische Nazi **Pascal Colette** wurden unverletzt festgenommen.

Bei einer anschließenden Durchsuchung des Autos der Nazis wurden nach Angaben der Polizei sieben Handgranaten, drei Maschinenpisto-

suchung des Autos der Nazis wurden nach Angaben der Polizei sieben Handgranaten, drei Maschinenpisto-

len, zwei Gewehre, ein Revolver, Tränengasspray sowie diverse Munition gefunden. Die unmittelbar folgende Festnahme von Friedhelm Busse und seines persischen Untermieters Ahmad Famili führte zu weiteren Waffen- und Munitions-Funden, darunter elf Stangen Plastiksprengstoff.

Am Tag darauf wurden in Gent **Klaus und Christa Hewicker, Ernst August Bahlke** und **Gerhard Töpfer** verhaftet.

Als unmittelbarer Hintergrund für den Münchner Polizei-Einsatz wird angegeben, das Quintett sei auf dem Weg zu einem Banküberfall gewesen. (Möglicherweise – so Dagobert Lindlau am 21.10. in den „Tagesthemen" – war es wieder die Filiale Rennerod der Nassauischen Sparkasse in Wiesbaden, die von den Fünfen angesteuert wurde – eben jene Bank, die am 23.9. von vermutlich derselben Bande mit einer Beute von ca. 70.000 DM überfallen worden war. Auch ein Banküberfall im August '81 im Hohenlohischen/Kochertal soll auf das Konto der Bande gehen).

Wie weiter gemeldet wird, wurden bei den Fünfen bzw. bei Busse Pläne zu kriminellen Aktionen gefunden, die eindeutig darauf hindeuten, daß am 9.11. (der sogenannten „Reichskristallnacht" – 1938 – bzw. dem Jahrestag des von allen Nazis gefeierten „Marsch auf die Feldherrnhalle" – 1923) ein großangelegter Terrorakt geplant war. Geplant waren angeblich u.a. auch die Entführung eines prominenten Kirchenvertreters oder Kapitalisten sowie die Entführung einer Maschine der „PanAm" oder „BEA" zur Freipressung des Kriegsverbrechers Rudolf Heß.

Welchen Realitätsgehalt der angeblich gerade beabsichtigte Bankraub sowie die weitergehenden Pläne, die bei Busse gefunden worden sein sollen, tatsächlich hatten, ist gegenwärtig genausowenig nachprüfbar wie die Schilderung des Ablaufs der Polizei-Aktion. Als polizeiliche Maßnahme bar jeden Sinns scheint jedenfalls das Aufbauen einer Polizeifalle auf der Straße, statt der möglichen Verhaftung der Männer noch in oder beim Verlassen der Wohnung Busses. Gelegenheit zum frühzeitigen polizeilichen „Zugriff" ohne großes Geballer hätte höchstwahrscheinlich bestanden. Daß trotzdem die Polizei-Aktion wie beschrieben ablief, deutet darauf hin, daß zumindest ein spektakulärer Ablauf erwünscht und eine Schießerei durchaus einkalkuliert war.

Den zentralen Fahndungsstellen bei der Bundesanwaltschaft, BKA, VS war s e l b s t v e r s t ä n d l i c h die „kriminelle Energie" der militanten Nazi-Szene wie auch deren Bewaffnung bekannt. Entweder die eingesetzten Beamten hatten von vornherein Schießbefehl – oder man hat sie verheizt. Wie dem auch sei – nach den Umständen der Situation vor Ort wäre eine Schießerei vermeidbar gewesen – ganz zu schweigen davon, daß die gesuchten Personen den Behörden schon lange bekannt waren. Der einzige, von dem wir das nicht genau wissen, ist der mit verhaftete Franzose Pascal Colette.

Wer sind die Fünf von München?

Klaus Ludwig Uhl
1977 Pressesprecher der **NSDAP/AO** in München. 1978 wegen diverser Nazi-Umtriebe und Schlägereien zu zwei Jahren Gefängnis (ohne Bewährung) verurteilt. Er setzte sich vor Antritt seiner Haft ab und tauchte Anfang 1981 im Fernsehen als einer derjenigen BRD-Nazis auf, die im Ausland – in diesem Fall in Frankreich bei der **FANE** (heute FNE) – Unterschlupf fanden. Uhl galt als einer der gefährlichsten Nazis und hat zuletzt in Paris gewohnt. Unter dem Pseudonym „Werdorf" publizierte Uhl im „NS-Kampfruf" des US-Nazis Lauck.



Mitglieder der „Jungen Front" am 29.9.1979 in München

Mitglieder der „Jungen Front" am 29.9.1979 in München

Peter Hamberger
Mitglied der **„Jungen Front"**. Er setzte sich im Sommer/Herbst 1980 gemeinsam mit weiteren Mitgliedern der VSBD und der **Hoffmann-Bande (WSG)** in den Libanon ab, wo er an militärischen Ausbildungen teilnahm. Ende September 1980 tauchte er zusammen mit den Nazis **Bergmann, Dupper** und **Hepp** in der BRD-Botschaft in Beirut auf und erhielt Rückreisegeld sowie einen Paß. Nach bis heute ungeklärten Vorfällen (Hamberger verschwand für einige Zeit „spurlos" und wurde sogar schon für tot gehalten) tauchte er im Juni 1981 erneut in der Beiruter BRD-Botschaft auf und ließ sich in die BRD fliegen. Dort wurde er in Haft genommen, aber klammheimlich wieder freigelassen, um nun erneut „tätig" zu werden.

Wie in den „Tagesthemen" am 21.10. zu hören war, soll ursprünglich versucht worden sein, weitere der „Libanon-Heimkehrer", nämlich **Dupper** und **Arndt Heinz Marx**, ebenfalls für diese Aktion „anzuwerben" – beide hätten aber abgelehnt. Dupper steht gerade in Karlsruhe wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, zusammen mit Odfried Hepp, vor Gericht, befindet sich aber offenbar auf freiem Fuß).

Peter Fabel
Der 18jährige Peter Fabel ist Mitglied der **„NRAF" (Nationalrevolutionäre Arbeiterfront)**, außerdem der „Jungen Front", der Jugendorganisation der VSBD. Als 15jähriger kam er aufgrund von Hakenkreuzschmierereien und selbstgemachter ausländerfeindlicher Flugblätter zum ersten Mal mit der Polizei in Konflikt und wurde zu 100 DM Geldstrafe verurteilt.

Die Verbindung der NRAF zur VSBD ist spätestens seit dem Sommer 1979 bekannt, als in Frankfurt mit einem Flugblatt der Zusammenschluß verschiedener Verbände zu einer **„Arbeitsgemeinschaft der Nationalen und Sozialistischen Verbände"**, darunter u.a. die NRAF, die ANS (Hansa-Bande) und die VSBD, dokumentiert wurde. In Bremen hat die NRAF besonders im letzten Jahr starke Empörung hervorgerufen durch Hakenkreuzschmierereien an der Synagoge und ein höhnisches Flugblatt an die „lieben jüdischen Mitbürger", unterschrieben von **Gerhard Töpfer**, mit dem zu einer Demonstration zur Freilassung des Naziverbrechers Lischka aufgerufen wurde.

Im September 1980 wurde Fabel von einem Jugendgericht wegen Volksverhetzung zu vier Tagen Jugendarrest verurteilt. Im Januar 1981 stand er wieder vor Gericht: Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Diebstahl, Aufstachelung zum Rassenhaß im Zusammenhang mit Aktionen gegen Ausländer. Urteil: Drei Wochen Arrest.

Kurt-Eduard Wolfgram
Bis vor etwa einem Jahr in Braunschweig ansässig und dort Mitglied der NSDAP-Bande um **Paul Otte**. Nachdem zuerst er zusammen mit dem Ehepaar **Hewicker** (Lüneburg) und Otte gemeinsam wegen des Verdachts auf Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung angeklagt werden sollte, wurde von der Bundesanwaltschaft das Verfahren gegen Wolfgram und das Ehepaar Hewicker vom Hauptverfahren abgetrennt und endete mit minimalen Strafen.

Ursprünglich waren Wolfgram, Hewicker sowie dessen Frau (damals unter ihrem Mädchennamen Sarkowski) angeklagt wegen diverser Mordpläne, u.a. gegen Stoltenberg. Dieser Tatbestand fiel unter den Tisch; stattdessen gab Bundesanwalt Rebmann den Fall ab und die drei wurden nur wegen Schändung der Gedenkstätte Bergen-Belsen verurteilt. Im Prozeß gegen Otte traten sie nur noch als Zeugen in Erscheinung. In eben diesem Prozeß sagte der für den „Verfassungsschutz" tätige Nazi **Wolf-Dieter Lepzien** aus, daß bei Schießübungen in Peine beim Bandenmitglied **Sachse** neben ihm und Otte auch diese drei, Wolfgram, Hewicker und Sarkowski, dabei gewesen seien.

Seit einem Jahr tauchte Wolfgram in Frankfurt auf. Offenbar seit einiger Zeit lag auch ein Haftbefehl wegen Volksverhetzung gegen ihn vor.

Was ist die „VSBD"?

1971 als **„Partei der Arbeit"** von Friedhelm Busse in Krefeld gegründet, gehörte die 1975 in VSBD/PdA umgetaufte Gruppe zu denjenigen, die nach der **„Aktion Widerstand"** aus der NPD austraten bzw. – wie Busse – wegen allzu großer Militanz ausgeschlossen wurden. Nach anfänglichen Versuchen, in der NPD-Abspaltung **„Aktion Neue Rechte"** einen mehr „volkstümelnden", „sozialistischen" Faschismus aufzubauen, der gleichzeitig ohne die taktischen Bedenken der NPD ungezügelt drauflos prügeln konnte, trennten sich Busses Wege von denen, die heute als „Solidaristen" und „Nationalrevolutionäre" auftreten. Aus diesen Anfangsjahren stammen auch heute noch die führenden Mitglieder des VSBD-Landesverbands Nordrhein-Westfalen, die teilweise gemeinsam mit Busse die NPD verlassen hatten: Die Brüder **Hans-Günther und Dieter Sturm** und **Haakon Dietrich Fölbach** – alle drei vorbestraft wegen einer „Hitlergeburtstagsfeier" 1977 in Hubbelrath sowie **Wolfgang Böttcher** und **Ulrich Kriega.**

Noch heute rekrutiert die VSBD einen Teil ihrer Mitgliedschaft direkt aus der NPD: So war der bayerische VSBD-Landesvorsitzende **Alfred Nusser** lange Jahre führender JN-Funktionär, und noch im letzten Jahr wurde bekannt, daß die vom Frankfurter NPD-Funktionär **Horst Graefe** geführte NPD-nahe Jugendgruppe **„Ullrich von Hutten"** ihren Weg zur VSBD gefunden hatte. (Nicht zu verwechseln mit der kirchlichen Pfadfindergruppe „Ullrich von Hutten"!)

Von Anfang an war die VSBD auch bei den zentralen Treffen der neuen NSDAP-Sammlungsbewegung mit von der Partie:

– So im November 1975 bei der „Herbsttagung" der **„Bauernschaft"** des **Thies Christophersen** auf Burg Rothenfels;

Fortsetzung auf nächster Seite



Wolfgram (links), Walter Krexel (Frankfurt, Bild-Mitte) und höchstwahrscheinlich Hewicker

Fortsetzung von voriger Seite

Polizei-Einsatz gegen Neo-Nazis in München — Eine gelungene Inszenierung

– So am 22.4.78 bei der „Führer-Geburtstagsfeier" in Köln mit **Schönborn** und **Kühnen** sowie ausländischen (belgischen) Gästen;
– So bei den alljährlichen **Faschistentreffen in Dijksmuide/Belgien.**

Obwohl also bestens bekannt und mehrfach in diverse Nazi-Aktionen verwickelt, schien dem offiziellen VS-Bericht die VSBD noch 1978 so bedeutungslos, daß sie dort nicht einmal erwähnt wurde. Einen starken Aufschwung nahm die VSBD nach dem Verbot der WSG-Hoffmann und dem Prozeß gegen die Hansa-Bande um Michael Kühnen. Völlig bruchlos stellt seitdem die VSBD das neue „legale" Dach des Nazi-Terrorismus dar, unter dem sich mittlerweile nahezu alle bekannten NSDAP -Gruppen gesammelt haben.

So erfolgte nach langer Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Nazi-Gruppen in Frankfurt Anfang 1980 die Gründung eines hessischen Landesverbands der VSBD mit **Dieter Sporleder** aus Gießen als Vorsitzendem. Stellvertreter Sporleders wurde **Walter Kexel**, zentrale Figur der Frankfurter Nazi-Szene. Seinen Einstand gab dieser Verein Anfang 1980 an einem „Infostand", bei dem ca. zehn mit Keulen und Pistolen bewaffnete Nazis auf Antifaschisten eindroschen.

Seit dieser Zeit ist offensichtlich, daß alle bis dahin unter verschiedensten Namen in Hessen operierende Gruppen (**WSG-Sturm 7, NSDAP/AO Frankfurt, NSDAP Gau Hessen-Nassau, Rodgau-Bande**, die Gruppen um **Schönborn**, die **NS-Kampfgruppe Mainz** um **Kurt Müller** etc.) nahezu ausnahmslos zur VSBD gestoßen sind.

Der "Fall" Frank Schubert

Lange Zeit als "Adjutant" Busses in Frankfurt galt **Frank Schubert**, der am 24.12.80 zwei Schweizer Grenzbeamte und dann sich selbst erschoß, nachdem er beim Versuch gestellt worden war, Waffen in der Schweiz zu besorgen. Angeblich war Schubert - so Busses Schutzbehauptung - zu diesem Zeitpunkt schon längst aus der VSBD ausgeschlossen worden.

Tatsächlich war Schubert aber noch am 24.12.80 von Kexel in der Schweiz mit einem gemieteten Auto herumgefahren worden, und bei Schubert gefundene Papiere weisen eindeutig auf weitere Nazi-Verbindungen hin. Völlig ungeklärt ist nach wie vor, wer die Komplizen Schuberts bei einem Bankraub im Sommer 80 gewesen sind. Fakt ist jedenfalls, daß kurz nach diesem Bankraub der WSG-Mann **Arndt Heinz Marx** (der 1980 immer bei VSBD-Aktionen dabei war) in den Libanon verschwand und jetzt wieder als "verhinderter" Komplize der Schießerei von München auftauchte.

Daß Schubert im Auftrag der VSBD seine Tour in die Schweiz unternommen hatte, wurde völlig klar bei seiner Beerdigung, bei der die VSBD am

Daß Schubert im Auftrag der VSBD seine Tour in die Schweiz unternommen hatte, wurde völlig klar bei seiner Beerdigung, bei der die VSBD am offenen Grab "Rache für diesen Märtyrer" schwor.

Die neueste Entwicklung

Die zentrale Rolle der VSBD in der westdeutschen Nazi-Szene dokumentiert am besten ein seit einem halben Jahr kursierendes Flugblatt der NSDAP/AO, in dem die NSDAP/AO-Mitglieder aufgefordert werden, der VSBD beizutreten.

Den ganzen Sommer über waren Busse und Kexel damit beschäftigt, herumzureisen und einzelne Nazi-Banden für die VSBD zusammenzusammeln. So sollte am 22.8. in Hannover ein niedersächsischer Landesverband der VSBD gegründet werden, als dessen Kontaktadresse **Volker Heidel**, Alt-Aktivist der Nazi-Szene und Mitglied der Otte-Bande, angegeben war. Zu dieser Gründung waren ca. 40 Nazis nach Hannover gekommen:

- 10 aus München, darunter Friedhelm Busse;
- 7 aus Westberlin, darunter Peter Busse;
- 4 aus Braunschweig;
- 3 aus Frankfurt, darunter Kexel;
- 3 aus Hannover;
- 2 aus Wiesbaden;
- 1 aus Lindau;
- 1 aus Depethal;
- 1 aus Solingen und
- 1 aus Celle bzw. Hildesheim.

Außerdem waren dabei 6 britische in Munsterlager stationierte Soldaten sowie ein Franzose mit von der Partie. Die Gründungsfeier mußte damals ausfallen; sie wurde wenige Tage später nachgeholt.

Internationale Kontakte

Nur wenige Tage vor der Münchner Schießerei veröffentlichte das Bundesinnenministerium einige Informationen über die Verflechtung westdeutscher mit ausländischen Nazi-Organisationen. Als federführend für die westdeutsche Seite dieser Beziehungen wird darin die VSBD, ihre Jugendorganisation "Junge Front" sowie die **"Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." HNG)** genannt.

Tatsächlich war Klaus-Ludwig Uhl längere Zeit bei der französischen FANE (heute FNE) untergeschlüpft: eben jener Organisation, die nach dem Attentat auf die Pariser Synagoge verboten wurde und als deren führendes Mitglied der Polizeioffizier **Durand** enttarnt wurde. Uhl war mehrere Wochen in einem Ausbildungslager in der Normandie gewesen. Insgesamt sollen ca. 10 westdeutsche Nazis in Frankreich untergetaucht sein.

Nach Belgien existieren Kontakte vor allem zum **"Vlaamse Militanten Orde" (VMO)** und **"Occident"**. Gemeinsam mit dem VMO hatte schon Hoffmann Manöver abgehalten, und **Willibald Kraus** hatte sich längere Zeit dort aufgehalten.

In England – wiederum vor allem über Kraus – existieren Kontakte zum **"British Movement"**, zur **"Column 88"** und der **"League of St. George"**. Gute Drähte laufen von der VSBD auch nach Italien und nach Österreich.

Speziell die FANE/FNE nimmt in der Organisation der Flucht von polizeilich gesuchten Nazis eine besondere Rolle ein. Sie scheint die Drehscheibe zu sein für Fluchtadressen in Frankreich, Belgien und England. Diese Aktivitäten – so der offizielle Bericht – nahmen seit ungefähr zwei Jahren zu, als FANE-Funktionäre internationale Nazi-Treffen zur westeuropäischen Koordinierung veranstalteten. So sollen – immer unter maßgeblicher Beteiligung der VSBD – Übungen in Belgien, der BRD und in Frankreich stattgefunden haben; es soll Treffen in Frankreich, England und der BRD gegeben haben, es wur-

maßgeblicher Beteiligung der VSBD – Übungen in Belgien, der BRD und in Frankreich stattgefunden haben; es soll Treffen in Frankreich, England und der BRD gegeben haben, es wur-

den "Führergeburtstags-" und "Sonnwendfeiern" abgehalten.

Knapp zwei Jahre nach dem Verbot der WSG-Hoffmann, ein Jahr nach dem Münchner Attentat, hat sich mit der VSBD eine Nazi-Organisation herausgebildet, die mit mehreren hundert Mitgliedern (1000 nach eigenen Angaben, 200 nach offiziellen Angaben) an Militanz und "krimineller Energie" alle bisherigen Nazi-Banden der BRD bei weitem übertrifft.

Es gehört zu den besonderen Kennzeichen der BRD, daß die VSBD – wie auch die NPD – als politische Partei anerkannt ist und dementsprechend alle Vorteile der Legalität genießt, und daß von Tandler selbst nach der Münchner Schießerei ein Verbot der VSBD abgelehnt wird.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Buchempfehlung: »Mutterkreuz und Arbeitsbuch«

Das im Oktober '81 erschienene Buch ist ein Beitrag zum Verständnis der Geschichte der Frauen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus. Die elf Autorinnen, mehrheitlich der Frauengruppe Faschismusforschung angehörend, arbeiten seit längerer Zeit zum Thema „Frauen und Faschismus" an der FU Westberlin.

Die Beiträge in diesem Buch versuchen, verschiedene Aspekte der Frage, was der Nationalsozialismus für die Frauen in Deutschland bedeutete, zu erhellen.

Zum Inhalt:

1. „Echte Weiblichkeit ist ein Dienen" – Die Hausgehilfin in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus.
Eine Untersuchung über die Bedeutung der Hausarbeit und die Beschäftigungsentwicklung im häuslichen Dienst.

2. Der öffentliche Dienst und die Frauen – Beamtinnen in der Weimarer Republik.
Trotz Steigerung der Erwerbstätigkeit während des 1. Weltkrieges wurde am herrschenden Frauenbild festgehalten, nach dem Krieg wieder zurück zu Heim und Herd.

3. „Zölibat – ohne uns!" Die soziale Situation und politische Einstellung der Lehrerinnen in der Weimarer Republik.
Entwicklung und Bedeutung des Lehrerinnenberufs für die bürgerliche Frauenbewegung um die Jahrhundertwende unter besonderer Beachtung der Arbeit der Lehrerinnenvereine und ihrer politischen Haltung zum Nationalsozialismus.

4. Zur Situation der Lehrerinnen in der Zeit des Nationalsozialismus.
Verdrängung akademisch gebildeter Frauen aus ihren Positionen und gleichzeitige Funktionalisierung der Lehrerinnen für die NS-Ideologie.

5. Numerus Clausus für Frauen – Studentinnen im Nationalsozialismus.
Propaganda der Nazis gegen das Frauenstudium, Integration der Frauen in NS-Verbände, Herausdrängen in Frauenorganisationen ohne Einfluß.

6. BDM – Zur Geschichte der weiblichen deutschen Jugend im Dritten Reich.
Historische Entwicklung und Funktion des BDM, Erfassung der Jugendlichen, Aufgaben im Krieg.

7. „Wo ihr seid, da soll die Sonne scheinen". Der Frauenarbeitsdienst am Ende der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus.
Antwort auf Arbeitslosigkeit – freiwilliger Arbeitsdienst, später Reichsarbeitsdienst für weibliche Jugendliche, Erziehung der Frauen für zukünftige Pläne und gleichzeitige Aus-

blik und im Nationalsozialismus. Antwort auf Arbeitslosigkeit – freiwilliger Arbeitsdienst, später Reichsarbeitsdienst für weibliche Jugendliche, Erziehung der Frauen für zukünftige Pläne und gleichzeitige Aus-

nutzung als Arbeitskräfte in der gegenwärtigen Situation.

8. Kinder, Küche, Kriegsarbeit – Die Schulung der Frauen durch die NS-Frauenschaft.
Ideologische und praktische Schulung im Hinblik auf Krieg. NS-Frauenschaft als Eliteorganisation. Deutsches Frauenwerk – Sammelbecken.

9. Die Frau im „wesensgemäßen" Einsatz.
Unterordnung der „wahren Bestimmung der Frau" unter militärische Notwendigkeiten; biologische Qualifizierung der Frauen zu Fließbandarbeit; Veränderung der Frauenarbeit in Industrie und Handwerk zwischen Machtübernahme und Kriegsbeginn.

10. Wo Unterdrückung ist, da ist auch Widerstand – Frauen gegen Faschismus und Krieg.
Widerstand von Frauen im Betrieb, in der Arbeiterbewegung, im Alltag; Widerstand gegen die Krieg.



Arbeiterinnen in der Rüstungsindustrie, 1940

11. Jeder das Ihre – Frauenerwerbstätigkeit und Einsatz von Fremdarbeitern/- arbeiterinnen im Zweiten Weltkrieg.
Systematische Ausbeutung der Arbeitskraft aller Frauen in Haushalt, Fabrik, Büro und Landwirtschaft und systematische Ausbeutung aller überfallenen Völker; Fremdarbeiterinnen sollten keine Kinder gebären – Zwangssterilisation und Abtreibung forderten die Rassisten.

Der kurze Überblick über die Themenbereiche soll deutlich machen, daß es sich um ein Buch handelt, das versucht, Antworten zu geben auf Fragen, die bisher nur angekratzt

Der kurze Überblick über die Themenbereiche soll deutlich machen, daß es sich um ein Buch handelt, das versucht, Antworten zu geben auf Fragen, die bisher nur angekratzt

werden konnten bzw. zu denen konträre Einschätzungen existieren. Hervorzuheben ist allerdings, daß nicht von d e n Frauen gesprochen wird, sondern ein differenziertes Bild gezeichnet wird von den verschiedenen Berufsgruppen mit ihrer jeweiligen Geschichte, ihrer Funktion, mit ihren Anfälligkeiten für den Nationalsozialismus, und auch über den Widerstand einzelner Frauen und Frauenverbände bis zu ihrer Liquidation.

Es wird dadurch auch leichter möglich, die Vielschichtigkeit der NS-Ideologie zu begreifen. Die Autorinnen versuchen zu belegen, daß die Auffassung vom „Wesen der Frau" sich kaum von traditionellen bürgerlichen Vorstellungen unterschied, sondern daß die Nazis darangingen, die Realität (steigende Erwerbstätigkeit im Zuge der Industrialisierung und während des 1. Weltkrieges) der Ideologie anzupassen.

Die gründliche Untersuchung über die politische Funktion der Lehrerinnen vor und während der NS-Zeit ist bisher kaum in dieser Weise öffentlich bekannt geworden und erweitert das Verständnis dafür, inwieweit die einzelnen Lehrerinnen bzw. deren Organisationen aufgrund ihrer Herkunft und ihres politischen Bewußtseins liquidiert oder funktionalisiert werden konnten.

Es handelt sich um ein faktenreiches Buch – interessant für alle, die mehr zum Thema Frauen und Faschismus lesen und arbeiten wollen. Es gibt Anregungen und Belege dafür, die Diskussion um die Frauenfeindlichkeit der NS-Politik wieder aufzugreifen, auch in Hinblick auf das

mehr zum Thema Frauen und Faschismus lesen und arbeiten wollen. Es gibt Anregungen und Belege dafür, die Diskussion um die Frauenfeindlichkeit der NS-Politik wieder aufzugreifen, auch in Hinblick auf das

herrschende Frauenbild hier und heute.

Ge., Antifa-Kommission Hamburg

»Brecht statt Strauß« jetzt vor Gericht

Am 27. Oktober beginnt im Amtsgericht Kempten ein Prozeß gegen Angela Kammrad, eine Initiatorin des Kunstspektakels „Brecht statt Strauß".

Strauß, der damalige Kanzler-Kandidat der CSU/CDU, fühlte sich durch den Anachronistischen Zug beleidigt, der zu Wahlkampfzeiten quer durch die gesamte BRD zog und viele Menschen durch die realistische Umsetzung des Brecht-Gedichts „Der anachronistische Zug oder Freiheit und Democracy" gegen Strauß mobilisieren konnte. Als besonders anstößig empfand es der sensible Strauß, daß ein Darsteller mit einer Strauß-Maske sich während des Umzuges ständig auf einem Wagen zusammen mit den NS-Größen Hitler, Heidrich, Goebbels, Ley, Himmler und Göring aufhielt.

Es ist geplant, den Prozeß durch politische Gegenagitation zu „begleiten". Ab Montag, den 26.10. 81 steht das Falkenlager Sonthofen für Interessierte offen.

Spenden: Postscheckamt München, Postscheckkonto-Nr. 15 0293-800
Angela Kammrad
Tulbekstr. 4, 8000 München 2

Buchbesprechung: »Rassistische Internationale«

Endlich ist jetzt eine deutsche Ausgabe von **Michael Billigs** 1979 in England (als *„searchlight"* - Broschüre) erschienene Untersuchung *„Psychology, Racism and Fascism"* erhältlich. Unter dem Titel **„Die rassistische Internationale" (Verlag Neue Kritik, 1981)** ist das ursprüngliche Heftchen zu einem respektablen Taschenbuch erweitert worden, was vor allem - dank einer in diesem Jahr erschienenen französischen Ausgabe - dem Frankreich-Kapitel und daneben dem BRD-Teil zugute kam.

Billigs Untersuchung stellt zunächst die geschichtlichen Anfänge rassistischer und „rassenwissenschaftlicher" Theorien dar (Galton etc.), zieht dann die Linie zur Nazi-„Rassenlehre" (H.F.K. Günther u.a.) und dokumentiert schließlich - im Hauptteil - das Fort- und Wiederaufleben des Rassismus seit 1945, teils in „wissenschaftlicher", teils in offen ideologischer (neonazistischer) Gestalt.

Es ist maßgeblich der Arbeit Billigs zuzuschreiben, daß inzwischen - für den Bereich des braunen Rassismus - die Kreuz- und Querwege internationaler Nazi-Umtriebe durch F a k t e n belegt sind.

Die drei rassistischen Zirkel, die Billig eingehend darstellt, gruppieren sich um die „Schwesterblätter" in England, Frankreich und der BRD: **„The Mankind Quarterly", „Nouvelle Ecole"** und **„Neue Anthropologie".** Allen dreien ist neben ihrer gegenseitigen ideologischen und personell-organisatorischen Verquickung (die darüberhinaus natürlich in die internationalen Braunszenen der USA, Südafrikas etc. hineinreicht) eigentümlich, daß „seriöse" Wissenschaft und Nazi-Aktivismus eine traditionsreiche, deswegen aber nur um so skandalösere Vereinigung in Sachen Rassismus eingehen.

Am weitesten ist dabei zweifellos die **Neue Rechte** in Frankreich vorgestoßen, die bis in Massenmedien und Regierungsstuben hinein erheblichen Einfluß besaß/besitzt - und, nach ersten Rückschlägen durch antifaschistische Enthüllungen über die verdeckte Nazi-Strategie dieser Kreise, durch den Wahlsieg der Linken (vorerst?) gebremst wurde. Billigs Buch hat in Frankreich bei den Attacken gegen diese Art Neo-Rassismus Hilfestellung geben können (gerade auch, weil es z.T. wissenschaftsimmanent, also aus Psychologensicht, argumentiert). Zu den substantiellen Darstellungen der französischen Neuen Rechten gehört es allemal.

Natürlich ist die Sache damit nicht abgehakt. Angesichts des Rassismus-Aufschwungs in der BRD wird man/frau vermutlich nur allzu oft noch auf die von Billig nachgewiesenen Zusammenhänge zurückkommen müssen. **Lothar Baier** weist ganz zu Recht im Vorwort auf einige aktuelle Spitzen dieser Entwicklung hin - etwa die ausländerfeindlichen Äußerungen aus den Reihen wissenschaftlicher Anthropologen (**Eibl-Eibesfeld**) oder die neuerliche Propagierung der Intelligenz-„Theorien" (‚Neger sind weniger intelligent als Weiße' usw.) von **Jensen, Eysenck u. Co.** (in der **„Zeit"**).

Auch für die Auseinandersetzung mit den angeblich so antinazistischen und antirassistischen **Neuen Rechten in der BRD**, aber auch mit den ideologischen Manövern am **rechten CDU/CSU-Rand** - wo die Neue Rechte Frankreichs als ehrenwertes Vorbild gepriesen wird - sind in Billigs Buch hilfreiche Hinweise enthalten.

Schwachpunkt der insgesamt sorgfältigen Gestaltung der deutschen Ausgabe ist das Fehlen eines Registers (von dem fehlenden Literaturverzeichnis einmal abgesehen); der Gebrauchswert wird dadurch erheblich geschmälert. Daß der BRD-Teil in weiten Passagen wortwörtlich aus den „Antifaschistischen Informationen" übernommen ist, jedoch als von Billig eingearbeitetes Material ausgegeben wird, ist ein unnötiger Schönheitsfehler. Als Irrtum wäre zu korrigieren: die Ludendorffer-Zeitschrift (S. 123) heißt „Mensch und Maß", nicht „Masse".

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Schmücker-Prozeß: StA will Verlegung Ilse Schwippers verhindern

Je länger der westberliner Schmücker-Prozeß dauert, umso mehr scheint sein Ende in weiteste Ferne zu rükken. Eine Beweisaufnahme im eigentlichen Sinne findet kaum noch statt. Nach wie vor steht im Mittelpunkt des Prozeßgeschehens die Verhandlungs(un)fähigkeit der schwerkranken Hauptangeklagten Ilse Schwipper, die nun noch durch ein justizinternes Hin und Her um ihre anstehende Verlegung in einen anderen Knast zusätzlich gequält wird.
Neue Erkenntnisse im Interesse der Wahrheitsfindung wurden aber außerhalb der Hauptverhandlung gewonnen: Zum ersten Mal konnten amtliche Prozeßverschlepper des Meineids bzw. der uneidlichen Falschaussage überführt werden.

Weil die bisherige drogenfreie Station 4 der Frauenhaftanstalt Lehrter Straße aufgelöst worden ist, sollte Ilse Schwipper am 12.10. in den Westberliner Frauenknast Söhtstraße verlegt werden. Obwohl Ilse sich nur schwer an den Gedanken gewöhnen konnte, sich nach sieben Jahren Untersuchungshaft nun zum x-ten Mal auf neue Verhältnisse und neue Menschen umstellen zu müssen, richtete sie sich doch ganz darauf ein. Gericht und Justizsenator sowie die Anstaltsleitung des Knastes in der Lehrter Straße befürworteten die Verlegung.

Erst zwei Tage vor dem Verlegungstermin fiel der Staatsanwaltschaft dann aber ein, gegen die Verlegung Beschwerde einzulegen. Bis zu dieser Beschwerde will sie von der geplanten Verlegung nichts gewußt haben. Warum sie Ilse lieber in der Lehrter Straße haben will, wollte sie im Prozeß nicht sagen; sie verzichtete auf eine Stellungnahme, *„um das Prozeßklima nicht zu verschärfen"*.

Für Ilse bedeutet dieses Manöver der Staatsanwaltschaft nicht nur, daß sie mal wieder zum bloßen Objekt staatlicher Willkür gemacht wird. Ein Verbleiben in der Lehrter Straße hätte für Ilse zur Folge, wieder auf eine Station mit starkem „Durchgangsverkehr" zu kommen. Eine Kontaktaufnahme zu mitgefangenen Frauen ist dort kaum möglich, d.h. für Ilse praktisch wieder Isolation. Abgesehen davon bliebe auch zu befürchten, daß Ilse wieder auf eine nicht-drogenfreie Station kommen könnte.

Über die Verlegung hat nun das Kammergericht zu entscheiden. Das gleiche Gericht also, das im Juni den Haftverschonungsbeschluß der 13. Großen Strafkammer trotz Ilses schwerer Krankheit und entgegen allen ärztlichen Gutachten aufgehoben hat.

Zur Forfsetzung der Hauptverhandlung war Ilse in den folgenden Prozeßtagen zunächst gar nicht mehr in der Lage. Ihre offensichtliche Verhandlungsunfähigkeit mochte die Staatsanwaltschaft gleichwohl nicht glauben. Sie beantragte die Untersuchung Ilses durch Prof. Cabanis. Der aber konnte die Verhandlungsfähigkeit zum Leidwesen der Herren Staatsanwälte auch nicht feststellen — was diese freilich nicht daran hinderte, die Fortsetzung der Verhandlung dennoch zu beantragen, allerdings ohne Erfolg.

Während die Beweisaufnahme also wiedereinmal zum Stillstand kam, hat außerhalb der hauptverhandlung ein neuer Krieg um geheime Akten über den Hauptbelastungs- und Kronzeugen Jürgen Bodeux begonnen:

Noch im zweiten Schmücker-Prozeß 1979 hatten ein Kriminalhauptkommissar und ein Kriminalhauptmeister des Hessischen Landeskriminalamtes sowie ein Oberstaatsanwalt des Landgerichts Frankfurt — teilweise unter Eid! — Stein und Bein geschworen, sie hätten keine Akten über den mutmaßlichen agent provocateur Bodeux — auch keine Geheimakten.

Das Gegenteil ist nun unbestritten. Schon im März dieses Jahres erfuhren die Verteidiger durch Zufall von einem Vermerk des Kriminalhauptkommissars, der die Existenz geheimgehaltener Akten über Bodeux bestätigt. Das Gericht im Schmücker-Prozeß gab dem Beiziehungsantrag der Anwälte statt. Doch bis auf eine Akte über die Personalien Bodeux's bleibt mindestens eine weitere „Handakte" des Hessischen LKA *„zum Wohl des Landes Hessen"* geheim, wie das Hessische Innenministerium nun beschied. Mit diesem Bescheid ist die Existenz der Akten nun auch von höchster Stelle bestätigt worden.

Abermals steht damit das „Wohl eines deutschen Landes" der Wahrheitsfindung im Schmücker-Prozeß im Wege. Abermals müssen die Verteidiger vor das Verwaltungsgericht ziehen, um auf Herausgabe geheimer Akten zu klagen. Solche Verfahren dauern Jahre. Ähnliche Verfahren im Zusammenhang mit dem Schmücker-Prozeß sind seit Jahren anhängig. Zwei davon liegen inzwischen beim Bundesverwaltungsgericht zur Enscheidung vor (wobei es dort allerdings nicht um geheime Akten, sondern um „zum Wohl des Landes" geheimgehaltene Zeugen des Verfassungsschutzes geht).

Wegen der falschen Aussagen der hohen hessischen Beamten hat die Verteidigung von Ilse Schwipper Strafanzeige wegen uneidlicher Falschaussage bzw. Meineids gestellt. Man darf auf die Ermittlungen (?) der Staatsanwaltschaft in dieser Sache gespannt sein.

Antirepressionskommission des KB/Westberlin

Hausdurchsuchung bei Werner Schlegel

BKA klaut Beweismaterial

Während sich der Journalist Werner Schlegel auf der Frankfurter Buchmesse befand, wurde am 15. Oktober seine Wohnung in Essen von einem kriegsmäßig ausgerüsteten Aufgebot an Polizeibeamten und Staatsanwälten aufgebrochen und durchsucht. Die offizielle Begründung der Staatsanwaltschaft: Verdacht des Rauschgifthandels. Doch Rauschgift hat die Polizei weder gesucht noch gefunden. Dafür hat der polizeiliche Suchtrupp Untersuchungsmaterial mitgehen lassen, welches dem BKA kriminelle Arbeitsmethoden nachweist. Es handelt sich u.a. um Tonbandkassetten, auf denen Karl-Heinz Plein – „Aussteiger aus der Terror-Randszene" – BKA-Beamte und einen Bundesanwalt beschuldigt, ihm Geld für belastende Zeugenaussagen geboten zu haben.

Während ein Teil der über 30 bewaffneten Beamten umliegende Straßenkreuzungen absperrte, „sicherten" 10-12 Polizisten mit Maschinenpistolen das Treppenhaus. Die Tür zu Schlegels Wohnung wurde aufgebrochen. Das Angebot des Vermieters, er habe einen Schlüssel und könne aufschließen, wurde abgelehnt mit Bemerkungen wie „ ... *ist uns egal ...*" und *„Der könnte ja hinter der Tür stehen und schießen"*. Obwohl Schlegel nach eigenen Aussagen bereits längere Zeit observiert wurde,

der Tür stehen und schießen". Obwohl Schlegel nach eigenen Aussagen bereits längere Zeit observiert wurde,

obwohl man davon ausgehen muß, daß das BKA angesichts der geplanten Durchsuchungsaktion von den öffentlichen Auftritten Schlegels auf der Buchmesse bestens informiert war, behauptete Oberstaatsanwalt Lauer, der Polizei hätten „Anhaltspunkte" vorgelegen, daß Schlegel sich in der Wohnung aufhielte („FR", 21.10.).



Werner Schlegel (links) und Karl-Peter Plein in dem von der Polizei in seiner Wohnung angerichteten Chaos. Foto: horn

Eine interessante Begründung für die angewandte Brachialgewalt lieferte der Essener Polizeipräsident in dem Lokalblatt „WAZ" am 22.10.: *„Wir hatten sichere Hinweise darauf, daß in der Wohung größere Mengen Heroin lagerten. Da Schlegel sich selbst der linken Szene zuordnet, diente das Vorgehen der Beamten lediglich ihrer Eigensicherung.*" Mit anderen Worten: Gegen j e d e n L i n k e n ist – da Gewalttätigkeit und Bewaffnung aufgrund seiner Gesinnung vorausgesetzt werden müssen – der Einsatz von Maschinenpistolen von vornherein gerechtfertigt.

Oberstaatsanwalt Lauer legt hingegen allergrößten Wert auf die Feststellung, daß *„politische Dinge oder Verdächtigungen"* keine Rolle gespielt hätten. Es könne *„gar keinen Gedanken an eine politische Verfolgung"* des Journalisten geben („FR", 21.10.).

Der Verlauf der Durchsuchungsaktion drängt derartige Gedanken allerdings geradezu auf. Verwundert äußerte sich Schlegels Hauswirt: *„Ich bin ja kein Fachmann. Aber Rauschgift haben die nicht gesucht"* („taz", 23.10.). Abgesehen davon, daß Schlegel unter Freunden als Drogengegner bekannt ist, wurde an der Suche ein Rauschgifthund gar nicht erst beteiligt. Die Beamten interessierten sich ausschließlich für die Arbeitsunterlagen des Journalisten, wobei sie auch die Räume der Mitbewohnerin Schlegels durchwühlten, obwohl hierfür kein Durchsuchungsbefehl vorlag. Der Vermieter mußte per Protokoll bestätigen, daß die Polizei lediglich einige Blatt Papier mit maschinengeschriebenem KFZ-Kennzeichen mitgenommen habe. Hierbei handelt es sich um KFZ-Nummern, die sich der Journalist während seiner Arbeit am „Fall Plein" als mutmaßliche Observierungsfahrzeuge notiert hatte. Schlegel selbst vermißt darüberhinaus zumindest noch die Tonbandaufnahmen des Interviews, die er mit K.-P. Plein durchführte.

Dieses Interview war wenige Tage zuvor von einigen regionalen Alternativblättern in gekürzter Fassung veröffentlicht worden. (Zum Inhalt des Interviews siehe nebenstehenden Artikel). Auch gegen Plein wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Drogenhandels eingeleitet.

Alle diese Fakten lassen nur einen Schluß zu: Staatsanwaltschaft und BKA haben einen Durchsuchungsgrund k o n s t r u i e r t , um sich des Originalmanuskriptes bemächtigen zu können und um einen Schriftsteller, der ihren rechtswidrigen Methoden auf die Spur gekommen ist, einzuschüchtern. Zahlreiche Verlage und Schriftsteller, der Bundesvorsitzende des Deutschen Schriftstellerverbandes, Bernt Engelmann, sowie die Humanistische Union haben bereits öffentlich gegen diese skandalöse Durchsuchung protestiert.

Der Anwalt Schlegels hat inzwischen Strafanzeige gegen unbekannt erstattet wegen falscher Verdächtigung und Vortäuschung einer Straftat. Anzeige wurde ebenfalls erstattet gegen den Essener Polizeipräsidenten wegen Beleidigung und übler Nachrede sowie gegen die für die Hausdurchsuchung Verantwortlichen wegen Diebstahls, Unterschlagung, Rechtsbeugung, Verfolgung Unschuldiger und falscher Beurkundung im Amt.

Aus informierten Kreisen verlautete, daß hier ein weiterer Schritt getan wurde, um endlich Licht in die dunklen Machenschaften der größten kriminellen Vereinigung der Nachkriegszeit zu bringen, deren Kopf schon seit längerem in Wiesbaden vermutet wird.

»FR« schwafelt: Verbindungen vom BKA zur RAF?

Stimmen, die die RAF jeweils als verlängerten Arm des BKA bzw. des VS beschreiben, gibt es seit Bestehen des „Terrorismus". Vom BKA oder anderen staatlichen Stellen angeheuerte Provokateure sind bekannt und enttarnt worden, doch an Beweisen für eine derartig allgemeine und grundsätzliche Behauptung mangelt es seit langem. Leider, scheint Reinhard Voss, Korrespondent der „Frankfurter Rundschau", zu denken und nutzt die Gelegenheit der Stunde, um die Enthüllungen Schlegels über den Kronzeugen Plein umzudichten: „Querverbindungen zwischen Mitarbeitern des Bundeskriminalamtes und Mitglieder der Rote-Armee-Fraktion (RAF)" sei Schlegel auf die Spur gekommen, läßt sich in der „Frankfurter Rundschau" vom 21. Oktober lesen. Die Überschrift des Artikels: „Sollen Spuren vom BKA zur RAF verwischt werden?"

Fehlt nur noch die Behauptung, es habe gemeinsame Planungen von RAF und BKA gegeben. Mit Sicherheit weiß dieser „Journalist" aber auch, daß seine Andeutungen auch so Gehör bei der Masse der Leser der „Frankfurter Rundschau" finden werden.

Das BKA kauft Zeugen
Die Aussagen des K.P. Plein

„Geld für Aussagen, das ist unvorstellbar, das gibt es nicht!" entrüstete sich Bundesanwalt Lampe auf eine entsprechende Frage Werner Schlegels ...

50.000 DM habe er nach Abschluß der Vernehmungen anonym erhalten – so berichtete der Kronzeuge Volker Speitel vor wenigen Wochen in einem Interview mit dem „Stern". Speitel hatte die staatliche Legende vom Selbstmord zu Stammheim abgestützt, indem er die Rechtsanwälte Müller und Newerla beschuldigte, die angeblichen Selbstmordwaffen in den Knast geschmuggelt zu haben.

35.000 DM ungefähr erhielt einer, der ebenfalls zum Kronzeugen gemacht werden sollte und nun auch auspackte – Karl-Peter Plein.

Im Juni 1980 legte er während seiner Behandlung in einer psychiatrischen Klinik vor dem Untersuchungsrichter ein Geständnis über seine Beteiligung an Anschlägen auf ein Bochumer Busdepot und den Wagen des Pflichtverteidigers im sogenannten Stockholmer Prozeß ab. Von da ab versuchte das BKA mit verschiedenen Mitteln, weitere Informationen aus ihm herauszuholen.

Die folgenden Zitate sind dem Interview Schlegel/Plein, abgedruckt in der Zeitschrift „guckloch", entnommen.

***

Plein: ... Da fingen sie (die BKA-Be

***

„**Plein**: ... *Da fingen sie* (die BKA-Beamten, Anm. AK) *dann an rumzulabern, sie hätten ja jetzt schon ganz schön was gegen mich anliegen, aber ich wüßte sicher auch, daß man im allgemeinen, wenn man aussagebereit wäre, Straffreiheit und so kriegte, das könnten sie mir auch zusichern. Finanzielle Einbußen hätte ich auch nicht, und auch, was meine Kinder anginge, Unterhalt und so, da würden sie schon für sorgen. Die hatten das auch schnell gerafft, daß ich mit der Familie am schnellsten zu packen wäre, da wurde dann drauf geritten. Der Harms* (Bundesanwalt!, Anm. AK) *hat dann mal gemeint, ich sähe ziemlich schlecht aus, sollte doch mal rausgehen mit einem der Herren vom BKA, der dann nachher auch die Vernehmungen geleitet hat. Ja, der hat dann draußen auch gesagt: ‚Mensch, haste doch Schwein, so billig kommste nie aus der Sache raus wie jetzt', also so auf die kumpelige Art. So, ich würde das an deiner Stelle machen, und auch wieder mit Familie und so. Hat dann gefragt, was die Fahrt nach Basel gekostet hätte. Hab ich gesagt, so 100,– DM. Ja, sagte der, hier haste 200,– DM, also so total plump, ohne Quittung. Wir sind dann wieder rein, und der Harms hat gefragt, wie's denn jetzt wäre, wenn ich nicht aussagen würde ...*"

***

Plein ließ sich auf diesen Deal ein und bekam so nach und nach einschließlich Spesen und Fahrtkosten, die ihm durch die Vernehmungen entstanden, an die 35.000 DM. Mal bar auf die Hand, mit Quittung oder ohne, mal auf das extra eingerichtete Konto überwiesen. Einer der Absender: Gerd Sender, Mainz, Bergwiese 12. Sowohl die Person als auch die Straße sind überhaupt nicht existent.

Auch weitere Sicherheitsvorkehrungen wurden getroffen. Das BKA beschaffte einen neuen Ausweis, Plein hieß jetzt Jörg Paulus. Ein Termin für eine Gesichtsoperation wurde vereinbart. Um die Sache abzurunden, mußte Plein nur noch offiziell für tot erklärt werden.

***

„**Plein**: ... *Es gab da ein Gespräch zwischen Pohmann, Voßhahn* (BKA-Beamte, Namen geändert, Anm. AK) *und mir, daß ich dann ganz offiziell irgendwo ‚ertrinke', verstehste? Mit meinem offiziellen ‚Ableben' hätte dann auch Vreni eine Witwerrente bekommen, weil wir ja noch nicht geschieden waren ...*".

***

Besagter Voßhahn stiftete Plein in diesem Zusammenhang zum Versicherungsbetrug an.

***

„**Plein**: *Das* (den Abschluß einer Lebensversicherung, Anm. AK) *hatten wir auch überlegt!*
guckloch: *Wie bitte, wer wir?*
Plein: *Auch Voßhahn, das heißt, die Idee kam mir, und der schlug mir dann vor, ich sollte lieber zwei kleinere machen, da würde auch nicht so viel ausgeheckt dann.*"

viel ausgeheckt dann.

***

Drei Monate lang ist K.P. Plein 1980 Tag für Tag vom BKA vernommen worden. 1.000 Seiten umfaßt seine Aussage. Heute gibt er zu, daß ein Großteil dieser Berichte falsch sind, daß er sie aus den verschiedensten Gründen einfach konstruiert hat. Auf die Frage, ob er viele falsche Aussagen gemacht habe, antwortet er: *„Ja, massig"*.

***

„**guckloch**: *Von deinen Kenntnissen her, ging das nur dir so, mit den falschen Aussagen, oder meinst du, auch andere, vor dir, haben falsch ausgesagt?*
Plein: *Ich kenne einen konkreten Fall – mehr will ich dazu nicht sagen – da ist mir eine Aussage vorgehalten worden, bei meinen Vernehmungen, da hat der Betreffende ausgesagt, bei uns ...*
guckloch: *Was heißt uns?*
Plein: *Leute, die ich kannte, also da Waffen gesehen zu haben, die wir angeblich aus der Schweiz ‚importiert' gehabt hätten. Das war 'ne 150%ige Falschaussage.*
guckloch: *Wer war ‚der Betreffende'?*
Plein: *Der Bruder von Karl-Heinz Dellwo. Karl-Heinz wurde ja wegen des Stockholm-Attentats verurteilt.*"

***

Im Falle Pleins hat sich das BKA entschlossen, seine Aussagen nicht in Prozessen zu verwenden. Aber wie viele Zeugen hat sich das BKA wohl noch gekauft? Und wie viele Angeklagte wurden wohl schon aufgrund derartiger Falschaussagen für Jahre in den Knast gebracht?

(S., Hamburg)

7 Jahre Justizskandal ergeben 21 Monate ohne Bewährung

Das Urteil im Prozeß gegen Brigitte Heinrich ist gesprochen. Im folgenden faßt sie selbst zusammen, was sie erfahren mußte.

aus „Pflasterstrand", Nr. 117

Das Urteil von Karlsruhe ist rechtskräftig.

Für mich sind damit sieben Jahre Warterei und Jusitzhickhack beendet, abgeschlossen ist die Geschichte immer noch nicht. In den nächsten Tagen dürfte die Ladung zum Strafantritt zugestellt werden. Nachdem das Urteil auf 21 Monate ohne Bewährung lautete, verbleiben nach Anrechnung von viereinhalb Monaten Untersuchungshaft etwas mehr als 16 Monate Knast. Und danach wird man irgendwann auch noch die Rechnung für die Prozeßkosten präsentieren: zehn Monate Verhandlungsdauer, 40 Prozeßtage, zehn Vernehmungstermine im Ausland, dabei dürften einige hunderttausend Märker rauskommen.

Die Vorgeschichte zu beschreiben fällt mir schwer, ich kanns nämlich nicht mehr hören, und noch mehr sträubt sichs mir, die Serie von Absurditäten auch noch zu beschreiben. Aber ich muß wohl, weil sonst unverständlich bleibt, warum ich von denen, die die jahrelange Justizposse veranstaltet haben, nichts mehr erwarte, nicht mal meine Freiheit.

Die Geschichte dieses Prozesses begann im November 1974, als bei der bundesweiten Razzia „Aktion Winterreise" mehrere Leute aus der Frankfurter Scene, vor allem Frauen, verhaftet wurden. Ursache: ein Individuum, ehemaliger Knacki, drogenabhängig, geltungssüchtig und, wie sich später herausstellte, Verfassungsschutzspitzel, hatte uns die wahnsinnigsten Dinge angedichtet. Die Sache mußte zur Blamage für die Verfolgungsbehörden werden. Nach und nach kamen alle wieder aus dem Knast, bei mir dauerte es etwas länger, weil man noch eine zweite Figur ähnlichen Kalibers aufgeboten hatte. Nach knapp 5 Monaten war ich wieder draußen und kam mir so richtig verarscht vor. Die Isolationshaft hatte mir zugesetzt, im Knast war ich krank geworden, danach brauchte ich ziemlich lange, mich zurückzuintegrieren, die Uni-Spitze war der Ansicht, als Lehrbeauftragte sei ich nicht mehr tragbar, und so verlor ich gegen den Protest der Studenten die Arbeit, die mir Spaß gemacht hatte. Schreiben konnte ich zunächst auch nicht mehr, Konzentrationsstörungen, die in der Kanstisolation begonnen hatten, kamen draußen erst so richtig zum Vorschein. Ich durfte die BRD nicht verlassen, Paß und Personalausweis waren beschlagnahmt, wöchentlich zweimal mußte ich zu den Bullen rennen, um denen zu zeigen, daß ich nicht geflohen war.

Zwei Jahre später hat die Bundesanwaltschaft, ohne daß jemand darum gebeten hatte den Winterreisehaftbefehl in aller Stille aufgehoben. Das alles war für sie uninteressant geworden. Am selben Tag setzte sie einen neuen Haftbefehl durch, mit dem Unterschied zum vorangegangenen, daß ich mich „nur" noch einmal wöchentlich bei der Polizei melden mußte, die BRD und West-Berlin nicht verlassen durfte und immerhin den Personalausweis ausgehändigt bekam. Fünfeinviertel Jahre dauerten insgesamt die polizeilichen Meldeauflagen.

Um die Vorwürfe in dem neuen Haftbefehl dreht es sich beim Prozeß in Karlsruhe: „Ende 1973, wahrscheinlich im Dezember 1973, Anfang 1974, wahrscheinlich im Januar 1974" habe eine deutsche Frau, die mit dem italienischen Anarchisten Roberto Mander in der Schweiz erschienen sei, Handgranaten und Tretminen über die grüne Grenze bringen lassen und nach Deutschland weiter transportiert. Ein Teil der Minen war in Verstecken der RAF in Frankfurt und Hamburg gefunden worden.

Drei Schweizer, Egloff, Städeli und van Arb, die im März 75 (zusammen mit Petra Krause und Elisabeth van Dyck) verhaftet worden waren, hatten in ihren eigenen Verfahren umfangreiche Geständnisse abgelegt und ausgesagt, Mander habe diese deutsche Frau „Brigitte" genannt und diese habe einen grünen VW Käfer gefahren. Egloff und van Arb hatte mich auf Fotos als Minenträgerin nicht wiedererkennen können, Städeli konnte, nachdem seine hochschwangere Verlobte verhaftet worden war und ihm klargemacht worden war, daß sein Kind in der Zelle zur Welt kommen würde, wenn er nicht aussagt. Er sagte aus und seine Verlobte wurde freigelassen. Urs Städeli war damals 20 Jahre alt. Ich glaube, daß er ein gebrochener Mann war, als er anfing zu reden und daß er in dieser Situation alles bestätigte, was man von ihm hören wollte. Ich gehe weiter davon aus, daß die Behörden (nicht die schweizerischen, sondern die deutschen, die in der Schweiz kräftig mitermittelten) ein Interesse daran hatten, eine belastende Aussage gegen mich in die Hände zu kriegen: genau zwei Wochen, bevor Städeli mich in Zusammenhang mit dem Minentransport brachte, war der Winterreisebefehl gegen mich außer Vollzug gesetzt worden.

Aus der Städeli-Aussage wurde die Anklage gezimmert.

Irgendwann begann der Prozeß. Am fünften Verhandlungstag ließ mich der Staatsanwalt wissen: „wir können heute abend ein rechtskräftiges Urteil haben, wenn ein Geständnis vorliegt." Das bedeutete ein Urteil, das so günstig gewesen wäre, daß man darauf verzichtet hätte, seine Revision zu beantragen. Wenn ich mich dem gebeugt hätte, dann hätte ich den Ermittlungsbehörden eine erpreßte, falsche Zeugenaussage bestätigt: in anderen Verfahren hätte Städelis Glaubwürdigkeit außer Frage gestanden. Ich hätte ferner eine Falschaussage gemacht – auf Wunsch des Staatsanwalts.

Nachdem ich diese Verbeugung nicht gemacht habe, konnte im Prozeß passieren, was wollte, das Urteil stand fest. In seiner kommissarischen Vernehmung in Zürich hat Städeli später zugegeben, daß er unter Druck stand. Er habe, als er nach seiner Haftentlassung seine Aussagen habe lesen können, gemerkt, daß er die Dinge durcheinandergebracht habe. Die Karlsruher Richter werteten das als Gefälligkeitsaussage.

Während der folgenden Prozeßmonate spielte es nicht nur keine Rolle, daß bei der Beweisaufnahme nichts, das die Anklage gestützt hätte heraussprang, auch strafprozessuale Vorschriften hatten kaum noch Bedeutung. Der wesentliche Teil der Beweisaufnahme fand im Ausland statt – ohne Öffentlichkeit, in der Schweiz sogar ohne mich. Als sich Zeugen weigerten, auszusagen, würden Ermittlungsbeamte „vernommen", die vor Jahren Egloff, Städeli und van Arb als Beschuldigte verhört hatten. Die Ermittlungsbeamten wußten aus eigener Anschauung nichts (Zeugen vom Hörensagen), sie konnten sich auch nicht erinnern, deshalb lasen sie alte Protokolle aus Verfahren vor, in denen die drei Schweizer angeklagt waren. Diese vorgelesenen Protokolle wurden dann in Karlsruhe als Zeugenaussagen ausgegeben und verlesen. Nichts also von Umittelbarkeit der Beweisaufnahme. Außer Egloff habe ich keinen direkten Zeugen zu Gesicht bekommen, auch die indirekten nicht. Für den Fall meines Erscheinens bei den Vernehmungen in der Schweiz war mir die Verhaftung angekündigt worden. Wie es Egloff erging, der nach mehrfacher Zusicherung freien Geleits im Karlsruher Gerichtssaal erschien, dürfte vielen noch in Erinnerung sein. Nachdem er ausgesagt hatte, daß ich an Minen- und Handgranatentransporten nicht beteiligt war, wurde er im Gerichtssaal verhaftet. Begründung: Verdacht auf Falschaussage. Aber nicht einmal ein Wortprotokoll hatte das Karlsruher Gericht anfertigen lassen. Egloffs Verfahren schwebt, aber die Mindeststrafe hat er schon abgesessen, wenn sich der Vorwurf der Falschaussage bestätigen sollte, wogenen einiges spricht.

Mit Egloffs Verahftung wurde erneut klar, daß sich das Gericht durch nichts an einer Verurteilung würde hindern lassen.

Der Prozeß zog sich über zehn Monate. Verhandlungen dauerten im Durchschnitt 30 Minuten. Ich verbrachte sechsmal so viel Zeit auf der Autobahn als im Gerichtssaal.

Nach Egloffs Erfahrungen mit dem von einem deutschen Gericht zugesicherten freien Geleit, weigerten sich weitere ausländische Zeugen, in Karlsruhe zu erscheinen. So machte das Gericht eine Dienstreise nach der anderen:

Fünfmal in die Schweiz, einmal nach Rom, nach Mailand und Turin und nach Kopenhagen. Derartige Reisen unternahm jeweils das gesamte Richtergremium (die Schöffen ließ man zuhause), der Staatsanwalt, der Zwangsverteidiger, einer meiner Wahlverteidiger. Zu einer Zeugenvernehmung nach Lübeck aber reiste nur ein Richter. Auslandsreisen auf meine Kosten. Überlegungen, daß die einmal hätten vor der Staatskasse gerechtfertigt werden müssen, haben da schon keine Rolle mehr gespielt.

Auslandsreisen und Vorlesen – das war das Bild des Prozesses. Richter und Staatsanwalt schienen ansonsten blind und taubstumm, meistens. Aber wenn die, die meine Verurteilung zurechtzimmerten, zusammengluckten, dann waren sie gesprächig. Da verabredete sich ein schweizer Staatsanwalt nach seiner Zeugenaussage im Gerichtssaal mit dem Gerichtsvorsitzenden zum Fressen, da hörten Prozeßbeobachter, wie sich mein Zwangsverteidiger mit dem Staatsanwalt duzte und die bevorstehende Grillparty besprach. Da erwischte ich nach einer Zeugenvernehmung in Kopenhagen – einen Tag vor den Plädoyers – das gesamte Gericht, den Staatsanwalt, meinen Zwangsverteidiger angeregt plauschend an einem Tisch in der Cafeteria am Flughafen. Nur mein Zwangsverteidiger floh, als er mich bemerkte, mit hochrotem Kopf aus dem Raum. Vielleicht wäre es dem Gericht, das sich ungerührt über alle ihm vorgeworfenen Winkelzüge hinweggesetzt hatte, aber unangenehm gewesen, wenn ich derartige Beobachtungen in meiner Schlußerklärung der versammelten Presse erzählt hätte. Vielleicht war das der Grund, vielleicht nur einer, warum man mich tagsdrauf mit meiner Schlußerklärung austrickste. Für Plädoyers und Schlußwort waren zwei Verhandlungstage terminiert. Nach der Rede des Staatsanwalts, der so tat, als hätte der Prozeß nicht stattgefunden, wollte ich mein Schlußwort abändern und an dem dafür vorgesehenen zweiten Tag halten. Es war nachmittags fünf Uhr, ungewöhnlich in dem Verfahren, und aus dem Stegreif wollte ich, was ich zu dem Prozeß zu sagen hatte, nicht bringen. Ich war auf achtzig. Aber da wurde der Verhandlungstag abgesetzt, weil das Gericht Urlaub machen wollte.

Nach alldem, und ich habe hier nur einige Unverschämtheiten erwähnt, nach der Zumutung der Vorgeschichte, nach der Absurdität des Verfahrens, den Kopfständen der Strafprozeßordnung, der Handhabung von Zeugen und deren Aussagen, wie mans brauchte, ist es nicht an mir, an der Stelle irgendetwas zu erbitten. Eigentlich hätten die sich bei mir zu entschuldigen, das wäre das Mindeste. Von Karlsruher Juristen sollten wir nicht erwarten, daß da auch nur ein Minimum an Anstand ist.

aus: " unterm Sofa lacht die Faust ....." , Verlag Roter Funke

Prozeß gegen Hausbesetzer eingestellt

Am vergangenen Donnerstag, den 8. 10.81, begann vor der Jugendkammer des Landgerichts Siegen der Prozeß gegen 27 Personen, denen zwei Hausbesetzungen sowie in zwei Fällen Sachbeschädigung durch Plakatieren vorgeworfen wurde. Nachdem am Freitag das Verfahren bzgl. des Plakatierens in einem Fall zur Einstellung (§ 153 a StPO, Geldbuße DM 100), im anderen Fall zur Verurteilung kam (10 Tagessätze a DM 10, weil der Angeklagte einen Freispruch wollte und mit einer Einstellung nicht einverstanden war) wurde am Montag das Verfahren gegen die 25 Hausbesetzer eingestellt (§ 153 a StPO). Zuvor mußten die Angeklagten eine Erklärung zu den Hausbesetzungen abgeben.

Wie war es zu diesem Prozeß gekommen? Als Teil des Widerstandes gegen die Stadtzerstörung, die mit dem Bau einer Stadtautobahn (Hüttentalstraße, HTS) verbunden ist, war im Herbst letzten Jahres ein ehemaliges Hotel (Hotel Klein) und im Frühjahr dieses Jahres ein dreigeschossiges Wohnhaus (Rampenweg 23) von Mitarbeitern der „Initiative für eine lebenswerte Stadt" besetzt worden. Für das ehemalige Hotel stand der Abriß unmittelbar bevor, im Fall des Wohnhauses hatte der Abriß schon begonnen.

...

Bei den Besetzungen war eine Jugendliche beteiligt, die für den weiteren Prozeßverlauf wichtig wurde. Gegen sie mußte nach dem Jugendgerichtsgesetz vor dem Jugendgericht verhandelt werden. Da mit den anderen Besetzern des Hotels ein „Tatzusammenhang" (§ 3 StPO) bestand wurden die Verfahren gegen die anderen Besetzer, die alle Nicht-Jugendliche sind, vor dem Jugendschöffengericht zusammengezogen zu einem Prozeß mit 17 Angeklagten.

Bei einem derartigen Prozeßumfang „fühlte" sich das Gericht überfordert und schob das Verfahren zur Jugendkammer (Landgerichtsebene), vor dem dann die Verfahren gegen die Besetzer des Wohnhauses Rampenweg (auch hier war die Jugendliche beteiligt) sowie gegen die zwei Plakatierer zu einem Mammutverfahren mit 27 Angeklagten zusammengezogen wurde. Vor der Jugendkammer herrscht jedoch Anwaltszwang, so daß die Kammer aus „prozessualer Fürsorge" für alle Angeklagten Pflichtverteidiger aufzwang. Obwohl einige Angeklagte Wahlverteidiger benannt hatten, blieben alle Pflichtverteidiger im Prozeß ungeachtet dessen, daß einige um Entpflichtung gebeten hatten.

So fand das Verfahren mit 27 Angeklagten und 35 Verteidigern statt. Es ist aktenkundig, daß vor Prozeßbeginn Absprachen zwischen Vertretern des Amts- und Landgerichts sowie der Staatsanwaltschaft über den Prozeßverlauf stattgefunden hatten. Man kann deshalb auch unter Einbeziehung des weiteren Prozeßverlaufs zu der Meinung kommen, daß das gesamte Verfahren vor Prozeßeröffnung von der Justiz durchkalkuliert wurde. Für dieses Argument spricht auch, daß das Gericht im gesamten Prozeß sehr stark auf eine Verfahrenseinstellung nach § 153 a StPO drängte, mit der auch die Staatsanwaltschaft einverstanden war.

Warum dieses Vorgehen? Dies scheint klar zu werden, wenn man sich die Position der Prozeßteilnehmer ansieht. Der Staatsanwalt vertrat die Forderungen der Stadtzerstörer nach Bestrafung der Besetzer. Die Besetzer, stießen dagegen mit ihren gewaltfreien Besetzungsaktionen auf breite Sympathie in der Bevölkerung und beabsichtigten, den Anschuldigungen mit tiefgreifenden juristischen Problemen mit erheblichem gesellschaftspolitische Gewicht, so z.B. Fragen zur Hausfriedensfähigkeit von zum unmittelbaren Abbruch bestimmter Häuser, Nötigungsfragen im Zusammenhang mit Hausbesetzungen, Widerstandsrecht usw. zu begegnen. Dies sind alles Fragen, die in letzter Zeit zu einem erheblichen Streit unter Juristen geführt haben, weil die Realität sich schneller verändert hat als die Gesetzbücher.

Das Gericht, begriffen als ein Instrument der Herrschaft, weil an die Gesetze der Herrschenden gebunden, stand nun vor der Aufgabe, keine direkte Konfrontation mit den Besetzern bzw. dem dahinterstehenden in der Bevölkerung verankerten Widerstand gegen die Stadtzerstörung einerseits herbeizuführen und andererseits sehr wohl auf die Forderungen der Staatsanwaltschaft zur Erfüllung der Staatsräson einzugehen.

Ziel des Prozesses war es, so der Vorsitzende Richter, kurz vor dem Einstellungsbeschluß, bei den Besetzern (und damit in der Öffentlichkeit) das Verständnis für „unsere" Demokratie erneut zu wecken und eine Aussöhnung mit unserem Staat herbeizuführen. Mit diesem Trick sollte der Widerstand moralisch gebrochen und die Öffentlichkeit besänftigt werden. Als großer Gewinner sollte dann unser sagenumwobener Rechtsstaat aus dem Prozeß hervorgehen, der dann nach der Aussöhnung mit seinen Widersachern kräftig weiterbaggert.

In dieses Kochrezept, mit dem alles zu einem farblosen Brei zerkocht werden sollte, paßte natürlich nicht, daß vor dem Gericht über die ernsthaften Argumente der Besetzer debattiert wird, denn dann hätte das Gericht sich der Argumentation stellen müssen. Dazu war es offensichtlich nicht in der Lage. Also mußte ein radikales Vorgehen der Besetzer gebremst werden.

Im Prozeß selbst hatte das Gericht dazu kaum Möglichkeiten, denn Hausfriedensbruch und Nötigung war ja angeklagt. Wie jedoch bei den Besetzern vor dem Prozeß und auch während des Prozesses selbst zu beobachten war, hatte sich das Gericht ein praktisch außerprozessuales Mittel beschafft, das Verhalten der Angeklagten im Prozeß zu beeinflussen. Auch durch die rigorose Beiordnung von Pflichtverteidigern drohten den Angeklagten bei einem dem Gericht nicht passenden Verhalten enorme Prozeßkosten. 27 Pflichtverteidiger für die Dauer von 11 Verhandlungstagen plus Gerichtskosten plus Wahlverteidiger usw. macht schätzungsweise 100000 DM. Die Angeklagten konnten nun „auswählen": Zustimmung zur Verfahrenseinstellung bei Auferlegung einer Buße (§ 153 a StPO), oder Verurteilung zu einer wahrscheinlich geringen Geldstrafe, aber Zahlung hoher Prozeßkosten.

Wie der Vorsitzende Richter in Anlehnung an ein Eppler-Zitat meinte, dürfte man die Regierung und Verwaltung zwar drängen, nicht aber vergewaltigen. Stattdessen wurden die Angeklagten im Prozeß vergewaltigt. So in den Würgegriff des Gerichts genommen, war es für die Angeklagten wohl die beste Prozeßlösung, einer Einstellung gegen Geldbuße zuzustimmen. Die Angeklagten hatten sich bisher nicht zur Sache geäußert, so daß sowohl das Gericht als auch der Staatsanwalt seine Einstellungszustimmung mit einer Erklärung zur Sache verband, die die Besetzer abgeben sollten. Sie sollten erklären, daß sie in dem jeweiligen Haus gewesen sind und ihnen bewußt war, daß sie mit der Besetzung gegen geltendes Recht verstoßen hatten. Damit hatte der Rechtsstaat seine Genugtuung erhalten, und das Gericht konnte wieder einmal dem Volk, dem das Dach über dem Kopf weggebaggert wird, seine gütige Milde vorgaukeln.

Nach abgegebener Erklärung wurde der Prozeß dann am Montag nach § 153 a eingest ellt. Die Einzel-Besetzer müssen DM 200 Buße zahlen, die Doppel-Besetzer DM 400.

Die Bußgelder gehen je zur Hälfte an eine soziale Einrichtung und an die Landeskasse, weil der Prozeß doch so teuer sei — so der Vorsitzende Richter — und man auch an den Steuerzahler denken müsse.

Der den Angeklagten aufgezwungene Mammutprozeß hat in den drei Verhandlungstagen etwa DM 40000 gekostet, die die Landeskasse jetzt zahlen darf.

Der erwartete Musterprozeß in Sachen Hausbesetzung hat nicht stattgefunden. Am scheinbar unpolitischen Verlauf eines politischen Prozesses, denn hier standen klare Volksinteressen gegen die Interessen der Herrschenden, haben die letzteren nicht gesiegt. Eine Kriminalisierung der Hausbesetzer ist ihnen nach ihren Wünschen nicht gelungen. Es wird daher an jedem Einzelnen selbst liegen, ob er/sie sich in zukünftigem Verhalten auf eine hinterhältige Aussöhnung mit dem Staat einläßt oder sich aktiv für unsere eigenen Interessen einsetzt.

Inge Kritzer, Uli Braun — Siegen
(von uns leicht gekürzt
Wohungskommission)

Sean Halpenny (Sinn Fein)

»Wir sind keine bloße 'Brits-Out Bewegung'«



Sean Halpenny ist stellvertretender Direktor des ‚Foreign Affairs Bureau' der SINN FEIN Provisional. Der folgende Redebeitrag des Genossen Halpenny entstand anläßlich der Rundreise der SINN FEIN-Delegation durch mehrere Städte der BRD. Wir haben den Beitrag Sean Halpenny's noch um ein Interview ergänzt, das wir am Ende der Rundreise durchführten.

Sean Halpenny wurde begleitet von dem ehemaligen H-Block Insassen John Hunter. Mit ihm, der erst kürzlich aus britischer Gefangenschaft entlassen wurde, unterhielten wir uns ausführlicher über den Hungerstreik der republikanischen Gefangenen und die näheren Umstände seiner Beendigung. Die Widergabe dieses Gesprächs wird allerdings, aus Gründen des nur begrenzt zur Verfügung stehenden Raumes sowie der zeitraubenden Übersetzungsarbeit, erst in der nächsten Ausgabe des „Arbeiterkampfes" erfolgen.

Irland/Großbritannien-Kommission

Genossinnen und Genossen!

Wir überbringen euch solidarische Grüße von Sinn Fein, der republikanischen Bewegung, von den protestierenden Gefangenen in den H-Blocks und von allen politischen Gefangenen in England und Irland. Wie ihr sehr gut wißt, wurde der Hungerstreik, der am 1.3.81 begonnen wurde und in dessen Verlauf 10 Hungerstreiker starben, am Samstag, dem 3. Oktober beendet. Die Gefangenen veröffentlichten eine 7-Seiten lange Erklärung, in der die Geschichte des Hungerstreiks und die Gründe für dessen Beendigung genannt wurden. Die Gefangenen haben den Hungerstreik aus den folgenden Gründen beendet:
Die katholische Hierarchie und das ihr darin Vorschub leistende irische Establishment, die bei mehreren Gelegenheiten das Gefühl der Hoffnungslosigkeit unter den Angehörigen der Gefangenen verstärkt hatten, haben den Gebrauch des Hungerstreiks als wirksames Mittel des Protests unmöglich gemacht. Sie setzten die Verwandten moralisch unter Druck und zwangen sie zur Intervention. Die Verwandten mußten die Gefangenen schließlich aus dem Hungerstreik nehmen.

Das mutige Opfer der 10 toten Hungerstreiker und der fünfjährige Kampf der sich im Protest befindenden Gefangenen haben die britische Kriminalisierungspolitik jedoch zerschlagen.

Die Sache des irischen Freiheitskampfes ist zu einer Frage großen internationalen Interesses geworden. Der Kampf der nationalistischen Bevölkerung hat verstärkt Unterstützung erfahren, sowohl innerhalb als auch außerhalb Irlands, und die unterdrückte irische Bevölkerung mit den politischen Gefangenen vereint. Nach all diesen Erfolgen entschlossen sich die Gefangenen, nicht zuzusehen, wie der Hungerstreik abbröckeln und immer wirkungsloser werden würde. Die Gefangenen haben gegen ein entwürdigendes und unmenschliches System einen Sieg errungen; durch ihre Aktionen haben sie die republikanische Bewegung verstärkt, genauso wie der Tod der Führer von 1916 die republikanische Sache damals erneuerte.

Der Nordirland-Minister, Jim Prior, hat in Belfast angekündigt, daß die Reformen, die Humphrey Atkins den H-Block-Gefangenen am 18.12.80 zugesichert hatte, nun erfüllt werden. Dies war damals nicht geschehen. Das bedeutet, daß die britische Regierung absichtlich einen kaltblütigen Krieg gegen die protestierenden Gefangenen und die Hungerstreiker geführt hat.

Von Montag, dem 12.10., an werden die Gefangenen ihre eigene Kleidung erhalten. Dieser Prozeß wird 2 bis 3 Wochen in Anspruch nehmen, da die Besuche, bei denen die Kleidung übergeben wird, gestaffelt erfolgen. Das heißt, die Gefangenen erhalten zwei Besuche pro Monat von ihren Angehörigen und bis alle Gefangenen Besuch erhalten haben, wird es Ende des Monats sein. Andere Teilbereiche der 5 Forderungen werden erfüllt werden: Besuche, Briefe, Pakete, Lesematerial und begrenzte Assoziation in den einzelnen H-Blocks. Weiterhin gewährt werden 25 % der verlorenen Strafminderung, die während der vergangenen 5 Jahre aberkannt wurden, und von nun an die volle Wiedereinführung der Strafminderung. Die Gefangenen verlangen Klärung bezüglich der britischen Interpretation des Punktes „Gefängnisarbeit".

Bis dies zur Zufriedenheit der Gefangenen geklärt ist, werden die Gefangenen ihren Protest weiterführen. Der Deckenprotest geht ebenfalls weiter, bis alle Gefangenen ihre Kleidung erhalten haben.

Die H-Blocks existieren, weil die Briten einen Teil unseres Landes militärisch besetzt halten und ganz Irland ökonomisch unter Kontrolle haben.

Irland ist sowohl ein koloniales als auch ein neo-koloniales Land. Der 6-Grafschaften-Staat (im Norden) wo 1 Mio. Protestanten und eine halbe Mio. Katholiken leben, wird direkt von der britischen Regierung verwaltet, und zwar in klassischer kolonialer Weise. Alle Entscheidungen werden in London getroffen und dann von Jim Prior, dem Nordirland-Minister, in die Tat umgesetzt. Zu seiner Verfügung stehen 15.000 Soldaten britischer Truppen und viele mehr, die in England oder der BRD stationiert und jederzeit abrufbar sind. Desweiteren 8.000 Mitglieder des UDR, einer örtlichen Armee-Einheit, die aus Protestanten besteht; 11.000 Polizisten, alle bewaffnet, und 3.400 Gefängniswärter. Sie alle sind da, um die britische Herrschaft über Irland aufrechtzuerhalten.

In den 26 Grafschaften (dem Süden) handelt es sich um einen neokolonialen Staat, da er von den Briten geschaffen wurde. So arbeitet die „Free-State"-Regierung nicht im Interesse des irischen Volkes, sondern im Interesse seines britischen Herrn. Deshalb kämpfen Sinn Fein und IRA für die nationale Befreiung und gegen Kolonialismus und Neo-Kolonialismus.

Unserer Meinung nach ist Irland politisch betrachtet ein 3.Welt-Land, und wir erklären offen an dieser Stelle, daß wir die nationalen Befreiungsbewegungen in der Welt unterstützen, daß wir uns offen mit den Revolutionären in El Salvador, mit SWAPO in Namibia, mit der ANC in Süd-Afrika, mit dem palästinensischen Volk und mit den Sandinistas in Nicaragua identifizieren. Diese wiederum haben öffentlich ihre Unterstützung für den Kampf des irischen Volkes erklärt.

Wir, Sinn Fein, wollen eine neue, unabhängige sozialistische Republik, neutral und blockfrei.

Machtblöcke, wie die NATO und die EWG, Comecon und den Warschauer Pakt sind unserer Philosophie fremd. Wir werden mit den kleineren und neutralen Nationen Europas, mit den 3. Welt-Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas Handelsbeziehungen unterhalten. Wir haben mit den Entwicklungsländern der Welt sehr viel mehr gemeinsam als mit den früheren Kolonialmächten der EWG.

Wir glauben an die Worte eines großen republikanischen Sozialisten, James Conolly: „... Daß der Internationalismus der Zukunft auf der freien Föderation freier Völker beruht."

Sinn Fein ist die älteste, radikale politische Organisation in Irland und wurde 1905 gegründet. Sie gab dem irischen Volk zum ersten Mal die Möglichkeit, von dem reinen, engglei-sigen Nationalismus wegzukommen hin zu dem Republikanismus, wie er von Wolfe Tone definiert wurde. Tone hob klar hervor, daß wir die Verbindung zu England brechen müssen, als ersten Schritt, um Irland von der imperialistischen Ausbeutung tatsächlich zu befreien. Daraus würde die Einheit des irischen Volkes entstehen, gefolgt von ökonomischer, sozialer und kultureller Freiheit.

Während all der Jahre des Widerstandes gegen die britische Regierung und gegen die Neo-Kolonialisierung des „Free State" entwickelte Sinn Fein eine politische Philosophie, die mit der der IRA verbunden ist. Sinn Fein erkennt, daß die Natur der britischen Bindung sehr viel tiefer reicht als die bloße Besetzung durch eine fremde Armee.

Wir sind keine bloße „Brits-out"-Bewegung! Wir sehen die Notwendigkeit, den Kräften des Imperialismus Widerstand zu leisten, gleichgültig, in welcher Form diese auftauchen.

Die nationale Bewegung muß dahingehend erweitert werden, daß sie den bewußten organisierten Widerstand gegen die imperialistischen Wirtschaftsmechanismen einschließt, die viele Jahre lang die Entwicklung unseres Landes gehemmt haben. Deshalb ist eine militärische Kampagne gegen den britischen Imperialismus nicht genug!

Es ist notwendig, daß die Bevölkerung eine politische Zielsetzung hat, daß sie sich über ein Programm einig ist, das ökonomische Strategien gegen die nicht-militärischen Auswirkungen des Imperialismus und Kapitalismus in Irland leistet. Das eine geht nicht ohne das andere!

Natürlich ist es so, daß der Hauptfaktor, um den Imperialismus zu beeinflussen, Gewalt oder die Androhung von Gewalt ist. Aber Republikaner berücksichtigen, daß wir, solange wir über keine politische Organisation verfügen, den nationalen Befreiungskampf ohne Erfolg führen werden, daß die Opfer unserer Revolutionäre in der Vergangenheit und besonders heute der Tod von Bobby Sands und seiner Genossen umsonst gewesen wäre.

Da Irland sowohl kolonial als auch neo-kolonial ist, funktionieren die imperialistischen Wirtschaftmechanismen in beiden Teilen. Aus diesen Gründen ist es möglich, in den besetzten sechs Grafschaften militärisch für die Befreiung Irlands gegen die britische Armee zu kämpfen und gleichzeitig, im Norden und im Süden, einen ökonomischen Kampf zu führen.

Aus diesen Gründen ist Sinn Fein verpflichtet, eine ökonomische Widerstandsbewegung aufzubauen und zu unterstützen.

Die Hauptwaffen dieser Bewegung sind die Gewerkschaften und die Kooperativen. Die Aufgabe von Republikanern in dieser Bewegung besteht darin, das Bewußtsein der Arbeiterklasse bezüglich der nationalen Interessen des Republikanismus zu schärfen und darin, ihren Genossen zu helfen, eine vom Imperialismus unabhängige eigenständige Wirtschaft aufzubauen.

In Verbindung mit Sinn Feins politischem Programm, nämlich Dezentralisierung und die Zurückgabe der Macht an das Volk, wird die Errichtung einer 32 County/32 Grafschaften umfassenden demokratischen Republik gewährleistet. In Verbindung mit dem militärischen und ökonomischen Widerstand wird die republikanische Bewegung weiterhin den sogenannten „demokratischen Prozeß" dann benutzen, wenn es politisch wirkungsvoll erscheint.

Sinn Fein hat 32 Gemeinderatssitze, und zwar trotz des Verbots für Sinn Fein, im „Free State" im Fernsehen und Radio aufzutreten. Desweiteren sind zwei Angehörige der republikanischen Bewegung als Abgeordnete für Westminster bzw. Dublin gewählt worden: Owen Carron für Fermanagh/South Tyrone und Paddy Agnew für Louth (Kieran Doherty, Abgeordneter für Cavan/Monaghan, starb im Hungerstreik).

Alle wurden trotz der massiven Gegenpropaganda, die von den britischen und südirischen Regierungen gestartet wurde, gewählt. Und so konnte die Bevölkerung des „Free State" das Schauspiel erleben, daß all die Verlierer der Wahl im Fernsehen interviewt wurden, aber nicht Owen Carron, der Gewinner, Mitglied von Sinn Fein und deshalb von Auftritten im Fernsehen und Radio ausgeschlossen.

Trotz all dieser undemokratischen Manöver dieser sogenannten Demokraten geht die republikanische Bewegung weiter und gewinnt das Vertrauen des irischen Volkes. Unsere Zukunft liegt in dem Aufbau einer sozialistischen Republik.

Ich möchte schließen und euch alle um eure Unterstützung bitten! Unterstützung für die momentane Situation in Irland, Unterstützung für den Kampf der Gefangenen in den H-Blocks, Unterstützung für den Kampf der nationalistischen Bevölkerung Irlands.

Ich möchte mit den Worten Bobby Sands' abschließen, der sein Leben geopfert hat, um anderen Leben zu ermöglichen.

„Ich habe heute gegen ein Ungeheuer gekämpft, und einmal mehr besiegte ich dessen Armee. Obwohl ich nicht entkommen bin, habe ich überlebt, um an einem anderen Tag wieder zu kämpfen. Das war schwer. Heute mehr als jemals zuvor, und es wird jeden Tag schlimmer. Wie du siehst, bin ich in der Falle, und alles, was mir bleibt, ist, Widerstand zu leisten. Ich weiß, daß ich das Ungeheuer eines Tages besiegen werde. Manchmal ermüde ich, ich denke und fühle, daß es mich vielleicht zuerst töten könnte. Das Ungeheuer ist schlau, es spielt mit mir, schüchtert mich ein, foltert mich. Im Vergleich zu diesem Riesen bin ich wie eine Maus. Aber wenn ich mich an die Qualen erinnere, die es mir zugefügt hat, fühle ich mich zehn Fuß größer, da ich weiß, daß ich recht habe. Ich weiß, ich bin, was ich bin; ganz egal, was mir geschieht, wird sich an dieser Tatsache nichts ändern."

Victory to the Irish People!

Interview mit Sean Halpenny

AK: Wie schätzt SINN FEIN den Ausgang des Hungerstreiks ein? Was hat die einjährige Kampagne des nationalen H-Block/Armagh-Komitees zur Unterstützung des Hungerstreiks „gebracht"?

SH: Die wesentlichen politischen Resultate der Hungerstreikkampagne sind zum einen, daß das Bewußtsein der irischen Bevölkerung gegenüber der Situation in den sechs Counties enorm gewachsen ist, was die britische Okkupation des Landes anbetrifft. Die Unterstützung, die den Hungerstreikenden und den Gefangenen in den H-Blocks zuteil wurde, ließ die Leute im Süden fragen, warum Gefangene in den H-Blocks und in Armagh einsitzen und was für Gefangene das sind. Die Kampagne konfrontierte die Leute mit der Tatsache, daß die Gefangenen in Long Kesh und den anderen Gefängnissen dort nicht sitzen würden, wenn England nicht die sechs Counties besetzt halten würde, daß die zehn Hungerstreiker nicht hätten sterben müssen, wenn Irland nicht von England besetzt wäre. Diese Problematik wurde durch die Kampagne verstärkt aufgegriffen. Die Kampagne hat auch der republikanischen Bewegung eine ganze Menge neuer Kräfte zugeführt. So haben SINN FEIN und I.R.A. ihren personellen Bestand verdoppeln können, viele junge Menschen aus der Arbeiterklasse und zahlreiche Arbeitslose sind in den letzten Monaten unserer Organisation neu beigetreten.

International genoß der Hungerstreik massive Unterstützung. Die Tatsache, daß es sich in Irland um einen nationalen Befreiungskampf handelt, wird nun überall auf der Welt anerkannt. Die internationale Unterstützung war anfangs primär humanitärer Natur (für die fünf Forderungen der Gefangenen). Aber je mehr die Kampagne fortschritt, desto mehr wurde deutlich, daß die Briten durch die Kampagne ihre Politik nicht ändern würden, daß die Linie der britischen Regierung eher härter und härter wurde. Sie instrumentalisierte weltweit anerkannte humanitäre Institutionen wie das Internationale Rote Kreuz, die Europäische Menschenrechtskommission und die Irische Kommission für Frieden und Gerechtigkeit für ihre Zwecke. Diese Politik der Briten ist international auf Empörung und Ablehnung gestoßen, während andererseits das irische Volk mehr und mehr internationale Sympathien für sich verbuchen konnte. Dadurch wurde auch international das Bewußtsein über die tatsächliche Situation in Irland geschärft. Die Rolle des britischen Imperialismus in Irland wird nun wieder eingehender beleuchtet und diskutiert.

Was das Gewinnen neuer Kräfte für die republikanische Bewegung anbetrifft, so haben sowohl die Briten als auch die südirische Regierung und natürlich die I.R.A. hierzu Erklärungen abgegeben, und das ist wohl der Punkt, an dem alle übereinstimmen, daß wir jetzt genug Männer, Frauen und Material haben, genug, um den Kampf weitere 15 Jahre führen zu können, wenn der Feind es von uns verlangt.

Es gibt noch weitere Resultate der Hungerstreikkampagne. Sehr wichtig ist hier die völlige Destabilisierung sowohl der nördlichen sechs Counties als auch der südirischen 26 Counties.

In den sechs Counties lautet das Ziel der republikanischen Bewegung seit ehedem, dieses Staatswesen unregierbar zu machen. Die Hungerstreikkampagne hat in den sechs Counties eine enorme Polarisierung des politischen Lebens provoziert. Die SDLP ist aufgrund ihrer Position zu einem vereinigten Irland, zur republikanischen Bewegung und zu den politischen Gefangenen in Long Kesh und Armagh zermürbt worden. Sie mußte Niederlage um Niederlage einstecken, moralischer wie politischer Natur. Deutliches Beispiel hierfür ist die Wahl von Owen Carron, wo es

Fortsetzung auf nächster Seite

Mitterrand-Reagan:

»Perfekte Übereinstimmung«

„Es waren gute Unterhaltungen. Zwischen Freunden ist der Dialog einfach. Die amerikanischen Führer haben eine klare und offene Sprache, ich auch. Die Fragen werden offen angesprochen. Man kann vorwärts kommen. Wir haben zueinander die Offenheit alter Freunde, die sich alles anvertrauen können, ohne daß dabei etwas zerstört wird. Das Wohlergehen der französisch-amerikanischen Freundschaft wird nicht durch unsere Differenzen bedroht. In der Ost/West-Frage und in Fragen der Sicherheit gibt es zwischen uns erstaunliche Gemeinsamkeiten". So schwärmte Francois Mitterand nach seinem Washingtoner Besuch. Außenminnister Cheysson war ebenfalls hingerissen – es gebe mit Washington in der Ost/West-Einschätzung einfach eine „perfekte Übereinstimmung". Dabei würden die Amerikaner die französische Regierung umso „wundervoller" finden, als sie ja zunächst mit einem solchen Glück gar nicht gerechnet hätten. Wohl hätten sie nicht gleich verstanden, meint Cheysson, daß der französische „Sozialismus" zwar *„fundamental humanistisch"* sei – aber dennoch mit dem *„Sozialismus von Lenin"* nichts Gemeinsames habe (Zitate aus „Le Monde", 20.10.81).

Auf einer mehrstündigen Pressekonferenz am 25.9.81 dokterte Präsident Mitterrand: *„Die Sicherheit Frankreichs ist zunächst seine Fähigkeit, sich selber zu verteidigen, und dann die Qualität und Schnelligkeit (!) seiner Bündnisse. Es sind die USA, die unsere Bündnispartner sind, zusammen mit 13 anderen ... Meine persönliche Überzeugung ist, daß bis 1984/85 das reale strategische Kräfteverhältnis erhalten bleiben wird, daß die Entwicklung aber ab 1985 in Richtung einer Übermacht der Sowjetunion gehen kann. Alle amerikanischen Projekte, wie sie derzeit von kompetenten Sachverständigen erarbeitet werden, werden ab 1985/86 das Kräfteverhältnis umkehren, und wahrscheinlich werden die USA 1990 im Vorteil sein".* Ronald sei Dank wird die Umbenennung des Elyssee-Palastes in „Klein Kremlin" Frankreich erspart bleiben.

Ein schlichtes sozialistisches Gemüt mag es als peinlich empfinden, daß Reagan unmittelbar nach dem Mitterand-Besuch den Europäern die liebliche Perspektive eines nuklearen Schlagabtausches auf ihrem Kontinent eröffnete. Aber unter so guten Freunden ist das eigentlich auch kein Problem. Humorvoll meinte Cheysson dazu, die Äußerungen, die Reagan „unterstellt" würden, seien *„nicht unwahrscheinlich"*. (Er muß es, nach dieser Audienz, ja wissen!) Auf der einen Seite sei der Rückzug der SS-20 aus Europa *„unumgänglich"*, auf der anderen der Nato„nachrüstungs"beschluß „unwiderrufbar" („LM", 21. 10.81). Das ist in der Tat eine offene Sprache. Humanist Cheysson erklärte der „BILD" bereits am 10. Juli dieses Jahres kurz und bündig: „Atomwaffenfreie Zone – was soll das?"

Zweideutigkeit kann man dem französischen Außenminister wirklich nicht vorwerfen: *„Wir sind Mitglied der atlantischen Allianz. Deshalb fühlen wir uns genauso bedroht von den SS-20 wie alle anderen Westeuropäer sich bedroht fühlen sollten (!). Das militärische Gleichgewicht in Europa ist gestört und das können wir nicht akzeptieren. ... Wenn sie (die Sowjets) die SS-20 nicht zurücknehmen, muß der Westen antworten. Mit eigenen Raketen. Da wir nicht Mitglied der integrierten Militärorganisation sind, haben wir an der Ausarbeitung des NATO-Nachrüstungsbeschlusses vom Dezember 1979 nicht teilgenommen. Aber wir sind der Meinung, daß er sehr weise war."*

In der Bewertung von Willy Brandts Gesprächen mit Breschnew findet „BILD" bei Cheysson angenehmen Beistand: *„Ich weiß noch nicht genau, was Breschnew dem früheren Kanzler Brandt gesagt hat, der ein bedeutender Parteipolitiker ist, aber kein Regierungsamt hat. Begreifen kann ich das, was ich bisher gehört habe, nicht so recht. Die Idee einer atomwaffenfreien Zone von einigen hundert Quadratkilometern hat doch wenig Sinn."* Kein Wunder, daß der „Sozialist" mit Springer noch ein weiteres gemeinsames Herzensanliegen hat: BERLIN! *„Ich glaube, daß unsere Position klarer, unmißverständlicher sein wird als bei den früheren Regierungen. Wir sind entschieden gegen jede Form des Totalitarismus, der Bedrohung anderer Menschen und Länder. Berlin ist ein Symbol für unsere Haltung"* (Zitate aus „BILD", 10.7.81).

In einem Interview mit der amerikanischen „TIMES" (19.10.81) äusserte sich Mitterrand über den Hang zum „Neutralismus" in der BRD: *„Ich verstehe die bundesdeutsche Reaktion, weil die BRD mit Atomwaffen voll bestückt ist, die nicht unter ihrer Kontrolle stehen. Dieser Widerspruch ist schwer zu ertragen... Die Länder, die über ein eigenes Atompotential verfügen, entgehen leichter solchen Krisen, als die Länder, die über keines verfügen, und dann das Gefühl haben, Entscheidungen Fremder unterworfen zu sein."* Von solchen „Krisen" bleibt eine „grande nation" mit wissensdurstiger Neutronenbomben„forschung" natürlich verschont.

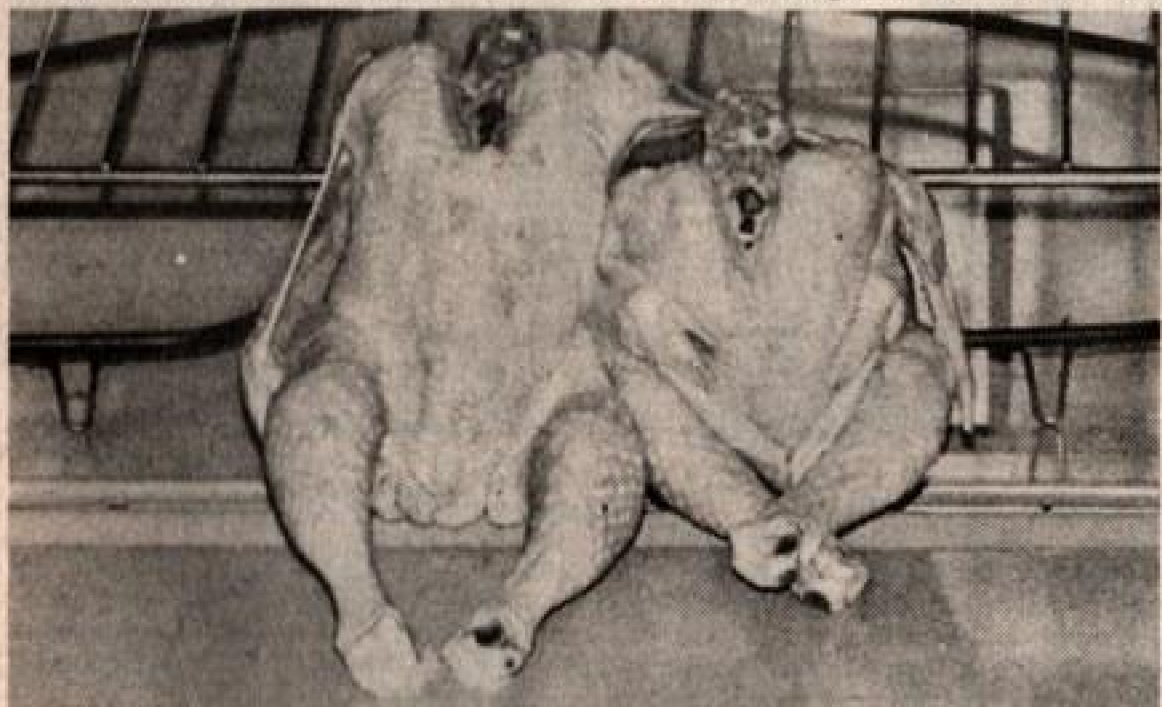
(Die Deutschen sind auch selber schuld. Hätten sie das mit Hitler ein bißchen anders gedreht, könnten sie heute bei der französischen Abschreckungsmacht mitreden. Aber aufgeschoben heißt ja nicht aufgehoben).

Der Korrektheit halber sollte ein kleiner Beziehungsknatsch zwischen Ronald und Francois nicht unerwähnt bleiben: Irgendwie gab es Differenzen zu lateinamerikanischen Fragen, aber nun, das kommt in den besten Familien vor, daß man sich nicht über alles einig ist. Außerdem kann man ja als Sozialist die Hauptwidersprüche von den Nebenwidersprüchen trennen. Was kümmert einen der Nord-Süd-Dialog, wenn es einen Ost-West-Konflikt gibt?

Der französische Sozialismus – „Humanismus plus Pershing II" – ist schon eine exklusive Mischung!

Frankreich-Kommission

(PS.: Bei all diesen Tönen muß sich ja de Gaulle im Grab umdrehen. Eines war er jedenfalls nicht: pro-Amerikaner!).



Heiße Liebe



Heiße Liebe

Das militärische Gleichgewicht in Europa ist gestört und das können wir nicht akzeptieren. ... Wenn sie (die Sowjets) die SS-20 nicht zurücknehmen, muß der Westen antworten. Mit eigenen Raketen. Da wir nicht Mit-

Fortsetzung von voriger Seite

sich die SDLP offensichtlich nicht leisten konnte, einen eigenen Kandidaten zu nominieren. Oder etwa die Wahl des Vaters des Hungerstreikopfers Raymond McCreesh anläßlich der Kommunalwahlen, wo er den SDLP-Kandidaten nahezu demütigte. Es wurde auch deutlich, als SDLP-Führer John Hume in einer Erklärung die republikanische Bewegung und die Gefangenen angriff. Im Gegenzug machte die republikanische Bewegung öffentlich, daß die SDLP-Führung um Gespräche mit SINN FEIN auf Leitungsebene gebeten hatte. Der Inhalt dieser Gespräche ist in der AnPhoblacht/Republican News publiziert worden.

Die Menschen müssen sich heute entscheiden: Entweder man ist auf der einen Seite oder auf der anderen. Ähnlich sieht es in den 26 Counties (Südirland, Anm. AK) aus. Das Eingreifen bei den letzten Parlamentswahlen durch die Kandidatur von neun politischen Gefangenen, was den Sturz der Fianna Fail Regierung zur Folge hatte, hat in den 26 Counties eine äußerst wacklige Regierung hinterlassen, eine Koalition von Labour und der faschistischen Fine Gael. Diese kann sich lediglich auf die Loyalität zweier unabhängiger Parlamentsabgeordneter stützen. Sie muß also sehr vorsichtig taktieren in ihrer Haltung bezüglich der Situation im Norden. Die republikanische Bewegung nimmt so heute eine sehr wichtige Position ein. Dies wird auch allgemein anerkannt. Jede Bewegung innerhalb der britischen Nordirlandadministration bzw. der Free-State-Regierung wurde in den vergangenen Jahren letztendlich diktiert von Aktionen der I.R.A. und der republikanischen Bewegung insgesamt.

AK: Worin sieht SINN FEIN ihre nächsten Aufgaben?

SH: Unsere nächsten Aufgaben werden natürlich dieselben sein, die sie schon immer waren. Allerdings mußten in den vergangenen Monaten einige Aufgaben etwas vernachlässigt werden, aufgrund der intensiven Kampagne für das Anliegen der republikanischen Gefangenen, die zahlreiche Kräfte absorbierte. Die Hauptaufgabe ist und bleibt der Kampf für eine demokratische und sozialistische Republik. Wir müssen in diesem Kampf weitere Schritte nach vorne gehen. Die aktuelle Aufgabe wird sein, auf die Briten aufzupassen, wachsam zu bleiben, daß die Vereinbarungen, die getroffen wurden, auch eingehalten werden. Die Briten sind ja bekanntermaßen sehr betrügerische Kunden, sie geben nie etwas umsonst ab. Alles, was sie von selbst tun, ist nicht zum Wohl des irischen Volkes, sondern für den britischen Imperialismus.

Eine weitere Aufgabe besteht darin, die vielen neuen Mitglieder, die über die Hungerstreikkampagne zu SINN FEIN gestoßen sind und teilweise früher nie etwas mit republikanischer Politik zu tun hatten, einer politischen Schulung/Erziehung zu unterziehen. Im Moment ist SINN FEIN also damit beschäftigt, sich organisatorisch auf höherem Niveau zu konsolidieren. Wir haben begonnen, Schulungen zu veranstalten und organisatorische Diskussionen zu führen in ganz Irland, um uns auf die Stabilisierung des H-Block-Kampfes vorzubereiten, um effektiver unsere Politik in die Arbeiterklasse hineinzutragen. Wir sind der Auffassung, daß wir das richtige Programm für das irische Volk haben. Es geht nun darum, dies verstärkt in der Öffentlichkeit zu propagandieren, und eine effektivere Arbeit in den sozialen/ökonomischen Widerstandsbewegungen aufzunehmen. Wir können nun unsere Führungskräfte aus der H-Block-Kampagne in die politische Kampagne schicken.

Das war eine der großen Beeinträchtigungen: Daß alle Führungskräfte, die benötigt wurden in den Gewerkschaften und für die Arbeit am politischen und sozialen Programm, durch die H-Block-Kampagne vereinnahmt wurden. Wir hoffen sehr, gesetzt den Fall, die Situation in den H-Blocks stabilisiert sich zu unseren Gunsten, daß SINN FEIN eine wesentlich effektivere und schlagkräftigere Organisation in den 26 Counties wird. In den sechs Counties existiert ein physischer Krieg um nationale Befreiung, politisch abgedeckt, natürlich, von SINN FEIN. Wir müssen die Arbeiterklasse in den 26 Counties für unsere Politik gewinnen, und das erreichen wir unserer Meinung nach am ehesten durch unsere Mitarbeit in ihren Organisationen, in Jugendorganisationen, Frauengruppen, Gewerkschaften, Kooperativen, sportlichen und kulturellen Institutionen, Anti-AKW-Bewegung etc. Unsere Aufgabe ist es dabei, aufzuzeigen, daß kein Kampf isoliert gesehen werden kann. Der Grund, warum hier Leute für bessere Löhne, gegen Atomkraftwerke usw. kämpfen, ist die direkte Intervention des britischen Imperialismus in Irland, die gedeckt und unterstützt wird vom einheimischen Kapitalismus. Ich denke, wenn wir das Bewußtsein über diese Realität anheben können, haben wir den halben Kampf schon gewonnen.

AK: Welchen Eindruck hast du auf der Rundreise von der westdeutschen Irland-Solidaritätsarbeit gewonnen? Wie war die Rundreise für euch selbst?

SH: Die Rundreise war für John Hunter und mich eine neue Erfahrung, weil die bisherigen Rundreisen, jedenfalls die meisten, lediglich zu einem Thema organisiert waren, nämlich den Bedingungen in den H-Blocks und Armagh. Dagegen traten diesesmal ein ehemaliger Gefangener aus den H-Blocks und ein Vertreter der SINN FEIN die Rundreise an. Obwohl natürlich die Mitglieder der Irlandsolidaritätskomitees die republikanische Politik kennen, gab es auf den Veranstaltungen zahlreiche Leute, die zum ersten Mal auf dieser Ebene mit der Politik der republikanischen Bewegung konfrontiert wurden. Das war meiner Meinung nach sehr gut. Wir haben uns mittels der Rundreise einen Eindruck verschaffen können über die Haltung der Westdeutschen zur republikanischen Bewegung. Wir sind mit der Rundreise sehr zufrieden, sie war sehr gut organisiert. Ich glaube, daß die Rundreise dazu beigetragen hat, ein größeres Bewußtsein darüber zu schaffen, worum es uns in unserem Kampf um nationale Befreiung geht.

Neue Literatur zum Thema Irland

SINN FEIN/I.R.A. 1981
40 Seiten (A4), DM 4,–

Die Broschüre vermittelt durch Wiedergabe von Dokumenten und Interviews ein recht authentisches Bild dieser Organisationen der republikanischen Bewegung.
Bestellungen an: Frank Gallagher, Arnsburger Str. 21 6000 Frankfurt

Frauenalltag in Irland
Herg. von Frauen des Anti H-Block/Armagh Komitees und des KB-Frankfurt,
16 Seiten (A4), DM 1.50

Die Broschüre bietet einen guten Einblick in den Alltag nordirischer Frauen unter den Bedingungen britischer Gewaltherrschaft.
Bestellungen an: G.Dutine, Mainstr.11, 605 Offenbach
S.Lissner, Rödelheimer Str. 13 6000 Frankfurt

Bobby Sands
Tagebuchaufzeichnungen der ersten 17 Tage seines Hungerstreiks – Aufsätze
jetzt in deutscher Fassung erhältlich, Hrsg. vom Anti H-Block/ Armagh Komitee
60 Seiten (A5), DM 3.50

Bestellungen an: Anti H-Block/ Armagh Komitee, Arnsburger Str. 21, 6000 Frankfurt

Französische Intellektuelle rufen auf:

Nein zur Neutronenbombe

Französische Intellektuelle rufen auf:

Nein zur Neutronenbombe

Präsident Reagan hat die Produktion der Neutronenbombe durch die USA angekündigt.

Diese Kampffeldwaffe, speziell und nur zur Vernichtung des Menschen konzipiert, soll gemäß der amerikanischen Regierung einen auf Europa begrenzten nuklearen Konflikt ermöglichen. Die US-Entscheidung, die nichts anderes bedeutet, als daß unser Kontinent als Geisel genommen wird, ist von einer extremen Bedeutung.

Sie ruft eine für die Völker ruinöse Wiederankurbelung des Wettrüstens hervor. Sie eröffnet eine qualitativ neue Etappe der atomaren Kriegsgefahr.

Dies ist intolerabel.

Wir, Intellektuelle aus allen Bereichen, erklären uns entschlossen, alles zu tun, um Reagan, genauso wie Carter vor zwei Jahren, zum Rückzug zu zwingen.

Wir rufen alle Intellektuellen, die ihren Teil in diesem Kampf für die Menschheit beitragen wollen, auf, sich uns anzuschließen, indem Sie uns Ihre Unterschrift an folgende Adresse schicken:
Charles Lederman,
Rechtsanwalt
4, rue St.-Louis-en-l'Isle,
75004 PARIS.

(„Le Monde", 22.10.81)

3. Friedensmarsch Perugia – Assissi

»Italien raus aus der NATO – NATO raus aus Italien!«

Über 80.000 Menschen protestierten am 27.9. mit einem 25 km langen Friedensmarsch gegen Aufrüstung, Atomwaffen und wachsende Kriegsgefahr.

An den drei vorausgegangenen Tagen hatten auf einem Kongreß "Strategien der Abrüstung" Wissenschaftler, Pazifisten und Friedensforscher ihre Erfahrungen ausgetauscht. Der Kongreß und der anschließende Marsch waren von der Gewaltfreien Bewegung und dem Komitee Umbriens für den Frieden organisiert worden und zeigten eine hohe Beteiligung aus ganz Westeuropa.

Der abschließende Marsch, der eine der größten Massenkundgebungen in Italien seit dem Kampf um die Scheidung war, wurde zu einer eindrucksvollen, lebendigen und phantasievollen Kundgebung gegen den Krieg, gegen Amerika und die eigene italienische Regierung.

Morgens um 9 Uhr bewegte sich, von Kirchenglocken und Fabriksirenen begrüßt, der über 10 km lange Zug mit bunten Transparenten, phantasievollen Slogans und Musik durch Umbrien. In jedem kleinen Dorf, das wir passieren, stehen Menschen auf den Straßen, die uns begeistert begrüßen. Viele Städte haben Abordnungen geschickt, Gewerkschafter und Betriebsräte haben sich angeschlossen, Punks marschieren neben Kirchenvertretern. Frauen protestieren mit Karikaturen gegen den weiblichen Wehrdienst. Neben einem einzigen Christdemokraten ist auch das ganze Parteeinspektrum vertreten: Kommunisten, Linke und auch viele Sozialisten, die sich damit deutlich von ihrer Parteispitze distanziert haben, die neulich frech erklärte, es gebe gar keine Kriegsgefahr und nicht müde geworden war ihre Bündnistreue zu betonen. Von letzterer war auf dem Marsch absolut nichts zu merken: Immer wieder wurde eine Auflösung der Blöcke, der Austritt Italiens aus der NATO gefordert. Dabei wurde vor allem die Spadolini-Regierung und der sozialistische Verteidigungsminister Lagorio angegriffen, die in der Sommerpause als erstes NATO-Mitglied beschlossen haben, die Mittelstreckenraketen auf ihrem Territorium zu installieren - und zwar bei Comiso auf Sizilien: "Le basi della NATO, non le vogliamo piu - i missili di Comiso a la piazza di Gesu" (die NATO-Basen haben wir satt, setzen wir die Cruise der DC vors Büro); "Da Assissi a Berlino - un solo grido: Reagan assasino" (Von Assissi nach Berlin die gleiche Parole: Reagan Mörder); solche Parolen u.a., gegen die Neutronenbombe geben leider nur wenig von der kämpferischen Stimmung wieder, die auch dann nicht umschlug, als 5 km vor Ende strömender Regen einsetzte.

Mit dieser gelungenen Aktion ist nun auch in Italien ein erster großer Schritt für eine breite Friedensbewegung getan worden, auf den wohl sehr bald die ersten Diskussionen folgen werden. So ist z.B. bei der unabhängigen Linken die Position der PCI zur Beibehaltung der Blöcke und dem Verbleiben Italiens in der NATO einstimmig verurteilt worden. Entscheidend im Moment bleibt jedoch die Einheit aller Gruppen z.B. beim Kampf gegen Comiso. Und wir als "deutsche Delegation" auf dem Marsch können nur hoffen, daß Bonn eine ähnlich lebendige und kämpferische Demonstration erlebt.

Br. und Ba. aus Frankfurt

Der Griff nach der Bombe

Unter diesem Titel erschien im Mai d.J. eine Broschüre des Berliner Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile - Lateinamerika (FDCL) - die sehr ausführlich auf das deutsch-argentinische Atomgeschäft des letzten Jahres eingeht.

Wir möchten in diesem AK noch einmal auf das Atomgeschäft insgesamt eingehen sowie im nächsten AK auf die Geschichte der nuklearen Zusammenarbeit eingehen, die im Nationalsozialismus bereits ihren Ursprung hatte. Hierzu veröffentlichen wir Auszüge der o.g. Broschüre (siehe auch Anzeige).

Lateinamerika-Kommission

Nukleare Zusammenarbeit bis zum Jahr 2000

Am 9. Mai unterzeichneten Repräsentanten der KWU und der argentinischen Atomenergiekommission (CNEA) unter heftigen internationalen Protesten in Buenos Aires die Verträge über die Errichtung von Atucha II (1).

Zu liefern ist vorerst ein 745-MW-Natururan-Reaktor mit einer Nettoleistung von 692 MW, der 1987 in Betrieb genommen werden soll. Der Reaktor arbeitet mit 451 Brennelementen. Es wird ein Engineering-Unternehmen in Form einer Aktiengesellschaft gegründet, an der die CNEA zu 65% und die KWU zu 25% beteiligt sind, das die Leistungen für den Bau von Atucha II und drei weiteren AKWs erbringen soll. Die argentinische Industrie wird bei Atucha II 45% der Zulieferungen übernehmen. Bei Baubeginn des letzten AKWs soll der argentinische Anteil auf ca. 80% angewachsen sein.

Die Un-sicherheitsbestimmungen

Die zur Erfüllung des Vertrages notwendige Exportgenehmigung wurde endgültig einen Monat später, am 9. Juni 1980, nachgereicht. Da konkrete Unterlagen, wie z.B. der genaue Text der Sicherheitsbestimmungen, nicht einzusehen sind, müssen wir uns mit der „allgemeinen Würdigung des deutsch-argentinischen Notenwechsels" und der „Würdigung der Einzelergebnisse des deutsch-argentinischen Notenwechsels" begnügen, die das Außenamt ohne Briefkopf (6) an die SPD-Abgeordnete Brigitte Erler geschickt hat, weil diese sofort nach Bekanntwerden des Abschlusses gegen den Vertrag protestiert hatte. Außerdem steht uns ein Antwortbrief zur Verfügung, der uns nach einer Anfrage an das Bundeskanzleramt zugeschickt wurde.

Diesen Texten ist folgendes zu entnehmen:

Am 19.3. *„bestand Einvernehmen, eine Exportgenehmigung zu erteilen,"* wenn *„Argentinien die ... NV-politischen Rahmenbedingungen akzeptieren"* würde, was am 24./25. 3. 1980 in einer Verhandlung geschah (7). Es wurde vereinbart - nicht etwa vertraglich, sondern in einem völkerrechtlich unverbindlicheren Notenwechsel - daß sich Argentinien verpflichtet, Atomenergie ausschließlich zu „friedlichen" Zwecken zu verwenden und nicht zur Weitergabe von Atomwaffen beizutragen. Die Junta bestätigt - und das genügt der BRD ganz offensichtlich - *„... daß zur Zeit der Erteilung der Exportgenehmigung für den Reaktor Atucha II alles*



nukleare Material in Argentinien von der Internationalen Atomenergieorganisation in Wien kontrolliert wird. Damit wird ein Gedanke aufgegriffen, der auch im amerikanischen Nuclear Non-Proliferation-Act of 1978 enthalten ist." Offenbar soll dieser Punkt die USA und vor allen Dingen die Kritiker in der BRD beruhigen. Ignoriert wird dabei die Tatsache, daß die Kritik der USA gar nicht auf diesen Punkt abzielt, vielmehr geht es ihr um die Kontrolle des Materials, das Argentinien zur Weiterverarbeitung der nuklearen Stoffe benötigt, das aber nicht notwendigerweise selbst nukleäre Bestandteile zu enthalten braucht, wie dies z.B. bei Schwerem Wasser der Fall ist. Weiterhin sind vereinbart worden: 1. Objektbezogene Kontrollen durch die IAEO, wobei Argentinien nicht bereit war, *„Sicherungsmaßnahmen zu akzeptieren, wie sie für NV-Vertragsparteien gelten."*
2. Kontrollen der Nachfolgegenerationen von Atucha II, wobei im Streitfall davon auszugehen ist, daß der betroffene Reaktor nachgebaut ist.

Dieser Punkt betrifft nicht die Schwerwasseranlage, da diese sowohl von den Schweizern als auch von den Argentiniern als nicht-sensitiv eingestuft wird.

3. Die Weitergabe von Plutonium an Drittländer, das aus einem von der KWU gelieferten Reaktor gewonnen wurde, bedarf der Zustimmung der BRD.
4. Die Weitergabe von nicht-sensitivem Material unterliegt der Verfügungsgewalt der Junta und braucht nur denselben Bestimmungen zu unterliegen, die dieser selbst auferlegt worden sind.
5. Atomsprengkörper dürfen weder für „friedliche" noch für „militärische" Zwecke hergestellt werden.

Gegen diese Bestimmungen protestierten die USA. Sie bestehen weiterhin auf der vertraglich festgelegten Kontrolle sämtlicher Anlagen, speziell der von den Argentiniern selbst entwickelten. Die Bundesregierung begnügt sich dagegen mit einer Kontrolle des von ihr selbst gelieferten Reaktors durch die IAEO, die noch nicht einmal Bestandteil des Vertrages ist.

Gleichzeitig wird ein Abkommen über langfristige nukleare Zusammenarbeit beschlossen, das im wesentlichen folgende Punkte umfaßt: (2)
1. Langfristige Programme auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung für Schwerwasser-Reaktor-Kraftwerke
2. Die Erschließung und den Abbau von Uranvorkommen (3)
3. Den Aufbau einer Brennelementefertigung
4. Die Personalausbildung in einem noch auszubauenden Trainingszentrum

Zu Punkt 3 ist anzumerken, daß sich eine Brennelementefertigung bei Ezeiza mit einer Kapazität von 400 Jahrestonnen schon im Bau befindet - es handelt sich ebenfalls um ein Projekt, an dem die KWU beteiligt ist. Mit anderen Worten: Argentinien ist spätestens 1987 Selbstversorger. Es fördert das Uranerz, stellt die Brennelemente her, produziert eigenständig und de facto unkontrolliert Schweres Wasser, es hat seinen eigenen Reaktor, in dem das Natururan verarbeitet wird, es ist dabei, eine Wiederaufbereitungsanlage in Ezeiza für abgebrannte Brennstäbe zu konstruieren, mit dem das waffengrädige Plutonium 239 gewonnen werden kann, welches der wesentliche Baustoff der Atombombe ist.

Das heißt: auch wenn die Bundesregierung meint, einen Teil der Verantwortung in die Schweiz abgeschoben zu haben, so ist sie dennoch verantwortlich zu machen für die mögliche Konsequenz, daß Argentinien entgegen seinen Versprechungen die Bombe baut.

Finanziert wird das rund 2,6 Milliarden DM kostende Projekt zu einem Drittel von den Argentiniern selbst. Die restlichen zwei Drittel werden als Kredit gewährt, von dem ein bundesdeutsches Bankenkonsortium unter Beteiligung der Westdeutschen Landesbank Girozentrale, der bayr. Landesbank Girozentrale, der Commerzbank AG, der Dresdenerbank AG und der Hessischen Landesbank Girozentrale die einen 850 Mio. DM (4) und die Kreditanstalt für Wiederaufbau die anderen 850 Mio. DM aufbringen wird. Die Bürgschaften übernimmt die bundeseigene Hermesversicherungsgesellschaft (5).

„Technologischer Kolonialismus"

Eben weil Argentinien zu den atomaren Schwellenländern gehöre, weil es keinen der Verträge unterschrieben bzw. ratifiziert habe, und die Junta keiner parlamentarischen Kontrolle unterliege, sei eine Überprüfung der nuklear- politischen Aktivitäten des Landes nur auf dem Wege direkter Kooperation, der Schaffung technischer Abhängigkeiten möglich. Argentinien hätte auch schon mit Hilfe von Atucha I die Bombe bauen können, denn seit Inbetriebnahme des Reaktors 1974 seien immerhin 100 kg Plutonium angefallen. Der chemische Vorgang, der letztendlich die Bombe erst ermögliche, sei auf jeden Fall für „fortgeschrittene Entwicklungsländer" zu realisieren (8).



Forschungsminister Volker Hauff (9) und SPD-MdB Annemarie Renger (10) gehen sogar noch einen Schritt weiter, wenn sie für den Fall einer Nichtbewilligung des Vertrages von „technologischem Kolonialismus", „der pauschal den Entwicklungsländern neueste hochkomplizierte Technologien vorenthalten würde" sprechen.

In dasselbe Horn stößt der argentinische Atomenergie-Chef Admiral Madero, wenn er den NV-Vertrag als „Diskriminierung der Entwicklungsländer" (11) bezeichnet und damit die Tatsache begründet, daß Argentinien den Vertrag nicht unterzeichnet hat.

Die Bundesregierung versucht also den Spieß umzudrehen: sie stellt nicht nur den Vertrag als für alle Beteiligten wirtschaftlich notwendig hin, sondern versucht sogar, ihn als moralisch unumgänglich zu deklarieren und nimmt dabei in Kauf, daß sie einer Diktatur wie Argentinien die Atombombe frei Haus liefert.

Lateinamerika-Kommission

(1) El Cronista Comercial, Bs. Aires, 12.5.79
(2) KWU-Presseinformation 410, Mai 1980
(3) Lt. Ila-Info Nr. 29, 10/79 hat die Firma Uranerz schon 1978 in Argentinien eine Niederlassung gegründet
(4) Neue, 9.8.80
(5) Antwortschreiben der Kreditanstalt für Wiederaufbau an das FDCL, 18.3.81
(6) Das bedeutet, daß das Außenamt jederzeit die Urheberschaft dieses Papieres leugnen kann.
(7) Dieses und die folgenden Zitate sind der „Würdigung der Einzelergebnisse des deutsch-argentinischen Notenwechsels" entnommen.
(8) Rheinischer Merkur, 11.4.80
(9) FR, 24.7.80
(10) Sozialdemokratischer Pressedienst, 10.6.80
(11) El Cronista Comercial, 5.5.80

Staatliche Repression und Folterung politischer Gefangener in Peru

Die Sozialkommission der katholischen Kirche klagte Anfang Juli die peruanische Regierung der Menschenrechtsverletzung und Folterung an politischen Gefangenen an. Sie gab an, in 5 Fällen über Beweise zu verfügen. Es soll sich dabei um angebliche „Terroristen" handeln.

Die Regierung Belaúnde reagierte zunächst mit einer Pressemitteilung, daß es sich dabei bestenfalls um Gerüchte handeln könne. Der Innenminister Jara Y Ureta kommentierte, es sei unmöglich, daß in einem demokratischen Land wie Peru Folterungen vorkommen können („FAZ", 3.7.81). Als sich daraufhin Erzbischof Landazuri einschaltete und die Angaben der Sozialkommission bestätigte, sah sich Präsident Belaúnde zu einer Presseerklärung genötigt. Er beschuldigte die Kirche der Bagatellisierung und Unterstützung des Terrorismus. Zu dem Fall der minderjährigen Studentin Georgina Gamboa, die nach ihrer Festnahme in Ayacucho gefoltert und vergewaltigt worden ist, meinte er, ob man etwa verlange, daß eine Terroristin wie eine Dame behandelt würde („SZ", 9.7.81). Nun ist die katholische Kirche in Peru allerdings eine Macht, mit der man sich besser nicht anlegt. Nach den Äußerungen des Präsidenten setzte eine Kampagne der Presse und der Oppositionsparteien ein, die Belaúnde zwang, seine Bemerkungen schnell wieder abzuschwächen und sich bei Kardinal Landazuri zu entschuldigen. Justizminister Osterling, Angehöriger der PPC (Christliche Volkspartei), trat aufgrund des Drucks der öffentlichen Kritik zurück.

Ein entscheidender Faktor für das Engagement der Kirche in diesem Fall ist sicherlich, daß es sich bei einem der besagten 5 Fälle um den Neffen des Weihbischofs von Lima handelt. Edmundo Cox Beuzeville wurde am 26. Mai 1981 zusammen mit einem Freund im Haus von dessen Eltern in der Nähe von Sicuani, einem Städtchen im Süden des Landes, festgenommen. Man beschuldigte beide, an einer Reihe von Sprengstoffanschlägen beteiligt gewesen zu sein und der Organisation „Sendero Iluminoso" anzugehören, der die Verantwortung für Hunderte von Anschlägen seit Mitte des letzten Jahres zugeschrieben wird.

Die beiden Gefangenen wurden zum Polizeirevier in Sicuani gebracht und dort mehrere Stunden lang gefoltert. Edmundo Cox erlitt einen Oberarm- und Schulterbruch. Erst 5 Tage später, am 1. Juni, erhielt er ärztliche Behandlung. Da die Polizei die erhofften Geständnisse nicht erhalten hatte, verhaftete sie die Eltern des zweiten Gefangenen und folterte auch sie („El Diario de Marka", Juni 81).

Fraglich bleibt, ob der Fall auch nur eine annähernd so große Öffentlichkeit gehabt hätte, wenn nicht einer der Beteiligten einflußreiche Verwandte besitzen würde. Im März dieses Jahres sind 2 Arbeiter bei einem Generalstreik in Cuzco unter ähnlichen Beschuldigungen festgenommen worden. Auch sie wurden tagelang mißhandelt und gefoltert. Die linke Tageszeigung „El Diario" veröffentlichte Fotos ihrer mit tiefen Brandwunden bedeckten Hände. Weder der zuständigen Polizei noch der Regierung war die Angelegenheit auch nur einen Kommentar wert, obwohl sich hinterher herausstellte, daß einer der Verhafteten Mitglied der Regierungspartei „Acción Popular" ist.

Die Verfolgungsmaßnahmen gegen oppositionelle Kräfte haben enorm zugenommen. Die miserable wirtschaftliche Lage, die Arbeitslosigkeit führen zu großer Unzufriedenheit und zu Aktionen gegen die Regierung.

Daneben hat es seit Juli 1980 über tausend Anschläge gegen staatliche Einrichtungen, ausländische Firmen, gegen Haziendas und Polizeiposten gegeben. In einem UN-Bericht über das „Anwachsen des Terrorismus" von April dieses Jahres wurde festgestellt, daß Peru mit dieser Anzahl von Aktionen weltweit an der Spitze liegt („Marka", April 81). Letzter spektakulärer Vorfall ist eine Serie von Anschlägen in der Hauptstadt Lima von Anfang September. Ziel bildeten die US-Botschaft, die „Bank of America" und die US-Firmen Ford Motors, Berckmeyer, Coca Cola und Carnation Milk, die neben Nestlé die Nationale Dosen- und Trockenmilchproduktion kontrolliert (AP, 1.9.81).

Trotz Hunderter von Verhaftungen unter der Linken kann die Polizei kaum Ergebnisse im Kampf gegen diese Aktionen vorweisen. Anfängliche Versuche der regierungsfreundlichen Medien, das Volk in Angst und Schrecken vor dem „Terrorismus" zu versetzen und zu Denunziationen zu bewegen, zeigten wenig Erfolg. Spätestens nachdem deutlich wurde, daß sich die Anschläge nicht gegen die Bevölkerung richten, traf die Hetzkampagne ins Leere.

Zwar scheint festzustehen, daß die Anschläge zum größten Teil der Organisation „Sendero Iluminoso" zuzuschreiben sind, allerdings weiß man bis heute offenbar nichts Konkretes über die Größe, die Strukturen und die Angehörigen dieser Gruppe. Die Polizei steht unter Erfolgszwang, nicht zuletzt deshalb, weil man wachsende Sympathien für die Untergrundgruppe befürchtet. Daraus erklärt sich ihr wahlloses Vorgehen gegen die gesamte Linke, mit dem sie immer mehr Leute gegen sich aufbringt.

Schlagzeilen machte Anfang Juli die Verhaftung des Holländers Hans Carlier, des Deutschen Timmi Thilmann und des Peruaners Nicolas Mayatoshi, alle drei Mitarbeiter des Forschungsinstituts „Instituto de Investgaciones Andinas", das mit kirchlichen Geldern finanziert wird. Der Besitz von Veröffentlichungen der linken Gruppen „Puka Llacta" und „Vanguardia Revolucionaria" reichte der Polizei als Verdachtsmoment aus. Eine Anklage konnte allerdings nicht erhoben werden. Auch vor Mitgliedern der katholischen Kirche machen die Verhaftungen nicht Halt.

Lateinamerika-Kommission

In Peru wurden im Mai 1980 Parlamentswahlen durchgeführt, durch die das Land nach 12-jähriger Militärdiktatur zur bürgerlichen Demokratie zurückkehrte. Die Wahlen brachten einen unerwartet hohen Sieg der konservativen „Acción Popular" (= Volksaktion, 42%). Mit Francisco Belaúnde Terry wurde derselbe Mann Präsident, der 1968 durch den Militärputsch gestürzt worden war. „Acción Popular" bildete zusammen mit der ultrarechten PPC (Christliche Volkspartei, 11%) eine Regierung, die über eine solide Parlamentsmehrheit verfügt. Sie trat am „Tag der Nationalen Unabhängigkeit", dem 28. Juli 1980, ihr Amt an.

Die Opposition besteht aus der sozialdemokratischen APRA (27%) und der marxistischen Linken, die sich in 5 Wahlbündnissen zu den Parlamentswahlen präsentierte und mit insgesamt 14% der Wählerstimmen unerwartet schlecht abschnitt (Zahlen nach „FR", 21.5.80 und „SZ", 21.5.80).

Bei den Regionalwahlen im November 1980 konnte die Linke dagegen ihre Position bedeutend verbessern, da sie sich in fast allen Wahlbezirken auf einen Einheitskandidaten einigte. Sie stellt in 6 der 24 Departments die regionale Regierung und in einer weitaus größeren Zahl von Unterbezirken die Bürgermeister („NZZ", 5.12.80).

Die Regierung Belaúnde verfolgt seit ihrem Amtsantritt eine USA-freundliche Politik der „wirtschaftlichen Öffnung". Im Innern ist sie mit einer wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung konfrontiert, wie die landesweiten Massenstreiks zu Anfang und im September dieses Jahres zeigen.

....SICH DIE TAGE ERTRÄGLICHER MALEN





Zwei Graphiken zum Thema 'Freiheit'
H.J. VINCENTI DUDEK - geb. 1948 in Brandenburg - inhaftiert in Werl seit 1977 - seither sind eine Flut Bilder und Graphiken entstanden

Walter Mossmann



Herbst-Tournee '81

6.11. Freiburg, Audi-Max, Konzert für Radio Dreyeckland
11.11. Heidelberg, Universität
13.11. Rosenheim, Kurhaus Bad Aiblingen
14.11. Kirchheim/Teck, Jugendhaus Linde
18.11. Balingen, Festhalle
20.11. Karlsruhe, Uni
21.11. Enkirch, Gemeindesaal Raversbäuren
24.11. Ulm, Uni
25.11. Stuttgart, Liederhalle
28.11. Tübingen, Mensa I, Uni
29.11. Landau, Aula der Erziehungswiss. Hochschule
1.12. Aachen, Uni
3.12. Bochum, Schauspielhaus
5.12. Köln, Stollwerk
6.12. Düsseldorf
8.12. Kiel, Räucherei
9.12. Hamburg, Markthalle
11.12. Bremen, Schauburg
12.12. Bremerhaven, Schleuse
13.12. Osnabrück
15.12. Westberlin, Quartier Latin
16.12. Hannover, BI Raschplatz
20.12. München, Alabama-Halle

Quo vadis?

Der Artikel des Genossen der Kulturkommission im AK 208 über Udo Lindenberg hat bei mir einige Fragen aufgeworfen, die zu klären ich für wichtig halte.

Drei lange Spalten benutzt dort der Autor, die neue LP von Lindenberg als eine zu preisen, die brandaktuelle Themen aufgreife, und er belegt dies an einem Lied „Grande Finale", das sich angeblich mit der Kriegsgefahr auseinandersetzt. Die Aktualität behandelter Themen allein mag bei mir noch keine Begeisterung aufkommen lassen. Ich finde es wichtiger zu wissen, mit welchem Z i e l ein Autor/Liedermacher ein Thema aufgreift; dazu muß ich natürlich auch mein vordringliches Interesse an einem Thema kennen: Information darüber, daß uns ein Krieg droht; Beschreibung, wie ein solcher Krieg aussehen wird etc.

Was soll ein Lied bewirken? Dann erst kann ich mir überlegen, ob es dieses Ziel wohl erreicht oder nicht, ob es mithin gut ist oder nicht. Am Beispiel „Grande Finale": Lindenberg beschreibt hier eine ausweglose Situation. Schon die Grundmetapher „Der Globus ist 'ne große Bühne" läßt den Menschen nicht als eigenverantwortlich Handelnden, sondern als Statisten erscheinen; Gott ist zwar entgegen christlicher Heilslehre unvollkommen, aber es gibt ihn, und er schmeißt die Welt ins Klo. Die Kritik Lindenbergs ist vollkommen indifferent. „Es wird so inszeniert", heißt es und läßt die wirklichen, namhaft-zu-machenden Verursacher der Krise außerhalb des Textes oder personifiziert sie, *„Am Tage als der Reagan kam"*, wodurch er persönlich als Chef und Anführer der „Apocalypso" erscheinen muß. Wenig zielgerichtet erscheinen auch die Zeilen *„Und die Rüstungsindustriellen/sind in Bombenstimmung auf den Seychellen/In Moskau saufen sie viel Wodka/bis sie behämmert sind ..."* Abgesehen davon, daß die 62 Zeilen lediglich sechs halbwegs konkrete Verursacher – noch lange nicht deren Interessen und Gründe – andeuten (denn mehr ist das wirklich nicht), herrscht auch hier die Ausgewogenheit: auf drei Zeilen USA folgen drei Zeilen Moskau. Im wesentlichen ist Lindenberg hier eine mehr oder weniger vollständige Auflistung aller Katastrophen dieser Welt auf die Rillen geraten, die wirklich als einziges den dicken, irgendwie gefühlsbetonten und bauchträchtigen Frust heraufbeschwören, aber keinesfalls irgendeinen informativen, organisierenden oder aktivierenden Effekt haben.

Hier teilt der Plattenstar seiner Zuhörerschaft mit, er als politisch denkender (?) Mensch habe so seine Probleme mit der Welt und irgendwie sei jetzt bald Schluß.

Alles erscheint bei Lindenberg – und das ist wirklich reaktionär, weil es fortschrittliche Gedanken aufhält und ablenkt – so selbstverständlich furchtbar, daß man sich nicht mehr damit aufhält, Ursachen und präzise Abläufe zu erforschen und zu hinterfragen, nach Ansatzpunkten für eine Umkehr nämlich. Ganz zweifelsohne sind die Forderungen, die oben gestellt wurden, zu umfassend, um in einem Sechzigzeiler erfüllt zu werden; deshalb stelle ich ja auch nicht die Forderung nach Vollständigkeit, nur nach präzisen Zielen und nachvollziehbaren Wegen dorthin.

Seltsam erscheint mir die Frage des Genossen, ob *„durch die Distanz (...) Resignation oder eine 'Da kann ich ja doch nichts machen' Haltung gefördert wird"*, habe ich doch immer vermutet, daß gerade durch die Distanzierung von Vorgängen, deren Durchleuchtung und Analyse möglich wird, die es dann gestatten, gegen die nun benennbaren Ursachen mit sichtbarem Erfolg anzugehen. Distanzierung fördert also keine Resignation, sondern genau das Gegenteil.

Interessant ist es in dem Zusammenhang auch, daß im Gegensatz zum Theater, wo das bürgerliche Publikum versucht, sich in die Helden hineinzuversetzen und einzufühlen, bei zahlreichen Rocksängern (auch Lindenberg) genau das Umgekehrte – gleichwohl aber genauso Falsche – geschieht: sie versuchen, sich in ihr Publikum hineinzuversetzen, dessen Jargon nachzuahmen.

Das hat dann zwar den für den Absatz günstigen Effekt, daß das Publikum der Illusion erliegt, dort stünde einer (weitaus seltener eine) der ihren auf der Bühne, bewirkt aber ansonsten, daß die meist ohnedies nicht sehr widerborstigen oder aktivierenden Inhalte noch leichter konsumiert werden. Konsumieren ist hier durchaus negativ belegt, es meint das unbewußte und unkritische, auf 'bloße' (also reaktionäre) Unterhaltung ausgehende Rezipienten – Verhalten, das gerade bei Musikveranstaltungen besonders weit verbreitet ist. Die fortschrittlichen Ansätze im Theater sind gerade im Bereich der heutigen Rockmusik kaum zu spüren; Starkult beherrscht hier noch ganz die Szene (andere Ansätze sind in dieser Richtung z. B. beim Punk zu verzeichnen), die Musik ist zwar 'populär', ihre Produzenten aber nur scheinbar. Das sei hier aber nur angerissen, detaillierte Ausführungen bedürften intensiverer Vorarbeit. Um noch einmal auf die „Udopia"LP zurückzukommen: Weit wichtiger als die Beschreibung von hunderterlei Katastrophen, die unseren Erdball zweifelsohne bedrohen, schiene es mir, wenn Lindenberg die eigene Situation kritisch anginge (ich weiß nicht, ob er immer noch beim Plattenkonzern Teldec produziert). Er erzählt zwar in dem auch im AK abgedruckten Lied „Straßenfieber" von denen, die Punk und AC/DC hören (und wirklich nicht Lindenberg), reagiert aber darauf nur, indem er wieder mal beweint, daß wir halt in einer Eiszeit leben, die keine Zärtlichkeit zuläßt. Nicht nur die Krisen-Medizíner scheinen ratlos, was sie verordnen sollten ...

Fassanbass



Frauen-Gewalt?

Drum bleibe im Lande und wehre Dich redlich ...

In der September-Nummer (9/81) der „Courage" – „Gewalt von Frauen?" auf der Titelseite – nimmt Sibylle Plogstedt Stellung zur Frage: „Ist die Gewalt in der Frauenbewegung angekommen?". Als wesentlicher Einstieg dient ein Auszug aus dem Roman „Les Bergères de l'Apocalypse" (frei übersetzt: „Die Hüterinnen des Weltuntergangs") von Françoise d'Eaubonne (erschienen 1977 in Frankreich). Dieser Auszug ist, wie S.P. richtig sagt, ein *„furchtbares, brutales und faschistoides"* Machwerk. Der Inhalt kann schnell umrissen werden: Die Männer sind alle im Zoo eingesperrt und harren ihrer



Verurteilung durch ein Frauentribunal. Die Stimme e i n e r Frau genügt, um einen Mann zu erschießen. Nacheinander werden die Männer vorgeführt, verurteilt und an die Wand gestellt. Lustvoll wird beschrieben, wie die Frauen zunächst daneben schießen und den Männern ein qualvoller Tod bereitet wird. Vom Tod verschont bleiben nur der Dorftrottel und ein paar andere 'kleine Lichter'. Zum Schluß werden die Leichen der Männer den Wölfen zum Fraß vorgeworfen.

Alles in allem ist dies eine Geschichte, wie sie perverser, menschenverachtender und zynischer kaum geschrieben werden könnte. Beim Lesen fühlt frau sich an Chile, die Türkei und an faschistische Vergangenheiten erinnert.

S.P. nimmt diese abseitigen Gewaltphantasien gegen die Männer zum Vorwand, um den totalen Bannfluch über jegliche Gewalt zu sprechen. Nach dem Motto: In jeder Frau sitzt die Männerhasserin, und die faschistoide Gewaltphantasie *„ist in unseren Köpfen"* suggeriert S.P.: *„Ihre* (gemeint ist F. d'E.) *Utopien kann man als Anleitung zur Gewalt lesen. Für mich bedeutet sie aber die eindeutige Abkehr von Gewalt"*.

Fakt ist, daß Francoise d'Eaubonne schon seit Jahren – auch in deutschsprachigen Büchern (wie z.B. im 1974 erschienenen Buch „Feminismus oder Tod") die Ausrottung der Männer fordert. Ansätze dieser Thesen wurden in der Geschichte der bundesrepublikanischen Frauenbewegung eigentlich nur von den „Schwarzen Botinnen" 1976/77 übernommen und spielen real auch heute so gut wie keine Rolle. Es scheint uns nicht zufällig, daß S.P. ausgerechnet eine totale Außenseiterposition zum Anlaß nimmt, um mit erhobenem Zeigefinger der Frauenbewegung zu sagen: *„Die Gewalt, die von Frauen ausgeht, ist für mich nicht sympathischer als die, die von Männern ausgeht"*. In Wirklichkeit geben die Spinnerein über die Ausrottung aller Männer für eine rationale Gewaltdiskussion a b s o l u t nichts her. Aber S.P. kommt ganz schnell zur „Frauen-Guerilla" und zur RAF. Die Bilanz macht sie sich denkbar einfach: *„...eine Kette von Gewalt und Gegengewalt"*. Doch damit nicht genug: S.P. ist bestrebt, jegliche Gewalt, in welcher Form, zu welchem Anlaß auch immer, als eine Art Vorstufe der Gewaltphantasien von Francoise d'Eaubonne zu diffamieren. Den Beweis will sie durch ihre eigene Vergangenheitsbewältigung erbringen. Sie hat auch mal Steine geworfen, während der Studentenbewegung 1968. S.P. hat auch mal einem Bullen eine gewischt, bei der Schah-Demo 1967, als dieser sie gegen einen Bauzaun drückte. Sie ist sogar mal von hinten auf einen Bullen losgegangen, der dabei war, eine Frau zu verprügeln. Die Schlußfolgerungen von S.P. sind allerdings ganz unlogisch. Statt über die spezielle Brutalität der Bullen gegen Frauen und über Möglichkeiten dagegen zu diskutieren, geht S.P. in sich: *„Meine schnelle Reaktion machte mich stolz – sie machte mir aber acuh Angst. Mir war nicht klar, woher die Gewalt in mir kam. Ich kannte sie nicht, merkte nur, daß ich sie nicht kontrollieren konnte, daß ich das aber lernen mußte"*. Gewalt sei ein „Zwangsmechanismus", der zu keinerlei positiven Ergebnissen führen könne. Die Linke solle die *„Hoffnung auf Gewalt"* begraben. Insbesondere die Frauen sollen sich auf ihre „anerzogene Friedfertigkeit" besinnen: *„Ich glaube nicht, daß wir eine neue Gesellschaft auf einem Gewaltverhältnis aufbauen können. Weder eine sozialistische noch eine Frauengesellschaft. In dem Maße, wie wir Gewalt ausüben, verstoßen wir gegen uns selbst, verändern wir uns. Je mehr Gewalt wir gegen andere ausüben, desto leichter sind wir bereit, Gewalt wieder auszuüben, als Frauen verrieten wir unsere anerzogene Friedfertigkeit"*.

Nun kann frau tatsächlich unterschiedlicher Meinung sein, mit welchen Mitteln wir eine menschenwürdige Gesellschaft erkämpfen; der Hinweis auf die „anerzogene Friedfertigkeit" der Frauen ist allerdings total verfehlt. Auch die ständigen Hinweise auf die RAF oder die Rote Zora, deren erklärtes Ziel der bewaffnete Kampf hier und heute ist, werden von S.P. nicht so behandelt, daß frau die Hintergründe für den „individuellen Terror" erfährt oder gar die Sinnlosigkeit vieler Aktionen der RAF, was sicher auch in differenzierter Weise notwendig ist für eine Frauenzeitung. Stattdessen werden die subjektiven Sichtweisen von S.P. zu einer neuen Geschichtsklitterung der Frauenbewegung: *„Es kam vor, daß die Repression gegen bewaffnete Aktionen den Widerstand der Frauenbewegung direkt behinderte: Als 1975 Lorenz entführt wurde, war zwei Tage vorher das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum § 218 gefällt worden. Die Demonstrationen der Frauenbewegung wurden verboten. Trotz der möglichen Repression kamen 2.000 Frauen. Übrig blieb aber die Bombe der Roten Zora, die sie vor dem Verfassungsgericht zündete, und das Bewußtsein, daß die Frauenbewegung keinen Widerstand geleistet hätte"*. Zweifellos haben die Bullen die Suche nach einer „Terroristin" zum Anlaß genommen, Frauenzentren mit Polizeieinsätzen zu überfallen, haben Flugblätter und Karteien beschlagnahmt. Weitgehend einig war sich jedoch die Frauenbewegung bislang darin, daß die Massenaktivitäten von Frauen, wie Selbstbezichtigungen oder Abtreibungsfahrten nach Holland, der eigentliche Anlaß waren, die Staatsgewalt in Frauenzentren oder auf Demonstrationen zum Einsatz zu bringen. Daß es die Hetzkampagnen von Kirche, Politikern und Medien waren, die die Frauen kriminalisierten und leider z.T. auch einschüchterten. Die Rote Zora aber hat am Niedergang der § 218-Bewegung weiß Clara keine Rolle gespielt und auch das Kratzen an der Fassade des Bundesverfassungsgerichts hat doch eher klammheimliche Freude ausgelöst.

Von S.P. werden ein paar alte Thesen von Francoise d'Eaubonne zum Anlaß genommen, mit der RAF-Politik bis zum Zeitpunkt Mogadischu/Stammheim abzurechnen; ein aktueller Bezug auf das Hier und Heute fehlt völlig. Lediglich das Steinewerfen bei Demonstrationen gegen die Räumung besetzter Häuser oder die Unterstützung des Hungerstreiks bleiben als aktueller Bezugspunkt, wo S.P. sicher zu Recht unsinnige Steinwürfe auf Blumengeschäfte und Bolle-Läden kritisiert; was dies jedoch mit der Ausrottung der Männer zu tun hat, bleibt unklar.

„Gewaltlose" Ratschläge

S.P. kommt für sich zu der Einschätzung, daß *„weder der gemischte Massen-Widerstand noch der autonome gewaltvolle effektiv"* sei, und daß Steine im Fenster einer Bank nur *„eine aktive Unterstützung für die Glaserinnung"* bedeuteten. Wir bezweifeln allerdings, ob es dagegen effektiver ist, wenn *„hunderte oder tausend Demonstrantinnen zu einer Bank (gehen), um dort die Konten wegen der Waffengeschäfte der Bank aufzulösen"*. Hellhörig sollte frau allerdings bei den Vorschlägen von S.P. werden, die als „gewaltlos" angepriesen werden. So z.B. sollen *„wir (...) unbequeme Politiker zu Hunderten umzingeln, einfach zwei oder drei Tage, in denen wir uns ablösen, stehen bleiben, ihnen in unserer Mitte nichts zu essen geben, sie auf dem Bio-Camping-Klo in unserer Mitte scheißen und pissen lassen, während wir sie freundlich über ihre Politik ausfragen, dann ist das effektiver als jede Entführung – samt Verhör in einem Volksgefängnis"*. Nun stelle sich frau mal bildlich vor, was passieren würde, wenn wir Helmut Schmidt oder auch Herrn Apel „umzingeln" würden! Bevor die das erste Mal scheißen und pissen müßten, wären die Frauen von den Knüppeln der Polizei oder den Knarren der Leibwächter mit ziemlicher Sicherheit bereits auseinandergetrieben. Warum eine Frau wie S.P., die von sich selber behauptet, gegen jede Gewalt zu sein, andere Frauen in eine Aktion treiben will, in der viele zwangsläufig erhebliche Verletzungen davontragen würden, ist wirklich unbegreiflich. Derartige Vorschläge hätten dann wieder einmal das zutiefst christliche Ergebnis, daß Geprügeltwerden mehr Segen bringt, als selbst Prügel auszuteilen. Als im vergangenen Jahr mehrere hundert Frauen in Hamburg eine spontane Protestdemonstration gegen Apel machten, weil dieser vor ausgewähltem Publikum über die Einbeziehung der Frauen in den Kriegsdienst referierte, knüppelten die Bullen diese Demo auseinander. Hinzu gesagt sei noch, daß Apel nicht einmal zu sehen war, geschweige denn daß die Frauen ihn „umzingeln" wollten. Wenn S.P. ihren zitierten Vorschlag wirklich ernst meint, muß sie wohl total in einer T r a u m w e l t leben.

Als Theoretiker für ihre verträumten Vorschläge hat S.P. Gandhi entdeckt: *„Daß man mit Feinden – auch unbesiegten – anders umgehen kann, habe ich erst gelernt, als ich Gandhi las. (...) Im Gegensatz zu den wortgewaltigen Unflätigkeiten, mit denen sich Marxisten und Anarchisten gegenseitig bedacht haben, hat mich der Stil Gandhis beeindruckt"* (S.33). Etwas absurd mutet das schon an – frau schaue sich nur einmal die Situation heute in Indien an: Die unter Führung Gandhis „gewaltlos" erreichte Befreiung Indiens von britischer Kolonialherrschaft hat an der Situation der Massen des Volkes kaum etwas verändert. Es gibt kaum ein Land, in dem es mehr Armut und Elend der Bevölkerung und auf der anderen Seite mehr Glanz und Reichtum der herrschenden Klasse gibt als gerade dort. Inwiefern Gandhis Politik für uns angesichts dieser Tatsachen Vorbild sein soll, bleibt schleierhaft.

S.P. hat jedoch noch weitere Vorschläge auf Lager: *„Wir müssen die Non-Kooperation* (=Verweigerung, d. Verf.) *als Form des Boykotts organisieren gegen Ziele, über die wir einig sind. Non-Kooperation kann sich auf alles erstrecken: auf das Schulsystem, auf die Justiz, auf Läden, Banken, Versicherungen, das Gesundheitswesen und die Psychiatrie. Die Steuerzahlungen gehören dazu ebenso wie die Stromzahlungen. (...) Non-Kooperation muß gut vorbereitet sein, weil erst die Beteiligung vieler ihre Wirksamkeit ausmacht. (...) Bereit sein, notfalls Institutionen zu boykottieren, in denen man selber beschäftigt ist, indem man den Beruf dort aufgibt"* (S. 35). Nun sind Boykott-Aktionen ja an sich nichts Neues. Es gab schon zahlreiche Initiativen, z.B. den Kauf von Früchten aus Südafrika und Chile zu boykottieren, oder den Kauf von Kaffee aus El Salvador. S.P. geht noch weiter und empfiehlt, daß wir ggf. unsere Jobs an den Nagel hängen. S.P. sagt allerdings nicht, was danach folgen soll. Wovon sollen wir denn leben? Schließlich können wir ja nicht a l l e Redakteurin bei der „Courage" werden! ... Als ob heute die „sauberen", „alternativen" Jobs, ganz nach unseren Wünschen, nur so auf der Straße lägen. P r a k t i k a b e l ist dieser Vorschlag von S.P. so wenig wie der oben zitierte – aber darauf kommt es offenbar auch gar nicht an.

S.P. empfiehlt uns im Rahmen ihrer Strategie der „Non-Kooperation" auch noch, uns voll, mit allem, was wir haben und was wir sind, für diese Sache einzusetzen: *„Non-Kooperation heißt radikalere Konsequenzen zu ziehen, als aus Schwäche zur Knarre zu greifen, in den Untergrund reinzurutschen und dann im Knast zu landen. Sie bedeutet, mit seinem Namen in vollem Bewußtsein aller Folgen (einschließlich Knast) zu der Aktion zu stehen, endlich das verfluchte Versteckspielen und die Anonymität aufzugeben, die sowieso nur gegenüber den eigenen Leuten gewährleistet ist"* (S. 35). Nun hat uns S.P. doch gerade den weisen Rat gegeben, keine Steine mehr zu werfen, sondern uns lieber in alternative Projekte zu knien – weil Gewalt ja „Schwäche" ist und eh nur im Knast endet –, und nun sollen wir uns doch so weit einsetzen, daß wir Knast riskieren? Und dazu gleich offen mit unserem Namen, ohne „Versteckspielen" – mit „Hurra" ins offene Messer! Das soll ja schon immer selig gemacht haben.

Fortsetzung auf nächster Seite

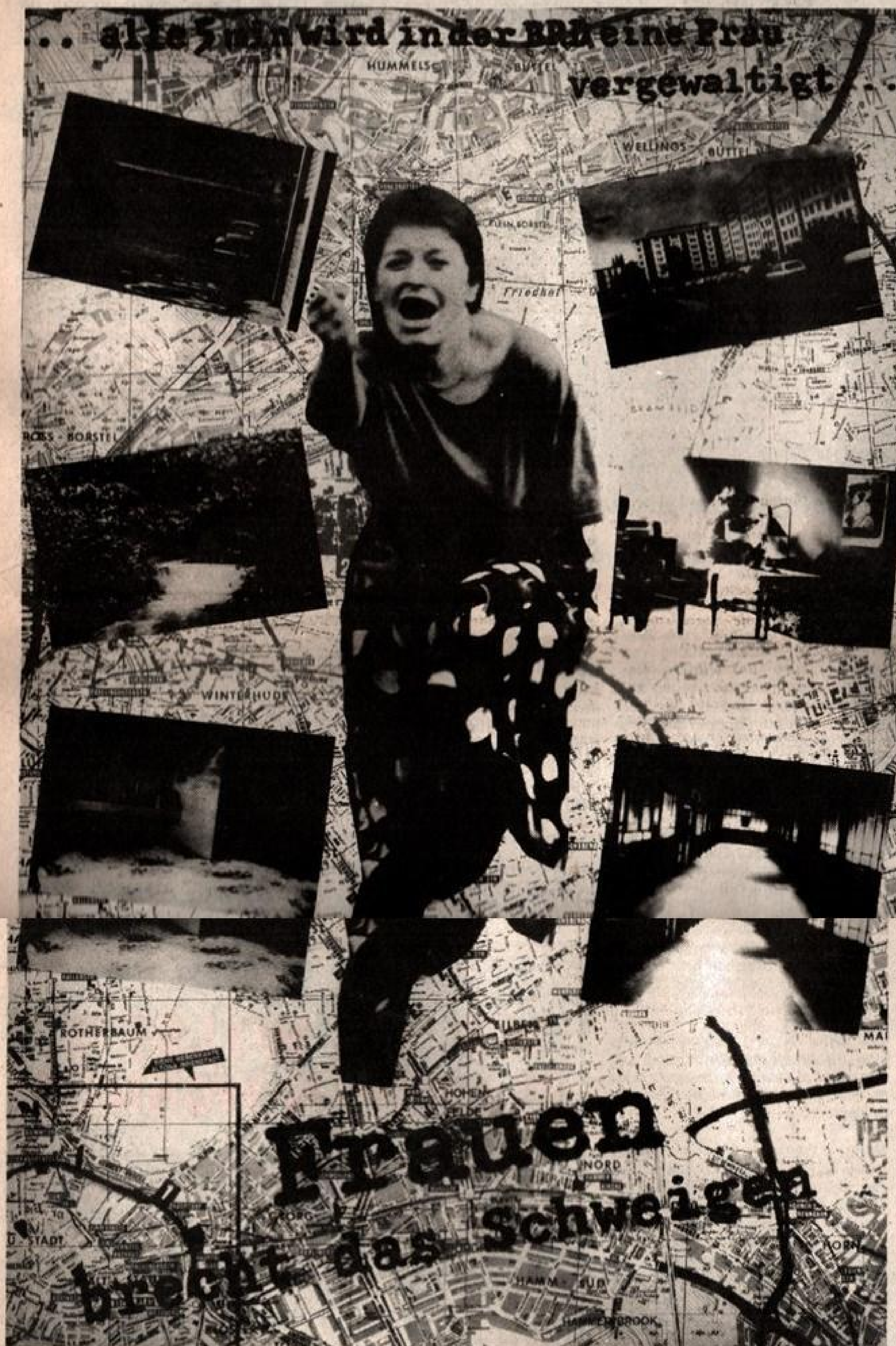
Fortsetzung von voriger Seite

Frau kann sich angesichts der vielen Ungereimtheiten der an sich uralten Vorschläge und Thesen fragen, warum überhaupt heute und ausgerechnet in der „Courage" solch ein Artikel erscheint. Wir meinen, daß dies nicht von ungefähr geschieht. Ist doch die „Gewaltfrage" ein immer wiederkehrendes Thema in allen Bewegungen. Bei einigen Demonstrationen der Frauenbewegung, bei Walpurgisnacht-Demos oder Demos gegen Gewalt an Frauen, war Gewaltanwendung gar keine Frage. Da flogen ohne weiteres die Steine in die Fenster der Sex-Shops und wurde jede derartige kaputte Scheibe mit Gejohle und Beifall begrüßt. Die „Gewaltfrage" selbst war jedoch innerhalb der Frauenbewegung bei allen anderen Anlässen genauso umstritten wie in anderen Gruppen und Bewegungen auch; erinnert sei hier nur an die Auseinandersetzungen innerhalb der Anti-AKW-Bewegung (Bauplatzbesetzung etc.). Frau hat nach außen hin nur nicht viel davon gehört; die Diskussionen fanden relativ wenig Eingang in die Frauen-Presse. Insofern ist es nicht unerheblich, wenn eine Frauenzeitung wie „Courage" heute diesem Thema einen Schwerpunkt widmet, der dann auch noch sehr einseitig ausfällt. Gerade heute, wo es die Diskussionen auch innerhalb der Friedensbewegung gibt, sind solche Vorschläge, wie S.P. sie uns macht, nicht unwichtig. Die Diskussion wurde überdies in der nächsten Nummer der „Courage" im Oktober in der gleichen Art und Weise fortgesetzt.

Insofern ist S.P.'s Artiekl und die Einseitigkeit der Beiträge in der „Courage" eine klare Ausrichtung gegen Gewaltanwendung „schlechthin", in welcher Form auch immer. Die „Courage"-Frauen halten offenbar den Zeitpunkt für dringend, sich massiv zugunsten der „Gewaltfreiheit" in die Diskussion einzumischen. Daß sie mit derart flauen Argumenten allerdings jemanden überzeugen können, darf bezweifelt werden.

a. und Ul., Hamburg

Frauen — brecht das Schweigen!



Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hat am 1.7.81 ein Grundsatzurteil gefällt in Sachen „Vergewaltigung". Darin werden erneut die Kriterien, wann eine Vergewaltigung auch wirklich als solche strafrechtlich verfolgt wird, weiter eingeengt. Oder anders herum: die Freigabe von Frauen an Männer zur ungestraften Vergewaltigung wurde noch weiter gefaßt. Wir wollen in diesem Artikel anreißen, in welchem politischen Zusammenhang wir dieses Urteil sehen. Wir hoffen, dadurch möglichst viele Frauen davon zu überzeugen, daß sie mit uns z. B. am 14.11.81 zur zentralen Frauendemo gegen das BGH - Urteil nach Karlsruhe fahren.

70.000 – 140.000 tatsächliche, 7.000 angezeigte Vergewaltigungen jährlich in der BRD, aber nur 700 (!) Verurteilungen am Ende eines Prozesses – mit anderen Worten:

Alle 5 Minuten wird in der BRD eine Frau vergewaltigt, und lediglich 1 % der Täter wird tatsächlich verurteilt. Bei keinem anderen Delikt hat ein Täter derart große Chancen, ungeschoren davon zu kommen. Das ist die erbärmliche und skandalöse Bilanz der „Gerechtigkeit", die die angeblich neutrale Justiz den Frauen in diesem Lande zukommen läßt. Es gehört schon sehr viel Mut dazu, als Frau eine erlebte Vergewaltigung anzuzeigen; meist halten Scham, vorwurfsvolle Reaktionen der Umwelt („wieso mußtest du auch gerade...") und die Angst vor dem Gerichtsverfahren davon ab.

Vergewaltigung ist das einzige Verbrechen, das ausschließlich von Männern und (fast) ausschließlich an Frauen begangen wird. In der Regel sind es aber auch fast ausschließlich Männer (Richter, Staatsanwälte, Verteidiger), die beurteilen sollen, ob der Mann oder die Frau lügt. Befragt wird dann vor allem die Frau. I h r e Glaubwürdigkeit steht auf dem Prüfstand. Oft wird sogar noch ein (natürlich absolut glaubwürdiger, weil „objektiver") Fachmann für Gewissensprüfung geholt. Sein Gutachten entscheidet über den heimtückischen, krankhaften oder „anständigen" Charakter der Frau. Es kommt nicht von ungefähr, daß der Verlauf eines solchen Prozesses von vielen Frauen als 2. Vergewaltigung empfunden wird. Skrupellos wird öffentlich in ihrem Seelenleben, ihrer Kindheit, ihren sexuellen Erfahrungen usw. herumgewühlt. Und immer alles mit dem Ziel, sie als Lügnerin oder zumindest als Mitschuldige hinzustellen.

Vor etwa 3 Jahren hat die Frauenbewegung begonnen, das Thema Vergewaltigung stärker an die Öffentlichkeit zu bringen. Sie hat herausgearbeitet, daß Vergewaltigung kein Sexualdelikt ist, sondern ein politisches Machtmittel zur Einschüchterung und Unterdrückung aller Frauen und damit zur Aufrechterhaltung der Männerherrschaft. Der Kampf gegen die Vergewaltigung muß deshalb ein gemeinsamer sein; eine individuelle Lösung gibt es für keine Frau.

Das Potential der Betroffenen ist in diesem Fall gewaltig: Frauen, die Vergewaltigungen erlebt haben, und solche, die in Angst davor leben. Eine politische Bewegung gegen Vergewaltigung als Machtmittel der Männer würde groß und bedrohlich werden. Ansätze dazu sind in der bisherigen Arbeit der autonomen Notrufgruppen erkennbar.

Und schon reagieren die HERRschenden: Das Patriarchat fühlt einen wesentlichen Stützpfeiler seiner jahrtausendealten Vorherrschaft bedroht. Männer wie der „Spiegel"-Schreiberling Hans-Dieter Degler fühlen sich berufen, einzugreifen, um der Sache schnell eine andere politische Wende zu geben (So sein Buch „Vergewaltigt – Frauen berichten", das wir übrigens alle tunlichst boykottieren sollten!). Und dieser Staat bekämpft jede Bewegung, die sich für die eigenen Interessen einsetzt und womöglich breit und angemessen aggressiv wird.

Zudem wird für ihn im Zuge der zunehmenden Kriegsvorbereitungen totale Manipulierbarkeit und „Friedhofsruhe" im eigenen Land besonders wichtig.

Also, die HERRschenden reagieren auf unsere Arbeit und zwar nach altbewährtem Muster: einerseits draufschlagen, andererseits vereinnahmen. Vereinnahmen, d.h. in diesem Fall:

- Das Bundeskriminalamt ließ eine Studie über die Folgeschädigungen von Vergewaltigungen anfertigen; ein BKA-Psychologe soll jetzt eine Stelle „SOS Gewalt" einrichten für die Betreuung von Vergewaltigungsopfern.
- Freiburg: In Zusammenarbeit mit der Polizei wurde in der Uni-Frauenklinik eine Notrufstelle eingerichtet;
- der Mainzer Notruf wird vom Bundesministerium als Forschungsprojekt finanziert mit der Verpflichtung, mit Behörden und Polizei zusammenzuarbeiten und Berichte abzuliefern.

Die Arbeit, die in diesen Institutionen geleistet wird, beschränkt sich ausschließlich auf die karitative Betreuung der vergewaltigten Frauen. Die Betroffenen sollen individuell wieder „hochgepäppelt" werden (wobei wir jetzt nicht die tatsächlich vorhandene seelische Not und Einsamkeit der Frauen verächtlich machen wollen). Aber die Frage nach den U r s a c h e n von Vergewaltigungen, wer eigentlich davon profitiert und welche F u n k t i o n sie hat, wird ausgeklammert. Damit wird der Frage die politische Brisanz genommen.

Draufschlagen, das heißt in diesem Fall:

- Beim Aktionstag gegen das BGH-Urteil in Hamburg (4.9.81) marschierten am Kundgebungsplatz gleich 3 - 400 Bullen auf. Eine Frau wurde willkürlich rausgegriffen und zur Wache verschleppt, um alle einzuschüchtern.
- Die Walpurgisnachtdemos sind jedes Jahr wieder Zielscheibe von Bullenübergriffen.
- Als einen Teil begreifen wir auch

- Die Walpurgisnachtdemos sind jedes Jahr wieder Zielscheibe von Bullenübergriffen.
- Als einen Teil begreifen wir auch das BGH – Urteil vom Juli 81, das unsere rechtlichen Möglichkeiten vor Gericht noch mehr einschränkt.

Dieses Urteil, verfaßt von den Herren in der Karlsruher Herrenstraße, hat vor allem zwei Aussagen:

1. *„Das bloße Fahren zu einer abgelegenen Stelle, an der die mitgeführte Frau Hilfe nicht erwarten kann, ist nicht ohne weiteres Gewaltanwendung im Sinne des § 177 STGB (Vergewaltigung)".*
2. *„Nicht in jeglichem Einschließen oder ähnlicher Beschränkung der Bewegungsfreiheit einer Frau, in der Absicht, mit ihr geschlechtlich zu verkehren, liegt bereits Anwendung von Gewalt vor".*

Etwas anders ausgedrückt heißt das: Wenn ein Mann eine Frau einsperrt, sie verbal bedroht und dann vergewaltigt, hat er keine Gewalt angewandt, hat er sie gar nicht vergewaltigt. Und nur wenn frau sich – trotz aussichtsloser Lage, da keine Hilfe zu erwarten ist – körperlich so gewehrt hat, daß sie hinterher sichtbar verletzt ist, wird das Verbrechen möglicherweise als Vergewaltigung „anerkannt".

Mit diesem Urteil wird der Straftatbestand „Vergewaltigung" noch mehr als bisher eingeengt, wird der oben geschilderte demütigende und fast aussichtslose Gang vors Gericht noch aussichtsloser. Demnächst wird es wohl per Neudefinition überhaupt keine Vergewaltigung mehr geben...

Die Herren haben sich dieses Urteil ausgedacht zu einer Zeit, in der wir deutlich für unsere Forderungen nach einer A u s w e i t u n g des Vergewaltigungsbegriffes kämpfen – u.a. in einer Gesetzesinitiative (Strafbarkeit auch von Vergewaltigungen durch den Ehemann, Behandlung j e d e r erzwungenen Penetration (anal, oral oder vaginal) als Vergewaltigung, Anerkennung von psychischer Gewalt als Form der Gewaltanwendung, Behandlung von Vergewaltigungen durch „Freunde" oder Bekannte als mindestens gleichschwere Fälle wie durch Fremde)!

Das kann nur bedeuten, daß wir jetzt erst recht für unsere Forderungen in die Öffentlichkeit gehen, daß w i r dafür sorgen, daß Vergewaltigungen nicht einfach per Federstrich beseitigt werden.

Und wir wehren uns gegen solche Ungeheuerlichkeiten von Seiten des Staates und/oder der Männer auch zu einem Zeitpunkt, wo die Bedrohung durch den „endgültigen Krieg" immer größer wird.

Wieviele von uns Frauen nehmen sich mal wieder zurück, sehen und fühlen zwar die Gewalt gegen Frauen und spüren deren Zunahme, meinen aber, nur noch der „große Kampf" gegen den endgültigen Krieg sei legitim. Der Alltagskrieg wird dann leicht zur „unwichtigen Nebensache".

Vergewaltigung ist ein Damokles-Schwert, das über j e d e r Frau hängt. Ein erster Schritt zur Entmachtung der Männer ist es, das perfekte Schweigen darüber endlich zu brechen, die eigene Angst, das Schamgefühl, daß es ausgerechnet mich getroffen hat... all das a u s z u s p r e c h e n ! ! ! Es geht nicht nur vereinzelten Frauen so – alle 5 Minuten betrifft es wieder eine !!!

Die Demo in Karlsruhe soll ein Schritt sein, Vergewaltigungen und ihre Behandlung durch die Justiz ins

trifft es wieder eine !!!

Die Demo in Karlsruhe soll ein Schritt sein, Vergewaltigungen und ihre Behandlung durch die Justiz ins öffentliche Gerede zu bringen.

Deshalb rufen wir alle Frauen auf, den beschwerlichen Weg auf sich zu nehmen und an der Frauendemo, 14. November, 10.00 Uhr Mensa (in Karlsruhe) teilzunehmen!

Notruf Hamburg



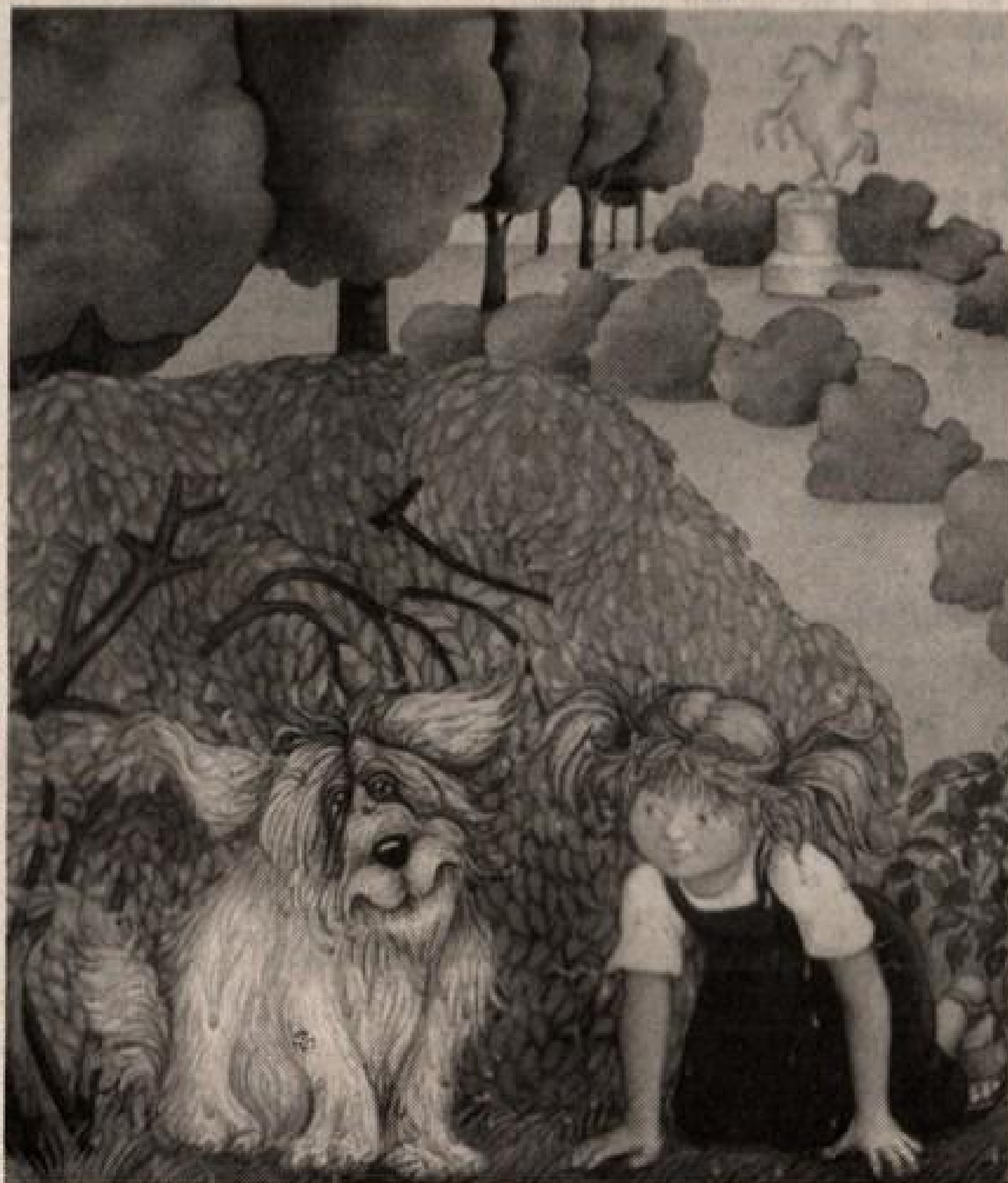


„Bilderbücher auf Seiten der Mädchen"

Jungs spielen mit Autos, Mädchen mit Puppen; Jungs erleben die tollen Abenteuer, führen die großen Reden, machen die interessanten Sachen, Mädchen dürfen da höchstens mal mitmachen, wobei die Betonung auf m i t liegt; ansonsten kommen sie vielleicht vor in Nebenrollen, weil es eben auch Mädchen gibt und der Held durch die bewundernden Blicke der Mädchen noch gewinnen kann. Wer einmal spielende Kinder genauer beobachtet hat, wird schnell feststellen, wer was und vor allem w i e macht, und wann ein Kind z.B. nicht mehr mitspielt; ein Junge nämlich, wenn ein/die Mädchen plötzlich die Regie übernehmen. Diese Realität schlägt sich in den Kinderbüchern nieder, wird gleichzeitig dort hundertfach reproduziert, um erneut den Kindern einzubläuen, daß das eben so sein muß, weil es nicht anders sein darf. Wir freuen uns sehr, daß der Rote Elefant und das Babyhaus Heinrichstraße (Hamburg) bereit waren, über eine Veranstaltung, die sich mit diesem Thema beschäftigte, zu berichten. Wir sind gerne bereit, Anfragen von Interessierten an den Roten Elefanten und das Babyhaus weiterzuleiten. Wer sich selbst an die Initiativen wenden will: Roter Elefant, c/o Margret Steenfatt, Dillstraße 1, 2000 Hamburg 13, oder Babyhaus in der Heinrichstraße, c/o Kinderhaus, Heinrichstraße 14a, 2000 Hamburg 50.

Kinderkommission/KB Hamburg

Mitte August fand im Kinderhaus Heinrichstraße die Ausstellung „Bilderbücher auf Seiten der Mädchen" statt. Veranstalter waren der Rote Elefant und das Babyhaus Heinrichstraße. Autoren, Bibliothekare, Literaturwissenschaftler, Eltern und Interessierte konnten hier sehr anschaulich feststellen, wie Mädchen und Frauen in Bilderbüchern in typischer Manier nur als „Zicken" ohne Phantasie und Ideen oder schon als kleine Hausfrauen in Erscheinung treten. Die Abenteuer erleben immer nur die Jungen.
Die über 600 Besucher konnten feststellen, daß schon in Bilderbüchern den kleinen Mädchen und Jungen das übliche Rollenverhalten untergejubelt wird, mal ganz offen, aber auch oft „von Hinten durch die Brust ins Auge". Da diese Tatsache total an den pädagogischen Ansprüchen des Roten Elefanten und des Babyhauses vorbeigeht (Rollenspezifisches Verhalten abzubauen) beschlossen der Rote Elefant und einige Babyhaus-Eltern, das große Feld der Bilderbücher mal etwas genauer unter die Lupe zu nehmen. Eine Schweizer Untersuchung von drei Frauen und einem Mann leistete hierbei große Hilfe: 1200 Bilderbücher wurden untersucht; nur in 53 davon werden Mädchen nicht diskriminiert. Diese ausgewählten Bücher waren auch Inhalt der Ausstellung.
Schon bei den Vorbereitungen zeigte sich das große Interesse an diesem Thema. Das spiegelte sich wieder in dem umfangreichen Programm, das zusätzlich zur Buchausstellung lief: In einem Kinderprogramm setzte ein Pantomime eines der ausgewählten Bücher in Szene. Die Bilderbuchautorin Margret Steenfatt machte eine Geschichte für und mit Kindern und zeigte themenspezifische Trickfilme. Der Literaturwissenschaftler Malte Dahrendorf untersuchte zu diesem Thema in einem Diskussionsbeitrag Bilderbücher, die in den letzten zehn Jahren erschienen und einen Preis erhielten. Bettina von Bonin ergänzte die Veranstaltung mit einer Ton-Dia-Show zum Thema Mädchen und Märchen.



aus: Gewittergeschichten für einen Hund, Otto Maier Verlag/Ravensburg

Interview mit
Malte Dahrendorf
Margret Steenfatt
Babyhaus Heinrichstraße

AK: *Malte, du hast einen Beitrag für diese Ausstellung erarbeitet. Warum interessiert dich dieses Thema?*

Malte: Ich empfinde die gesellschaftliche Ungleichheit von Frau und Mann schon seit längerem als Skandal. Wenn man sich aber die Kinder- und Jugendbücher genauer ansieht und darüber hinaus die Massenmedien, wundert man sich darüber nicht mehr; hier werden doch die alten Vorstellungen wieder bestätigt und neu verfestigt. Und schließlich meine ich, daß mit der Emanzipation der Frau auch immer meine eigene – als Mann – mitgemeint ist. Insofern betrifft es auch mich.

AK: *Was hast du beim Vergleich der Bücher herausgefunden?*

Malte: In wenigen Worten: es treten immer viel mehr Jungen als Mädchen auf, und fast immer sind die Jungen aktiv, tonangebend und führend, und die Mädchen passiv. Und vor allem: Jungen und Männer sind meist berufsbezogen dargestellt, während die Mädchen mit Symbolen auftreten, die sie auf das Haus zuweisen. Ich habe sogar den Eindruck, daß die Gesellschaft manchmal schon weiter ist als viele dieser Bücher.

AK: *Wieso fühlst du dich eigentlich – als Mann – kompetent für solche Untersuchungen?*

Malte: Ich habe mich bereits seit den 60er Jahren, da war ich noch Volksschullehrer, mit der Lektüre der Mädchen beschäftigt und bin da auf ungeheure Klischees gestoßen. Daraus entstand dann ein Buch, „Das Mädchenbuch und seine Leserin", das 1970 herauskam. Ihr wißt ja, was auf dem Gebiet so läuft, von „Trotzkopf" bis Enid Brytons „Hanni und Nanni".

AK: *Wie erklärst du dir, daß sich bisher kaum jemand mit dem Thema „Rollenklischees im Bilderbuch" beschäftigt hat?*

Malte: Ich glaube, das Bilderbuch ist überhaupt ein Stiefkind der Wissenschaft. Bilder zu analysieren ist immer schwieriger, als mit Texten umzugehen, zumal man sehr wenig über die Bilderwahrnehmung von Kindern weiß. Erst neuerdings ist man auf diesem Gebiet etwas aktiver geworden.

AK: *Meinst du, daß sich durch Veranstaltungen wie diese etwas ändern wird?*

Malte: Das ist schwer zu beantworten. Natürlich soll man die Möglichkeiten solcher Veranstaltungen und einer Rollenkritik nicht überschätzen. Man muß auch fragen: Wer wird davon erreicht? Ich hatte in der Diskussion den Eindruck, daß ich bei den meisten mit meiner Kritik an den Büchern offene Türen einrannte. Die Leute, die das viel mehr betrifft, waren halt nicht da. Dennoch sollte man mal einen Anfang machen. Deshalb ist es auch gut, daß uns einige Medien und Zeitungen, wie zum Beispiel ihr, dabei helfen.

AK: *Margret Steenfatt, du bist Autorin. Warum hast du dich an der Vorbereitung der Veranstaltung beteiligt und zum Thema selbst noch einen Text für die Kinder geschrieben?*

Margret: Ich arbeite schon seit Bestehen des Kinderhauses Heinrichstraße mit den Erziehern und auch mit den Kindern zusammen, weil ich meine Arbeit als Schriftstellerin gar nicht anders als im Zusammenhang mit der Förderung von alternativen Einrichtungen und Gruppen verstehen kann. Texte zur gesellschaftlichen Situation von Kindern und Erwachsenen können heute nicht mehr im stillen Kämmerlein geschrieben werden. Dazu sind die Erfahrungen auf der Straße viel zu hart.

AK: *Dieses Thema ‚Bilderbücher auf Seiten der Mädchen' muß dir als Autorin aber doch früher schon einmal kritisch bewußt geworden sein, wenn du diesen alternativen Anspruch hast.*

Margret: Ich muß gestehen, daß ich meine eigenen Bücher jetzt auch unter die Lupe genommen habe, um festzustellen, welche dicken Fehler ich zum Rollenverhalten drin stehen habe. Nun sind meine Mädchen zu meiner Erleichterung in den Büchern nicht so brave und passive Typen.

AK: *Du bist auch Mitglied im Roten Elefanten. Deshalb hast du diese Veranstaltung nicht nur als Einzelperson, als Autorin, mitgestaltet.*

Margret: Auch der Rote Elefant besteht seit 1976, genau wie das Kinderhaus. Und ich bin damals in beiden Initiativen tätig geworden. Solche praktischen Erfahrungen mit Leuten in Alternativen sind nicht nur ein Rückhalt, eine solidarische Verbundenheit, sie ermöglichen auch einen besseren Widerstand gegen den Anpassungsdruck. Und so sind wir mit einer ganzen Gruppe aus dem Roten Elefanten in die Veranstaltung mit eingestiegen und werden vom Roten Elefanten aus das Thema hinterher noch ein ganzes Jahr lang kritisch untersuchen. Wir arbeiten auch dazu wieder mit dem Kinderhaus und dem Babyhaus zusammen. Als Ergebnis soll eine Veranstaltungsreihe in Hamburger Gruppen und Initiativen, Buchhandlungen und Grundschulen folgen.

AK: *Du hast für die Veranstaltung eine Ausarbeitung zur Person der Hexe im Bilderbuch gemacht. Und du hast für die Kinder eine Geschichte geschrieben.*

Margret: Wenn ich schon mitmachte, wollte ich natürlich auch was Kreatives beisteuern, etwas im Rahmen meiner eigentlichen Arbeit. Und so ist diese Hexengeschichte entstanden ‚Der Riese und die Hexe', die ihr gern abdrucken könnt, wenn ihr wollt. Ich habe da mein Verständnis von der Hexe, der EMANZE im Mittelalter und heute, für Kinder hoffentlich erfahrbar gemacht.

AK: *Wie kommen Eltern in einer Babyinitiative dazu, sich mit diesem Problem zu beschäftigen?*

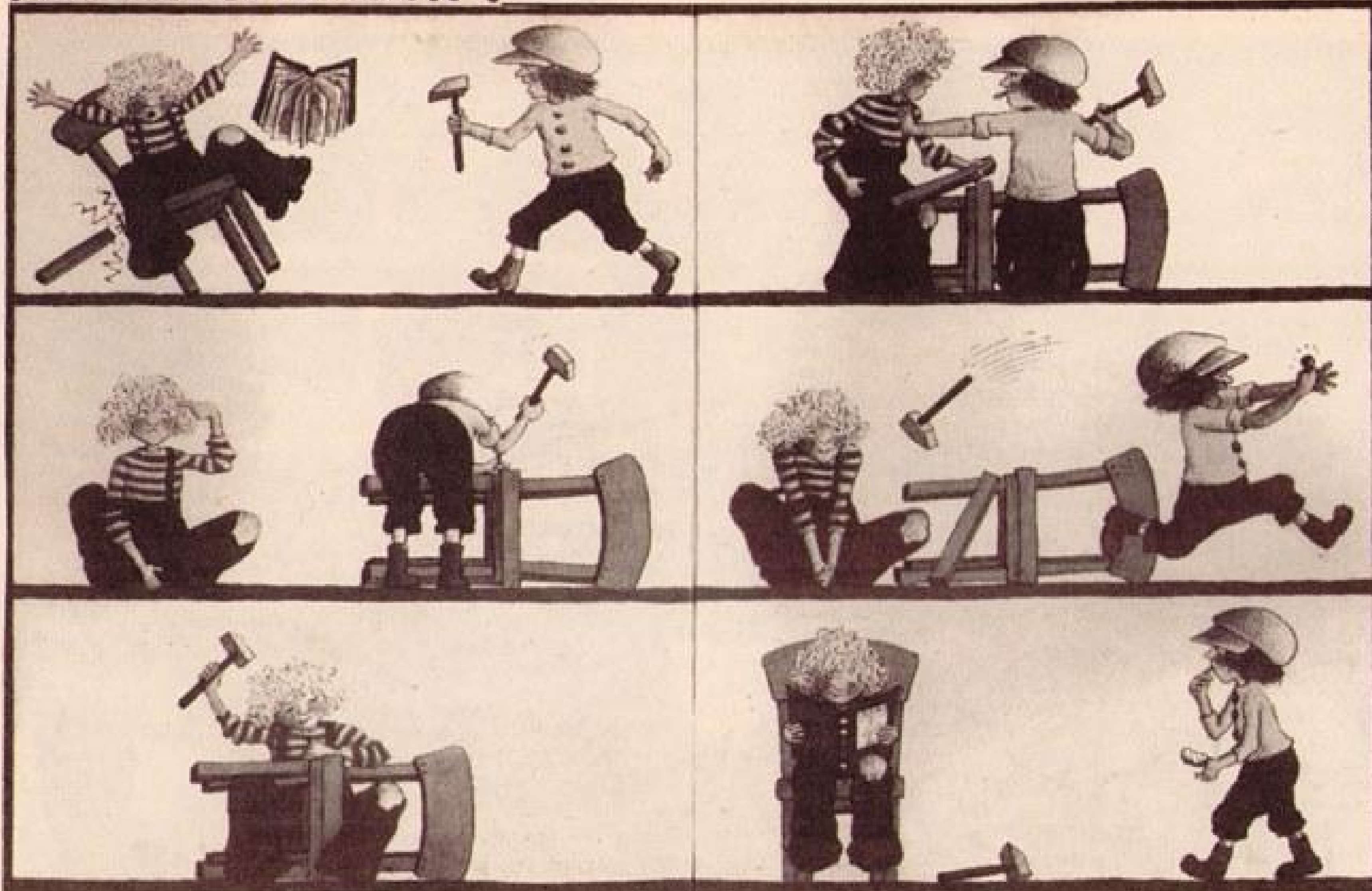
Babyhaus: Einer unserer wichtigsten Ansprüche ist die gleichberechtigte Erziehung von Mädchen und Jungen. Ja, nicht nur die gleichberechtigte Erziehung, sondern daß wir Mädchen eben auch b e s o n d e r s stärken wollen. Wir haben schon des öfteren auf Elternabenden über dieses Problem diskutiert. Feststellen mußten wir jedenfalls immer wieder, daß rollenspezifisches Verhalten schon bei unseren ganz Kleinen vorhanden ist. Gerade weil deren Eltern ja selbst noch genug davon im Kopf haben. Weil Kinder ja nun auch Bilderbücher lieben, sind wir beim näheren Hinsehen darauf gestoßen, wie in diesen den Kleinen das typische Rollenklischee untergejubelt wird. Ein krasses Beispiel ist das „Riesenbilderbuch" von Ali Mitgutsch. Schon rein an der Anzahl überhäufen tatkräftige Jungen oder Männer die Seiten des Buches. In dem Buch spielen sich typische Männerszenen ab: „auf dem Bau", „bei der Feuerwehr", „im Fischereihafen", usw. usw., also Szenen, wo auch in der Realität kaum Mädchen und Frauen zu finden sind. Wenn sie vorkommen, dann in wenig qualifizierten Berufen, als Braut oder tollpatschige Oma, die nicht in der Lage ist, ihren Einkaufskorb nach Hause zu tragen. Die Darstellungen hinken sogar oft der Realität hinterher. Es handelt sich hier um ein Bilderbuch, daß viele Kinder wegen seiner vielfältigen Illustrationen sehr gerne ansehen.
Wir wollten nicht beim Feststellen dieser Misere bleiben, sondern die Öffentlichkeit, vor allem auch Eltern, über diese Tatsachen informieren.

AK: *Inwieweit haben sich die Väter inhaltlich an der Auseinandersetzung beteiligt? Und welche Konsequenzen habt ihr daraus gezogen?*

Babyhaus: Die Idee zu dieser Ausstellung ist von Frauen gekommen. Wir können wohl sagen, wenn wir es überhaupt im Elternkreis geschafft haben, inhaltlich über die Bücher zu diskutieren, dann war es mit Müttern. Einige haben die Bücher ihrer Kinder selbstkritisch unter die Lupe genommen. Einige Väter haben uns bei der praktischen Arbeit unterstützt. Aber wir können sagen, daß insgesamt sowohl bei Vätern als auch bei Müttern die selbstkritische Durchsicht und Stellungnahme zu den Büchern ihrer Kinder viel zu wenig gelaufen ist. Jedenfalls ist bei uns kein Echo angekommen. Wir hoffen schon, daß bei weiterer inhaltlicher Arbeit zu diesem Thema wir da wieder in Schwung kommen. Margret vom Roten Elefanten hat ja schon erwähnt, was hierzu geplant ist.
Hier stellt sich auch die Frage, wieweit das kritische Gesichtsfeld, was die gleichberechtigte Erziehung anbetrifft, oder wie die Großen hier überhaupt ihr eigenes Rollenverhalten in Frage stellen, reicht. Das heißt konkret, wenn die Eltern die Sache sonst nicht in der Birne haben, werden sie natürlich auch die Bilderbücher ihrer Kleinen nicht unter die Lupe nehmen. Das wissen wir ja auch von den Müttern, die hauptsächlich die Bücher durchgesehen haben. Die haben bei sich zuhause dann auch erst den „sexistischen Schrott"



Aus dem Inhalt: Die tägliche Zumutung; Aktive weibliche Rollen; Bücher mit feministischer Thematik; Untypische männliche Rollen; Natur; Tiere – zu beziehen: c/o Regina Hess, Mühlenberg 20, 4052 Basel/Schweiz



aus: Jupp und Jule, ersch. im C. Bertelsmann-Verlag

Jule, ein starkes Mädchen, welches sich durch die Angebereien von Jupp nicht beeindrucken läßt. Mit Humor und netten Illustrationen wird dargestellt, daß auch Mädchen in jeder Beziehung stark sein können und Jungen auch mal „schwach" sein dürfen.

entdeckt. Das beinhaltet auch eure nächste Frage, welche Konsequenzen wir gezogen haben. Wenn dieses Problem nicht ständig unter den Eltern diskutiert wird, wird auch das „Bewußtsein" in dieser Frage wieder in den Hintergrund versickern. Wir haben es bei uns aber als Anspruch formuliert, in unserer Pädagogik ein besonders scharfes Auge darauf zu werfen, rollenspezifisches Verhalten zu sehen und zu bekämpfen.
Bis auf einige männliche Ausnahmen sind die Mütter eher bereit, von ihrem eigenen Verhalten zu reden. Das liegt sicher auch an ihrer besonderen Unterdrückung als Frauen.
Selbst wenn man in unseren „Familien" einmal genauer hinsieht, wird einem in vielen Fragen vieles deutlicher. Einmal eben das Repertoire der Bilderbücher des jeweiligen Kindes. Aber auch zum Beispiel beim Spielzeug: Jungen spielen mit Autos, Mädchen mit Puppen, von einigen Ausnahmen abgesehen.
Es genügt eben nicht – „weil man halt alternativ ist" – ein mädchenfreundliches Buch im Regal stehen zu haben. Der „Erfolg" stellt sich erst ein, wenn Eltern und Erzieher sich darüber klar werden, daß nur die ständige Auseinandersetzung um das eigene Verhalten in der Zukunft eine Änderung gewährleistet.

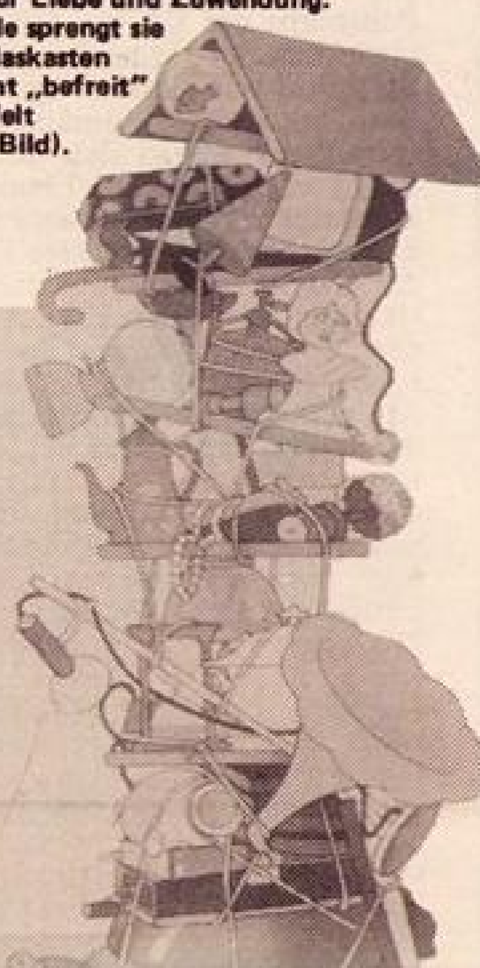
AK: *Wie erklärt ihr euch die große Resonanz auf eure Initiative?*

Babyhaus: Ja, als Buchausstellungsthema hat es dieses eben noch nicht gegeben. Große Resonanz haben wir gerade bei Leuten mit Kindern gefunden. Wir hoffen, daß dieses Thema gerade bei Leuten mit Kindern gefunden. Wir hoffen, daß dieses Thema ein kritischeres Denken bei Eltern hervorruft. Oder sie formulieren den Anspruch schon für sich, und sind deshalb gekommen.
Ein zweiter Punkt ist, daß wir die Veranstaltung ziemlich gut veröffentlicht haben. Es gibt ein Plakat zum Thema. Viele Zeitungen und selbst das Radio hat uns angekündigt.

AK: *Ich kann mir nicht vorstellen, daß ihr bei so einem brisanten Thema immer einer Meinung ward?*

Babyhaus: *Das ist richtig! Gerade unsere unterschiedlichen Meinungen zu den verschiedenen Büchern zeigen das deutlich. Wir möchten dies einmal an einem Beispiel aufzeigen. Eine Frau entdeckte ein Bilderbuch, „Das Krokodil unterm Bett", das sie unheimlich toll fand, weil ein Mädchen ein Abenteuer darin erlebt. Eine andere Frau fand das Buch aber garnicht so toll, aus folgenden Gründen: Ein Mädchen erlebt zwar ein Abenteuer, aber mit wem, und die für uns sehr wichtige Frage, „wer hat die Ideen?" Es ist ein männliches Krokodil, nämlich Jacob, und ihm fällt natürlich die Nachtlang durch auch ein Spiel nach dem anderen ein. Das Mädchen kommt „leider kaum zu Wort". Solche Auseinandersetzungen sind bei jedem Treffen, wo wir die Bücher angesehen haben aufgetaucht.*

Arthur und Klementine, stellt die Geschichte einer Frau im gläsernen Käfig dar. Arthur überhäuft sie mit den tollsten Geschenken um Klementine ans Haus zu binden. Geschenke sind Ersatz für Liebe und Zuwendung. Am Ende sprengt sie ihren Glaskasten und zieht „befreit" in die Welt hinaus (Bild).



aus: Artur und Klementine, ersch. im Carlsen Verlag

Das ist auch gut so. Wir haben dadurch ein viel kritischeres Sehen der Bilderbücher erlangen können. An einem weiteren Buch, „Asolina und die gläsernen Schatullen", erschienen im Verlag Frauenoffensive, mußten wir ein weiteres Mal feststellen, daß allein die Tatsache, daß eine Frau, nämlich „Asolina", die Hauptrolle spielt, als Kriterium nicht ausreicht. Asolina, eine „seit Jahren isoliert lebende Schneiderin", kommt auf die Idee, hinauszuziehen und ein Abenteuer zu erleben. Angeregt wird sie durch ein vorbeiziehendes Kriegsheer, das „hinauszieht, um was zu erleben". Diese Art von Abenteuern lehnen wir ab. Da nützt es auch nichts, daß ein Mädchen die Hauptrolle spielt.
Die Meinungen der Besucher auf der Buchausstellung und bei unserem späteren Stand auf dem Literatrubel waren sehr unterschiedlich. Der Großteil war eigentlich sehr erfreut, daß dieses Thema endlich mal aufgegriffen wird. Andere waren wiederum sehr „erschrocken", fanden uns viel zu radikal, beschimpften uns als Emanzen, die jetzt schon in den Bilderbüchern unserer Kleinsten „das Hackebeilchen anlegen". (Ereignis vom Literatrubel.)

AK: *Ist das Thema für euch mit dieser Veranstaltung erledigt?*

Babyhaus: Hier können wir uns im wesentlichen der Antwort von Margret (AG Roter Elefant) anschließen. Dazu müssen wir noch sagen, daß ja alle Bücher im wesentlichen erstmal aus der Sicht der „Großen" betrachtet wurden. Uns ist es besonders wichtig, in der weiteren Arbeit die Meinung der Kinder zu erfahren. Deshalb freuen wir uns besonders über die Aktivitäten des Roten Elefanten, der mit Kindern, Erziehern und Eltern in mit Kindern, Erziehern und Eltern in verschiedenen Initiativen und Bereichen, auch im Baby- und Kinderhaus, gemeinsam die Bilderbücher ansehen und besprechen will. Für die Eltern soll es eine Anregung sein, sich die Bilderbücher kritisch anzusehen, und vor allen Dingen ihre Kinder nicht allein damit zu lassen, sondern sich die Bücher gemeinsam anzusehen und zu besprechen.

Margret Steenfatt

Margret Steenfatt

Der Riese und die Hexe

Der Riese hieß Herrmann.
Die Hexe hieß einfach Hexe.
An dem Riesen war alles riesig: seine Beine, seine Arme, seine Schultern und sein Kopf. Auf den Kopf war der Riese besonders stolz. „Großer Kopf, großes Gehirn", sagte er und hielt sich für den Klügsten.
Mit seinen Beinen rannte der Riese als erster durchs Ziel, mit seinen Armen hob er die schwersten Gewichte und mit seinem Kopf dachte er sich Sachen aus, Fabriken, Maschinen, Schiffe, Superklasse-Autos, Motorräder, Flugzeuge und Raumschiffe.
Außerdem trat er überall in Versammlungen auf, um große Reden zu halten. Diese Reden handelten alle von ihm.
Der Riese verlangte, daß die Leute ihn für seine Taten bewunderten. So geschah es auch.
Nur die Hexe machte nicht mit. Sie hatte ihren eigenen Kopf, wenn auch keinen riesigen.
Der Riese ärgerte sich darüber, daß die Hexe keine Lust hatte, ihm zuzujubeln. Ganz besonders störte ihn jedoch ihre Fähigkeit, einfach so in der Luft herumzufliegen.
Wenn der Riese in Riesengeschäften mit dem Flugzeug unterwegs war, traf er manchmal die Hexe.
Er saß angeschnallt auf einem kleinen Stühlchen in einer der Eisenmaschinen mit Düsenantrieb, und sie flog draußen herum, einfach so, über den Wolken, schwebte oder wirbelte in der Luft und machte sich Musik dazu, wenn sie wollte.
Der Riese hatte schon ein paarmal versucht, der Hexe das Fliegen zu verbieten, weil es unanständig wäre.
Die Hexe ließ sich aber nichts verbieten.
Da drohte er ihr, sie auf dem Scheiterhaufen zu verbrennen, falls sie so weitermachte.
Damit hatte er bei ihr aber keinen Erfolg, weil in ihrem Kopf andere Gedanken umgingen als in seinem.
Im Mittelalter bis zum Jahre 1793 wurden viele Hexen mißhandelt und verbrannt.
Nun kam es darauf an, ob die Leute dem Riesen weiter hinterherliefen oder ob sie auch mal was merkten.
Zuerst waren sie über die Apparate und Maschinen des Riesen begeistert gewesen und hatten geglaubt, so was, wie den Riesen, gibt's nicht nochmal! Sie hatten auch mitgemacht, als es gegen die Hexe ging.
Im Laufe der Jahrhunderte wuchsen ihnen die Erfindungen des Riesen jedoch über den Kopf: Wolkenkratzer, Computer, Raketen und Atomkraftwerke. Die Leute fühlten sich nicht mehr wohl, und da war es gut, daß die Hexe sich nicht hatte unterkriegen lassen und immer weiter standhaft blieb und einfach so in der Luft herumflog.
Fliegen müßten wir doch auch können, dachten die Leute mit Sehnsucht und wagten es endlich, an der Herrlichkeit des Riesen und an der Nützlichkeit mancher Apparate, die sein großer Kopf sich ausgedacht hatte, zu zweifeln.
Und als sie sich umschauten, entdeckten sie, daß die Hexe auch viele Sachen erfunden hatte, die waren schön und nützlich und nicht nur mit dem Kopf ausgedacht.
Da ließen die Leute den Riesen Riesen sein und fragten die Hexe, ob sie mit ihr zusammen versuchen könnten, sich von dem Riesen zu befreien.
War die Hexe damit zufrieden?
Und was machte wohl der Riese?



Thema dieses Heftes ist Freundschaft bei Kindern und Jugendlichen.

- **Interview im Kindertagesheim**
- **Meine Freundschaft mit Angela,**
- **Das Problem mit dem Schullandheim**
- **Mein Tagebuch u.a.**

Zu beziehen über:
PÄDAGOGIK-KINDERBUCH,
Schlüterstraße 26,
2000 Hamburg 13

Tips

zum Thema von der Arbeitsgruppe Roter Elefant/Babyhaus Heinrichstraße:

Um Geschlechter-Rollenklischees bzw. emanzipatorische Entwicklungen im Kinder-(Bilder)-Buch herauszufinden:

1. **Sind die Hauptfiguren** in Kleidung, Handeln, Sprache, Interessen und Zielen traditionell festgelegt oder zeigen sich Veränderungen im Sinne von Emanzipation?"
2. **Ist im Vergleich mit einer angemessenen Auswahl gängiger Bilderbücher eine gerechte Gleichbehandlung der Geschlechter erkennbar?**
   a) in der Häufigkeit, mit der weibliche und männliche Figuren Hauptpersonen sind,
   b) in den dargestellten Chancen, sich unabhängig vom Rollenklischee zu entwickeln,
   c) in den Initiativen, Wegen und Mitteln der Selbstverwirklichung.
3. **Gibt das Bilderbuch dem Betrachter Hilfen, Rollenfixierungen zu erkennen,** fördert es die Auseinandersetzung um übliches Rollenverhalten und bietet es Ideen, Rollenklischees schrittweise aufzubrechen?

Weiterhin eine Auswahl empfehlenswerter Bücher. (Genaueres bitte in der Buchhandlung erfragen).

Heidrun Petrides: **Jupp und Jule**
Bertelsmann, Ravensb. Erstes TB

Gina Ruck Pauquet, Waltraut und Friedel Schmidt: **Gewittergeschichten für einen Hund**
Otto Maier Verlag Ravensburg

Helme Heine: **Tante Nudel, Onkel Ruhe und Herr Schlau**
Middelhauve

Otfried Preussler, Herbert Leutz: **Die dumme Augustine**
Thienemanns

Adela Turin, Margherita Saccaro: **Lise und die Brötchen oder wie sich das Dorf verändert**
Limmat

Eva Eriksson: **Die Zahnreise**
Oetinger

Hamburger Bildermacher: **Tina bekommt eine Brille**
Schroedel

Vor 25 Jahren:

Aufstand in Ungarn



Vor 25 Jahren, im Oktober 1956, kam es in Ungarn zu einem bewaffneten Aufstand, der durch sowjetische Truppen niedergeschlagen wurde. Die Auseinandersetzung mit diesen Vorgängen scheint uns nicht nur deshalb sinnvoll, weil die Sowjetunion damals zum ersten Mal einem „Bruderstaat" in dieser Weise „Hilfe" zu Teil werden ließ, sondern vor allem auch, weil bei der Betrachtung der damaligen Ereignisse in Ungarn eine Reihe von Parallelen zur heutigen Entwicklung in Polen deutlich werden. Darüber hinaus befaßt sich der Artikel auch in grundsätzlicher Weise mit der Problematik oppositioneller Massenbewegungen im „realen Sozialismus".

Nach der blutigen Niederschlagung der ungarischen Räterepublik 1920 wurde in Ungarn ein reaktionäres Regime mit faschistischen Zügen errichtet, das von „Reichsverweser" Horthy geführt wurde. Rund 5000 Kommunisten und Sozialisten wurden ermordet, über 70.000 eingekerkert.

Das Horthy-Regime griff 1941 an der Seite der deutschen und italienischen Faschisten Jugoslawien an und beteiligte sich ab Ende Juni 1941 am deutschen Überfall auf die Sowjetunion.

In Anbetracht der abzusehenden Niederlage versuchte das Regime Anfang 1944, das Bündnis mit Deutschland zu lösen und einen Separatfrieden abzuschließen. Daraufhin ließen die Nazis das Land im März 1944 von deutschen Truppen besetzen. Judenprogrome und Massenverhaftungen weiteten sich aus. Im Oktober 1944 übernahm die „Bruderpartei" der NSDAP, die Bewegung der „Pfeilkreuzler" unter F. Szalasi, mit einem Putsch die Macht.

Neben 400.000 ungarischen Juden wurden auch zehntausende Ungarn Opfer der faschistischen Völkermordpolitik. Zwischen September 1944 und April 1945 wurde Ungarn durch die sowjetische Rote Armee vom faschistischen Regime und den Nazi-Besatzern befreit.

Bei den ersten Wahlen nach der Befreiung im Herbst 1945 erreichte die KP Ungarns lediglich 17 % der Stimmen, allein 57 % fielen auf die bürgerlich-demokratische „Kleinlandwirtepartei". Es wurde daraufhin eine Koalitionsregierung aus Sozialdemokraten, KP, Kleinlandwirtepartei und der Nationalen Bauernpartei gebildet.

Die stalinistische KP Ungarns unter Matyas Rakosi versicherte sich allerdings gleich nach der Befreiung *„der uneingeschränkten Kontrolle über die politische Polizei, die AVO ... das war die einzige Institution, deren Leitung wir uns gänzlich vorbehielten, indem wir uns entschieden weigerten, sie mit den übrigen Parteien der Koalition entsprechend zu teilen"*, wie KP-Chef Rakosi 1952 freimütig erklärte (1).





Bewaffnete Aufständische, denen sich anfänglich auch Einheiten der ungarischen Armee anschlossen.

Im Juni 1948 wurde die Sozialdemokratische Partei (ähnlich wie in Polen und in der DDR) durch Verschmelzung mit der KP liquidiert. Die anderen, kleineren Parteien wurden gleich- bzw. ausgeschaltet. Bis Ende 1949 wurden die wichtigsten Produktionsmittel verstaatlicht und ein „realsozialistisches" Regime stalinistischer Prägung errichtet, die Volksrepublik Ungarn, die in ähnlich peinlicher Weise wie die anderen unter sowjetischer Kontrolle stehenden Ländern der „große Bruder" möglichst getreu nachzuahmen trachtete. So kam es nach 1948, dem Bruch zwischen Jugoslawien unter Tito mit den anderen osteuropäi-
Bruch zwischen Jugoslawien unter Tito mit den anderen osteuropäi-
schen Staaten, auch in Ungarn zu Exzessen nach Art der „Moskauer Prozesse" der 30er Jahre.

Im Juni 1949 wurde der zeitweilige Innenminister der ungarischen Volksrepublik, Laszlo Rajk, und ein weiterer KP-Führer aus der Partei ausgeschlossen und verhaftet. Es fand ein Schauprozeß bekannten Musters statt, bei dem die Angeklagten sich schuldig bekennen mußten, „Spione imperialistischer Mächte und trotzkistische Agenten" zu sein.

Laszlo Rajk, seit Anfang der 30er Jahre Mitglied der KP Ungarns und Kämpfer in den Internationalen Brigaden in Spanien, „gestand", sich schon in den 30er Jahren an die Polizei des Horthy-Regimes verkauft zu haben, später Agent der Gestapo und schließlich des „Tito-Faschismus" gewesen zu sein (Tito wurde 1949-53 von den Stalinisten als „Faschist" diffamiert). Rajk wurde zum Tode verurteilt und mit drei weiteren Angeklagten gehängt.

In den Jahren 1948 bis 1950 schloß die KP Ungarns 250.000 Mitglieder aus, hauptsächlich wegen „Titoismus" (2). Nach dem Tode Stalins im März 1953 wurde Imre Nagy (sprich: Nodsch), Mitglied des Zentralkomitees und des Politbüros der KP, im Juli 1953 Ministerpräsident, d.h. Regierungschef. Bis dahin war dieses Amt von Parteichef Rakosi wahrgenommen worden. Imre Nagy sprach sich für eine Abkehr von wesentlichen Elementen der klassischen stalinistischen Politik aus. Er versprach eine stärkere Förderung der Konsumgüterproduktion auf Kosten der Schwerindustrie, Aufhebung der *„unter Mißachtung der sozialistischen Gesetzlichkeit"* in der Stalin-Ära gefällten Gerichtsurteile, trat für das Recht der Bauern ein, die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu verlassen, und sprach sich auch für Zugeständnisse gegenüber dem katholischen Klerus aus. Einige politische Gefangene, u.a. die Führerin der Sozialdemokraten, Anna Kehty, wurden freigelassen. Doch der Chef-Stalinist Rakosi sorgte rasch dafür, daß Nagy wieder abgesägt wurde. Am 18. April 1955 wurde bekanntgegeben, daß Imre Nagy *„aus gesundheitlichen Gründen"* von seinem Amt zurückgetreten und aus Politbüro und ZK ausgeschieden sei (3).

Am 14. Mai 1955 wurde der Warschauer Pakt gegründet, dem neben der Sowjetunion, Polen, Bulgarien, der DDR und Rumänien auch Ungarn beitrat.

„Tauwetter"

Auf dem 20. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 sprach der neue KP-Chef Chruschtschow über Verbrechen Stalins, wobei er, um von der Tatsache der Herrschaft einer Neuen Bourgeoisie abzulenken, auf der Erscheinungsebene stehen blieb, und den Personenkult um Stalin als ein hauptsächliches Übel der sowjetischen Gesellschaft darstellte.

Auf dem 20. Parteitag der KPdSU folgte in allen „realsozialistischen" Ländern (mit Ausnahme Albaniens) unter dem Motto des „Kampfes gegen den Personenkult" eine Phase des „Tauwetters" (so benannt nach einem Roman des sowjetischen Schrift-
„Tauwetters" (so benannt nach einem Roman des sowjetischen Schrift-
stellers Ilja Ehrenburg). Politische Gefangene wurden freigelassen, und vor allem im kulturellen Bereich begann eine gewisse Vielfalt von – freilich nicht selten bürgerlichen und prokapitalistischen – Anschauungen zu blühen.

In Polen kam es im Juni 1956, wenige Monate nach dem bedeutenden KPdSU-Parteitag und dem Tod des polnischen Stalinistenchefs Boleslaw Bierut, in Poznan zu Streiks und Demonstrationen gegen die Politik der Parteiführung. Obwohl diese Protestaktionen blutig niedergeschlagen wurden, führten sie doch dazu, daß die altstalinistiscne Bierut-Riege im Oktober 1956 durch eine „gemäßigtere" Gruppe um Wladislaw Gomulka ersetzt wurde.

Gomulka war 1948 von seinem Posten als KP-Chef wegen „rechtsnationalistischer Abweichungen" und „sozialdemokratischer Auffassungen" entfernt worden – wegen Delikten also, die man damals auch Tito vorwarf. Während der Stalin/Bierut-Ära war Gomulka sogar zeitweise inhaftiert gewesen, was zu seiner damaligen Popularität beitrug.

Der „polnische Oktober" brachte nicht nur auf kulturellem, sondern auch auf dem Gebiet der Medien (Presse) ein wesentlich weitergehenderes Tauwetter als in der UdSSR. Die Organe der KPdSU und der SED stimmten damals bereits ein Geschrei bekannten Stils gegen „konterrevolutionäre" Entwicklungen in Polen an.

In Ungarn erklärte KP-Chef Rakosi in einer Rede am 27. März 1956, rund vier Wochen nach dem sowjetischen Parteitag, gewissermaßen „nebenbei", die Partei habe mit Unterstützung des obersten Gerichtshofes die Rehabilitierung des 1949 hingerichteten KP-Führers Laszlo Rajk beschlossen. Das Eingeständnis der Bürokratie, daß der Rajk-Prozeß eine Farce gewesen war, brachte eine Lawine ins Rollen.

Im April 1956 gründeten Studenten, darunter zahlreiche Mitglieder des KP-Studentenverbandes, mit Unterstützung der Schriftstellergewerkschaft den „Petöfi-Klub". (Sandor Petöfi war ein ungarischer Dichter, der in der bürgerlich-demokratischen Revolution gegen die Habsburger Monarchie 1848 eine bedeutende Rolle gespielt hatte. Der russische Zar leistete dem ungarischen Adel damals „brüderliche Hilfe", indem er Truppen zur Niederschlagung des Aufstandes entsandte.)

Der Petöfi-Klub führte eine Reihe von Veranstaltungen durch, u.a. mit der Witwe Rajks, die gegen die oberflächliche Art der Rehabilitierung ihres Mannes protestierte, sowie mit dem linken Philosophen und Literaturkritiker G. Lukacs. Diese Veranstaltungen zogen Tausende von Menschen an. Die Zeitschrift des Schriftstellerverbandes wurde zum Sprachrohr der „Petöfi"-Strömung; sie forderte ab Anfang Juli den Rücktritt des stalinistischen Parteichefs Rakosi. Nach einem Besuch der KPdSU-Führer Suslow und Mikojan in Budapest wurde Matyas Rakosi am 18. Juni 1956 als Parteichef abgesetzt, aus dem Politbüro ausgeschlossen und durch seinen engen Freund und Mitarbeiter Ernö Gerö ersetzt. Im Sommer 1956 wurden die „Internierungslager" in Ungarn aufgelöst, 27.184 Menschen wurden aus diesen Lagern freigelassen. Die Staatsanwaltschaft
Menschen wurden aus diesen Lagern freigelassen. Die Staatsanwaltschaft
leitete gegen fünf Offiziere des Staatssicherheitsdienstes AVO Disziplinarverfahren, gegen 13 Strafverfahren ein (4).

Diese Maßnahmen waren nicht mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Die AVO, wegen ihrer willkürlichen Verhaftungs- und Folterpraxis in der Arbeiterklasse und im Volk Ungarns tief verhaßt, genoß nach wie vor erhebliche Privilegien, und ihre Struktur wurde nicht angetastet. Während das Durchschnittseinkommen in Ungarn 1956 bei 1000 Forint im Monat lag, erhielten schon die einfachen AVO-Männer 3000, die Offiziere sogar zwischen 9000 und 12.000 Forint (5).

Gegen w e n die Bürokratie diese gutbezahlten Folterknechte u.a. brauchte, wurde z.B. deutlich, als der ungarische Industrieminister Istvan Kossa am 6. Dezember 1948 erklärte: *„Die Arbeiter verhalten sich gegenüber den Direktoren der verstaatlichten Industrie terroristisch"* (6).

Am 6. Oktober 1956 wurde der exhumierte Leichnam von Laszlo Rajk zum zweiten Mal bestattet. 200.000 bis 300.000 Menschen, Arbeiter, Studenten und Intellektuelle kamen zu diesem Begräbnis. Das Rajk-Begräbnis war eine eindrucksvolle Demonstration der Stärke der Gegner des AVO-Staates. An der Spitze des Trauerzuges gingen die Witwe von Rajk und der von Rakosi geschaßte Imre Nagy.

Was die Masse der Werktätigen und Intellektuellen Ungarns und sicherlich auch viele Parteimitglieder in diesen Tagen dachten, sprach Julia Rajk, die Witwe des vom Rakosi-Regime ermordeten Laszlo Rajk aus: *„Genossen ... Ihr habt nicht nur einen Mann umgebracht, sondern alle Anständigkeit in unserem Land. Ihr habt Ungarns politisches, wirtschaftliches und moralisches Leben zerstört. Mörder kann man nicht rehabilitieren, man muß sie bestrafen. Wo aber waren die Parteimitglieder, als dies geschah? Wie konnten sie diese Degeneration zulassen, ohne sich zornig gegen die Schuldigen zu erheben?"* (7).

Der Aufstand beginnt

Vom 20. bis 22. Oktober 1956 fanden an mehreren Universitäten des

"Realer Sozialismus"

Landes Versammlungen, die u.a. vom Petöfi-Klub organisiert waren, statt. Es wurde eine neue, von der KP unabhängige Studentenorganisation (MEFESZ) gegründet und eine Demonstration beschlossen. Die wesentlichsten Forderungen der Versammlungsteilnehmer waren: „*Wahl neuer Führer der Partei*", „*Entfernung aller verbrecherischen Führer aus der Stalin/Rakosi-Ära*", „*allgemeine Wahlen im ganzen Lande, mit allgemeinem Wahlrecht, geheimer Wahl und der Teilnahme verschiedener Parteien, zum Zwecke der Wahl einer neuen Nationalversammlung*", Streikrecht für Arbeiter und „*Reorganisierung des gesamten wirtschaftlichen Lebens in Ungarn*" (8).

Auch der Studentenverband der KP, DISZ, schloß sich der vom Petöfi-Klub initiierten Demonstration an. Die Massendemonstration sollte nach dem Willen der Veranstalter vor allem auch die Solidarität mit den Demokratisierungsbestrebungen in Polen zum Inhalt haben.

Als der Demonstrationszug am 23. Oktober 1956 mit Zehntausenden von Studenten, aber auch vielen Arbeitern sich in Budapest zum Parlamentsgebäude bewegt, rote und rotweiß-grüne (ungarische) Fahnen an der Spitze, wird der Ruf: „*Wir wollen eine ungarische Regierung, wählt Imre Nagy*" (9) immer lauter. Selbst das „Neue Deutschland" der SED gesteht ein, daß die Demonstration „*Ausdruck der Stimmung weiter Teile der Bevölkerung*" ist („ND", 30.10.1956). Am Abend beschließt ein Teil der Demonstranten, dem acht Meter hohen Stalin-Denkmal in Budapest einen Besuch abzustatten. Als einige hundert Demonstranten sich nach Kräften abmühen, fällt der russische Diktator buchstäblich 'aus den Puschen'. Einige Tausend Demonstranten ziehen am Abend des 23. Oktober zum Radiogebäude in Budapest. Eine Delegation der Demonstranten wird ins Funkhaus gelassen und will eine Sendung der Forderungen der Demonstranten erreichen. Als die Delegation nach über einer Stunde noch nicht zurückgekehrt ist, drängen die Demonstranten die Bullenkette der AVO-Sicherheitspolizei beiseite.

Die AVO-Männer schießen mit Maschinengewehren in die Demonstration. Die AVO vor dem Funkhaus wird von Demonstranten entwaffnet, es kommt zu einer Schießerei zwischen AVO und bewaffneten Demonstranten. Der Aufstand hat begonnen.

Während einige Tausend Demonstranten Munitionslager stürmen, verhandeln Vertreter des neuen Studentenverbandes MEFESZ mit Imre Nagy und fordern die Absetzung des Parteichefs Gerö sowie die Auflösung der AVO.

gy und fordern die Absetzung des Parteichefs Gerö sowie die Auflösung der AVO.

In den frühen Morgenstunden des 24. Oktober wird aus den Reihen der Demonstranten ein Revolutionsrat von Budapest gebildet. In Budapest beginnt ein Generalstreik, der sich rasch auf andere Industriestädte Ungarns ausdehnt. In den Morgenstunden des 24. Oktober ernennt die Parteiführung Imre Nagy zum Ministerpräsidenten. Nagy wendet sich in einer Rundfunkansprache an das Volk, verspricht eine „*systematische Demokratisierung des Landes in allen Bereichen der Partei, des Staates und des politischen und ökonomischen Lebens*" und ruft zur Beendigung der Kampfhandlungen, zu „Ruhe und Ordnung" auf (10).

Ebenfalls am Morgen des 24. Oktober greifen erstmals in Ungarn stationierte sowjetische Truppen in die Kämpfe ein. Der Rundfunk gibt bekannt, daß die ungarische Regierung „*die Hilfe von sowjetischen Formationen erbeten habe*" (11).

W e r konkret für diesen e r s t e n „Hilferuf" verantwortlich ist, ob Imre Nagy oder Parteichef Gerö, ist bis heute nie eindeutig geklärt worden. Es spricht jedoch einiges dafür, daß es Ernö Gerö war.

Ernö Gerö mußte am 25. Oktober als Parteichef zurücktreten, sein Nachfolger wurde Janos Kadar, der, zeitweilig Innenminister, von 1951 bis 1954 unter dem Rakosi-Regime im Knast saß.

Am 25. Oktober schoß die AVO auf Demonstranten vor dem Budapester Parlamentsgebäude; es gab eine Schießerei, an der sich auch sowjetische Truppen beteiligten. Bei diesem Blutbad gab es über hundert Tote und hunderte Verletzte.

Auch in der Stadt Magyarovar kam es am 25. Oktober zu einem Massaker. Demonstranten wurden von AVO-Einheiten mit Handgranaten und Maschinengewehren angegriffen. 59 - 101 Menschen (hier gibt es einander widersprechende Quellen) wurden getötet, 150 schwer verletzt; unter den Opfern waren viele Jugendliche und sogar Kinder.

Ebenfalls am 25. Oktober erklärte Regierungschef Imre Nagy über Radio Budapest, seine Regierung habe Verhandlungen mit der UdSSR aufgenommen, „*die auch den Abzug sowjetischer Truppen betreffen, die in Ungarn stationiert sind...Ich bin davon überzeugt, daß sich damit das Verhältnis beider Staaten zur festen und wahren Freundschaft zwischen unseren Völkern entwickeln kann*" (12).

Die sowjetischen Truppen zogen sich tatsächlich in den folgenden Tagen aus Budapest und von den Kampfhandlungen zurück.

Vom 24/25. Oktober 1956 an entstanden in Ungarn Hunderte von Arbeiterräten in den großen Industriebetrieben, die die Leitung der Fabriken übernahmen.

Die Arbeiterräte stellten politische Forderungen auf, u.a. nach Auflösung der stalinistischen AVO-Sicherheitspolizei, Abzug der sowjetischen Truppen, Arbeiterselbstverwaltung, vielfach auch nach einer parlamentarischen Demokratie, und sprachen meist Imre Nagy das Vertrauen aus (13).

Am 26. Oktober wurde ein Nationalrat freier Gewerkschaften Ungarns gebildet, der u.a. die Aufnahme von Gewerkschaftern in die Regierung Nagy und die Bildung einer Nationalgarde aus Polizei (nicht AVO!), Armee und Aufständischen, Lohnerhöhungen um 10 - 15 %, Rentenerhöhungen und Ausdehnung des Wohnungsbaus forderte (14).

Die „Bruderländer" kommentierten die Ereignisse in Ungarn auf ihre Weise.

Der SED-Chefideologe Albert Norden räumte ein, es habe unter Rakosi in Ungarn „*schlimme Vergehen gegen die sozialistische Gesetzlichkeit*" gegeben („Neues Deutschland", 30.10.56). Gleichzeitig erklärte jedoch der damalige SED-Chef Walter Ulbricht, „*daß man in Ungarn den Angriff der reaktionären Kräfte schon im Keime hätte ersticken müssen*" („Neues Deutschland", 27.10.56). Ulbricht wußte, wovon er sprach: Im Juni 1953 hatte sein Regime Streiks und Demonstrationen blutig niedergeschlagen.

Die Massaker der AVO wurden von der KPdSU und ihren Bruderparteien mit keinem Wort verurteilt.

Im Gegenteil: Am 27. Oktober 1956 brachte das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" einen Artikel über Ungarn, der in Tonfall und Wortwahl fatal an die Berichte des Oberkommandos der Nazi-Wehrmacht erinnerte. So pries die Zeitung nicht nur den „*heroischen Kampf ungarischer Sicherheitstruppen*" gegen 'Konterrevolutionäre', sondern wußte auch noch zu berichten, daß die AVO-Truppen „*bis zur letzten Patrone und zum letzten Atemzuge kämpfend*" durchhalten würden und „*mit dem konterrevolutionären Abschaum (!) aufgeräumt*" hätten.

konterrevolutionären Abschaum (!) aufgeräumt" hätten.

Am 27. Oktober bildete Imre Nagy seine Regierung um, indem er 7 Nicht-KP-Mitglieder mit Ministerposten betraute, u.a. Zoltan Tildy, einen Führer der ehemals sehr starken Kleinlandwirtepartei. Am 28. Oktober gab Nagy die Auflösung der AVO bekannt, die bereits am folgenden Tag durchgeführt wurde. Zusätzlich kam Nagy einer Forderung der neuen freien Gewerkschaften nach und erklärte, daß „*zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit eine Nationalgarde gebildet wird, die sich aus Teilen der Armee und der Polizei sowie aus den bewaffneten Abteilungen der Arbeiter und der Jugend* (gemeint waren die aufständischen Kämpfer gegen die AVO – d.Verf.) *zusammensetzt*" („Neues Deutschland", 30.10.56).

Am 30. Oktober holten Aufständische den Kardinal Josef Mindszenty, Chef des ungarischen katholischen Klerus, aus der Haft. Er sollte in den folgenden Tagen eine nicht unbedeutende Rolle spielen.

Ebenfalls am 30. Oktober gab die Regierung der UdSSR eine Erklärung ab, in der sie sich für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit ihren Verbündeten aussprach und die Ansicht vertrat, in Ungarn seien in den letzten Tagen „*bürokratische Entstellungen im Staatsapparat*" von einer „*berechtigten und fortschrittlichen Bewegung der Werktätigen*" bekämpft worden, der sich jedoch bald „*Kräfte der schwarzen Reaktion und Konterrevolution*" angeschlossen hätten. „*Angesichts dessen*", so die sowjetische Regierung, „*daß das weitere Verbleiben der sowjetischen Truppeneinheiten in Ungarn Anlaß für eine noch größere Verschärfung der Lage sein kann*, gab die Sowjetregierung ihrem Militärkommandeur Anweisung, *die sowjetischen Truppeneinheiten aus der Stadt Budapest abzuziehen, sobald die ungarische Regierung dies für notwendig erachtet*" (in: „Neues Deutschland", 31.10.56).

Imre Nagy bildete sein Kabinett am 30. Oktober nochmals um; es bestand nunmehr aus drei KP-Leuten (u.a. Imre Nagy und Janos Kadar), zwei ehemaligen Führern der Kleinlandwirtepartei (u.a. Zoltan Tildy) und einem Vertreter einer kleineren Bauernpartei. Auch die Sozialdemokratische Partei, deren Zeitung seit dem 25. Oktober wieder erschien, sollte einen Vertreter in das Nagy-Kabinett entsenden. Regierungsmitglied Zoltan Tildy rief sogleich zum Wiederaufbau der Kleinlandwirtepartei auf („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 31.10.56).

Auf Imre Nagys Vorschlag hin löste der neue Parteichef Kadar am 1. November 1956 die KP („Partei der ungarischen Werktätigen") auf und gab die Gründung einer neuen Partei, der „Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei" (USAP), bekannt.

Diese neue Partei solle, so Kadar, „*...nicht durch sklavische Nachahmung fremder Beispiele, sondern dadurch, daß sie einen Weg geht, der den wirtschaftlichen und historischen Gegebenheiten unseres Landes entspricht*" (16), einen Beitrag zur Entwicklung einer sozialistischen Demokratie leisten. Zu dieser Auflösungserklärung meinte das „Neue Deutschland" der SED damals, nun sei klar, „*daß Kadar und Nagy zu Liquidatoren der Partei geworden sind*" („ND", 3.11.56). (Kadar ist noch heute Parteichef in Ungarn...).

Offenbar ermutigt durch die recht vernünftig klingende sowjetische Regierungserklärung beschloß die Regierung Imre Nagy am 1. November 1956 den Austritt aus dem Warschauer Pakt und die N e u t r a l i t ä t des Landes.

Am 3. November erfolgte die letzte Umbildung der Regierung Nagy. Ihr gehören jetzt drei Vertreter der „neuen" USAP, drei der Kleinlandwirtepartei, drei der Nationalen Bauernpartei, drei Sozialdemokraten (u.a. die Parteichefin Anna Kethly) sowie der parteilose General Pal Maleter an, der das Verteidigungsministerium übernahm. (Pal Maleter war von der ungarischen Armee im Laufe der Kampfhandlungen zu den Aufständischen übergegangen und hatte sich schließlich der Nagy-Regierung zur Verfügung gestellt.).

Der sowjetische Einmarsch

In den ersten Novembertagen des Jahres 1956 strömten erneut in erheblichem Umfang sowjetische Truppen nach Ungarn ein. Eine Delegation hoher ungarischer Offiziere unter Leitung von Pal Maleter wurde während Verhandlungen mit Vertretern der sowjetischen Armee über den Truppenabzug am Abend des 3. November 1956 verhaftet (17).

Am Morgen des 4. November drangen sowjetische Truppen mit Panzern in Budapest ein. Zu diesem Zeitpunkt standen bereits 6000 sowjetische Panzer in Ungarn. Die

Zeitpunkt standen bereits 6000 sowjetische Panzer in Ungarn. Die

Nagy-Regierung beschloß, den sowjetischen Eindringlingen militärischen Widerstand zu leisten, und stellte fest, daß die Intervention erfolgt sei, „*mit der eindeutigen Absicht, die gesetzmäßige demokratische Regierung der Ungarischen Volksrepublik zu stürzen*" (18), wie Imre Nagy in seiner letzten Rundfunkansprache erklärte.

Imre Nagy floh vor den Interventionstruppen in die Botschaft Jugoslawiens in Budapest, wo er Asyl erhielt. Später wurde Nagy beim Verlassen der Botschaft verhaftet. Unterdessen wurde unweit von Budapest am Morgen des 4. November eine „Arbeiter- und Bauernregierung" gebildet. Diese Regierung, die zunächst niemanden außer sich selbst repräsentierte und sich weder auf ein Mandat von Arbeiter- noch von Bauernräten stützen konnte, erklärte, sie habe die UdSSR „*um Hilfe bei der Liquidierung der konterrevolutionären Kräfte und Wiederherstellung der Ordnung*" gebeten (19).

Chef des vierköpfigen Putschkabinetts war Janos Kadar, darüber hinaus gehörten ihm drei weitere Minister des Nagy-Kabinetts, u.a. Istvan Kossa, an. Kossa hatte 1948 der ungarischen Arbeiterklasse „terroristisches" Verhalten gegenüber den Betriebsdirektoren vorgeworfen. Eine echte Arbeiterregierung also.

Die Streiks und der bewaffnete Kampf gegen die Besatzungsmacht gingen noch einige Wochen weiter und forderten Tausende von Todesopfern. Tausende wurden in die Knäste gesteckt, Mitglieder von Arbeiterräten verhaftet, über 100.000 Ungarn flohen aus dem Land.

Der buchstäblich durch sowjetische Bajonette an die Macht geputschte Janos Kadar erklärte am 26. November 1956 in einer Rundfunkansprache, seine Regierung sei „*entschlossen, die Demokratisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens zu entwickeln, mit den bürokratischen Methoden des Staates und der Wirtschaftsführung aufzuräumen*". „*Anarchie*", „*schädliche Streikwellen*" und der „*Druck der Konterrevolution*" müßten freilich energisch bekämpft werden (20).

**Der Widerstand gegen das Kadar-Regime und die Interventionstruppen ging trotz (oder gerade wegen) derartig demagogischen Geschwätzes von Seiten der herrschenden Bürokratie weiter. Am 4. und 5. Dezember 1956 fanden in Budapest Frauendemonstrationen mit Zehntausenden von Teilnehmerinnen statt; sie forderten „Russen nach Hause" und „Wir wollen Nagy". Was e r und die sowjetische Führung unter „Arbeiterregierung" verstand, machte Janos Kadar in einer Rede vor der ungarischen Nationalversammlung („Parlament") im November 1956 deutlich: „*Das Regime ist sich dessen bewußt, daß die Bevölkerung nicht immer weiß, was für sie gut ist. Daher ist es die Pflicht der Führung, nicht*





Von sowjetischen Panzern zerschossene Wohnung in Budapest, aus der wiederum von Aufständischen auf Sowjetsoldaten gefeuert wird.

entsprechend dem Willen des Volkes zu handeln, sondern das zu tun, was nach ihrem Wissen den Interessen des Volkes gemäß ist" (21). Parteiführer und Regierung entscheiden unkontrolliert, was „objektiv" im Interesse der Massen ist – das ist „realer Sozialismus"!**

„Im Interesse des Volkes" löste das Kadar-Regime am 9. Dezember 1956 die Ende Oktober frei gewählten Arbeiterräte auf und führte am 15. Januar 1957 die T o d e s s t r a f e für Streiks ein. Bald darauf wurde auch der Schriftstellerverband zwangsweise aufgelöst.

Am 16. Juni 1958 wurden Imre Nagy und Pal Maleter, die populärsten Führer des ungarischen Oktober, h i n g e r i c h t e t.

Die sowjetische Führung rechtfertigt übrigens auch heute noch ihre brutale Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes des ungarischen Volkes: „*Auf Ersuchen der ungarischen Regierung kam die UdSSR ihrer internationalistischen Pflicht nach und half dem ungarischen Brudervolk, den konterrevolutionären Putsch zu liquidieren.* (Wer außer Kadar & Co. hat damals eigentlich tatsächlich geputscht ? – Anm. des Verf.).

Die Sowjetunion verhinderte, daß in Ungarn der Kapitalismus und der Faschismus wiedererrichtet wurden und daß Ungarn in ein Aufmarschgebiet für eine imperialistische Aggression im Herzen Europas verwandelt wurde. Die Aggressoren wurden zum Rückzug gezwungen. Das war ein großer Sieg" (22).

Der Mindszenty-Klerus: Die Sturmspitze der Reaktion

In den 40er und 50er Jahren waren rund 70% der 10 Millionen Ungarn katholisch.

Die katholische Kirche war unter dem faschistischen Horthy-Regime, zu dessen Stabilität sie wesentlich beitrug, die größte Grundbesitzerin im Lande; ihr gehörten 5% der landwirtschaftlichen Nutzfläche (23).

Zudem mußten die anderen Großgrundbesitzer und die Städte Abgaben zur Bezuschußung der Kirche leisten. So konnte sich der Klerus einen aristokratischen Lebenstandard und den Betrieb wichtiger Institutionen leisten.

Chef des Klerus war der Kardinal Josef Mindszenty. Mindszenty hatte das faschistische Großgrundbesitzerregime Horthys unterstützt und sogar dessen Teilnahme am nazideutschen Krieg gegen die Sowjetunion begrüßt. So schrieb Mindszenty 1944 an den von Hitler an die Macht geputschten Regierungschef F. Szalasi: „ ... *Zehntausende unserer Brüder sind in diesem Weltkrieg als Helden für das Vaterland gestorben*" (24).

Nach der Befreiung vom Faschismus, als die neue Regierung 1945 das Recht auf Ehescheidung eingeführt hatte, rief Mindszenty unverblümt dazu auf, nicht die Linksparteien zu wählen, denn der Staat habe „*die Unauflöslichkeit der Ehe ... schwer aufgelockert*" und würde in dieser Frage überhaupt einen „*liederlichen Standpunkt*" (25) vertreten.

Zudem strebe die Bodenreform des neuen Systems „*die wirtschaftliche Zugrunderichtung gewisser Gesellschaftsklassen an*" (26) (Nämlich der Großgrundbesitzerklasse, deren Teil der Klerus war!).

Durch Maßnahmen des Staates wurde der Besitz des Klerus von 1945 bis 1948 weitgehend entschädigungslos enteignet.

Eine dominierende Stellung hatte der katholische Klerus Ungarns im Bildungswesen. 1945 betrieb er 60%

Fortsetzung auf nächster Seite

"Realer Sozialismus"



Tatsächliche und vermeintliche Angehörige des Geheimdienstes wurden verhaftet....

Fortsetzung von voriger Seite

der Volksschulen, 32 Lehrerseminare, 49 Gymnasien und eine ansehnliche Zahl mittlerer Schulen, insgesamt 3344 Schulen (27).

Zu einer heftigen Kraftprobe zwischen dem neuen Regime und dem Klerus kam es, als der Staat 1948 versuchte, dem Klerus die Kontrolle über das ungarische Bildungswesen zu entziehen.

Am 1. Juni 1948 kam es in dem Dorf Pocspetri zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung zwischen vom Klerus aufgestachelten Dorfbewohnern und Vertretern der Staatsmacht, wobei Klerus-Anhänger einen Polizisten umbrachten und einige weitere schwer verletzten. Von Staatsvertretern auf diesen Vorfall hin angeschrieben, war Mindszenty nicht bereit, die Bluttat seiner Anhänger zu verurteilen, sondern erklärte dreist, der Regierungsplan zur Verstaatlichung der Schulen würde nun mal unter seinen Schäfchen *„eine große Erregung"* auslösen (28). Daß der Klerus bereit war, über Leichen zu gehen, hatte er bewiesen; wofür und warum, deutete Mindszenty in einer Predigt im Sommer 1947 an: *„Wir alle, jeder einzelne von uns, sind deportierte Ungarn... Sie haben uns doch aus einer tausendjährigen Tradition entwurzelt. Lasset uns zurückkehren, zurück!"* (29). Auf Grund seiner jahrhundertealten Stärke und der Kontrolle über das Bildungswesen, sowie in gewissem Maße auch durch die Ausnutzung der unpopulären Politik des stalinistischen Rakosi-Regimes, gelang es dem Klerus 1947/48, mehrere Hunderttausend Menschen, vor allem aus der ländlichen Bevölkerung, zu Massenaufmärschen zu mobilisieren. Das machte den klerus interessant für die US-Imperialisten, die damals eifrig an Plänen zum „roll back", d.h. zur Einverleibung der osteuropäischen Länder in ihren Herrschaftsbereich, bastelten. **1947 reiste Mindszenty in die USA und traf sich dort u.a. mit Otto von Habsburg, dem Sohn des letzten Kaiserkönigs von Ungarn,** einem bis heute international aktiven Hans Dampf in allen rechten Gassen (derzeit ist Habsburg CSU-Europaparlamentsabgeordneter) (30).

Mindszenty unterschied sich von seinem unlängst verblichenen polnischen Kollegen Wyszynski nur dadurch, daß er noch offener als militanter Reaktionär auftrat. Am 26. Dezember 1948 wurde der „Fürstprimas", wie sich Mindszenty auch selbst nannte, verhaftet und 1949 u.a. wegen Hochverrat (d.h. Umsturzplanung) in einem Schauprozeß zu einer lebenslangen Zuchthausstrafe verurteilt.

Auch wenn der ungarische Staat nach 1945 eine Reihe fortschrittlicher Maßnahmen zur Trennung von Kirche und Staat durchführte (Bodenreform, Ehescheidungsgesetz, Verstaatlichung der Schulen), so sollte doch nicht übersehen werden, daß das stalinistische Regime Ungarns den Kampf gegen den Klerus hauptsächlich mit polizeistaatlich-administrativen Mitteln führte. Auch Hunderte kleiner Pfaffen und Ordensschwestern wurden in die Knäste gesteckt, mit ihnen wurde nicht weniger inhuman umgegangen als mit den anderen politischen Gefangenen.

Am 30. Oktober 1956 wurde der Kardinal Mindszenty von Aufständischen befreit; in seinen Begrüßungsworten an seine Schäfchen erklärte er offenherzig, daß er ganz der Alte geblieben war: „Meine Lieben! Ich werde dort fortfahren, wo ich vor acht Jahren meine Arbeit unterbrechen mußte" (31).

Zoltan Tildy, Chef der Kleinlandwirtepartei und Minister der Nagy-Regierung, sprach sich noch am gleichen Tage für ein Bündnis mit Mindszenty aus, indem er meinte, der Kardinal solle *„an dem edlen Kampf teilnehmen"* (32). Am 1. November 1956 wurde Mindszenty von den Mitgliedern des Nagy-Kabinetts Zoltan Tildy und Pal Maleter aufgesucht, Mindszenty konferierte auch mit Nagy selbst (33).

Der damalige Papst Pius XII, unermüdlich im Kampf gegen den gottlosen Bolschewismus, sandte Anfang November 56 ein Telegramm an Mindszenty, in dem er ihn aufforderte, in Ungarn für *„ein neues katholisches Leben"* zu sorgen. Zu diesem Zweck, so der Vatikan-Chef, werde er Mindszenty auch einen persönlichen Beauftragten nach Ungarn senden (34).

Wie nicht anders zu erwarten, forderte Mindszenty am 3. November in einer Rundfunkansprache bereits *„die Rückgabe der Institutionen der katholischen Kirche* (also vor allem der Schulen – Anm. des Verf.) *unter anderem auch der katholischen Presse"* (35).

Mindszenty erklärte weiter, der Klerus stehe, „auf der Basis eines durch soziale Interessen richtig und gerecht beschränkten P r i v a t e i g e n t u m s" (Hervorheb. von mir – der Verf.), dessen *„gesunde Entwicklung"* er *„in jeder Hinsicht fördern"* wolle (36).

Welche politische Stoßrichtung dieser unverhüllte Appell zur Wiederherstellung des Kapitalismus und der Großgrundbesitzerordnung hatte, wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß der ungarische Klerus die Hauptstütze des faschistischen Regimes vor 1945 war. Was er unter „Freiheit" verstand, davon gab der Klerus während des Aufstandes einen kleinen Einblick, als er den Führer der innerkirchlichen oppositionellen Friedensbewegung exkommunizieren (also aus der Kirche ausschließen) ließ.

Ferner berichtete Klerus-Chef Mindszenty in seiner Rundfunkansprache vom 3. November freudig, *„daß die ganze Kulturwelt fast gänzlich und ungeteilt auf unserer Seite steht* (Vom USA-Präsidenten über Adenauer bis zum faschistischen Diktator Franco in Spanien – Anm. des Verf.) *Dies ist für uns eine weit größere Kraft als diejenige, die wir selbst besitzen"* (37).

Damit befand sich Mindszenty in guter Gesellschaft mit dem ungarischen Ex-Diktator Horthy, der 1945 bei seinem nicht minder faschistischen Kollegen Salazar in Portugal Unterschlupf gefunden hatte und von dort aus USA-Präsident Eisenhower aufforderte, *„das äußerste für unsere gemeinsame Sache zu tun"* („ND", 30.10.56).

Darüber hinaus forderte Mindszenty *„Wahlen mit der Teilnahme sämtlicher Parteien* (also auch der Faschisten – Anm. des Verf.). *Die Wahlen sollten unter internationaler Kontrolle durchgeführt werden"* (38).

Wen er am liebsten mit der Kontrolle der Wahlen beauftragt hätte, machte Mindszenty am 8. November 1956 mehr als deutlich. Angesichts der sowjetischen Intervention war er am 4. November in die USA-Botschaft in Budapest geflohen.

Von dort aus übermittelte Mindszenty vier Tage darauf *„mit tiefer Dankbarkeit"* dem US-Präsidenten Eisenhower seine *„aufrichtigen Glückwünsche zur Wiederwahl als Präsident der Vereinigten Staaten, in jene hohe Stellung, deren Ruhm es ist, den höchsten Menschheitsbestrebungen – Gott, der Liebe, der Weisheit und dem menschlichen Glücke zu dienen ... Gott segne sie, Herr Präsident und das Volk der Vereinigten Staaten. Ich flehe zu unserem himmlischen Vater, daß er ihr Volk beschütze und sein Bestreben segne, der so schwer heimgesuchten Welt Frieden und Glückseligkeit zu bringen"* (38).

Als seine Scheinheiligkeit Mindszenty diese Zeilen schrieb, waren die blutigen Militärinterventionen des US-Imperialismus in Korea und Guatemala noch keine drei Jahre her.

Revolution oder Konterrevolution?

In Ungarn wurde 1945, ebenso wie in den anderen „realsozialistischen" Staaten, die alte Bourgeoisie inklusive Großgrundbesitzerklasse weitgehend entmachtet. An ihre Stelle trat eine Neue Bourgeoisie aus Partei- und Wirtschaftsfunktionären, die kollektiv über die Produktionsmittel verfügt.

Diese Klasse steht im unversöhnlichen Gegensatz zur Arbeiterklasse einerseits und zur alten Bourgeoisie andererseits. Der Charakter der „realsozialistischen" Regimes führt dazu, daß in oppositionellen Bewegungen sowohl reaktionäre als auch fortschrittliche, linke Kräfte anzutreffen sind. So forderten z. B. ungarische Bauern in einer Resolution während des Aufstandes unter anderem: *„Beim Kauf und Verkauf von Land ist das früher gebräuchliche System wiederherzustellen"*. Und: *„Die Bauern wollen ihr Land wiederhaben, und zwar alles, was sie in die Genossenschaften einbrachten, sowohl den Grundbesitz wie das Vieh"* (39).

Ähnlich wie heute in Polen stellten 1956 in Ungarn große Teile der Bauern die Massenbasis für politische Konzeptionen zur Wiederherstellung des Kapitalismus.

Aber es meldeten sich im Oktober 1956 auch andere als reaktionäre Kräfte zu Wort. Am 28. Oktober 1956 tagte in Budapest der neugebildete Revolutionsrat der ungarischen Intellektuellen, dem u. a. der Schriftsteller- und Journalistenverband, der Petöfi-Klub und die neue Studentenorganisation MEFESZ angehörten. Eine Resolution wurde verabschiedet, in der es unter anderem hieß: *„Wir fordern allgemeine Wahlen mit geheimer Stimmabgabe. Das Volk soll die Möglichkeit haben, seine Kandidaten frei zu wählen.* (Bislang konnten die ungarischen Wähler/innen nur die vom Parteiapparat der KP aufgestellten Kandidaten „wählen" – Stichwort: 99-Prozent-Ergebnisse – Anm. AK). *Wir werden die Fabriken und den Grund und Boden nicht an die Kapitalisten und an die Großgrundbesitzer zurückgeben. Die Fabriken sollen durch frei gewählte Arbeiterräte geleitet werden ... Die Gewerkschaften sollen echte Arbeiterorganisationen werden, die mit ihren frei gewählten Führern die Interessen der Arbeiter vertreten"*. Die Bildung von Arbeiterräten und die Streiks waren völlig berechtigt, zumal sie sich gegen das Folterregime der Rakosi-Bürokratie richteten, der selbst die Kadar-Regierung später eine *„verbrecherische Politik"* bescheinigte (40).

Wer mit Karl Marx dafür ist, *„alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist"*, (41), der müßte die Kämpfe der ungarischen Arbeiter und Intellektuellen im Oktober/November 1956 grundsätzlich als notwendig und fortschrittlich ansehen.

Für die herrschenden „Realsozialisten" war dies freilich schon „Konterrevolution". So schrieb der ungarische Parteitheoretiker Josef Revai nach der Niederschlagung des Aufstandes: *„Konterrevolutionärer Revisionismus hatte auch die marxistisch-leninistische Doktrin von der Rolle der Partei angegriffen. Nach dem Leninismus* (d. h., nach dem, was die Stalinisten für „Leninismus" ausgeben – Anm. des Verf.) *ist die Partei das höchste Organ der Arbeiterklasse, das dazu bestimmt ist, allen Massenorganisationen der Werktätigen Richtung und F ü h r u n g zu geben und die Arbeit des Staates einschließlich der Wirtschaft zu ü b e r w a c h e n* ... (Die Partei also als eine Art „moderner Polizist" – Anm. d. Verf.!).

„Lenin" sagte Z., träumte von einem Staat, den eine Köchin regieren könnte. Seine Nachfolger haben einen Staat geschaffen, für dessen Verwaltung jeder einfache Polizist ausreichen würde". (György Dalos, ungarischer Dichter, 1968 im „Maoistenprozeß" zu sieben Monaten Knast auf Bewährung verurteilt).

.... Es war selbstverständlich und richtig, daß die Partei taktvolle und vorsichtige Maßnahmen (Verhaftungen, zwangsweise Auflösung – Anm. d. Verf.) *gegen jene Forderungen der Arbeiterräte ergriff, mit denen diese die alleinigen Herren der Fabriken werden wollten* (Ähnlichkeiten mit der heutigen Argumentation der polnischen Staatspartei gegen „Solidarnosc" wären rein zufällig – Anm. d. Verf.). *Diese jungen und ungenügend gefestigten Organe konnten nicht (und können noch immer nicht) dazu gebracht werden, die Notwendigkeit der Führung durch die Partei anzuerkennen"* (42) (Hervorhebung von mir, d. Verf.). Die Legalisierung eines neuen Studentenverbandes und der Sozialdemokratischen Partei war nicht 'konterrevolutionär', sondern trug lediglich der Tatsache Rechnung, daß diese Strömungen in der Arbeiterklasse und unter den Intellektuellen eine erhebliche Basis hatten.

Die Trotzkisten, wie auch viele Anarchisten und Spontaneisten, sehen den ungarischen Aufstand von 1956 als „politische Revolution gegen die Bürokratie" an, mit der Stoßrichtung der Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft. Ähnlich blauäugig schätzen diese Kräfte auch heute die Entwicklung in Polen ein. Eine derartige Einschätzung geht allerdings an der Realität vorbei. *„Nem kel kommunizmus!"* („Wir wollen keinen Kommunismus") – das war eine der verbreitetsten Parolen in der „ungarischen Oktoberrevolution". Die Ablehnung des Stalinismus ging in weiten Teilen des ungarischen Volkes, auch in der Arbeiterklasse, einher mit Sympathien für und Illusionen über die bürgerliche „Demokratie". Hierbei muß berücksichtigt werden, daß die Ungarn nur Monarchie und Faschismus, nicht aber eine bürgerlich-parlamentarische Republik kennengelernt hatten.



... und erschossen – oft auch auf viehische Weise gelyncht.

Die Arbeiterräte forderten 1956 nicht die Schaffung einer Rätedemokratie, sie unterstützten vielmehr die Regierung Nagy, ein Kabinett aus „Reformkommunisten" und bürgerlichen Demokraten, und erhoben die Forderung nach Parlamentswahlen.

Die mehrfachen Regierungsumbildungen Imre Nagys waren erhebliche Zugeständnisse an bürgerliche Kräfte. Es wurden keine Kämpfer aus den Arbeiterräten, unter Rakosi inhaftierte linke Oppositionelle (z. B. „Titoisten") in die Regierung aufgenommen, sondern bürgerliche Politiker wie Zoltan Tildy, der sogar zum Bündnis mit dem Erzreaktionär Mindszenty bereit war.

Ohne die Intervention der UdSSR wäre in Ungarn bestenfalls ein politisches System ähnlich dem Österreichs errichtet worden, ein neutraler, bürgerlich-demokratischer, kapitalistischer Staat. Damit soll selbstverständlich nicht der sowjetische Einmarsch gerechtfertigt werden, das ist lediglich schlichte Realität. Arbeiterräte wurden 1918 auch in Deutschland gebildet. Da sie von sozialdemokratischen Kräften beherrscht waren, stimmten sie der Errichtung einer parlamentarischen Republik zu und ebneten so einer Stabilisierung der kapitalistischen Klassenherrschaft den Weg.

Nun gibt es für Sozialisten zweifellos erstrebenswertere politische Verhältnisse als die Österreichs; als Verfechter des Selbstbestimmungsrechts der Völker unterstützen wir jedoch das Recht eines jeden Volkes, einen solchen Weg zu gehen.

Während des Aufstandes in Ungarn traten auch militant antikommunistische Reaktionäre auf den Plan, die die Regierung Nagy stürzen wollten. In Budapest hatte ein gewisser Josef Dudas ein „Nationales Revolutionskomitee" mit sich selbst als Vorsitzendem gebildet. Er sagte der Nagy-Regierung den Kampf an (*„Wir wollen keine Kommunisten als Führer des Landes"*) und verfügte über bewaffnete Einheiten aus dem Budapester Kleinbürgertum, *„die ständig mit Handfeuerwaffen hantierten"* (43). Dudas ließ Ende Oktober 1956 das Gebäude der Parteizeitung „Nepzbadsag" besetzen und gab eine eigene Zeitung heraus. Am 31. Oktober 1956 organisierte die Dudas-Clique in Budapest eine bewaffnete Demonstration, an der 2.000 Leute teilnahmen, die den Rücktritt der „Mörderregierung Nagy" verlangten („Die Welt", 1.11.56). Wenige Tage zuvor hatte diese „Mörderregierung" gerade den in der Tat mörderischen AVO-Sicherheitsdienst aufgelöst!

In der Stadt Györ bildete ein Attila Szigethy ein „Nationalkomitee". Szigethy richtete (in einer Situation des Bürgerkriegs, wohlgemerkt!) ein Ultimatum an die Nagy-Regierung, in dem er *„die sofortige Bekanntgabe eines Termins für freie Wahlen, die innerhalb von zwei oder drei Monaten stattfinden sollen"*, forderte. Szigethy drohte für den Fall der Nichterfüllung seines Ultimatums unverhohlen mit einem Rechtsputsch: *„Wir haben 10.000 Mann, die bereitstehen, nach Budapest zu marschieren"* (44). Wes Geistes Kind die Szigethy-Leute waren, zeigten sie, als sie im Rathaus in Györ anläßlich ihrer dortigen Machtübernahme auch Bilder Lenins abnahmen und zerstörten („Die Zeit", 8.11.1956).

Imre Nagy war bemüht, den Aufständischen sehr weitgehend entgegenzukommen. Am 28. Oktober 1956 erklärte er über den Aufstand, daß *„in dieser Bewegung ein großer nationaler und demokratischer Impuls wirksam geworden ist, der unser ganzes Volk umfaßt und eint"*. Imre Nagy widersprach entschieden der Behauptung des abgesetzten Parteichefs Gerö, es handele sich bei dem Aufstand um eine Konterrevolution (44).

Auf den Straßen Ungarns waren Ende Oktober/Anfang November 1956 allerdings nicht nur demokratische „Impulse" zu beobachten. Der bürgerliche Historiker Fetjö, ein Kenner Ungarns und des „realen Sozialismus", der insgesamt dem Aufstand

"Realer Sozialismus"

positiv gegenübersteht, stellt fest, *„daß die ungarische Erhebung nach dem 28. Oktober mehr und mehr antikommunistischen Charakter annahm. Nach dem Rückzug der Sowjettruppen veranstalteten einzelne Extremisten unter den Aufständischen auf die AVH-Männer* (gemeint ist die AVO-Sicherheitspolizei – Anm. des Verf.) *eine regelrechte Treibjagd, die sich manchmal auch auf Parteiaktivisten erstreckte"* (45).

In der Stadt Magyarovar holten Aufständische einen bei Kämpfen schwer verletzten AVO-Mann nach einigen Tagen aus dem Krankenhaus, folterten ihn öffentlich zu Tode und hängten die Leiche an den Füßen auf (44). Diese Mordtat war kein Einzelfall. Verschiedentlich wurden Menschen nur wegen ihrer Mitgliedschaft in der KP und deren Jugendorganisationen ermordet.

Eine derartige Bestialität ist Sozialisten, ist der revolutionären Arbeiterbewegung, die für eine m e n s c h l i c h e r e Gesellschaft kämpft, fremd. So haben wirkliche Revolutionäre wie Ernesto Che Guevara oder die vietnamesischen Befreiungskämpfer ihre Gefangenen menschlich behandelt. In Ungarn hingegen veranstalteten vom reaktionären Klerus und von Militaristen verhetzte Kleinbürger, die „die roten Schweine umlegen" wollten, vielfach nichts anderes als faschistischen Terror. (Ebenso übrigens wie bei den ähnlich gelagerten Ereignissen des 17. Juni 1953 in der DDR).

Unterstützung bekamen die ungarischen Faschistenbanden unter anderem aus der BRD. Von dorther wurden bewaffnete Trupps ehemaliger Mitglieder der faschistischen „Pfeilkreuzler" vom Bundesnachrichtendienst des Herrn Gehlen (der schon Hitlers Geheimdienst geleitet hatte!) über die mittlerweile offene österreichisch-ungarische Grenze geschickt (46). Bewaffnete Reaktionäre befreiten in Ungarn sogar Faschisten und Kriegsverbrecher aus den Gefängnissen, u. a. zwei Minister des Horthyregimes (47).

Auch wenn westliche Politiker und Journalisten sich zum Teil vom Blutterror der ungarischen Faschisten distanzierten, so muß festgehalten werden, daß genau dieser Terror erklärtermaßen ein wesentlicher Bestandteil der US-imperialistischen Strategie gegenüber Osteuropa war. Der USA-Kongreßabgeordnete Kersten hatte bereits 1951 bei einer Debatte über eine Gesetzesvorlage zur Unterstützung konterrevolutionärer Kräfte in den „realsozialistischen" Staaten erklärt: „Wenn wir etwa behaupten würden, daß der Terror in der osteuropäischen Befreiungsbewegung keine Rolle spielt, hieße das, daß wir keine Ahnung haben, was eigentlich eine Befreiungsbewegung ist" (48). Und die Sendungen des

ist" (48). Und die Sendungen des

nach dieser Devise arbeitenden CIA-Senders „Radio Free Europe" in ungarischer Sprache, ausgestrahlt von BRD-Gebiet, waren 1956 *„fast die einzige zentrale Anleitung für die Rebellen"* (44).

Daß die US-Imperialisten nach 1945 liebend gerne Ungarn ihrer Einflußsphäre einverleibt hätten, gab George N. Shuster, nach 1945 zeitweilig Chef der US-Besatzungsmacht (Landeskommissar) in Bayern, 1954 ganz offen zu: *„Ein flüchtiger Blick auf die Geschichte hätte daran erinnern müssen, daß Bela Kun nach 1918 der Erfolg versagt blieb, weil westliche Streitkräfte die Aufrechterhaltung der demokratischen Einrichtungen gewährleisteten"* (49). (Bela Kun war 1919 der Führer der ungarischen Räterepublik, seine sich auf Arbeiterräte stützende Regierung aus Kommunisten und Sozialisten wurde von den Horthy-Faschisten und französischen Truppen gestürzt. Bela Kun selbst wurde in den dreißiger Jahren während der stalinistischen „Säuberungen" umgebracht ...).

Die G e f a h r einer Machtübernahme reaktionärer und faschistischer Kräfte bestand in Ungarn 1956 durchaus. Ob die Nagy-Regierung bereit und in der Lage war, diese Gefahr zu beseitigen und die bewaffneten Kräfte der Reaktion, die faschistischen Banden, zu zerschlagen (was in jedem Fall einen mehrmonatigen Bürgerkrieg bedeutet hätte), ist fraglich.

Die Bildung der Nationalgarde durch die Regierung Nagy hatte diesbezüglich zunächst keine Konsequenzen. Selbst der gewiß nicht prosowjetische britische Journalist Sefton Delmer, der sich während des Aufstands in Budapest aufhielt, schrieb am 31. Oktober 1956 im „Daily Express": *„Jetzt ist der Terror des Mobs an der Tagesordnung ... Lynchmethoden, zu denen auch die bewaffneten Hilfskräfte greifen"*. (Delmer meint mit diesen Hilfskräften die Nationalgarde der Nagy-Regierung).

Das Fehlen einer in den Massen verankerten sozialistischen Organisation wirkte sich bei dem Aufstand in jeder Hinsicht sehr schmerzlich aus.

Reaktionen und Konsequenzen

Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" schrieb am 2. November 1956: *„Nicht die Revolution, sondern die Konterrevolution hat in den letzten Tagen Fortschritte gemacht"*.

Nachdem die UdSSR durch ihre Militär-Intervention die Regierung Nagy weggeputscht hatte, schrieb „Neues Deutschland" am 6. November 1956: *„In Ungarn hat heute, unterstützt durch internationale Solidarität, das Volk gesiegt."*

Wilhelm Pieck, Präsident der DDR, schrieb in einem Glückwunsch an die von der UdSSR eingesetzte Regierung: *„Ich grüße Ministerpräsident Janos Kadar ..."* (der noch drei Tage zuvor im „Neuen Deutschland" als „Liquidator der Partei" beschimpft worden war!). Pieck meinte: *„Mord, Brandstiftung, Plünderung und Chaos sind die Spuren dieser Verbrecher, die der ehemalige Ministerpräsident Nagy begünstigte"* („Neues Deutschland, 6.11.1956).

Noch am 1.11.1956 hatte „Neues Deutschland" geschrieben: *„Die Arbeiter von 20 der größten Budapester Betriebe haben die Unterstützung der Regierung Nagy und ihres Programms zum Ausdruck gebracht und jeden, der diese Regierung angreift, als ein dunkles Element der Konterrevolution bezeichnet ..."*!

Eine Jubelkundgebung der SED in Berlin/DDR für den sowjetischen Einmarsch in Ungarn war mit (nach Angaben der SED-Führung!) 4.000 Teilnehmern für dortige Verhältnisse mehr als schwach besucht („Neues Deutschland", 7.11.56).

Wie die SED rechtfertigte auch die im August 1956 in der BRD verbotene westdeutsche KPD den Einmarsch und beschleunigte damit ihren Niedergang zu einer annähernd bedeutungslosen Sekte. Der sowjetische Einmarsch in Ungarn wurde in den folgenden Jahren von den SPD-Führern zur Rechtfertigung und Begründung ihrer Unterstützung der Wiederbewaffnung der BRD, der NATO und der Bundeswehr benutzt.

Die DKP rechtfertigt heute, trotz ihrer neu entwickelten „Offenheit", noch immer hundertprozentig den Einmarsch in Ungarn (50).

Die gesamte von der KPdSU angeführte „kommunistische Weltbewegung", seit den Moskauer Prozessen der 30er Jahre im Schlucken dicker Kröten trainiert, rechtfertigte die sowjetische Militär-Intervention, selbst die Kommunistische Partei Italiens (mittlerweile hat die KP Italiens allerdings ihren Standpunkt in dieser Frage selbstkritisch geändert).

In einer ganzen Reihe von westlichen Ländern kam es nach dem Einmarsch zu Exzessen militanter Antikommunisten wie Bombenanschlägen

marsch zu Exzessen militanter Antikommunisten wie Bombenanschlägen

und Verwüstungen von Botschaften der UdSSR und KP-Büros. Bei Angriffen rechtsradikaler Schlägertrupps auf das Gebäude der französischen KP-Zeitung „L'Humanite" wurde ein KPF-Arbeiter ermordet und weitere schwer verletzt („Die Zeit", 15.11. 1956). Die Sowjetunion hatte sich durch ihr Eingreifen in Ungarn international enorm isoliert.

Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Italiens, Nenni, erklärte, er wolle den ihm 1952 von der UdSSR verliehenen Stalin-Friedenspreis zurückgeben.

Die Vereinten Nationen (UNO) verurteilten mit übergroßer Mehrheit den sowjetischen Einmarsch; nur die „realsozialistischen" Staaten rechtfertigten ihn. Einige Länder der 1955 gegründeten Bewegung der Blockfreien (u. a. Indien und Indonesien) enthielten sich der Stimme, um nicht die Demagogie der Imperialisten („für das Selbstbestimmungsrecht der Völker") zu unterstützen.

In den Tagen des Aufstandes in Ungarn starteten die englischen und französischen Imperialisten gemeinsam mit den israelischen Zionisten im Nahen Osten eine militärische Provokation. Nachdem sich die imperialistische „Weltbank" geweigert hatte, Ägypten die versprochenen Kredite für den Bau des Assuan-Staudammes zur Verfügung zu stellen, beschloß die ägyptische Regierung 1956 die Verstaatlichung der Suezkanalgesellschaft. Daraufhin flogen England und Frankreich am 30. Oktober 1956 Luftangriffe auf ägyptische Städte. Dieser Angriff dürfte mit dazu beigetragen haben, den sowjetischen Führern ihren Entschluß zur Intervention in Ungarn zu erleichtern. England und Frankreich nutzten dann wiederum die Gunst der Stunde und landeten am 5. November 1956, genau einen Tag nach dem Beginn des sowjetischen Einmarsches, mit Truppen in Port Said (Ägypten). Daß sie Bomben auf Zivilbevölkerung warfen, hinderte diese Leute freilich nicht daran, über das sowjetische Vorgehen in Ungarn Krokodilstränen zu vergießen.

Die Propagandisten des deutschen Imperialismus griffen nach dem Einmarsch tief in die noch intakte braune Trickkiste des „Antibolschewismus", und gaben zu verstehen, daß sie den Ungarn-Aufstand als ein Stück Rache für ihre Niederlage 1945 ansahen. Der Aufstand sei *„das moralische Stalingrad des Weltbolschewismus"*, schrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 6.11.56.

Als e i n z i g e s Land mit sozialistischem Anspruch verurteilte damals Jugoslawien den sowjetischen Einmarsch. Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens erklärte u. a.: *„Die Hauptursache des Aufstandes liegt in der Erbitterung des Volkes gegen das bürokratische Zwangssystem, gegen die Beschränkung der menschlichen Rechte der Arbeiter ..."* (51).

Der französische Philosoph und Schriftsteller Jean Paul Sartre trat aus der Gesellschaft für sowjetisch-französische Freundschaft aus und erklärte in einem Interview mit der Zeitschrift "L'Express": „ ... *die Sowjetarmee hat nicht auf eine Handvoll bewaffneter Emigranten, sondern auf das ganze Volk geschossen. Das Volk, das sind die Arbeiter und Bauern, die schon Horthys Opfer waren, und man hat sie jetzt wiederum hingemetzelt ... waren wir Zeugen einer politischen Revolution, die sich nach rechts wandte. Weshalb? Weil man dem Volke nichts gegeben hatte, weder materielle Befriedigung, noch den Glauben an den Sozialismus, nicht einmal ein klares Bild von der Situation ... Die Arbeiter emanzipieren sich aus eigener Kraft auf dem Weg der Fehler, der praktischen Erfahrungen. Man korrigiert die Fehler nicht mit Panzergranaten. Und schließlich ist für diese selben Fehler voll und ganz der Stalinismus verantwortlich ... Die Lektion, die uns das ungarische Volk mit seinem Blute erteilt hat, betrifft den völligen Bankrott des Sozialismus in der aus der Sowjetunion importierten Form"* (52).

Jean Paul Sartre brach Ende 1956 seine Beziehungen zu den sowjetischen Schriftstellern ab, die die Intervention nicht verurteilten. Sartres Stellungnahme war die qualifizierteste und konsequenteste zu diesem Thema von einem westeuropäischen Linken.

Recht interessant ist die Haltung der KP Chinas zum Aufstand in Ungarn.

Am 6. November 1956 beglückwünschte der chinesische Ministerpräsident Tschou En Lai die durch den Sowjeteinmarsch in den Sattel gehievte Regierung Janos Kadars und stellte ihr eine Hilfe in Höhe von 30 Millionen Rubel zur Verfügung („Neues Deutschland" 8.11.56). Das Zentralorgan der KP Chinas, „Volkszeitung" („Renmin Ribao") schrieb am 8. November 1956 in einem Leit-

zeitung" („Renmin Ribao") schrieb am 8. November 1956 in einem Leit-

artikel: *„Wir vernehmen mit Freude, daß die reaktionäre Regierung Imre Nagy durch jene des Genossen Kadar ersetzt worden ist und daß unsere ungarischen Brüder von den Ketten der Konterrevolution befreit worden sind"* (53).

Damit hatte die chinesische Parteiführung und Regierung (*„nach einigem Schwanken"* (54), wie einige DDR-Autoren behaupten) den Einmarsch begrüßt. Auch in späteren Jahren, während der heftigen Auseinandersetzungen zwischen der KPdSU und der KP Chinas, hat die chinesische Führung ihre Haltung zum Ungarn-Einmarsch nicht geändert. So hieß es in einem gemeinsamen Artikel der Redaktionen der „Volkszeitung" und der „Roten Fahne" (theoretisches Organ der KP Chinas) im September 1963, die *„Tito-Clique"* habe beim *„konterrevolutionären Putsch in Ungarn im Oktober 1956"* die *„schimpfliche Rolle eines Interventen* (!?) *und Provokateurs"* gespielt. Makabrerweise warf die KP Chinas Jugoslawien in dem Artikel auch noch vor, dem rechtmäßigen und in der ungarischen Arbeiterklasse sehr populären Regierungschef Nagy in ihrer Budapester Botschaft vor seinen Henkern Asyl und Schutz geboten zu haben! (55).

Bei der Betrachtung der Haltung der KP Chinas zu den Ungarn-Ereignissen muß berücksichtigt werden, daß 1956 in der chinesischen Parteiführung die Kräfte um Deng Xiaoping und Liu Schao Schi die Oberhand hatten, die damals für eine weitere enge Anlehnung Chinas an die UdSSR eintraten, gegen das Streikrecht für Arbeiter waren und in den von ihnen kontrollierten Zeitungen kritische Stimmen der „maoistischen" Linken unterdrückten. Diese Kräfte hatten als Vertreter einer priviligierten Bürokratie Angst vor demokratischen Veränderungen und selbständigen Bewegungen der Werktätigen, in Ungarn wie in China.

Im September 1956 hatte der VIII. Parteitag der KP Chinas, der von den sowjetischen Realsozialisten bis heute sehr positiv beurteilt wird, unter Federführung Deng Xiaopings die Erwähnung der Ideen Mao Tse Tungs im Parteistatut gestrichen (56). Allerdings hat auch Mao Tse Tung selbst die Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes gerechtfertigt. Im Januar 1957 erklärte er vor Funktionären der KP Chinas: *„Über jenen verschwindend kleinen Kreis von Menschen, die konterrevolutionäre Putsche ähnlich den Ungarn-Ereignissen anzetteln, muß selbstverständlich die Diktatur ausgeübt werden"* (57).

Diese recht platte „Einschätzung" Maos vom Ungarn-Aufstand scheint mehr von der Lektüre sowjetischer Verlautbarungen geprägt zu sein als von einer eingehenderen Beschäftigung mit den Positionen der zum Teil sehr unterschiedlichen Kräfte, die an der Aufstandsbewegung beteiligt waren. Mao wirft an dieser Stelle faktisch Faschisten und Linke in einen Topf und übernimmt zudem die These der sowjetischen Führung vom „konterrevolutionären Putsch".

Mit den konterrevolutionären Putschisten meinten die Führer der KP Chinas eindeutig Imre Nagy und seine Regierung. Das Rakosi-Regime war für sie „Sozialismus", wenn auch mit schweren „Fehlern" behaftet.

Bei aller notwendigen Kritik an derartigen Fehleinschätzungen Maos sollte man jedoch nicht vergessen, daß Mao Tse Tung und die Linken in der KP Chinas in den folgenden Jahren tiefgreifende politisch-theoretische und praktische Konsequenzen aus der Entwicklung des sowjetischen „realen Sozialismus" und nicht zuletzt aus dem Einmarsch in Ungarn zogen und mit der Kulturrevolution 1966/67 ansatzweise Alternativen zum „Realsozialismus" sowjetischen Musters entwickelten.

„Kann der Marxismus, der in unserem Land von der Mehrheit des Volkes als führende Ideologie anerkannt ist, noch kritisiert werden?", fragte Genosse Mao im Februar 1957 und gab auch gleich die Antwort: *„Der Marxismus ist eine wissenschaftliche Wahrheit, er fürchtet keine Kritik. Täte er es und wäre er durch Kritik zu beseitigen, dann taugte er eben nichts"* (58).

Ziemlich genau ein Jahr nach dem Aufstand in Ungarn, am 9. Oktober 1957, berichtete Mao Tse Tung in einer Rede: *„Im Verlauf dieses Jahres haben die Massen eine Form für die Revolution, eine Form für die Massenkämpfe, geschaffen. Es handelt sich um freie Meinungsäußerung, offene Aussprache, große Debatte und Dazibao (Wandzeitung mit großen Schriftzeichen). Nun hat unsere Revolution eine Form gefunden, die ihrem Inhalt gut entspricht ... Freie Meinungsäußerung, offene Aussprache, große Debatte und Dazibao sind die Form, die am besten geeignet ist, die Initiative der Massen zu wecken und ihr Verantwortungsgefühl zu erhöhen"* (59).

Für Sozialisten und Kommunisten in Westeuropa und speziell in Westdeutschland müssen die Konsequenzen aus der Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes 1956 (und des „Prager Frühlings" 1968) heißen: Kampf für Blockfreiheit und Neutralität, gegen NATO und BRD-Imperialismus, für die Auflösung a l l e r Militärblöcke und eine sozialistisch-pluralistische Demokratie.

U., RGW-Kommission



Anmerkungen

1 zitiert in: Fernando Claudin: Die Krise der Kommunistischen Bewegung – Von der Komintern zur Kominform, Band 2, Westberlin 1978, S. 168 f
2 Andy Anderson: Die ungarische Revolution 1956, Hamburg 1977, S. 56
3 Vilmos von Zsolnay: Zwanzig Jahre ungarische Geschichte von 1945 - 1965 in: Werner Frauendienst (Herausgeber): Ungarn – Zehn Jahre danach 1956 - 1965, Mainz 1966, S. 23f
4 siehe 3, S. 26
5 Anderson, S. 41
6 zitiert in: Anderson, S. 41
7 nach: „Die Welt", 22.10.1976
8 siehe 3, S. 27f
9 David Irving: Der kopflose Aufstand (Teil I), in: „Der Spiegel", Nr. 19, 4.5.1981
10 Anderson, S. 106
11 siehe 3, S. 31
12 Anderson, S. 121
13 Anderson, S. 122
14 Anderson, S. 132
15 siehe 3, S. 32
16 siehe 3, S. 33f
17 siehe 3, S. 35
18 siehe 3, S. 36
19 Anderson, S. 151
20 Anderson, S. 230f
21 zitiert in: Anderson, S. 230f
22 Boris Ponomarjow u.a.: Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Berlin/DDR 1975, S. 689
23 George N. Shuster: Religion hinter dem Eisernen Vorhang, Würzburg 1954, S. 175
24 Josef Vecsey, Johann Schwendemann (Herausgeber): Kardinal Mindszenty warnt. Reden, Hirtenbriefe, Presseerklärungen, Regierungsverhandlungen 1944 1946, St. Pölten 1956, S. 23
25 siehe 24, S. 91
26 siehe 24, S. 92
27 Mihaly Csizmas: Staat und Kirche in Ungarn seit 1945, in: Werner Frauendienst, siehe 3, S. 287
28 Josef Vecsey, Johann Schwendemann (Hrsg.): Prozesse gegen den Kardinal. Reden, Hirtenbriefe, Presseerklärungen, Einkerkerung, Gefangenschaft, Befreiung 1947 - 1956, St. Pölten 1959, S. 125
29 zitiert in: Shuster, S. 190
30 Shuster, S. 198
31 siehe 28, S. 280
32 sieh 28, S. 279
33 siehe 28, S. 284 und 291
34 siehe 28, S. 285
35 siehe 28, S. 291
36 siehe 28, S. 290
37 siehe 28, S. 287
38 siehe 28, S. 292
39 in: Anderson, S. 228
40 in: Anderson, S. 241
41 Marx/Engels: Werke (MEW), Band 1, S. 385
42 Georg Stadtmüller: Die ideologische Diskussion der ungarischen Revolution von 1956, in: Werner Frauendienst, siehe 3, S. 263f
43 entfällt
44 David Irving: Der kopflose Aufstand (Teil III), in: „Der Spiegel", Nr. 21, 18.5.1981
45 Francois Fetjö: Die Geschichte der Volksdemokratien, Band II, Graz, Wien, Köln 1972, S. 174f
46 Albrecht Charisius, Julius Mader: Nicht länger geheim. Entwicklung, System und Arbeitsweise des imperialistischen deutschen Geheimdienstes, Berlin/DDR 1978, S. 537f
47 siehe Anderson, S. 244
48 zitiert in: siehe 46, S. 536
49 Shuster, S. 177
50 Bernd Hartmann: Konterrevolution im Oktober 1956, Was damals in Ungarn geschah, in: „Unsere Zeit" („UZ"), 16.10. 1981 (Hartmann ist seit 1968 Spezialist der DKP für die Rechtfertigung von sowjetischen Interventionen; vergl.: Bernd Hartmann: Die Ereignisse in der CSSR aus marxistischer Sicht, in: „Blätter für deutsche und internationale Politik", September 1968)
51 in: Anderson, S. 260
52 in: Anderson, S. 273
53 Anderson, S. 234
54 Jürgen Hafemann, Bernd Jordan u.a.: Die Volksrepublik China 1949 - 1979, Eine kommentierte Chronik, Berlin/DDR 1980, S. 72
55 Ist Jugoslawien ein sozialistischer Staat? in: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Peking 1965, S. 189
56 Jürgen Reusch: Die Außenpolitik der Volksrepublik China 1949 - 1974, Kritik ihrer Theorie und Praxis, Frankfurt/Main, 1974, S. 29f
57 Mao Tse Tung: Ausgewählte Werke (MAW), Band V, S. 424
58 MAW, Band V, S. 464
59 MAW, Band V, S. 549

Das Zitat von György Dalos ist dessen Gedichtband „Meine Lage in der Lage" (Rotbuch-Verlag, Westberlin 1979) entnommen.

J.P. Vigier

Das strategische Versagen der KPF

(Jean-Pierre Vigier war Mitglied im Generalstab der französischen „Résistance", Mitglied des ZK der KPF bis zum Mai '68 und ist heute Forschungsleiter im nationalen Physik-Forschungszentrum Frankreichs).

Drei Fakten beherrschen die aktuelle innenpolitische Situation in Frankreich: der enorme Umfang des Massensieges, der Giscard hinwegfegte, die Hegemonie der PS über die neue Regierung und die strategische Niederlage der KPF.

Sämtliche Ziele, die von der Führung der Partei vorgeschlagen wurden, sind bei weitem verfehlt worden. Der Kampf um ein „neues Gleichgewicht der Kräfte" innerhalb der Linken hat als Ergebnis den Verlust von einem Viertel der Wähler für die Partei, den spektakulären Mitgliederverlust der CGT (8 %), die persönliche Niederlage von fünf der sechs Leitungsmitglieder bei den Legislativwahlen, schließlich den Verlust von 43 Wahlkreisen bei den Parlamentswahlen zugunsten der PS.

Dies sind die bitteren Früchte nicht des „Chirac-Effekts", auch nicht der „Präsidentschaftswahldynamik", sondern des theoretischen Abgleitens und der politischen Inkompetenz der Führungsgruppe der KPF.

Seit dem 26. April bestätigt sich dies eklatant. Den prinzipienlosen Kritiken an der PS folgte ein würdeloser taktischer, politischer und ideologischer Kniefall. Alles läuft so, als ob die einzige Existenzlegitimation der Führung nur noch in ihrer Verteidigung bestehen würde. Die Partei verhält sich wie ein manövrierunfähiges Schiff. Wenn diese Linie weiter fortgesetzt wird, wird sich die Rolle der Partei auf

eine ähnlich marginale Funktion redu-
bestehen würde. Die Partei verhält sich wie ein manövrierunfähiges Schiff. Wenn diese Linie weiter fortgesetzt wird, wird sich die Rolle der Partei auf

eine ähnlich marginale Funktion reduzieren, wie sie die PCE, die DKP oder die KP Belgiens heute innehaben. Die Geschichte wartet nicht. Entscheidungen müssen getroffen werden: entweder Bedeutungslosigkeit oder Festlegung einer neuen Linie.

Es ist offensichtlich, daß innerhalb des geschlagenen Generalstabs der Partei zwei unterschiedliche Linien zur Frage der Regierungsbeteiligung bestehen. Die erste Linie ist die direkte Fortsetzung der Anti-PS-Kampagne durch die Partei wie nach dem Bruch der Linksunion. Sie definiert sich durch einen Rückzug auf sich selbst, durch eine Ablehnung einer Regierungsbeteiligung, die Vorbereitung einer sozialen und politischen Gegenoffensive gegen die neue Regierung, sobald die Euphorie über den Sieg nachgelassen hat und die nahen und unvermeidbaren Zeiten ökonomischer Schwierigkeiten im Land eingetreten sind. Diese Linie wird durch die SU unterstützt, und sie trägt der Realität Rechnung.

Trotz ihrer Niederlage behält die Partei tatsächlich wichtige Bastionen innerhalb der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften. Die Sozialisten und die Liberalen unterschätzen zu leichtfertig die Reaktionen des Zusammenrückens, die immer auf Niederlagen folgen, sowie die anti-sozialistischen Reflexe der Militanten und Kader der Partei, die ihre Niederlage nicht einsehen wollen und gerade im sofortigen Auftreten pro-amerikanischer und pro-europäischer Technokraten in der neuen Regierung die Bestätigung ihrer Ablehnung der Sozialdemokratie gesehen haben.

Die zweite Linie, anscheinend von Georges Marchais selber unterstützt, besteht in einer zeitlich begrenzten Regierungsbeteiligung, als ob nichts wäre, obwohl die Partei auf eine Einflußnahme auf den Gang der Ereignisse nicht hoffen kann, die sie selber weder vorhersehen noch analysieren noch vorbereiten konnte. Diese Linie hat erstmal offensichtlich gesiegt.

Die Führung hofft, mit den Ministern, mit der Akzeptierung der provisorischen Rolle einer Kraftreserve (d.h. gegenüber künftigen sozialen Bewegungen das linke Mäntelchen abzugeben) die interne Opposition so gut wie möglich zu begrenzen und von den eigenen Mitglieder und den PSlern eine Tilgung der Vergangenheit zu erreichen. Sie will ihre Macht auf dem Wege erhalten, daß sie Oppositionelle wie Fizbin eliminiert und den Wiederaufbau der Partei betreibt, um den Kampf gegen die neue Mehrheit einzuleiten.

Im Juni 1981 war ein Kurswechsel außerhalb der Diskussion. Die einzige Frage war: Soll man gleich eine Regierungsbeteiligung ablehnen oder soll man die neue Regierung zu einem späteren, günstigeren Zeitpunkt wieder verlassen, um ein neues Gleichgewicht PC : PS zu erreichen. Die letztere, immer noch aktuelle Linie konnte nur mit der Unterstützung von Mitterrand siegen. Mitterrand hat Marchais gerettet, indem er ihm vier Minister zustand aus zwei evidenten Gründen heraus. Er zieht es vor, die Rückkehr der KPF in die Opposition maximal hinauszuzögern, und läßt sie in der schwierigen Anfangszeit lieber an der Staatsmacht teilhaben. Er wendet dabei ein Machiavelli'sches Prinzip an, wonach man unfähige Gegner, die man voll unter Kontrolle hat, in Machtpositionen beibehält.

Gehen wir vom Prinzip aus, daß das Land nach wie vor für seine Veränderung eine revolutionäre kommunistische Partei braucht.

September '81: Arbeiter gehen wieder massenhaft auf die Straße

Die Dynamik der genannten beiden Linien kann den Niedergang der Partei nicht aufhalten — während auf der anderen Seite iede weitere Schwächung

Die Dynamik der genannten beiden Linien kann den Niedergang der Partei nicht aufhalten — während auf der anderen Seite jede weitere Schwächung der KPF im Kontext mit der aktuellen PS-Hegemonie der Bourgeoisie nur nützen kann.

Es ist wünschenswert, kommunistische Minister zu haben. Zwar ist das am 10. Mai begonnene Experiment weit davon entfernt, der Sache der Revolution zu dienen. Seine Niederlage würde aber im Rahmen des gegebenen Kräfteverhältnisses — im Inneren wie im Äußeren — nur bedeuten, daß der neue Chef der Bourgeoisie, Chirac, an die Macht zurückkehrt. Innenpolitisch würde dies eine Repressionspolitik bringen und außenpolitisch den unwiderrufbaren Niedergang des Landes in die Fänge des amerikanischen Imperiums.

Es ist nicht seriös, den Sieg der PS einzig und allein auf die Ablehnung widerwärtiger oder lächerlicher Aspekte des Giscardismus zurückzuführen. Auf der Ebene des Klassenkampfes beinhaltet er eine Modifizierung des Kräfteverhältnisses zwischen den Massen der Linken — die kommunistischen Massen eingeschlossen — und der von der UDF geführten Koalition, zwischen dem großen Finanzkapital und einem Teil der Mittelklassen, der heute die Konsequenzen einer Kapitalrestrukturierung, wie sie durch die Mitgliedschaft im deutsch-amerikanischen Europa aufgezwungen wird, als inakzeptabel empfindet.

Vom Klassenstandpunkt aus (im übrigen in der „Analyse" von Marchais völlig abwesend) impliziert der Sieg des 10. Mai die Machtübernahme durch neue Schichten der lohnabhängigen Kleinbourgeoisie, die sich in der PS wiedergefunden haben. Die Zusammensetzung der PS-Abgeordnetengruppe demonstriert dies eklatant.

In der neuen Regierung gibt es keine einzige Vertretung derjenigen Kräfte, die links von der KP stehen (jugendliche Arbeitslose, sogenannte „linksradikale" Strömungen, Ökologisten und Autonomisten), und die sich mit den neuen „linken" Politikern überhaupt nicht identifizieren können. Der Fall von Giscard beweist einzig und allein den Protest der Arbeiterklasse, eines Teils der Landarbeiterschaft und der Mittelklasse gegenüber dem Bankrott ganzer Wirtschaftszweige wie zum Beispiel der Stahlindustrie, der Werften, des Maschinenbaus, der Textilindustrie, der kleinen und mittleren Landwirtschaft.

Das stimmt so sehr, daß François Mitterand, kaum gewählt, gezwungen war, die wesentliche ökonomische Waffe der USA gegen ihre ökonomischen Rivalen anzugreifen: die amerikanischen Zinsraten. Somit wurde in einem speziellen Punkt eine Abkehr von der pro-amerikanischen Politik eingeleitet, wie sie bislang ohne Zögern von der Gesamtheit der europäischen Sozialdemokratie befolgt wurde.

Der Sieg der PS beinhaltet große Gefahren. Die PS steht vor Entscheidungen, die mit ihren Analysen, ihren Reden und ihren Versprechen unvereinbar sind. Genausowenig wie die KP wird die PS der Analyse der Bedingungen des Sieges, der Untersuchung des Kräfteverhältnisses und einer neuen Definition ihres Verhältnisses zu den Kommunisten ausweichen können.

Der Wiederaufbau der kommunistischen Partei erfordert logischerweise eine selbstkritische Aufarbeitung der Vergangenheit, die klassenmäßige Analyse der außergewöhnlichen Situation, wie sie durch die Mitterrand-Wahl geschaffen worden ist, und die Erarbeitung einer neuen Strategie und Taktik.

Was tun mit der PS?

Was tun mit der PS?

Nach dem 10. Mai hat die KP innerhalb nur weniger Tage ihre Einschätzung der Rechtsabweichung der PS fallen gelassen. Die ersten Monate der neuen Staatsmacht machten dies auch absurd oder lächerlich. Mitterrand hält augenscheinlich die wesentlichen Versprechungen der Linksunion ein und die Formeln von einem anderen Giscard-Regime bzw. der „Reaktion mit menschlichem Antlitz" lösen sich auf.

Um eine neue Strategie zu definieren, ist es das mindeste, was die geschlagene KP-Führung tun müßte, daß sie eine Selbstkritik ihrer vorherigen Einschätzung der PS vorlegt, bevor sie sich der Analyse des Wesens und der Perspektiven, der Frage der realen und langfristigen Ziele von Mitterrand widmet.

Eine erste Bemerkung zwingt sich hierzu auf.

Die aktuelle Schwächung der Partei ist das direkte Ergebnis der historischen Vision eines Menschen, F. Mitterrand, der verstanden hatte, daß der Sieg seiner Partei über ein neues Gleichgewicht der Linken geht. Er erklärt seit zehn Jahren, daß der Fall der KPF unter 15 % notwendig ist. Dieses neue Gleichgewicht ist seines Erachtens absolut notwendig, um die Angst eines entscheidenden Teils der Mittelklassen vor einer sozialistisch-kommunistischen Koalition aufzuheben. Er hat seine Wünsche noch überholt: Die Partei ist heute auf eine Unterstützungstruppe für seine Politik reduziert, sie verfügt noch nicht mal über eine Sperrminorität innerhalb der Nationalversammlung, sie ist der sozialistischen Macht unterworfen durch die für sie bedrohliche Nähe der Kommunalwahlen 1983.

Es ist ganz logisch, daß die KP sich nicht erlauben kann, auch nur partiell für ein Scheitern des Experiments vom 10. Mai verantwortlich gemacht zu werden. Jetzt, im Oktober 1981, scheint es klar zu sein, daß die Existenz kommunistischer Minister und der Gesichtswechsel der Partei die Macht von Marchais für eine Zeit gesichert haben. Die strategische Debatte, für den nächsten Parteikongreß versprochen, wird nicht stattfinden. Die Linie des 22. Kongresses wird mit einigen formalen Arrangements weiter fortgesetzt werden. Die aufeinanderfolgenden Niederlagen werden indessen ehemaligen Führern zugeschoben (Thorez und Waldeck-Rochet), die entweder tot sind oder sich nicht verteidigen können. Angesichts dieser abenteuerlichen Politik wird die Schwächung der KP weiter gehen und die Probleme werden bleiben.

Fragen zu einer kommunistischen Strategie

Drei wesentliche Fragen werden in den bekannten vorbereitenden Dokumenten zum nächsten Kongreß noch nicht mal angesprochen.

A) Ist die Linie des 22. Kongresses, das heißt der Verzicht auf die leninschen Ideen zum Staat und zur Revolution, in der Lage, den historischen Untergang der KPF aufzuhalten und umzukehren? Diese Linie war eingeleitet worden, als Thorez den Inhalt des 20. Parteitages der KPdSU (sog. Chruschtschow-Bericht) ablehnte. Sie ist charakterisiert durch die Unfähigkeit, eigenständig die Entwicklung der SU-Gesellschaft und der „Volksdemokratien" zu analysieren. Kann man und muß man die Linie der (wenn auch mit formalen Einschränkungen) bedingungslosen Unterstützung der Außenpolitik des sozialistischen Lagers fortsetzen (CSSR, Afghanistan, Polen usw...)? Kann man und muß man auf die revolutionären Konzepte zur Veränderung der französischen Gesellschaft zugunsten einer Rückkehr zur reformistischen Strategie, wie sie heute von der Regierung definiert ist, verzichten? Kann man und muß man also die strategische Linie von Jaurès und Léon Blum akzeptieren?

B) Wenn an dieser Linie festgehalten wird — gibt es dann in Frankreich tatsächlich Platz für zwei Parteien der Linken? Den Massen die Partei als eine radikalere und geschlossenere Kraft vorzustellen für eine Veränderung, die in Wirklichkeit von der PS gewollt und geleitet wird, wird bestimmt nicht die aktuelle Schwächung der KP aufhalten. Die Rolle des fünften Rads am Wagen hat noch nie jemanden wachsen lassen. Zur Definierung des Verhältnisses zwischen beiden Parteien muß die Frage nach den wirklichen Zielen des Partners in einer klaren und offenen Diskussion vor der Mitgliedschaft gestellt werden. Dies ist um so nötiger, als Mitterrand den großen

Zielen des Partners in einer klaren und offenen Diskussion vor der Mitgliedschaft gestellt werden. Dies ist um so nötiger, als Mitterrand den großen

Traum hegt, Jaurès' Erbe anzutreten als großer Einheits-Stifter der sozialistischen Kräfte dieses Landes.

Mitterrand kann damit Erfolg haben, seit die PS in ihren Reihen ehemalige Kommunisten zählt wie auch ehemalige Militante des Mai '68 — auf der Grundlage eines Programms, das zumindest genauso links ist wie die KP-Perspektiven.

Jospin ist garantiert linker als die Herren Leroy und Plissonnier.

C) Kann die neo-keynsianistische Politik der neuen Regierung, begleitet von Nationalisierungen und einer voluntaristischen Ankurbelung der Wirtschaft, die Inflation und die Arbeitslosigkeit bekämpfen, wenn sie im Rahmen einer wachsenden internationalen Krise geschieht, und wenn sie sich vor allem im völligen Gegensatz zur Wirtschaftspolitik unserer kapitalistischen „Partner" bewegt?

Eine Linie gegen den Strom

Hier existiert eine bedrohliche Gefahr für die neue Staatsmacht. Durch die Akzeptierung des Rahmens der Europäischen Gemeinschaft und des Atlantischen Pakts — das heißt durch die Akzeptierung der ökonomischen Spielregeln, wie sie seitens der USA, Japans und der BRD aufgestellt sind — unterzeichnet die PS ihr eigenes Urteil. Die Analysen der Wirtschaftsberater von Mitterrand sind in einem entscheidenden Punkt genauso schwach wie diejenigen der „marxistischen" Denker um Marchais.

Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit ist im wesentlichen nicht Ergebnis der — wenn auch realen — Fehler von Barre, Chirac und Giscard, sondern der Dynamik der Kapitalrestrukturierung auf Weltebene, der internationalen Arbeitsteilung (die sich zu einem Teil auf die Überausbeutung der hungernden Massen in der 3. Welt stützt) und der wissenschaftlich-technischen Revolution. Denn die Automation und die Datentechnik werden für einen historischen Zeitraum hunderttausende weiterer Arbeitsloser im Westen hervorrufen. Die Arbeitslosigkeit wird man nicht mit noch so gut gemeinten inneren Maßnahmen bekämpfen können, sondern nur durch die Einleitung eines rechtlichen, ökonomischen und finanziellen Kampfes sowohl auf Massenebene wie auch, mit Hilfe staatlicher Maßnahmen, gegen die Multinationalen und ihre Diener (Bankiers, Industrielle und Politiker).

Das aktuelle Beispiel der Automobilindustrie, Motor der Expansion der letzten 30 Jahre, ist dazu besonders geeignet. Um ihren inneren Markt zu schützen, unterstützen die US-Automobilmultis den Einzug ihrer japanischen Verbündeten auf den europäischen Markt. Die gebildeten Allianzen zwischen den vier größten Weltproduzenten Toyota, Nissan, Ford und General Motors haben Verträge zwischen Japanern und Europäern ermöglicht (British-Leyland, Alfa-Romeo, Peugeot und Seat), die den Widerstand von FIAT, Renault und Mercedes brechen könnten.

Der gemeinsame Markt dient heute den Interessen der Multinationalen. Dazu eine frappierende Schlußfolgerung (zitiert nach J.-P. Mayaine, „Politique Aujourd'hui", Sommer 1981): *„Wir werden also bald auf der einen Seite Multis haben, unter denen natürlich ein Konkurrenzverhältnis herrscht, die aber über eine politische Machtstruktur im Dienste ihrer internationalen Hegemoniestrategie verfügen und in der Lage sind, ihr Gesetz zugunsten ihrer Profite durchzusetzen. Auf der anderen Seite haben wir Europa, wo die Macht der Multis weit über die Staaten hinausgeht, in denen sie entstanden sind. Die öffentliche Gewalt jeder dieser Staaten ist nicht mehr in der Lage, ihnen zur Herrschaft über die Welt zu verhelfen angesichts der Macht, die die USA und Japan bedeuten."*

Der nationalisierte Renault-Konzern investiert in den USA, und Peugeot steht unter einem japanisch-amerikanischen Schirm.

Krise und Herrschaft des Dollars

Die fortschreitende internationale Inflation samt ihrer weiteren Konsequenzen kann nicht bekämpft werden, ohne die USA zu bekämpfen. Die wesentliche, tiefgreifende Ursache der Infla-

flation samt ihrer weiteren Konsequenzen kann nicht bekämpft werden, ohne die USA zu bekämpfen. Die wesentliche, tiefgreifende Ursache der Infla-

tion muß in der unannehmbaren Rolle des Papier-Dollars als internationaler Währung gesucht werden. Seit der Beendigung der Gold-Deckung durch Nixon 1971 ist der Dollar die Waffe des stärksten Imperialismus auf der Welt: der USA.

Nachdem sie zunächst das Spiel des Sinkens des Dollars getrieben hatten, um ihre Exporte gegenüber den japanischen und europäischen Konkurrenten wieder anzukurbeln, spielen Reagan und Haig jetzt die Karte der Erhöhung des Dollars, um — trotz der Stagnation der Preise — einen zweiten Erdölschock zu schaffen. Die währungspolitischen Argumente zur Rechtfertigung der wahnsinnigen Erhöhung der US-Zinsraten (eine der Hauptursachen für die Schwierigkeiten der Konkurrenten der USA) verbergen nur schlecht die Absicht Reagans, den größten Teil der enormen Masse der Öl-, Euro- und Asia-Dollars in die USA zu ziehen, die sich heute auf dem freien Kapitalmarkt befinden (nach einigen Schätzungen über 200 Milliarden Dollar). Auf diese Weise werden die Konkurrenten der USA gezwungen, die für ihre Industrie benötigten Rohstoffe immer teurer einzukaufen. Ebenso bemühen sich die USA um den Abbau der „Hilfe" für die 3. Welt, um den Ausbau der Führungsposition der privaten US-Banken auf der Basis wachsender Auslandsforderungen zu begünstigen (die Schulden der 3. Welt umfassen mehr als 450 Milliarden Dollar, und der Erlös ihrer Auslandsverkäufe deckt kaum ihre Zinsen). Dies trifft Länder, die durch die Erhöhung des Erdölpreises, des Dollars und durch die wachsenden Kosten ihrer Militärausgaben halb erstickt sind.

Der beschämende Auftritt von Reagan auf der letzten Sitzung des I.W.F. (Internationaler Währungsfond) beweist dies recht deutlich. Dort kündigte er kühl die Fortsetzung der Währungspolitik der USA an, die Reduzierung ihrer staatlichen Hilfe und die Anwendung ihrer Sperrminorität (25%), um die Herausgabe von DTS zu verhindern (die gerade für die ärmsten Länder unumgänglich nötig sind).

Es gibt also auch keinen Nord-Süd-Dialog mehr, ohne die USA frontal zu bekämpfen. Auf einen internationalen Aufschwung oder/und auf eine Senkung der US-Zinsraten zu spekulieren, wie es anscheinend die neue Regierung tut, bedeutet ein gefährliches Unverständnis des Wesens und der Dynamik des US-Imperialismus. Über die Waffe des Dollars hinaus wenden die USA

Partei in der Krise

15,3 % erhielt die KPF bei den Präsidentschaftswahlen im Frühling dieses Jahres: das niedrigste Wahlergebnis ihrer Geschichte. Von den sieben Sekretären des ZKs büßten vier am 14. Juni ihre Parlamentssitze ein. Bei Marchais war eine Stichwahl nötig. In Paris gewann kein einziger KPF-Kandidat die Wahlen.

Die parlamentarische Vertretung der KPF (bisland 86 Sitze) ist halbiert worden. Ob Roland Leroy, Herausgeber des Zentralorgans „Humanité" oder Charles Fiterman (sogenannte Nummer 2 innerhalb der Partei und jetzt Verkehrsminister) oder auch der außenpolitische Experte Maxime Gremetz – sie alle haben kein Abgeordnetenmandat mehr.

Gleich am Abend des 1. Wahlgangs bekräftigte Georges Marchais die Absicht der KPF, sich an der Regierung zu beteiligen. Die KPF sehe die Differenzen zwischen PS und KPF als nicht so gravierend an, als daß diese einer Regierungssolidarität im Wege stünden.

In der Mitterrand/Mauroy-Regierung wurden vier KPF-Funktionäre zu Ministern ernannt:
Verkehrswesen: Charles Fiterman,
Öffentlicher Dienst: Anicet le Pors,
Gesundheitswesen: Jack Ralite,
Berufsausbildung: Marcel Rigout.

Die Frage der Regierungsbeteiligung stellte sich der KPF im Verlauf ihrer Geschichte schon mehrmals:

Im Mai 1936 nach dem Sieg der Volksfront („Front Populaire") aus SFIO (Vorläuferorganisation der heutigen PS), KP und Radikalen bei den Parlamentswahlen. Damals erklärten die KP-Chefs Maurice Thorez und Jacques Duclos, sie lehnten die Angebote Léons Blums in dieser Richtung ab. Thorez schrieb später, er persönlich sei dafür gewesen, die Mehrheit im Politbüro jedoch dagegen (nachzulesen in seiner Autobiographie „Fils du Peuple"). Der Begründungszusammenhang der Partei war damals, den Panikkampagnen der Reaktion keinen Vorschub leisten zu wollen.

Sieben Jahre später, im April 1944, beteiligten sich zwei KPF-Minister an der von de Gaulle einberufenen provisorischen Regierung. Damit sollte der Beitrag der KPF in der Résistance honoriert werden.

Die KPF ihrerseits löste die „patriotischen Milizen", die sie in den befreiten Gebieten aufgebaut hatte, auf, und Thorez rief das französische Volk zur großen Produktionsschlacht als vordringlichste Aufgabe auf.

1945 war Thorez selbst an der Regierung beteiligt. Die KPF erhielt im gleichen Jahr bei den Parlamentswahlen 26,2 % der Stimmen.

Insgesamt war die KPF 1945 mit fünf Ministern vertreten. Im Mai 1947 wurden sie durch die Sozialisten Vincent Auriol und Paul Ramadier aus der Regierung geschaßt. Die KPF befand sich damals auf dem Höhepunkt ihrer Wahlergebnisse: 28,2 % (1946).

Im November 1946 wurde von Thorez in einem „Times"-Interview erstmals die Formel des „französischen, demokratischen Weges zum Sozialismus" benutzt. Von 1947 bis 1953 (Stalins Tod) bestand eine der Hauptaktivitäten der KPF in der Lobpreisung der SU. 1954 forderte die KPF die sozialistische Mendes-France-Regierung vergeblich auf, Minister ihrer Partei zu ernennen. 1956 lehnte Guy Mollet, damaliger Chef der Sozialisten, ebenfalls eine KP-Beteiligung in seiner Regierung ab. Seit dem Beginn der 60er Jahre ist es ein Hauptbestandteil der KPF-Politik gewesen, Bedingungen zu schaffen, die ihr eine Regierungsbeteiligung ermöglichen sollten. 1972 wurde gemeinsam mit der PS und den „Radikalen der Linken" das gemeinsame Regierungsprogramm der Linksunion unterzeichnet.

Im September 1977 wurde die Linksunion begraben. Es folgte eine Periode heftiger Attacken gegen die PS, insbesondere gegen die Person von Francois Mitterrand. Gleichzeitig verzeichnete die KPF auf der Wahlebene einen kontinuierlichen Stimmenverlust. Nach Angaben von Roland Leroy stiegen jedoch die Verkaufszahlen der „Humanité" um 5 % (heute ca. 150.000 Exemplare pro Tag), und die Zahl der Abonnenten erhöhte sich in den letzten drei Jahren um 25 %.

Der 24. Parteikongreß der KPF wird im Februar 1982 stattfinden. Dazu hat das ZK jetzt einen Resolutionsentwurf zur Vorbereitung der Diskussion veröffentlicht (in „Humanite" vom 13.10.81).

Der erste Teil des Entwurfs befaßt sich mit den „Lehren der letzten 10 Jahre" und mit den unmittelbaren wirtschaftlichen und sozialen Kampfzielen. Der zweite Teil behandelt die Aktivitäten der Partei, insbesondere in den Betrieben.

Zunächst untersucht die Resolution den Widerspruch des Sieges der Linken bei gleichzeitigen Verlusten für die KPF.

Hauptursache hierfür sei die mangelnde Befassung mit den neuen gesellschaftlichen Gegebenheiten in Frankreich („*Neue Bedürfnisse nach einer anderen Qualität der Arbeit und des Lebens, neue Bedürfnisse nach Gerechtigkeit, Würde und Solidarität*").

Aufgrund des wachsenden Widerspruchs zwischen den Interessen der multinationalen Konzerne und denen der „Nation" sowie wegen der „historischen Grenzen des Kapitalismus in unserem Lande" sei der „*Sozialismus auf der Tagesordnung*". Das weltweite Kräfteverhältnis ließe den „*friedlichen Übergang zum Sozialismus als reale Möglichkeit*" erscheinen.

Diese schöpferische Neuentwicklung von kommunistischer Strategie und Taktik sei durch den 20. Parteitag der KPdSU eingeleitet worden, wo die leninsche Idee, „*alle Völker werden den Sozialismus erlangen, aber jedes Volk in origineller Form*", wieder aufgegriffen worden sei. Global gesehen wird die Aktivität der Partei zwischen 1958 und 76 als positiv eingeschätzt. Wenn auch das Zustandekommen des gemeinsamen Regierungsprogramms ein großer Sieg gewesen sei, wären dadurch allerdings auch viele Illusionen entstanden: „*... Das gemeinsame Regierungsprogramm verwischte die Differenzen zwischen PS und KP, und es verbreitete Illusionen über das Wesen der PS. In einem Zusammenhang, wo sich alles zugunsten einer Bipolarisierung des politischen Lebens entwickelte, folgte daraus die Wahl der Sozialisten als ‚nützliche Wahl' zuungunsten der Kommunisten.*"

Bei den Verhandlungen zur Aktualisierung des gemeinsamen Regierungsprogramms 1977 sei der „*Wille der PS, uns zu schwächen, ... entweder über unsere Kapitulation oder über den Bruch*" der Linksunion, deutlich geworden. „*Wir hatten recht, nicht zu kapitulieren*", fährt der Text fort. Allerdings hätten die Arbeitermassen dies nicht genügend verstanden. Eine der Ursachen hierfür sei der ideologische Krieg gegen die KPF in den Massenmedien gewesen, wobei viele der Zielsetzungen und Initiativen der Partei verzerrt und verfälscht worden seien. Als Beispiele für Fälschungskampagnen werden angegeben: die Afghanistan-Position, die Haltung zu Drogen- und Ausländerfragen. Dies wird aber im Text nicht weiter erläutert bzw. richtiggestellt.

Im zweiten Teil des Entwurfs wird der „Sozialismus für Frankreich" beschrieben. Die zentrale Zielsetzung ist die Eliminierung der Arbeitslosigkeit und die Veränderung der Arbeitsbedingungen. „*Ein besseres Leben erfordert eine freiere Gesellschaft*", heißt es dann. Wobei betont wird, daß dies nicht eine Gesellschaft „ohne Moral" bedeute. Gegen die „*Degradierung des sozialen Lebens, gegen die Entmoralisierung, die Drogen und die Gewalt*" will die KPF zusammen mit den „Arbeitern und den Familien" kämpfen. Die Nationalisierungen sollen auf kleine und mittlere Betriebe ausgedehnt werden. In den bereits nationalisierten Unternehmen sollen neue Freiheiten und Rechte im Sinne einer Selbstverwaltung eingeführt werden. Schließlich heißt es zu außenpolitischen Themen, daß Frankreich sich für Frieden und Abrüstung, für die friedliche Koexistenz und die Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten fremder Länder engagieren müsse. „*Bei Respektierung unserer Bündnisse kann Frankreich so eine aktive Politik der Blockfreiheit betreiben*" (?).

Soweit die Hauptinhalte des Entwurfs. Es ist mehr als offensichtlich, daß alle großen Fragen der Zeit, wie z.B. Kriegsgefahr und insbesondere die Haltung der PS-Regierung (Stichwort „französisch-amerikanische Freundschaft") nicht einmal angerissen werden. Im Gegenteil: Es wird nach wie vor von einer Vision der Welt ausgegangen, wo der Imperialismus historisch mehr oder weniger am Ende ist, und „friedliche Koexistenz" sowie „friedlicher Übergang zum Sozialismus" alle Probleme lösen.

Insbesondere auf diese Fragen geht der Artikel von J.-P. Vigier in diesem AK ein. Vigier gehört selbst zum Kreis der Unterzeichner des „Manifests vom 26. Februar": „*Die Partei kann nicht von einer kleinen Führungsgruppe beschlagnahmt werden*". Das „Manifest" spricht sich für einen Umsturz der aktuellen Machtverhältnisse innerhalb der KPF über den Weg freier, demokratischer Debatten aus. Vier Grundsätze werden von den Unterzeichnern bekräftigt:

- Nichts ist möglich in Frankreich ohne die Einheit der gesamten Arbeiterbewegung und ohne das Zusammengehen aller antikapitalistischen Kämpfe. Dies bedeutet zunächst das Vorantreiben der Einheit an der Basis.
- Es sind die Massen, die die Geschichte machen, und nicht die Parteien, die vorgeben, sie zu vertreten.
- Die Respektierung der Autonomie der seit Mai 68 neu entstandenen Bewegungen, insbesondere der Frauenbewegung, ist ein wesentliches Erfordernis.
- Entwicklung einer Friedens- und Abrüstungspolitik, die nicht von der sowjetischen Außenpolitik abhängig ist.
- Ohne die Wiederherstellung der Demokratie innerhalb der Arbeiterbewegung und der Partei ist keine Entwicklung und Veränderung möglich.

Angesichts der Regierungsbeteiligung haben sich auch die ganz harten, moskautreuen „Veteranen der Partei" unter der Führung von Jeannette Vermeersch, Witwe des ehemaligen KPF-Chefs Maurice Thorez, formiert. Diese Gruppe fordert den Rückzug der vier KP-Minister aus der Mitterrand-Regierung. Den „Revisionismus" der KPF datieren die sich selbst so nennenden „Veteranen" auf solche „Renegatenhandlungen" wie die Verurteilung des SU-Einmarsches in die CSSR (der das Verdienst gehabt haben soll, eine imperialistische Entstabilisierungskampagne voll zu stoppen). Kurz gesagt: der „Revisionismus" der KPF (und die sich daraus „erklärenden" Wahlverluste) bestünde in ihrem „Antisowjetismus".

Auf der anderen Seite wird die eurokommunistische Opposition, wie sie u.a. Henri Fizbin verkörpert, jetzt vom Ausschluß aus der Partei bedroht.

Auch in der mit der KPF eng liierten CGT-Gewerkschaft existiert heute ein Kampf zweier Linien. Dies bestätigte der neue CGT-Sekretär Krasucki selber. Die Widersprüche gehen um die Frage der internen Demokratie (d.h. auch Verhältnis zur KPF), um die ökonomische Krise und um die Aktionseinheitspolitik (d.h. Verhältnis zur PS). Wenn die CGT auch Mitgliederverluste hat (8 %), bleibt sie dennoch nach wie vor die größte französische Gewerkschaft: 35,5% aller Lohnabhängigen, sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor, sind in der CGT organisiert (CFDT: 19,86 %).

Im Juni 1982 wird der 21. Kongreß der CGT stattfinden, der mit einer Serie von Vorkongressen vorbereitet werden soll.

Frankreich-Kommission

Fortsetzung von voriger Seite

seit 1973 die Waffe des Erdöls an, um ihre Rivalen zu schlagen und die Dritte Welt zu ruinieren.

Die neun US-Erdölschwestern orientieren jetzt auf die Kohlevorräte, die noch zwei Jahrhunderte lang in Anspruch genommen werden können. Sie besitzen 60 % der Weltreserven, werden aber das darauf gewonnene Öl nur verkaufen können zu einem Ausgangspreis von 60 Dollar pro Barrel (heute 32 Dollar). Sie werden also auf eine Legitimation der Preiserhöhung durch den Marsch hin zum 3. Weltkrieg setzen.

Verständlich also, daß sie die Demokraten fallen gelassen und Reagen an die Macht gebracht haben.

Mitterand und Reagan

Wir treffen hier auf die Hauptschwäche der KP-Analyse und der Politik der neuen Regierung: ihr Verzicht auf eine wirkliche Analyse und (nicht nur verbale) Bekämpfung der Reagan'schen Orientierung des US-Imperialismus. **Es ist heute klar, daß die Macht von Reagan die internationale Szene nach dem II. Weltkrieg genauso beherrschen wird, wie die Macht von Hitler die Periode zwischen den zwei Weltkriegen bestimmt hat.**

Gewiß ist Reagan in der Innenpolitik kein Hitler. Sein „Faschismus mit menschlichem Antlitz" beschränkt sich derzeit auf die Wirtschaftsebene. Die Reduzierung der Steuern nützt den Reichen, während die Haushaltseinschränkungen frontal die lohnabhängigen Massen und die rassischen Minderheiten in den USA treffen.

Die Gewerkschaften, die Reagen unterstützten, begreifen etwas spät die Konsequenzen ihrer Unterstützung.

In der Außenpolitik aber hat Reagan zu den bekannteren Waffen des US-Imperialismus (Dollar und Erdöl) diejenige der Spannung hinzugefügt und eine enorme Ankurbelung des Wettrüstens provoziert. Die Militärausgaben, die 1980 „nur" ein Viertel des US-Budjets ausmachten (ca. 150 Milliarden Dollar), sollen bis Mitte der 80er Jahre auf ein Drittel des Haushalts steigen: das bedeutet eine Erhöhung um 55 Milliarden in den nächsten drei Jahren.

Glaubt man den französischen Medien, dann soll diese Politik (die heute durch offizielle Erklärungen der PS unterstützt wird) nur die Antwort auf einen neuen sowjetischen Expansionismus sein. Die Analyse der Fakten aber widerspricht voll und ganz dieser Rede, die vor mehr als drei Jahren von Kissinger und Haig lanciert worden ist. Bereits Anfang der 60er Jahre stellt der US-Senat fest, die Aufrechterhaltung des Wettrüstens sei notwendig, um jegliche gefährliche wirtschaftliche Entwicklung des „sozialistischen Lagers" zu brechen.

Wegen des ungleichen Kräfteverhältnisses würde es genügen, 5% des Bruttosozialproduktes der USA in Militärausgaben zu stecken, um die Sowjetunion zu zwingen, ihrerseits 20% zu investieren, um das Gleichgewicht zu sichern.

Die Situation hat sich ab dem Moment verändert, wo sich die USA ökonomisch durch Japan und die BRD bedroht fühlten. Sie haben dann beschlossen, ihre Partner zu zwingen, wachsende Haushaltsanteile für die Rüstung aufzubringen (begründet wurde dies seitens der USA mit der „Schwäche" ihrer Militärausgaben) — im Namen der „Verteidigung der freien Welt". Sie verlangen von ihren „Partnern" eine jährliche Erhöhung zwischen 3 und 4%. Kissinger und Haig lancierten eine Panikkampagne, die immer wilder wird und heute auch die PS erreicht hat. Als Argument wird das Ungleichgewicht der konventionellen Kräfte, insbesondere bei den Panzern (die in einem Verhältnis 1 zu 4 stehen), genannt. Sie sagen aber natürlich nicht:

a) daß die Grenze zwischen konventionellem und nuklearem Krieg heute praktisch ausgelöscht ist durch die Existenz von atomaren Zielen (AKWs und Atomwaffendepots);
b) daß die neuen Anti-Panzerwaffen (Antipanzer-Raketen vom Typ Milan und Hawk) die Panzer unbrauchbar machen (auch ohne Neutronenbombe) auf offenen Kampfgebieten;
c) daß diese Panzer ihre Funktion geändert haben — sie werden heute in den Generalstäben als logistische Stützwaffen oder als Waffen zur Aufrechterhaltung der Ordnung betrachtet (sie können in Warschau oder Prag gegen die Zivilbevölkerung, aber nicht auf Kampffeldern benutzt werden) — und durch offensive Boden-Boden- oder Luft-Boden-Raketen ersetzt werden;
d) daß aufgrund des Stands der Dinge jeder Krieg in Europa unvermeidlich eine allgemeinere atomare Konfrontation bedeuten wird ... Keine der Supermächte wird tatenlos zusehen, wenn die in Yalta beschlossene Aufteilung der Welt verändert wird;
e) daß jede Veränderung im Abhängigkeitssystem der europäischen Länder gegenüber den zwei Großmächten sich simultan wird ereignen müssen, im Osten wie im Westen, zum Beispiel durch einen gleichzeitigen Rückzug der atomaren Kräfte beider Lager in Ost und West.

Angesichts dieser Entwicklung der US-Politik muß man anerkennen, daß die PS-Regierung im wesentlichen die gleiche Politik wie Giscard gegenüber den USA verfolgt. Gewiß gab es auch gegenteilige Gesten (wie zum Beispiel die französisch-mexikanische Erklärung und die verbale Unterstützung für die Aufstandskämpfer in Latein-Amerika) — dennoch hat die PS-Regierung Reagan verschiedene bedeutende Zugeständnisse gemacht.

- In Ottawa hat sich Frankreich dem US-Willen unterworfen, eine Wirtschaftspolitik fortzusetzen, die Europa und die 3. Welt runiniert.
- Die PS-Regierung hat der Kissinger-Haig-Reagan-Analyse über die „Umkehrung" des militärischen Kräfteverhältnisses in der Welt zugestimmt und somit das aktuelle Wettrennen zum Krieg legitimiert. Innerhalb dieses Rahmens hat Mitterrand in der Frage der Euromissiles für Schmidt und gegen Brandt Partei ergriffen und auf die SPD-Rechte gegen die SPD-Linke gesetzt.
- Die französische Sozialistische Partei hat sich rechts von sämtlichen europäischen sozialdemokratischen Parteien postiert, indem sie für Reagan, gegen die englische Labour-Party und gegen die Sozialdemokraten Nordeuropas Partei ergriffen hat.
- Cheysson drängt auf den Eintritt Spaniens in die Nato und den Atlantischen Pakt: ein besonders gefährliches Anliegen, wenn es stimmt, daß sich die spanischen Militärs von diesem Eintritt eine Politik wie unter den griechischen Obristen erhoffen.
- Mauroy und Hernu haben die alte Idee aus dem Kalten Krieg wieder aufgewärmt, eine Europäische Verteidigungs-Gemeinschaft zu bilden.

Das alles kann als Entscheidung für die Spannung statt der Entspannung verstanden werden mit dem Ziel, das Ost-West-Gleichgewicht und die Regimes im Osten Europas zu verändern. Dies ist eine Hauptfrage, deren Befassung man sich nicht lange wird entziehen können. Denn ob Kommunisten oder Sozialisten, sie werden nicht lange die Konsequenzen der offensiven Strategie Reagans und die gefährlichen Reflexe darauf im Osten hinauszögern können.

Die „Verhandlungen aus einer Stärkeposition heraus", die von allen Beteiligten gesucht werden, können nur zum 3. Weltkrieg führen.
Kurz und knapp:

Das aktuelle Wettrüsten ist in den Händen von Reagan eine Waffe geworden, die sich sowohl gegen die SU als auch gegen die westlichen Partner richtet. Eine Friedenspolitik ist sinnlos, wenn sie nicht von der Blockfreiheit ausgeht.

Die sozialistische Staatsmacht unterstützen, ihr Vorschläge machen und sie kritisieren

Es ist deutlich, daß im Rahmen der tiefen strukturellen Weltkrise, hervorgerufen durch den Kampf der drei Großmächte USA, Japan und BRD um eine kapitalistische Neuaufteilung der Welt, die Analysen der PS entweder schwach sind, oder daß sie überhaupt nicht vorhanden sind. Was die KP betrifft, so hat sie geschwankt zwischen einer opportunistischen Linie (Verzicht auf den Leninismus und die Diktatur des Proletariats) und einem stalinistischen Sektierertum (Unvermögen, die neuen Aspekte der sozialistischen Strömung zu begreifen, Sabotage und Ablehnung des Mai '68, der neuen revolutionären Strömungen innerhalb der Jugend, der Frauen und Ökologiebewegungen). Das Ganze erhält seine Krönung durch die Ablehnung eines Verständnisses und einer Unterstützung für die Erneuerungsbewegung in Polen. Die beiden kurz beschriebenen Linien der KP-Führung sind Sackgassen gegenüber der PS. Sie würden in die Hände unserer gemeinsamen Feinde arbeiten.

Jetzt schon ist die neue Regierungsmacht im Inneren durch das Bündnis zwischen dem Nationalliberalismus von Chirac und den Vertretern des Finanzkapitals bedroht, im Äußeren ist sie durch die neue Aggressivität des US-Imperialismus gefährdet. Bereits heute spekuliert die Bourgeoisie auf eine dreifache Unterstützung durch das europäische Bank-

Fortsetzung auf nächster Seite

Fortsetzung von voriger Seite

kapital, die US-Multis und die von der Krise betroffenen Mittelklassen, um die Situation wieder zu ihren Gunsten umzukehren.

Um das Scheitern des heutigen Experimentes zu verhindern, muß auf seinen Verlauf Einfluß genommen werden. Innerhalb der Entwicklung, die am 10. Mai eröffnet wurde, ist es wünschenswert, daß die Kommunisten an der Regierung beteiligt sind – unter der Voraussetzung, daß sie ihre Linie und ihr Verhalten ändern und eine neue, konfliktbereite Form des Bündnisses mit der PS definieren. Ein neues Verhältnis zur PS bedeutet notwendigerweise eine neue kritische Untersuchung der KPF-Positionen seit dem Mai '68. Es kann sich dabei nicht um Abrechnungen und auch nicht um die Suche nach Sündenböcken handeln. Es geht vielmehr darum, zu untersuchen, wie und weshalb der größte Sieg des französischen Volkes seit der Volksfront und der Befreiung von einer Schwächung der Kommunistischen Partei begleitet werden konnte.

Der sozialistische Sieg vom 10. Mai und vom 21. Juni 1981 bedeutet faktisch den Übergang zur VI. Republik.

Die PS ist ein Konglomerat diverser Strömungen, von der alten SFIO bis zu den Pro-Atlantisten neben lebendigen marxistischen Strömungen. Sie verfügt allerdings über eine ,,Gnadenzeit'', wird aber unter den schrecklichen Bedingungen der Krise und der ökonomischen Aggressivität des US-Imperialismus regieren müssen.

Sie wird die Wahl treffen müssen zwischen zwei sich widersprechenden Politiken.

Die Fortführung der ,,offenen'', liberalen europäisch-atlantischen Wirtschaftslinie (bereits von Cheysson, Delors und Dreyfus eingeleitet), die Verteidigung des Franc innerhalb des Europäischen Währungssystems impliziert dabei eine Beschleunigung der Arbeitslosigkeit und die Erhöhung der inneren Zinsraten sowie den Sturz ganzer Wirtschaftszweige.

Diese Linie wird die Desillusionierung der Massen über kurz oder lang mit sich bringen. Die Alternative wäre die Ablehnung des Dollars als internationale Währung, eine Abwertung und ein neues Verhältnis zur 3. Welt – eine solche Politik braucht die Unterstützung aller, auch der Kommunisten und vor allem der Kommunisten.

Einer neuen und beispiellosen Situation muß eine neue Allianz-Politik KP/PS entsprechen, die in der Formel

Kommunisten und vor allem der Kommunisten.

Einer neuen und beispiellosen Situation muß eine neue Allianz-Politik KP/PS entsprechen, die in der Formel

zusammengefaßt ist: Unterstützung, Vorschläge und Kritik. Mit den Sozialisten muß auf eine neue Politik hingearbeitet werden, die drei Hauptinhalte trägt:

1. Die Definierung einer Außenpolitik, die unabhängig von beiden Supermächten ist. Das bedeutet: Sturz der Jamaika-Abkommen, Kampf gegen die ökonomische Politik der USA und ihre imperialistische Politik in Zentral-Amerika und in der 3. Welt, Unterstützung des polnischen Volkes und des polnischen Staates, Entnuklearisierung Europas im Osten und Westen.
2. Die Definierung einer unabhängigen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Das bedeutet: Abwertung, Kampf gegen die Arbeitslosigkeit auf der Basis einer vom Staat organisierten Ankurbelung, Suche nach Rohstoffen (Erdöl, Eisen etc...), die in Waren und Infrastrukturgütern bezahlt werden, Schutz des inneren Marktes, Heruntersetzung der internen Zinsraten.
3. Die Definierung einer neuen Innenpolitik. Das bedeutet: Dezentralisation, Entwicklung der Selbstverwaltung, Wiederherstellung der Prinzipien von Robespierre: Gleichheit aller Menschen – Ausländer eingeschlossen –, die in Frankreich leben und arbeiten.

Das Schicksal und die Zukunft der KPF liegen in den Händen ihrer Mitglieder, sie hängen von ihrer Fähigkeit ab, eine Diskussion und eine Veränderung innerhalb ihrer Partei durchzusetzen.

Wenn die KPF sich nicht jetzt ändert, wird sie sich nicht mehr verändern und zum aussichtslosen Untergang verurteilt sein.

Der Autor dieser Zeilen wie auch die Genossen und Genossinnen des ,,Manifests'' und Tausende von Kommunisten/innen innerhalb und außerhalb der Partei können sich dem Niedergang der revolutionären Ideen von Marx und Lenin nicht beugen, können sich mit dem Fallenlassen des großen Gleichheitstraums des Kommunismus nicht arrangieren.

Eine doppelte Aufgabe steht vor ihnen:

Den Weg der polnischen Genossen innerhalb der Partei zu gehen, und außerhalb der Partei die Tausenden von Genossinnen und Genossen zusammenzubringen, die sich auf Lenin und nicht auf Leon Blum berufen.

Linke Wiedervereiniger und ihr Einstieg in die Friedenspolitik

In seiner Replik (AK 206, S. 43) auf meinen Artikel ,,*Linke Wiedervereiniger und die Renaissance der nationalen Frage*'' (AK 203, S. 42f.) konzentriert Peter Brandt die Auseinandersetzung auf drei Fragestellungen: den Umgang mit der deutschen Geschichte, den Charakter der sozialdemokratischen Deutschland- und Sicherheitspolitik und die ,,*Gefahr einer nationalistischen, rechten Fehlorientierung der Friedensbewegung.*''

Zum historischen Teil will ich mich auf einige knappe Anmerkungen beschränken, da Peter Brandt meine Kritik im wesentlichen umschifft hat. Seine Auslassungen zur Sozialdemokratie und zur Friedensbewegung allerdings sind einer ausführlicheren Erörterung wert, insbesondere, wenn man die Thesen mit heranzieht, die er gemeinsam mit Herbert Ammon in dem zur Lektüre empfohlenen Aufsatz ,,*Wege zur Lösung der 'Deutschen Frage' — der emanzipatorische Anspruch der Linken unter dem Zwang zur Realpolitik*'' (I) entwickelt hat.

Der Historiker hat das Wort

Eingangs weist Peter Brandt den Vorwurf zurück, daß seine (und Ammons [II]) historischen Betrachtungen dazu dienen sollten, ,,*heute eine linke Politik zur 'Lösung der nationalen Frage' historisch zu begründen*'' (3). Man mag sich darüber streiten, wie präzise die Absichten Brandts und Ammons mit dieser Formulierung beschrieben worden sind. Das Wesentliche, was in dem von Brandt monierten Satz ausgedrückt werden sollte, ist jedoch, daß sein Interesse an den von ihm behandelten Abschnitten der deutschen Geschichte nicht rein geschichtswissenschaftlicher Natur, sondern politisch ist. Brandt und Ammon geht es um eine ,,*Gedächtnishilfe für diejenigen, die beharrlich behaupten, die nationale Frage sei — zumal in Deutschland — ein rechtes Thema*'' (II/13), um den Nachweis, ,,*daß im Zentrum des linken Denkens bis heute die Frage der Teilung gestanden hat*'' (II/12), um die ,,*Identitätskrise der Jugend*'', die auch mit dem ,,*Faktum der gebrochenen nationalen Iden-*

im Zentrum des linken Denkens bis heute die Frage der Teilung gestanden hat'' (II/12), um die ,,*Identitätskrise der Jugend*'', die auch mit dem ,,*Faktum der gebrochenen nationalen Iden-*

tität'' (II/24) zu tun habe.

Sämtlichst am Streit vorbei gehen die Bemerkungen, die Peter Brandt zu den einzelnen historischen Episoden anzubieten hat. — So richteten sich Brandts und Ammons ,,*Hinweise auf die Befreiungskriege, den Vormärz und die Revolution von 1848/49 ... gegen jene ebenso unhistorische Vorgehensweise, die den Franzosenhaß und die Deutschtümelei von Friedrich Ludwig Jahn, Theodor Körner, Ernst Moritz Arndt usw. nach liberalen oder linken Kriterien der heutigen Zeit kritisiert, ohne die in erster Linie emanzipatorische Funktion des deutschen Befreiungsnationalismus in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Rahmen der Zeitumstände zu würdigen*'' (3). Nur, in meinem Artikel ist ,,der'' deutsche Befreiungsnationalismus nicht an heutiger Elle gemessen worden, sondern es wurde lediglich — ganz im Rahmen der Zeitumstände — an die damals laufenden Kontroversen erinnert. Kritisiert wird, daß Brandt und Ammon in ihrem Buch den deutschen Befreiungsnationalismus umstandslos als freiheitliche Tradition verbuchen. Darüber, welche Funktion er ,,in erster Linie'' gehabt hat, wie Peter Brandt jetzt schreibt, könnte man immerhin diskutieren.

• Zur Vaterlandsverteidigung der SPD 1914: ,,*Ebenso konnte es bei unseren kurzen Bemerkungen über die SPD der Kaiserzeit und ihres politischen Bankrotts 1914 nicht unsere Aufgabe sein, eine umfassende Erklärung für den Übergang der SPD zur Burgfriedenspolitik zu liefern. Wir wollten mit dem Hinweis auf die unausgegorene Haltung der SPD zur 'nationalen Frage' einen in unserem Zusammenhang wichtigen Aspekt für den Umschwung der Massenstimmung in den ersten Augusttagen 1914 benennen. Die Einlassungen von J. zu diesem Punkt gehen völlig am Inhalt unserer Aussagen vorbei*'' (3).

Auch auf die Gefahr hin, Peter Brandt erneut zu frustrieren: Die Untersuchung des Übergangs der SPD zur Burgfriedenspolitik, des Doppelspiels ihrer Führung mit internationalistischen Phrasen für die Massen und einer praktischen Unterstützung der Kriegsvorbereitung der Herrschenden (4) erklären jedenfalls erheblich mehr über den Stimmungsumschwung des sozialdemokratisch beeinflußten Teils der Massen (und nur um diesen geht es auch in den Erörterungen von Brandt/Ammon) als die unausgegorene und nicht einmal näher erläuterte These einer ,,mangelnden nationalen Identität der deutschen Sozialdemokratie''.

• Die ,,Einlassungen'' Peter Brandts zu Jakob Kaiser verwirren mehr als sie erklären: ,,*Die Einschätzung Jakob Kaisers (Ost-CDU) als des konstruktivsten Deutschlandpolitikers der ersten Nachkriegsjahre ... ist eine Kritik an der intransigenten Haltung der Arbeiterparteien gegenüber der von Kaiser vertretenen linkschristlichen Strömung*'' (3). Ja, worum geht es nun: um eine Kritik an der Bündnispolitik von KPD/SED und SPD oder um eine Einschätzung Kaisers? Oder soll mit dieser etwas verunglückten Formulierung ausgedrückt werden, daß die Politik Kaisers trotz seiner negativen Einstellung gegenüber dem deutschen Volkskongreß 1947 und trotz seiner außen- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen gegenüber den deutschlandpolitischen Konzeptionen der Arbeiterparteien als das geringste Übel seiner Zeit zu bewerten sei?

Die Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition und die Differenzierungskünste Peter Brandts

Peter Brandt eröffnet die Polemik, indem er die Passagen meines Artikels, die sich mit der Haltung Brandts und Ammons zur Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition auseinandersetzen, mit eigenen Worten zu der Hauptthese zusammenfaßt: ,,*Wir leugneten den imperialistischen Charakter der sozialdemokratischen Politik, der sich u.a. im Festhalten am Ziel der nationalen Wiedervereinigung ausdrücke*'' (3) (Hervorhebung von mir — J.). Gegenargument von P. Brandt: ,,*Wer würde bestreiten, daß die SPD an einer Regierung beteiligt ist, die den 'BRD-Imperialismus' verwaltet? ... Der Hauptfehler von J. und anderen besteht indessen darin, die westdeutsche Sozialdemo-*

streiten, daß die SPD an einer Regierung beteiligt ist, die den 'BRD-Imperialismus' verwaltet? ... Der Hauptfehler von J. und anderen besteht indessen darin, die westdeutsche Sozialdemo-

kratie auf die Politik der Bundesregierung zu reduzieren'' (3). Es folgen allerlei Betrachtungen über den Charakter der westdeutschen Sozialdemokratie (Repräsentant der sozialen Hoffnungen von Millionen Werktätigen; Spiegel des Bewußtseins des fortschrittlichen Teils der Volksmassen, insbesondere der Mehrheit der Arbeiter etc.).

Nur, eine solche ,,Hauptthese'', aus der Brandt den Honig für seine Polemik saugt, ist in meinem Artikel gar nicht zu finden. Im Anschluß an ein Zitat aus Dieter Schüttes Rezension des Brandt-/Ammon-Buches für die ,,taz'', in der die noch zu Adenauers Zeiten gängige Vorstellung von der nationalen Wiedervereinigung als Ausdehnung der kapitalistischen Demokratie auf die DDR für heute als überholt bezeichnet wird, hatte ich hingegen kritisiert, ,,*welche Naivität solche Linke wie Brandt, Ammon und Schütte immer noch gegenüber dem sozialdemokratisch verwalteten BRD-Imperialismus an den Tag legen*''(5).

Im folgenden wurden einige Beispiele zitiert, die auch für die Bundesregierungen Brandt und Schmidt das Streben nach ,,Ausdehnung der kapitalistischen Demokratie auf die DDR'' belegen.

Just um die Beantwortung dieser Frage — wie die Deutschland- und Ostpolitik der sozialliberal geführten Bundesregierungen konkret zu bewerten ist — möchte sich Peter Brandt herummogeln. Außer der allgemeinen Floskel über die Teilhabe der SPD an einer Regierung, ,,*die den 'BRD-Imperialismus' verwaltet*'', und der spekulativen Frage, ,,*ob für den modernen kapitalistischen Imperialismus westdeutscher Provenienz das Offenhalten der deutschen Frage wirklich von Nutzen ist*'', die für die Beantwortung der Frage buchstäblich nichts hergeben, bezieht sich Peter Brandt konkret allein auf das BVG-Urteil von 1973: ,,*Jeder, der sich dafür interessiert, weiß, daß das BVG-Urteil von den führenden Deutschland- und Ostpolitikern der SPD logischerweise als Belastung empfunden wurde und wird. Da man aus verfassungsrechtlichen Gründen ohnehin nicht daran vorbeikam, wurde es eben 'begrüßt'*'' (3).

Jeder, der sich dafür interessiert, kann allerdings auch nachlesen, daß der im BVG-Urteil festgeschriebene imperialistische ,,Vorbehalt'' gegenüber der DDR im Kern sehr wohl den Intentionen führender Deutschland- und Ostpolitiker der SPD entspricht. So formulierte Willy Brandt in seiner ersten Regierungserklärung unzweideutig: ,,*Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung kann nicht in Betracht kommen*'' (6). In der Denkschrift der Bundesregierung Brandt/Scheel vom 22.12.72 zum Grundvertrag mit der DDR heißt es: ,,*Das Vertragswerk hält die Wiedervereinigung Deutschlands offen und vermeidet, daß die beiden Staaten in Deutschland füreinander Ausland werden*'' (7). Erinnert sei schließlich an den — auch von sozialliberal regierten Landesregierungen mitgetragenen — Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 12.2.81, der die Grenzen von 1937 für alle Schulbücher und Atlanten für verbindlich erklärt. Ich zitiere diese Fakten nicht, um die im AK 203 abgedruckte Liste von Beispielen zu vervollständigen, sondern nur als Beleg dafür, daß der Geist des Karlsruher Richterspruchs führenden sozialdemokratischen Deutschlandpolitikern doch wohl nicht so fremd ist.

Daß Peter Brandt einem Streit darüber, ob auch die Deutschlandpolitik der sozialliberal geführten Bundesregierungen nach ,,Ausdehnung der kapitalistischen Demokratie auf die DDR'' strebt oder nicht, gern aus dem Weg gehen möchte, ist aus seiner Sicht verständlich. Beziehen sich doch Brandt/Ammon positiv darauf, ,,*daß die neue Ostpolitik neben dem Ausgleich mit den osteuropäischen Völkern bzw. Staaten maßgeblich von dem Motiv getragen war, die Einheit der Nation als kulturelle und menschliche Zusammengehörigkeit im Zustand der Spaltung zu erhalten*'' (1/45) und ,,*uns eigentlich heute überhaupt wieder (erlaube), über die 'nationale Frage' in Deutschland zu sprechen*'' (1/47).

Objektiver Zusammenhang von Deutschland- und Friedenspolitik?

Objektiver Zusammenhang von Deutschland- und Friedenspolitik?

In seiner Replik behauptet Peter Brandt ,,*einen objektiven Zusammenhang von Deutschlandpolitik und Friedenspolitik, der vor allem durch die geographische Lage der beiden deutschen Staaten an der Blockgrenze, ihrer Rolle als Hauptstützen der Supermächte und ihre besondere Gefährdung durch einen auf Europa begrenzten Atomkrieg gegeben ist*'' (3). Für die antimilitaristische Opposition der 50er Jahre sei dieser Zusammenhang noch selbstverständlich gewesen. Mit ihrer Kritik an den Kategorien des Kalten Krieges, der Betonung der Bedrohung des Friedens durch die deutsche Spaltung, der Ablehnung der Westintegration und der Wiederaufrüstung, zuletzt der Atombewaffnung der Bundeswehr habe die linke Opposition der 50er und der frühen 60er Jahre explizit nationale Ziele verfolgt: die Bewahrung bzw. Wiederherstellung der deutschen Einheit im Interesse des Friedens, der Vermeidung der Konfrontation der Blöcke auf deutschem Boden. ,,*Diese Denkkategorien herrschten auch in weiten Teilen der SPD vor*'' (1/40f.).

Heute, in einer Situation, in der die Ergebnisse der Entspannungspolitik zunehmend durch eine neue Ära der Blockkonfrontation gefährdet seien, in einer Situation, in der auch der Spielraum für die von engagierten Deutschlandpolitikern der SPD verfolgte Konzeption, über den Abrüstungs- und Friedensprozeß zwischen den Blöcken zu bündnisüberwölbenden Absprachen und in diesem Rahmen schließlich zu einer Lösung der deutschen Frage zu kommen, immer enger werde, werde auch führenden sozialdemokratischen Deutschlandpolitikern wie Gaus der Widerspruch zwischen Deutschland- und Westpolitik tendenziell bewußt.

Anknüpfend an diese ,,deutschlandpolitische Fraktionierung in der SPD-Führung'' — hie der auf die Stärkung des westlichen Bündnisses orientierte Schmidt, da die um die Deutschlandpolitik besorgten Gaus, Bahr und Wehner — und in Rückgriff auf sozialdemokratische Positionen der 50er Jahre, unterbreiten Brandt/Ammon ihr Konzept eines gemeinsamen Ausscheidens der BRD und DDR aus ihren Blöcken, einer deutschen Paktfreiheit und Konföderation. ,,*Die Parole lautet... 'Befreiung' des deutschen Volkes von Fremdbestimmung durch den westdeutschen Kapitalismus und die ostdeutsche Bürokratie und von ihren jeweiligen Hegemonialmächten, die den Deutschen qua Siegerrecht diese Strukturen verordnet haben*'' (1/43).

Auf eine genauere Beschreibung, wie sich Brandt/Ammon eine deutsche Paktfreiheit und den Weg dorthin vorstellen, soll an dieser Stelle verzichtet werden; genauer ist es in AK 203 (S. 43) und in den Ausführungen Peter Brandts (AK 206, S. 43) nachzulesen. Hier soll vielmehr interessieren, ob der von Brandt/Ammon behauptete objektive Zusammenhang von Deutschland- und Friedenspolitik besteht bzw. ob es für die westdeutsche Friedensbewegung nützlich ist, ihren Kampf gegen die Kriegsgefahr an eine ,,Lösung der deutschen Frage'' zu koppeln.

Hinsichtlich der frühen 50er Jahre haben Brandt/Ammon recht: Alle relevanten Strömungen der antimilitaristischen Opposition sahen eine enge Verknüpfung zwischen ihrem Kampf gegen die deutsche Remilitarisierung und einer deutschen Wiedervereinigung. Bis 1955 schien ein solches Konzept auch noch möglich zu sein. Im Rahmen der Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag unterbreitete die Sowjetunion das Angebot eines wiedervereinigten neutralen Deutschlands, falls die BRD darauf verzichte, dem imperialistischen NATO-Bündnis beizutreten. Das Schicksal dieser Offerte ist bekannt: Anfang Mai 1955 trat die BRD dem NATO-Block bei, wenige Tage später reagierten die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten mit dem Warschauer Vertrag. Der Traum eines wiedervereinigten neutralen Deutschland war für unabsehbare Zeit ausgeträumt.

Auch in den folgenden Jahren war die Verbindung von Deutschland- und Friedenspolitik noch eine Selbstverständlichkeit für die antimilitaristische Opposition. Ich habe allerdings einige Zweifel daran, ob das für den antimilitaristischen Kampf sonderlich nützlich war. 1957 — im Wahljahr für den 3. Deutschen Bundestag — kommt die zweite große antimilitaristische Oppositionsbewegung des Nachkriegsdeutschlands — die Bewegung gegen die geplante Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen — in Gang. Ihre

zweite große antimilitaristische Oppositionsbewegung des Nachkriegsdeutschlands — die Bewegung gegen die geplante Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen — in Gang. Ihre

Basis in der Bevölkerung ist noch erheblich größer als zu Beginn der 50er Jahre; verschiedene Meinungsumfragen ermitteln, daß 64 % bzw. 72 % der Bevölkerung gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr seien. Unzählige Aktionen, Appelle, Stellungnahmen unterschiedlichster gesellschaftlicher Gruppen wiesen auf eine bisher nicht dagewesene Mobilisierung und Bereitschaft zum Protest hin: ,,*Die Situation schrie geradezu nach einer gesellschaftlichen Kraft, die bereit und in der Lage war, diesen breiten Unmut zu organisieren und in außerparlamentarische Aktionen zu führen ... Allein unter wahltaktischen Gesichtspunkten wäre es der SPD zugute gekommen, durch eine Mobilisierung und Aktivierung der vorhandenen Proteststimmung dem äußerst aggressiv-antikommunistischen und hetzerischen CDU-Wahlkampf etwas Wirkungsvolles entgegenzusetzen. Ein damaliges Mitglied der SPD schätzte später die Lage so ein, daß die Sozialdemokraten durch außerparlamentarische Aktivitäten nicht nur schwankende Wählerschichten, sondern auch völlig neue Potentiale für sich hätten gewinnen können. '... Die SPD-Führung dachte jedoch nicht daran, den Wahlkampf so radikal zu führen. Sie war vielmehr bestrebt, ihren positiven Charakter durch Vorschläge über die Wiedervereinigung und die Sicherheit der Bundesrepublik und Gesamtdeutschlands den Wählern zu beweisen*''' (8).

Das Ergebnis der Bundestagswahlen vom 15.9.57 war für die SPD katastrophal: trotz KPD-Verbots nur 31,8 %, während die CDU mit 50,2 % ihr bis dahin bestes Ergebnis erzielen konnte. Das war nicht nur die Quittung dafür, daß die SPD darauf verzichtet hatte, ihren Wahlkampf auf das Thema Atombewaffnung zu konzentrieren (geschweige denn, die Atomwaffengegner zu mobilisieren), für ihren ausgelatschten Weg einer konstruktiven, staatsbejahenden, rein parlamentarischen Opposition, sondern auch ein Beleg dafür, daß beim Thema Wiedervereinigung für sie nicht viel zu holen gewesen war. Und das, obwohl sich die SPD auf ihre Opposition gegen die Pariser Verträge (Beitritt der BRD zur NATO) und die damit verbundenen Konsequenzen für die ,,deutsche Frage'' berufen konnte (9), die CDU Adenauers hingegen der Westintegration einen eindeutigen

Vorrang vor der Wiedervereinigung beigemessen hatte. Die offen revanchistischen Deutschlandpolitiker der CDU, die eine deutsche Wiedervereinigung im Rahmen eines allgemeinen Rollback des Westens versprachen, hatten es offenbar besser verstanden, politisches Kapital aus den Wiedervereinigungs-Hoffnungen zu schlagen.

Sprechen bereits diese Erfahrungen aus den späten 50er Jahren (10) dafür, daß die Parole der Wiedervereinigung der antimilitaristischen Opposition eher geschadet als genützt hat, muß man mit noch größerer Berechtigung fragen, wozu es nützen soll, wenn der Friedensbewegung heute von verschiedener Seite geraten wird, ausgerechnet an den „*sicherheitspolitischen Konzeptionen der SPD vor 1960*" (3) anzuknüpfen?

Rudi Steinke, einer dieser Ratgeber, zitiert in dem — inzwischen zurückgezogenen — Vorspann seines Programmentwurfs für den „Kongreß: Alternativen europäischer Sicherheitspolitik" das Godesberger Programm der SPD (1959): „*Die sozialdemokratische Partei erstrebt die Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und der kontrollierten Begrenzung der Rüstung, die im Zuge der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit von fremden Truppen geräumt wird und in der Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden dürfen.*" Und er kommentiert: „*Die Sozialdemokratie hat schon viel unter dem Druck der jeweiligen Machtverhältnisse lernen müssen... Warum soll nicht die Sozialdemokratie wieder einmal dazu bewogen werden, unter dem politischen Druck — diesmal der internationalen Friedensbewegung — ihre Programmatik zu verwirklichen*".

In ähnliche Richtung gehen die Überlegungen Peter Brandts: „.... *Es ist doch offensichtlich, daß sie* (die deutschland- und sicherheitspolitischen Konzeptionen der SPD vor 1960 — Anm. J.) *für die gegenwärtige Sicherheitspolitik der SPD in ihrem Verhältnis zur Schmidt/Genscher-Regierung hochexplosiven Sprengstoff enthalten*" (3).

Angemerkt sei vorab, daß — historisch betrachtet — in dem von Brandt, Ammon und Steinke bemühten Zeitraum ein gewaltiger Rechtsruck der SPD-Militärpolitik vonstatten ging. So rückte der „Nachrüstungs"-Befürworter Horst Ehmke (SPD), als ihm auf dem Juso-Kongreß „Berlin am Tropf?" dieselbe Passage aus dem Godesberger Programm vorgehalten wurde, zurecht: Die wesentliche sicherheitspolitische Neuerung des Godesberger Programms sei das eindeutige Bekenntnis der SPD zur Landesverteidigung.

Gern zugeben will ich, daß sich die SPD-Militärpolitik seitdem, insbesondere seit ihrer Regierungsbeteiligung, noch weiter nach rechts entwickelt hat. Hat Peter Brandt also recht, daß die deutschland- und sicherheitspolitischen Konzeptionen der SPD vor 1960 für die gegenwärtige Sicherheitspolitik der SPD in ihrem Verhältnis zur Schmidt/Genscher-Regierung „hochexplosiven Sprengstoff" enthalten?

Schon ein oberflächlicher Blick auf die zur Zeit praktisch laufenden Kontroversen über Militär- und Friedenspolitik zeigt, daß der „Sprengstoff" ganz woanders liegt, als wo ihn Peter Brandt zu finden meint. Die deutschlandpolitischen Konzeptionen der 50er Jahre haben die SPD heute noch nirgendwo in Verlegenheit gebracht. Im Gegenteil. Peter Brandt ist heute gern gesehener Gast und Gesprächspartner der SPD in verschiedenen Podiums- und Fernsehdiskussionen über die „ungelöste nationale Frage". Wie z.B. die heftigen Debatten um die Anti-Haig-Demonstration am 13.9. und die Bonner Friedensdemonstrationen am 10.10. zeigen, sind es auch nicht die früheren sicherheitspolitischen Vorstellungen der SPD, die heute die Gemüter erregen. Als bedrohlich empfunden werden von der SPD-Führung ein zunehmender „Anti-Amerikanismus", die Forderung nach einseitiger Abrüstung und die „Diffamierung" der SPD als Antifriedenspartei.

Wenn Willy Brandt im „Spiegel" fordert: „*Ich möchte, daß wir von diesem Wahnsinn des Wettrüstens wegkommen. Und sollte es in einer erreichbaren Zukunft möglich sein, daß Europa weitgehend von nuklearen Waffen frei sein könnte, wäre das doch vernünftig*" (11), so gibt es für die Friedensbewegung keinen Grund, dies als einen Versuch abzufeiern, „*einer die Sicherheit Europas gefährdenden Politik entgegenzusteuern*", wie es Rudi Steinke in seinem Programmentwurf „Kongreß: Alternativen europäischer Sicherheitspolitik" betreibt. Allgemeine Wohlwollensbekundungen gegenüber der Idee eines atomwaffenfreien Europa aus dem Munde von Leuten, denen der NATO-„Nachrüstungs"-Beschluß und die Nibelungentreue zu Reagans US-Regierung als unantastbare Prinzipien gelten, sind nicht mehr wert als die der Friedensbewegung wohlbekannten Lippenbekenntnisse zu einer allgemeinen, abgewogenen Abrüstung in Ost und West, die an der Praxis der stetigen Aufrüstung des eigenen Landes und Blocks nichts geändert haben. Gar nicht verwunderlich ist insofern, daß der Diskussion um die Konzeption Peter Brandts und Herbert Ammons auf dem vom Glotz-Spezi Rudi Steinke organisierten Kongreß „Alternativen europäischer Sicherheitspolitik" — wie auch schon auf dem Kongreß „Berlin am Tropf?" — ein breiter Raum eingeräumt wird. Gerade Brandts/Ammons Versuch, die Friedensbewegung dafür zu begeistern, die Idee eines atomwaffenfreien Europa mit einer die BRD und DDR umfassenden „Lösung der nationalen Frage" zu verkoppeln (12), muß den sozialdemokratischen Ausgewogenheitsstrategen — trotz aller sonstigen Meinungsunterschiede — durchaus gelegen kommen.

Brandt/Ammon und das „Gleichgewicht des Schreckens"

Widerspruch melden Brandt/Ammon gegen die „*Sicherheitsformel vom Ost-West-Gleichgewicht*" an, „*die der Einbettung der westdeutschen Deutschlandpolitik in das NATO-Bündnis zugrunde liegt, ... diese von der Großwetterlage des Ost-West-Konflikts*" abhängig mache (I/52). Die BRD — so klagen sie — habe heute eine reine „*Sekundantenrolle im (NATO-)Bündnis*" (I/59) zu spielen; eine „*Einflußnahme auf die Ausgestaltung der Sicherheitsdoktrin*" sei nicht oder nur „*via negativa*" (13) möglich.

Der Ausgangspunkt von Brandts/Ammons Analyse der herrschenden „Sicherheitsformel" liest sich wie eine Absolution für die Aufrüstungspolitik der Regierung Schmidt (14): **„Es wäre oberflächlich und verfehlt, das Sicherheitskonzept der Bonner Regierung von vornherein für unverantwortlich oder gar 'friedensfeindlich' zu halten. Der vordergründige Moralismus verstellt bei einem solchen Argument den Blick für die der Doktrin zugrundeliegende Zielsetzung. Ihr geht es um die Erhaltung des Weltfriedens durch die Gewährleistung des Gleichgewichts im militärischen Bereich"** (I/53).

Brandts/Ammons methodisches Verfahren besteht darin, durch eine immanente Analyse der Abschreckungsdoktrin ihre innerliche Widersprüchlichkeit nachzuweisen. Im Ergebnis schließen sie sich folgendem Urteil Sigurd Aspers an: „*Die herrschende Konzeption droht für den Fall des Angriffs mit der Selbstvernichtung. Es ist aber unglaubwürdig, wenn das Opfer seinem Mörder mit Selbstmord droht. Eine unglaubwürdige Verteidigungskonzeption, die im Einzelfall vernichten will, was sie schützen soll, wirkt aber nicht abschreckend, sondern einladend. Wenn der Friede erhalten geblieben ist, dann nicht wegen, sondern trotz dieser Doktrin*" (15). Fraglich erscheint mir allerdings, ob man der herrschenden Militärkonzeption vorwerfen kann, „unglaubwürdig" zu sein. Die aktuellen — konventionellen wie nuklearen — Aufrüstungsprogramme der NATO jedenfalls werden von den Herrschenden damit begründet, eine größere Glaubwürdigkeit der Abschreckung zu erreichen. Geht man ins Detail der Beweisführung Brandts und Ammons, erweist sich, daß sich wesentliche Zielsetzungen der NATO-Strategie ihrem Blick entziehen. So schreiben sie zur ersten Eskalationsstufe der NATO-Strategie der „flexible response": Sie „*schließt bereits auf der ersten Stufe der Verteidigung gegenüber dem konventionell vorstoßenden Angreifer 'den Einsatz nuklearer Waffen nicht aus'*" (I/54). Mag die naive Übernahme des bundeswehreigenen Feindbildes noch mit ihrer Methode einer immanenten Analyse der NATO-„Verteidigungsdoktrin" gerechtfertigt werden, so wird es jedoch offenkundig falsch, wenn sie weiter argumentieren: „*Der Begriff 'Vorne-Verteidigung' verschleiert zwar, daß in den NATO-Planungen für den 'Ernstfall' die Bundesrepublik als taktisches Rückzugsterrain vorgesehen ist. Für eine erfolgreiche konventionelle Abwehr ist die NATO nach eigener Einschätzung zu schwach und die Bundeswehr in ihrer derzeitigen Ausrüstung offensichtlich ungeeignet*" (I/54). Wie in der offiziellen Definition des Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte in Mitteleuropa, des Bundeswehrgenerals Franz-Joseph Schulze, über den „*Auftrag zur Vorneverteidigung*" nachzulesen ist, ist die Bundesrepublik eben nicht als taktisches Rückzugsterrain vorgesehen: „*Ein strategisches Konzept, das unter beweglicher Verteidigung die Preisgabe eigenen Raums und eigener Bevölkerung mit dem Ziel der Abnutzung des Gegners vorsieht, ist keine Lösung des Sicherheitsproblems der westeuropäischen Staaten. Militärisch verbietet allein die geringe Tiefe des Operationsgebietes die Aufgabe von Raum, um Zeit zu gewinnen. Unser Ziel muß es sein, den gegnerischen Angriffsplan zu durchkreuzen, bevor der Angriff Schwung gewinnt. Wir müssen unserer eigenen Truppe und Bevölkerung die psychologische Belastung des Versagens der Vorneverteidigung ersparen und dem Angreifer den psychologischen Auftrieb schneller Anfangserfolge verwehren. Erfolg oder Mißerfolg der ersten Tage wird die Verläßlichkeit der Satellitenarmeen entscheidend beeinflussen.*" Weiter heißt es recht deutlich: „*Der Erfolg unserer Vorneverteidigung hängt entscheidend davon ab, daß es uns gelingt, von der ersten Stunde des Angriffs an dem Angreifer mit aller verfügbaren Feuerkraft — und mit allen Mitteln elektronischer Kampfführung — zu begegnen*" (16). Die erforderlichen Waffensysteme, um in diesem Sinne schon in der untersten, konventionellen Stufe der Eskalationsskala „glaubwürdig" abschrecken zu können, wurden mit dem NATO-Langzeitprogramm bereits im Frühjahr 1978 beschlossen (17). Es geht darum — wie es in einem Kommentar der „Kieler Nachrichten" heißt —, daß „*in Zukunft ... für uns nicht mehr die Verteidigung aus Stellungen heraus im Mittelpunkt stehen (soll), sondern die Verteidigung durch Angriff*" (18).

Kurzsichtigkeit beweisen Brandt/Ammon gleichfalls, wo es um die Analyse der dem NATO-„Nach"rüstungsbeschluß (dem Neutronenwaffenbeschluß, dem MX- und Tridentsystem) zugrundeliegenden Militärstrategie geht. Es geht eben nicht (mehr) um den Erhalt, oder wie Brandt/Ammon an einer Stelle gar schreiben: „Wiedergewinnung" (I/52) eines „Gleichgewichts des Schreckens", sondern um atomare Überlegenheit über die Sowjetunion, um die Möglichkeit, die Sowjetunion mittels hochpräziser Angriffs- und Erstschlagswaffen atomar erpressbar, einen Atomkrieg führbar zu machen. In Westeuropa stationierte Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles sollen dem US-Imperialismus die Möglichkeit schaffen, die Sowjetunion „glaubwürdig" davon abzuschrecken, den USA bei der Wahrnehmung ihrer „vitalen Lebensinteressen" z.B. im Nahen Osten in die Quere zu kommen. Es sei nur an Weinbergers Drohung erinnert, daß die USA einer sowjetischen Aktion in der Ölregion nicht nur an Ort und Stelle entgegentreten würden: „*Wenn wir in den Krieg gezwungen werden, müssen wir darauf vorbereitet sein, eine Gegenoffensive in anderen Regionen zu starten und zu versuchen, die Schwäche des Aggressors dort auszunutzen, wo auch immer sie liegt*" (19). Mögen Brandt/Ammon soweit — solange es um die Interessen des US-Imperialismus geht (20) — noch folgen, so versagt ihr analytischer Scharfblick, wenn es darum geht, zu erklären, warum die Bundesregierung bei der Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses, insbesondere gegenüber den europäischen Verbündeten, eine durchaus initiative Rolle gespielt hat, obwohl die damit verbundenen Risiken für die europäischen Völker und Länder ungleich größer sind als für die USA, deren Regierung allein die Hand am Auslöser der hier stationierten Waffen hat. Subjektiv wird Schmidt zugebilligt, „*das amerikanische Konzept eines 'begrenzten Atomkrieges' unterlaufen zu wollen*" (I/55). Den letztendlichen Grund sehen Brandt/Ammon darin, daß die BRD halt eine „*Sekundantenrolle im Bündnis*" (I/59) spiele. Punkt. Nicht untersucht wird die eigentlich naheliegende Frage, ob es für den BRD-Imperialismus nicht auch handfeste eigene Interessen gibt, den NATO-„Nachrüstungs"-Beschluß durchzusetzen. Bundesverteidigungsminister Apel jedenfalls, also jemand, der es wissen muß, bekannte in einem „Zeit"-Aufsatz über **„Grundfragen der Bonner Sicherheitspolitik"** freimütig: **„Unser Interesse gebietet es, daß unsere Energie- und Rohstoffversorgung jederzeit sichergestellt ist. Bereits eine Verknappung würde die ökonomischen und damit die sozialen Bedingungen in der Bundesrepublik Deutschland katastrophal verschlechtern. Aber auch dagegen können wir nur Abhilfe schaffen gemeinsam mit unseren Bündnispartnern. Ohne die weltweite militärische Präsenz der Vereinigten Staaten kann es den notwendigen Schutz unserer Interessen nicht geben. Daraus erwachsen uns dann Konsequenzen. Etwa die, in Europa erst recht unseren Beitrag zur westlichen Sicherheit zu leisten, wenn andere Verbündete außerhalb des NATO-Vertragsgebietes unsere Interessen schützen"** (21).

Nicht zuletzt beziehe sich das auf die Stationierung von amerikanischen Pershing II und Cruise Missiles, deren Funktion und Aufgabe Apel durchaus ähnlich sieht wie Weinberger.

Linke Friedenspolitik oder Fehlorientierung der Friedensbewegung?

Daß Brandt/Ammon die BRD als von den USA abhängigen „Sekundanten" sehen und nicht als mit den USA verbündete imperialistische Macht („Juniorpartner"), schlägt sich folgerichtig auch in ihren friedenspolitischen Vorstellungen nieder: „*Atomwaffenfreiheit, Blockunabhängigkeit, Umrüstung und Konföderation sind nur denkbar als Etappen eines elementaren politischen Prozesses* (gemeint ist: durch „*massive Bewegung von unten*" — Anm. J.), *in dem allerdings die Kooperation unterschiedlicher sozialer und politischer Kräfte bis in die Regierungen hinein einen zentralen und unabdingbaren Stellenwert besitzt*" (I/68; — Hervorhebungen von mir — J.). Ein so breites Bündnis scheint Brandt/Ammon möglich und notwendig zu sein, weil ihre Vorstellung einer „linken Friedenspolitik" nicht antiimperialistisch ist, sondern eher schon „antihegemonistisch" (im Sinne der chinesischen Drei-Welten-Theorie). Es geht um „*Abkoppeln der beiden deutschen Staaten von den Blöcken, d.h. von den großen Hegemonialmächten*" (ebd.); schlicht „vergessen" wird, daß die BRD durchaus auch eigene imperialistische Ambitionen — sowohl gegenüber der Dritten Welt als auch nach wie vor gegen die DDR (s.o.) — hegt, daß sie im Unterschied zu den 50er Jahren dazu auch über erhebliche politische, ökonomische und militärische Mittel verfügt (unbeschadet dessen, daß sie bei dem gegebenen militärischen Kräfteverhältnis das Bündnis mit den USA braucht).

Aus ihrer Kritik der herrschenden Sicherheitsdoktrin des „Gleichgewichts des Schreckens" — „*eigene Sicherheit nur unter dem Nuklearschirm der USA*" (I/52) — folgern Brandt/Ammon für die BRD eine Umrüstung der Bundeswehr im Sinne der „Alternativen Verteidigungspolitik" Horst Afheldts (I/56). Abgesehen davon, daß auch in Afheldts „Alternativkonzeption" der „Nuklearschirm" der USA ein wesentlicher Bestandteil (22) ist, steht sie einer linken Friedenspolitik diametral entgegen: „*Eine in der angedeuteten Richtung veränderte Militärstrategie ... erfordert ... zunächst einmal eine außerordentliche finanzielle Anstrengung. Vor allem wäre sie an eine Verteidigungsbereitschaft der Bevölkerung und damit eine gewisse (defensive) Militarisierung des zivilen Lebens gebunden, wie wir sie heute nur aus Ländern wir Jugoslawien (23) kennen*" (I/68).

Dennoch werben Brandt/Ammon in der Friedensbewegung für Afheldts Konzept, dessen entscheidender Vorteil darin liege, „*daß es erlaubt, die Frage, ob nun diese oder jene Supermacht offensiv oder defensiv rüstet und operiert, getrost offen zu lassen und statt dessen aktiv und unzweideutig Friedenspolitik zu treiben, ohne die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung zu vernachlässigen, die der NATO und ihrer Strategie den stärksten Rückhalt in Deutschland verschaffen. Die Friedenskräfte kämen aus ihrer Nein-Sager-Position heraus und könnten mit einer Debatte über nationale Sicherheit und nationale Interessen in Deutschland die Konservativen zu einer Stellungnahme zwingen*" (I/68f.).

Es müßte das Anliegen der westdeutschen Friedensbewegung sein, die wachgehaltene Legende einer „Bedrohung aus dem Osten" zu zerstören, die den Herrschenden nach wie vor als Hauptlegitimation ihrer Aufrüstungspolitik dient.

Brandt/Ammon aber schicken sich an, das herrschende Feindbild festzuklopfen. Kämpfen weite Teile der Friedensbewegung — zur großen Sorge der Herrschenden — z.B. mit ihren Aktionen gegen die Bundeswehr-Gelöbnisfeiern gegen alle Versuche einer zunehmenden Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens, wollen Brandt/Ammon ihre „linke Friedenspolitik" an eine Verteidigungsbereitschaft der Bevölkerung und Militarisierung des zivilen Lebens binden. In vollem Bewußtsein fordern Brandt/Ammon: **„Das Umrüstungskonzept verlangt von der Friedensbewegung zweifellos ein Umdenken, weil es mit grundsätzlich pazifistischen Positionen nicht vereinbar ist"** (I/68). Ihre Vorstellung einer **„aktiven und unzweideutigen Friedenspolitik"** richtet sich ausgerechnet gegen jene Orientierung in der westdeutschen Friedensbewegung, die von den Herrschenden zu recht als am bedrohlichsten angesehen wird; weil sich der Pazifismus nicht für ihre deutschlandpolitische Konzeption funktionalisieren läßt.

Wenn Brandt/Ammon einen „objektiven Zusammenhang von Deutschland- und Friedenspolitik" behaupten, so hat das zumindest mit der heute aktiven Friedensbewegung nicht viel zu tun.

J. Westberlin

Anmerkungen:

I. in: Befreiung, Nr. 21., S. 38 - 71;
II. Peter Brandt/Herbert Ammon (Hg.): Die Linke und die nationale Frage. Dokumente zur deutschen Einheit seit 1945, Reinbek 1981;
3. Peter Brandt: Linke Wiedervereiniger — eine Replik, AK 206, S. 43;
4. Kurz vor dem Ausbruch des 1. Weltkrieges wurde dieser Widerspruch zugunsten einer nationalistischen, antizaristischen Propaganda auch der SPD-Führer „aufgelöst". Vgl. dazu: Der 4. August 1914: Die SPD und die Kriegskredite, AK 209, S. 21f.;
5. AK 203, S. 42f.;
6. zit. lt. Peter Bender: Die Ostpolitik Willy Brandts, Reinbek 1972, S. 54;
7. zit. lt. Zehn Jahre Deutschlandpolitik, Bonn 1980, S. 214;
8. Die Bewegung der Atomwaffengegner in den 50er Jahren und die Politik der SPD, in: Unser Weg Nr. 33, S. 17f.;
9. So erklärte z.B. Erich Ollenhauer am 15.12.1954 vor dem Bundestag: „Es ist die Tragik der Außenpolitik der Bundesrepublik, daß sie sich bis heute nicht hat befreien können aus den Zwangsläufigkeiten, die sich aus dem Angebot der deutschen Aufrüstung durch den Herrn Bundeskanzler im August 1950 ergeben haben, und daß praktisch die Integration der Bundesrepublik in den Westen immer den Vorrang vor der Wiedervereinigung gehabt hat... Wir können es vor dem deutschen Volk nicht verantworten, daß wir das unbestreitbare Risiko eingehen, daß nach der Ratifizierung der Verträge (gemeint sind die Pariser Verträge — Anm. J.) Verhandlungen über die Wiedervereinigung nicht mehr möglich sind und daß wir dann vor der Tatsache eines endgültig gespaltenen Deutschlands stehen" (zit. nach II, S. 127);
10. In einem Interview mit der „taz" über die Geschichte der westdeutschen Friedensbewegung erzählt Helmut Gollwitzer über den studentischen Anti-Atom-Kongreß 1959 in Westberlin: „Was auch ich für eine Panne hielt, war, daß man außer über Atomwaffen die konkrete Frage einer Konföderation zwischen der Bundesrepublik und der DDR breit diskutiert hat. Dieses Stichwort hatte früher einmal auch die SPD gehabt in ihren gesamtdeutschen Plänen, hat es aber fallen gelassen, Ulbricht hat es aufgegriffen, und so kam der ganze Kongreß in den Geruch, eine Art Agentur Ulbrichts zu sein. Und damit war er erst recht erledigt" (11.9.81);
11. zit. lt. Spiegel, 6.7.81;
12. Um eine Verbindung von nationaler Wiedervereinigung und der Idee eines atomwaffenfreien Europa zu „beweisen", unternimmt Herbert Ammon im Programmtext für die Arbeitsgruppe 3 („Die deutsche Frage im Brennpunkt der europäischen Friedensbewegung") des Steinke-Kongresses den Versuch, die Geschichte umzuinterpretieren: „Angesichts der nuklearen Potenzierung der Kriegsgefahr unternahm der polnische Außenminister Rapacki 1957 den Versuch, über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa zu einer Überwindung der deutschen und europäischen Spaltung zu gelangen." In Wirklichkeit ist die deutsche Frage überhaupt nicht Gegenstand des Rapacki-Plans gewesen. Hergestellt wurde die Verbindung zur deutschen Frage hingegen von der WEU, die den Plan ablehnte, weil er „den Status quo in Europa, d.h. die Teilung Deutschlands und die Aufrechterhaltung der sowjetischen Kontrolle über die Länder Zentral- und Osteuropas, verewigen" würde. (Gutachten v. 14.4.1958, zit. lt. Franz W. Seidler: Die Abrüstung. Eine Dokumentation der Abrüstungsbemühungen seit 1945, München 1974, S. 186; vgl. auch S . 77ff, 183ff.);
13. I/S. 53; gemeint ist: „als Verteidiger des Prinzips gegenüber der läßlichen Ausführung durch seine Initiatoren". Konkret beziehen sich Brandt/Ammon auf Schmidts Hinweis auf die „eurostrategische Lücke".
14. Eine solche Formulierung würden Brandt/Ammon vermutlich weit von sich weisen. Sie berufen sich auf die Exterminismus-Theorie Thompsons, die von ihnen allerdings noch national frisiert wird. Sie übernehmen Thompsons These, daß die „Kriegsgefahr ... nicht aus der bewußten Planung der Eliten" erwachse (Befreiung, Nr. 19/20, S. 12), folgen Thompson allerdings nicht in der Orientierung: „Es sind nicht die ‚Amis', sondern die Exterministen, die wir angreifen müssen, und in erster Linie die im eigenen Lande" (a.a.O., S. 23);
15. Sigurd Asper: Nicht Selbstvernichtung — Selbstverantwortung! Überlegungen zu einer alternativen demokratischen Sicherheitspolitik, in: Neue Politik, 25. Jg., H. X, Okt. 1980, S. 16);
16. lt. Europäische Wehrkunde 8/79, S. 377;
17. Vgl. AK 209, S. 20;
18. Kieler Nachrichten, 20.6.80, zit. lt. ebd.
19. zit. lt. Spiegel, 20.7.81;
20. Vgl. I., S. 58;
21. Zeit, 20.2.81;
22. „Wie die flexible response sieht ein solches (alternatives Verteidigungs-)Konzept vor, mit nuklearen Mitteln zu drohen, um den Status quo durch Abschreckung zu erhalten oder wieder zu erzwingen" (zit. lt. UW 33, S. 13);
23. Der Vergleich der BRD mit Jugoslawien ist bei den linken Freunden der „alternativen Verteidigung" sehr beliebt. Er läßt jedoch den kleinen Unterschied außer acht, daß Jugoslawien kein imperialistisches Land ist und die jugoslawische Militärstrategie im antifaschistischen Partisanenkampf wurzelt.

SPD-»Dialog« mit der Friedensbewegung:

»Friedens-Volksfront der Punkt, wo Brechstange anzusetzen ist«

Alarmiert durch das gute Abschneiden der Grünen bei den hessischen Kommunalwahlen (März '81) beschlossen die Bonner Regierungsparteien, umgehend durch eine „*intensive Aufklärungsarbeit über die Sicherheitspolitik in der Bevölkerung und besonders unter Jugendlichen*" ein Roll-back einzuleiten. „*Trotz örtlicher Wahlschlager der Grünen*" – so hatten sie herausgefunden – sei es insbesondere der „*Widerspruch gegen die Bonner Bündnispolitik und gegen den NATO-Doppelbeschluß*" (1), der die Grünen bundesweit eine und über den Krefelder Appell mit kommunistischen Organisationen zusammenführe.

Mittlerweile zeichnen sich die Konturen dieser Gegenoffensive deutlich ab. Für die „intensive Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung" publizierte die Bundesregierung beispielsweise Ende Juni Horrordaten, die ein achtfaches (bis 1985 gar zehnfaches) atomares Übergewicht des Warschauer Pakts gegenüber der NATO in Europa beweisen sollen; dazu gehören gleichfalls „Enthüllungen" über die „moskauorientierten Drahtzieher" des Krefelder Appells. Der Friedensbewegung und der innerparteilichen Opposition gegen den Hochrüstungskurs der Regierung versucht die SPD-Führung durch eine „Doppelstrategie" beizukommen: Disziplinierung und Druck gegen die innerparteilichen Aufrüstungskritiker – Dialog-Angebote an Teile der Friedensbewegung.

Im Folgenden sollen die wichtigsten Stationen dieser Dialogstrategie chronologisch skizziert und die für die SPD-Führung wichtigsten Steine des Anstoßes beschrieben werden.

– Am 8. April warnt Glotz in einem Brief an die Landes- und Bezirksgeschäftsführer und Unterbezirke die Parteimitglieder vor der Unterzeichnung des Krefelder Appells. Der Aufruf sei im Wesentlichen eine Initiative der DKP und ihr nahestehender Kräfte; namentlich genannt werden DKP, DFG/VK, SDAJ, die Grünen und der BBU. Nur spärlich verhüllt werden innerparteiliche Konsequenzen angedroht: „*Die auf den kursierenden Unterschriftenlisten*

quenzen angedroht: „*Die auf den kursierenden Unterschriftenlisten*

aufgestellten Forderungen sind zwar unterschiedlich formuliert, stellen in ihrem Hauptinhalt jedoch darauf ab, e i n s e i t i g die Zustimmung zur westlichen Nachrüstung zurückzuziehen. Unter Ausnutzung der weitverbreiteten Angst vor einem Weiterdrehen der Rüstungsspirale ist es den oben genannten Organisationen gelungen, zu diesem Thema eine ziemlich breite Unterstützung zu finden ... Unter den Unterzeichnern befinden sich auch einige aktive Sozialdemokraten. Wir müssen d a g e g e n klar machen, daß jeder, der wirkungsvoll gegen eine weitere Rüstungseskalation kämpfen will, dies in den Reihen der SPD kann ... Sie hat auch betont, daß das nur als ein Prozeß denkbar ist, an dem beide Supermächte gleichermaßen beteiligt sind. Ich bitte Euch, die Partei über die Hintergründe des Krefelder Appells zu informieren, damit nicht – vielleicht mit bester Absicht – politischer Schaden entsteht." (2)

– Eine Woche später schiebt Glotz einen weiteren Brief nach, in dem er die SPD zum „großen Dialog" mit der Friedensbewegung aufruft. Die SPD-Führung habe sich „*von dem ganzen Umfang dieser Friedensbewegung überzeugt und einige wichtige Schritte vorgesehen, sich und die Partei auf den Dialog mit einer 'alternativen' Sicherheitspolitik vorzubereiten*". Offen werden Zielsetzung, Zielgruppe sowie ein detaillierter Fahrplan dieses „großen Dialogs" benannt. Ansprechpartner ist die Friedensbewegung, „*soweit sie nicht durch einseitige Interessenvorschaltung auf einem Auge blind ist*", insbesondere die „*christlichen Gruppen*" und die „*Befürworter einer 'alternativen' Sicherheitspolitik*". Strategisch geht es für die SPD um **„ähnliche Anforderungen der Integrationsbemühungen, wie es Ende der 60er Jahre bei der antiautoritären Bewegung der Fall war"**. Zunächst einmal aber will die SPD „*in der Friedensbewegung eine stärkere Rolle spielen*". Glotz gibt sich sehr zuversichtlich: „*Sozialdemokraten brauchen sich in der Abrüstungsfrage nicht zu verstecken. Im Gegenteil. Es gibt keinen Aspekt einer uns von den Friedensgruppen entgegengehaltenen 'alternativen' Sicherheitspolitik, den wir nicht auch schon unter uns diskutiert hätten.*" (3).

Der Fahrplan der SPD-Führung: sicherheitspolitische Klausurtagung des Parteivorstandes Mitte Mai, um noch vor dem Hamburger Kirchentag – dem ersten „*Kulminationspunkt der Friedensbewegung im protestantischen Bereich*" – auf der Grundlage des SPD-Doppelbeschlusses die „Eckwerte" zur Verfügung zu haben; im Herbst – „*zu einem Zeitpunkt, für den wir mit dem organisatorischen Höhepunkt der Friedensbewegung ... rechnen*" (3) – Tagung mit Vertretern der 'alternativen Sicherheitspolitik' aus den Kirchen und anderen gesellschaftlichen Gruppen.

– Eine weitere Woche später veröffentlicht der der SPD-Bundestagsfraktion nahestehende „Hintergrund-Dienst-Vertraulich" des Parlamentarisch-Politischen Pressedienstes (ppp) ein Strategiepapier, in dem das Ziel des „großen Dialogs" u n m i ß v e r s t ä n d l i c h ausgesprochen wird: **Spaltung der Friedensbewegung.** Die „*Tragik des Ganzen*" sieht die SPD-Führung „*in der Existenz eines unentwirrbaren Knäuels von Überzeugungen, die außerhalb des sicherheitspolitischen Themenbereichs weit auseinander laufen würden*". Augenblicklich – so wird geklagt – gebe es Ansätze zu einer Art „*Volksfront in der Frage der Stationierung von nuklearen Mittelstreckenraketen*", die „*von kirchlichen Amtsträgern in leitenden Positionen über nicht-kirchliche Friedensgruppen ('Grüne', Alternative Listen) und kommunistisch gelenkte Gruppen (im Umkreis zahlreicher 'Friedenswochen') über den größten Teil der kirchlichen Mitarbeiterschaft (auch im katholischen Bereich) bis hin zur Partei- und Gewerkschaftsbasis (beziehungsweise sogar schon der Mittelbau des Funktionärskaders nicht nur der SPD)*" reicht.

Für die kirchliche Friedensbewegung müsse es eigentlich eine „*Herausforderung besonderer Art*" sein, im Rahmen der Friedensbewegung mit kommunistisch orientierten Gruppierungen in einem Boot zu sitzen. Der NATO-Raketenbeschluß habe jedoch den **„längst überfälligen Ausdifferenzierungsprozeß innerhalb der Friedensbewegung dadurch unterbrochen, daß er zur vorübergehenden Solidarisierung von sich widerstreitenden Politikansätzen ge-**

henden Solidarisierung von sich widerstreitenden Politikansätzen ge-

führt hat". Mit einem Wort: Die SPD-Führung schickt sich an, das „unentwirrbare Knäuel von Überzeugungen" nach dem Vorbild des großen Alexanders mit der Brechstange aufzusprengen.

Das „*größte Problem für die SPD*" sieht „PPP-Vertraulich" darin, daß in der Friedensfrage „*vor ihr schon andere auf dem Plan*" waren. Die SPD müsse „*verlorenen Boden wieder gutmachen*", indem sie „*breit über das informiert, was im Parteitagsbeschluß von 1979 tatsächlich drin steht, wenn sie die Gründe für ihre sicherheitspolitischen Beschlüsse offensiv verteidigt*". (4).

– Offiziell abgesegnet wurde die Glotz'sche Dialogstrategie auf einer gemeinsamen Sitzung von Parteirat, Vorstand und Kontrollkommission der SPD am 19.5., der zwei Positionspapiere von Koschnick/Baudissin/v. Schubert und von v. Dohnanyi (5) zur Beratung vorlagen. Der Berliner Parteitagsbeschluß vom Dezember 1979 zur „Nachrüstung" wurde ausdrücklich bestätigt. Beschlossen wurde, mit der Friedensbewegung „*in eine intensive und offene Diskussion*" einzutreten. „*Dazu werde im Frühsommer ein 'Forum Frieden SPD' stattfinden, das mit Veranstaltungen in allen Bezirken fortgesetzt werden solle. Ferner seien Informationstagungen für Mitglieder, Funktionäre und Mandatsträger vorgesehen.*" (6).

Wenige Wochen später wurde der Vorsitzende der sozialdemokratisch dominierten Berliner Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit (BIFIAS), Wolfgang Biermann, zur internationalen Schulung von SPD-Funktionären als Abrüstungsbeauftragter nach Bonn geholt ...

– Am 27.8. fand in Bonn das „Forum Frieden SPD" statt, zu dem 63 Friedensforscher und Persönlichkeiten aus der Friedensbewegung geladen waren, um mit Glotz, Bahr, Apel, Corterier, Renger und weiteren führenden SPD-Politikern in den Dialog zu treten. Eingeladen bzw. erschienen waren u.a. Jo Leinen (BBU), Rudolf Bahro (für die Russell Peace Foundation), Alfred Mechtersheimer (Max-Planck-Institut Starnberg; CSU), Anton-Andreas Guha („Frankfurter Rundschau",; SPD), Gert Bastian, Petra Kelly (nicht in ihrer Funktion als Vorstandsmitglied der Grünen, sondern für „Frauen für den Frieden"). Insgesamt sehr viel Prominenz, kaum Vertreter/innen der Basisbewegung; nicht eingeladen worden waren auch die angeblichen „Drahtzieher" des Krefelder Appells.

Als Goodwill-Geste formulierte Glotz den noch in der Einladung erhobenen dreisten Anspruch der SPD, die „*e i g e n t l i c h e p o l i t i s c h e Friedensbewegung in unserem Land zu sein*" (7), etwas bescheidener: Man verstehe sich als ein „*gewichtiger Teil*" (8) dieser Bewegung ... Mitnichten – dozierte Glotz – solle die „*neuanstehende Bewegung 'eingefangen' werden*"; es gehe darum „*die erbarmungslose Konfrontation nicht mehr änderbarer Argumente*" abzubauen. (8).

Soweit aus den publizierten Diskussionbeiträgen ersichtlich, verlief die sich an die Einführungsreferate von Bahr und Guha anschließende Debatte ausgesprochen moderat. Einige der als Friedensforscher Geladenen argumentierten gemeinsam mit der SPD-Führungsriege für den „Nachrüstungs"-Doppelbeschluß; andere kritisierten zwar den SPD-Parteitagsbeschluß, aber nur Rudolf Bahro redete Klartext: „... **die SPD (ist) nicht Friedenspartei, sondern die Partei des gemäßigten Exterminismus**" (9). Aus dem Rahmen fielen noch Bastian mit seinen scharfen Attacken gegen Apels Diffamierungen (10) und Petra Kelly mit ihrer nachträglichen Kritik am Diskussionsverlauf (11). Dennoch, die SPD-Führung zeigte sich über den Verlauf ihres Forums zufrieden. Es habe – so Glotz in seiner Zusammenfassung – „*die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß wir miteinander reden können*". Angekündigt wurde, „*den 'Disput' mit der Friedensforschung und der Friedensbewegung, auch im kleineren Kreis, systematisch weiter(zu)führen. Als nächstes denken wir an eine detaillierte Diskussion der Ergebnisse dieses Forums zwischen verantwortlichen Politikern der SPD und Vertretern unterschiedlicher Richtungen der Friedensforschung*" (12).

Steine des Anstoßes

Steine des Anstoßes

Mag die öffentlich bekundete Zuversicht der SPD-Führung im bisherigen Verlauf ihres „großen Dialogs" die Voraussetzung dafür geschaffen zu haben, mit Teilen der Friedensbewegung zumindest reden zu können, eine gewisse Berechtigung haben, so liegen die natürlichen Grenzen der Dialog-Strategie offen auf der Hand: Der Kampf der Friedensbewegung konzentriert sich gerade auf den von der SPD/FDP-Regierung getragenen NATO-Raketenbeschluß. Ist schon fraglich, ob die SPD als R e g i e r u n g s partei überhaupt in der Lage sein könnte, ihren Dialog mit der Friedensbewegung zum großen Durchbruch zu verhelfen, so muß es ihr heute zumindest darum gehen, d i e Positionen in der Friedensbewegung wegzudialogisieren, die für die SPD-Führung absolut unannehmbar sind.

SPD – eine Abrüstungspartei?

Grundvoraussetzung für alles Weitere ist es für die SPD, von den anvisierten Teilen der Friedensbewegung zumindest als abrüstungswillige Partei anerkannt zu werden. Um eine solche Anerkennung warb Egon Bahr auf dem SPD-Friedens-Forum: „*Die SPD hat ihre Positionen der gemeinsamen Sicherheitspolitik bestimmt, in der Verantwortung, in der sie sich auch jenseits ihrer heutigen Regierungsverantwortung (!) fühlt. In der Verpflichtung ihrer Geschichte, als zuverlässige Kraft des Friedens, der man allenfalls Schwäche, aber niemals Mangel an Ehrlichkeit des Willens vorwerfen kann*" (14).

In diesem Sinne wurden auch die Teilnehmer der Bonner Friedensdemonstration mehrmals von Willy Brandt und Eppler ermahnt (15). Als abrüstungswillige Partei anerkannt zu werden, hat für die SPD – wie Karsten Voigt zu Recht schreibt – durchaus existenzielle Bedeutung: **„Wenn gegenwärtig Mitglieder und Anhänger zum Teil sogar am Abrüstungswillen der SPD und mehr noch an ihrer Möglichkeit, ihren Abrüstungswillen im Regierungsbündnis und in der westlichen Allianz zur Geltung zu bringen, zweifeln, dann rührt dies am Kern des geschichtlichen Selbstverständnisses der SPD und an den gegenwärtigen Grundlagen ihrer Regierungsfähigkeit"** (16).

Umgekehrt: Gelänge es der SPD-Führung, mit Teilen der Friedensbewegung Einverständnis über den „gemeinsamen Abrüstungswillen" zu erzielen, könnte es ihr auch möglich werden, den Streit auf das „Wie" der Friedenssicherung zu entschärfen und der Friedensbewegung Nachhilfeunterricht in „Realpolitik" zu erteilen. (17).

Bauchschmerzen mit der einseitigen Abrüstung

Unannehmbar für die SPD-Führung ist die von weiten Teilen der Friedensbewegung getragene Forderung nach einseitiger Abrüstung. Glotz monierte in seinem Mahnbrief zum Krefelder Appell in erster Linie die Forderung, „*einseitig die Zustimmung zur westlichen Nachrüstung zurückzuziehen*" (2). Dies ist auch das leitende Motiv für die DGB-Führung, parallel oder richtiger: in Konkurrenz zum Krefelder Appell einen eigenen Aufruf „Frieden durch Abrüstung" zu publizieren.

Neben den Standardformeln („Entwaffnung gegenüber der drohenden Gefahr aus dem Osten") haben manche führende Sozialdemokraten in ihrer Argumentation eine schon bewunderndswerte Phantasie entwickelt. So gesteht Karsten Voigt zu, daß sich die Forderung nach einseitiger Abrüstung auf „*zutreffende Beobachtungen*" stütze: „*So ist es richtig, daß der umgekehrte Vorgang, die Entscheidung zur Aufrüstung, bisher auch nicht durch Vereinbarungen mit dem Gegenr in Gang gesetzt wurde, sondern einseitig erfolgte*" (18).

wurde, sondern einseitig erfolgte" (18).

Unter diesen Bedingungen e r s c h e i n e es zwar als logisch, Entscheidungen zur Abrüstung auf die gleiche Weise zu treffen, jedoch – Karsten Voigt hat einen Schritt weiter gedacht: „*Einseitige Entscheidungen binden einander nicht und können leicht wieder zurückgenommen werden*" (18). Eben deshalb bedürfe es des „*Rituals*" zweiseitiger Vereinbarungen. Und um mögliche Einwände – etwa, daß zweiseitige Vereinbarungen in der Vergangenheit einander zumindest auch nicht ewig gebunden haben (vgl. SALT I) oder auch wieder zurückgenommen oder unterlaufen werden konnten (vgl. SALT II) – schon im Ansatz zu unterbinden, zieht Karsten Voigt den 'Joker aus der Tasche: In einem „*so sensiblen Bereich wie der militärischen Sicherheit ... sind einseitige Beschränkungen in der Vergangenheit kaum als Einladung zur Nachahmung empfunden worden, sondern eher als besonders hintergründiger Trick zur Erlangung einseitiger Vorteile*" (18).

Nicht minder phantasievoll präsentierte sich Egon Bahr auf dem 'Forum Frieden': „*Sicherheit verlangt Verläßlichkeit. Das Bündnis hat am 12. Dezember 1979 den Doppelbeschluß gefaßt. Die USA sind daran gebunden, die BRD ist darn gebunden. Würden die USA nicht ernsthaft verhandeln, würden wir an unsere Zusage der Stationierung nicht mehr gebunden sein; würden wir ihn aufkündigen, würden die USA frei sein, nicht mehr ernsthaft zu verhandeln. Ohne Verhandlungen könnte die Sowjetunion ihre Rüstung wie bisher unbegrenzt fortsetzen, die USA ebenfalls. Einseitige Schritte, etwa der Sowjetunion, sind einseitg rücknehmbar. Verläßliche Sicherheit ist nur durch Vereinbarung zu erreichen. Der Doppelbeschluß ist die einzige Verpflichtung der USA, von der alten auf die neue Regierung übertragen, die wir in Europa für Verhandlungen haben. Wer ihn aufkündigen will, würde die Verhandlungen torpedieren und damit den einzig sichtbaren Weg zu mehr gemeinsamer Sicherheit torpedieren*". Deshalb: „*Unser Land kann seine Sicherheitspolitik nur auf der Basis des Doppelbeschlusses entwickeln*" (14).

Es ist schon aufschlußreich, wieviele Konjunktivformen ein „Realpolitiker" wie Bahr benötigt, wenn er mit Vertretern der Friedensbewegung einen Dialog führen will. Belegt die geschichtliche Erfahrung, namentlich die des letzten Jahrzehnts, doch eindeutig, daß trotz allen Geredes über allseitige, abgewogene Rüstungskontrolle der Rüstungswettlauf stetig und forciert fortgesetzt wurde. Gerade aus dieser Erfahrung heraus fordern weite Teile der Friedensbewegung heute – zumal angesichts des in beiden Militärblöcken angehäuften Overkill-Potentials –, durch einseitige Abrüstung aus diesem tödlichen Kreislauf auszubrechen. Dies gilt insbesondere für den NATO-Raketenbeschluß. Bahr weiß natürlich – apropos Ehrlichkeit des Abrüstungswillens –, daß die US-Regierung nicht ernsthaft verhandeln w i r d, weil sie ihre atomaren Angriffswaffen in Westeuropa stationieren w i l l; Bahr weiß ebenso gut, daß die Bundesregierung dennoch an ihrer Zustimmung zur Stationierung festhalten wird. Für die Dialog-Strategen aus der SPD-Führung ergibt sich daraus ein ziemliches Dilemma: Ist es ihnen noch relativ einfach möglich, sich einige allgemeine Bekenntnisse zu einem atomwaffenfreien Europa oder gar einer atomwaffenfreien Welt abzuringen (20), steht die Alternative hinsichtlich des „Nachrüstungs"-Beschlusses konkret: Stationierung ja oder nein. Wie sich die sozialdemokratischen Dialogstrategen künftig aus der Klemme helfen wollen, läßt sich an dem Aufruf der 50 SPD-Bundestagsabgeordneten zur Bonner Friedensdemonstration ablesen: „*Wir unterstützen alle Bemühungen, durch Verhandlungen zu in-*

ablesen: „*Wir unterstützen alle Bemühungen, durch Verhandlungen zu in-*

ternationaler Rüstungskontrolle und anschließender Abrüstung zu kommen. Es liegt im Interesse aller Menschen in Europa, daß umgehend Verhandlungen mit dem Ziel aufgenommen werden, die weitere Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Ost und West zu verhindern und die vorhandenen abzubauen" (21). Wer will nicht den Abbau von Atomraketen in Ost und West! Doch eine so unverbindliche Erklärung läßt sich mühelos auch als Rückenstärkung für die Politik der Bundesregierung interpretieren. Nicht verwunderlich ist es deshalb, unter den Unterzeichnern z.B. auch den „Nachrüstungs"-Befürworter Karsten Voigt zu finden. Die Friedensbewegung würde sich einen Bärendienst und den sozialdemokratischen Dialogstrategen einen Riesengefallen erweisen, wenn sie sich eine „größerer Breite" mit dem Verzicht auf einige eindeutige, einseitige Ablehnung des NATO-Raketenbeschlusses erkaufen würde.



Imperialistische Bündnistreue zu den USA

„*Die Diskussion über ein Aussteigen aus der engen, vielleicht lebensgefährlich engen Bindung an die USA*" – so klagte der „Spiegel" – „*flammt bei uns wieder auf*" (22). In der Tat: Meinungsumfragen nach dem Amtsantritt Reagans belegen ein wachsendes Unbehagen in der westdeutschen Bevölkerung gegenüber der säbelrasselnden Politik des US-Bundesgenossen. Über diese Entwicklung besorgt, befragte der „Spiegel" den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt: „*Immer mehr Bundesbürger argwöhnen, die Amerikaner könnten die Bundesrepublik zu einer atomaren Geisel in der Auseinandersetzung mit den Russen machen. Muß dieser Argwohn nicht zwangsläufig einen Trend fördern, auszusteigen?*" Brandts Antwort ist eindeutig: „*Ich lehne es ab, wenn ich mir die militärpolitische und die allgemeinpolitische Seite ansehe, irgendeine Form einseitiger bundesrepublikanischer Folgerungen ins Auge zu fassen*" (22).

Ähnlich Bahr auf dem SPD-Friedens-Forum: „Die beiden Bündnissysteme, NATO und Warschauer Pakt, ... sind ein friedenssichernder, stabilisierender Faktor für Europa. Wer daraus einen Stein herausbre-

chen will, gefährdet die Stabilität. Abkoppeln wäre friedensgefährdend, gleichgültig, ob es die USA von Europa, die Bundesrepublik von der NATO oder die Polen von der Sowjetunion wollten" (14).

Ein Aussteigen aus dem NATO-Bündnis = eine Gefährdung der Einheit und Handlungsfähigkeit des Atlantischen Bündnisses –, das hat insbesondere Genscher wiederholt in unmißverständlicher Klarheit betont – wäre es für die Bundesregierung bereits, wenn der NATO-Raketenbeschluß nicht durchgesetzt würde.

Vom Standpunkt der Herrschenden ist eine solche Argumentation durchaus logisch (23): Um seine Interessen (z.B. seine Rohstoffinteressen im Nahen Osten) durchsetzen zu können, braucht der BRD-Imperialismus das Bündnis mit den USA. Die Stationierung amerikanischer atomarer Mittelstreckenraketen in der BRD bzw. Westeuropa ist der reale Preis („Risikoteilung") für diese Art Bündnispolitik. Vor diesem Hintergrund ist sehr gut verständlich, warum der SPD-Führung – siehe ihre allergischen Reaktionen auf die Westberliner Anti-Haig-Demonstration – alle Aktivitäten der Freidensbewegung schwer im Magen liegen, die auf die „lebensgefährlich enge Bindung an die USA" bzw. NATO aufmerksam machen. Akzeptabel für die SPD-Führung sind hingegen Aktionen der Friedensbewegung, die sich als Rükkenstärkung für die Bundesregierung gegen die u n f l e x i b l e A r t der Durchsetzung der NATO-Aufrüstung durch die Reagan-Administration interpretieren lassen (24).

„Emotionale" und „rationale" Auseinandersetzung mit dem Pazifismus

Sichtlich an die Nieren gegangen ist der SPD-Führung der sich ausbreitende Pazifismus: **„Nicht nur in der Bundesrepublik haben wir heute so etwas wie eine pazifistische Grundbewegung. Die wird stärker, als die grüne Bewegung war ... Dies wird eine der ganz schwierigen Auseinandersetzungen der 80er Jahre sein"** (25). Eine erste Gegenattacke des Verteidigungsministers Apel Anfang dieses Jahres erwies sich bald als Bumerang: Nicht nur aus den Reihen der Friedensbewegung schlug ihm helle Empörung entgegen. Einen zweiten Anlauf startete im Frühjahr Parteifreund Glotz: *„Wir müssen von der bloß emotionalen Auseinandersetzung mit den sogenannten pazifistischen Gesinnungen wegkommen. Wir werden die Verfechter der Überzeugung, daß der Verzicht auf jegliche Rüstung der einzig sinnvolle Weg sei, dazu herausfordern, sich den realpolitischen Bedingungen von Kriegsverhütung heute zu stellen"* (3).

Anstelle des tölpelhaften Apel wurde der aalglatte Karsten Voigt an die Front geschickt, um dem Pazifismus den Garaus zu machen: *„Welche Handlungsmöglichkeiten verbleiben uns für den Fall, daß wir es sind, die mit dem Einsatz militärischer Macht bedroht werden?"* Als Spezialist des inneren Dialogs beantwortet Voigt stellvertretend für die Pazifisten seine Frage gleich selbst: *„Eine der denkbaren Antworten kommt aus den Reihen der Pazifisten. Sie bekennen sich auch im Kriegsfall zur Gewaltfreiheit und nehmen dafür in Kauf, selbst Opfer von Gewalt zu werden. Der zweite Widerstand, zu dem sie auffordern, bezieht sich auf die Zeit n a c h einer erfolgten militärischen Aggression, er richtet sich gegen fremde Besatzungsmächte.* **Dem unmittelbaren Kampfgeschehen stehen sie wehrlos gegenüber".**

Das ist das Stichwort zum Gegenschlag, zu dem Ex-Juso Voigt so kräftig ausholt, daß er direkt neben CDU-Generalsekretär Geißler zum Stehen kommt: *„Ihre* (der Pazifisten – Anm. AK) *Hauptschwäche ist ihr Versuch, die Überlebenschancen der Bevölkerung dadurch zu erhöhen, daß einem potentiellen bewaffneten Angreifer von vornherein der militärische Erfolg zugestanden wird.* **Die Aussicht, daß der Einsatz von Waffen für die angreifende Seite zu einem risikofreien Unternehmen würde, macht einen Krieg jedoch wahrscheinlicher und verringert dadurch die Überlebenschance zumindest eines Teils der betroffenen Bevölkerung"** (16).

Nun mag sich über „Überlebenschancen" in einem künftigen Krieg vielleicht flott im „Vorwärts" räsonnieren lassen; es mag sogar sein, daß sich Voigt für sich und andere Anwärter auf einen Platz im „Führerbunker" gewisse Überlebenschancen erhofft; für die betroffene Bevölkerung jedenfalls wird eine solche Chance im Falle eines Atomkrieges gleich Null sein. Man braucht einem Karsten Voigt sicher nicht zu erzählen, daß die NATO-Strategie im „Verteidigungsfall" sehr bald einen Einsatz von Atomwaffen in Mitteleuropa vorsieht. Voigt weiß sicher auch, daß die im NATO-Raketenbeschluß vorgesehenen Atomwaffen einen Atomkrieg führbar und damit auch w a h r s c h e i n l i c h e r machen.

Doch Galgenhumor beiseite. Unannehmbar und bedrohlich für die SPD-Führung ist der Pazifismus deshalb, weil er sich jeglicher Beteiligung an militärischen Handlungen und Vorbereitungen v e r w e i g e r t, weil sich nicht darauf eingelassen wird, wegen einer angeblichen Bedrohung aus dem Osten Gewehr bei Fuß zu stehen, weil er einer Mobilisierung zur Verteidigung des Vaterlandes im Wege steht. Viel hätte die SPD-Führung schon erreicht, wenn es ihr gelänge, anstatt mit einer „irrationalen pazifistischen Grundbewegung" konfrontiert zu sein, mit der Friedensbewegung „rational" über das „Wie" der Militärpolitik, über allerlei „alternative Verteidigungskonzepte" zu diskutieren: Zumindest wäre anerkannt, d a ß es heute in diesem Land etwas zu verteidigen gibt. Ganz in diesem Sinne äußerte sich beispielsweise Eppler – nach seiner Stellung zum Pazifismus befragt – gegenüber dem „Spiegel". Nach einem jovialen Schulterklopfen für das Konzept der Pazifisten, das *„sicherlich nicht irrationaler als das der Nachrüster"* sei, kommt er zur Sache: **„Aber es gibt innerhalb der Friedensbewegung das Konzept der Umrüstung auf reine Defensivwaffen, etwa vom Panzer auf Panzerabwehrraketen, vertreten von Carl Friedrich von Weizsäcker und einer ganzen Anzahl von Rüstungsexperten. Das halte ich für rationaler und konstruktiver als das, was heute im Schwange ist"** (26). Und Glotz auf dem „Forum Frieden SPD": *„Ich akzeptiere die Kritik, daß w i r uns nicht genügend um alternative Sicherheitskonzepte (Afheldt) gekümmert haben. Aber gilt das nicht auch für die Friedensbewegung? Wo ist ein tragfähiges, bündnisfähiges alternatives Verteidigungskonzept, das die Friedensbewegung einbringt? ... Hier sollten wir g e m e i n s a m nachdenken"* (12).

Friedensbewegung – eine Hilfstruppe der SPD? Nein danke!

Breit wurde vor der Bonner Friedensdemonstration der „Dissens" zwischen Schmidt und Brandt (27) herausgekehrt. Jedoch – der Schein trügt, der „Dissens" führender Sozialdemokraten ist – zumindest soweit er die genanten Personen betrifft – nichts anderes als ein Reflex des Dilemmas, in dem sich die SPD gegenüber der Friedensbewegung befindet: Als Regierungspartei Teile der gegen ihre Aufrüstungspolitik protestierenden Friedensbewegung integrieren zu wollen.

Hatte die SPD-Führung noch im Frühjahr kleinlaut beklagen müssen, daß in der Friedensfrage andere schon vor ihr auf dem Plan waren, traten namentlich ihre Dialogstrategen bzgl. der Bonner Friedensdemonstration bereits fordernd auf: Militante Kriegsgegner und Kommunisten müßten isoliert werden, die Demonstration dürfe nicht durch Angriffe auf die Bundesregierung „diskreditiert" werden etc. Oder die Demonstration wurde kurzerhand uminterpretiert: *„Die Bundesregierung sollte die Demonstration als Aufforderung verstehen, ihre Bemühungen f o r t z u s e t z e n, um einen Erfolg der Verhandlungen zu erreichen"* (28). Oder: *„Die erdrückende Mehrheit der jungen Menschen, die am 10. Oktober demonstrieren wollten, sei nicht gegen die Bundesregierung oder gegen US-Raketen mehr als gegen sowjetische Atomraketen"* (29).

Ist man heute noch froh darüber, *„daß führende Sozialdemokraten überhaupt noch das Vertrauen der jungen Generation besessen hätten, um auf einer solchen Veranstaltung sprechen zu dürfen"* (30), geht es längerfristig darum, zu integrieren, *„aus der Erkenntnis heraus, daß nur eine sicherheitspolitisch-wirklichkeitsbezogene Friedensbewegung zusammen mit der Sozialdemokratie die an diesem Punkt in der Regierung Verantwortlichen zu unterstützen vermag"* (3). Oder im Klartext Willy Brandts: *„Im übrigen gilt: Friedensbewegungen, die keine in Wahlen erworbene Legitimation haben, können Anstöße geben: Die politische Verantwortung müssen andere übernehmen"* (7).

Allerdings: Die überwiegende Mehrheit der Bonner Kundgebungsteilnehmer hat durch ihre gegen den NATO-Raketenbeschluß gerichteten Parolen und Transparente deutlich gemacht, daß die Friedensbewegung weit davon entfernt ist, sich dem Wunschbild Bonner Parteipolitiker anzupassen. Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Kriegsgegnern: Ja! – aber nicht zu Preisen, die von SPD-Integrationspolitikern diktiert werden.

J., Westberlin

Anmerkungen:

1) FAZ, 24.3.81
2) Neue, 10.4.81
3) FR, 23.4.81
4) Neue, 28.4.81
5) Abgedruckt in: Materialien. Die Friedenspartei SPD. Argumente, Grundpositionen und Stellungnahmen zur deutschen Friedenspolitik 1981. Die Broschüre wurde allen Teilnehmern des SPD-Friedens-Forums zur Vorbereitung zugeschickt.
6) Tagesspiegel, 20.5.81
7) Willy Brandt: Vorw. zu Materialien ...
8) TAZ, 31.8.81
9) Weiter erklärte Bahro: „Sie (die SPD – Anm. AK) ist nicht nur nicht stärkste und eigentlich politische Friedensbewegung in unserem Land, sie gehört der Friedensbewegung so überhaupt nicht an. Man kann unmöglich zugleich weiter für glaubwürdige Abschreckung und friedenspolitisch glaubwürdig sein. Diesmal wird es nicht gelingen, die Friedensbewegung abzufangen, unterzuordnen und zu täuschen. Sie wird die Aufkündigung des Raketenbeschlusses zum Kriterium Nr. eins auch für die Wählbarkeit machen." (lt. Zeit-Sonderdruck, 4.9.81)
10) vgl. Neue, 28.8.81
11) vgl. Neue, 29.8.81 („Ihr (Petra Kellys – Anm. AK) erster und letzter Eindruck sei, 'daß ich zu einem solchen SPD-Forum als Bundesvorsitzende der Grünen nie mehr gehen werde'. Ihres Erachtens war es ein Versuch, 'etwas zu glätten, etwas zu versöhnen, was nicht zu versöhnen ist'.")
12) Peter Glotz: Zusammenfassung des Forums Frieden der SPD, SPD-Service, 27.8.81
13) entfällt
14) 10 Thesen von Egon Bahr, 26.8.81
15) „Die Atmosphäre dürfe deshalb nicht weiter dadurch vergiftet werden, daß die Friedensbewegung die Regierung und die Parteien als 'Kriegshetzer' darstelle und Regierung und CDU ihrerseits die Friedensbewegung als 'Ansammlung unverantwortlicher Menschen' bezeichneten" (Eppler, lt. Tagesspiegel, 3.10.81).
16) Karsten Voigt: Vom wehrlosen und gepanzerten Frieden, Vorwärts, 23.4.81. In einer zweiteiligen Vorwärts-Serie versucht Voigt, die von Glotz angesprochenen Hauptkontroversen mit der Friedensbewegung aus Sicht der SPD-Führung ausführlich zu begründen. Der ehemalige Juso-Bundesvorsitzende stellt sich eindeutig hinter den SPD-Doppelbeschluß: „Auf die Fragen zur Konzeption sozialdemokratischer Friedens-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik lassen sich meiner Meinung nach auf der Grundlage der Berliner Parteitagsbeschlüsse glaubwürdige und überzeugende Antworten entwickeln".
17) „In den großen Zielen sind wir uns weitgehend einig; wo wir – teilweise heftige – Auffassungsunterschiede haben, ist die Frage des 'Wie' " (Glotz, lt. FR, 23.4.81).
18) Vorwärts, 30.4.81
19) entfällt
20) Willy Brandt: „Ich möchte, daß wir von diesem Wahnsinn des Wettrüstens wegkommen. Und sollte es in einer erreichbaren Zukunft möglich sein, daß Europa weitgehend von nuklearen Waffen frei sein könnte, wäre das doch vernünftig." (Spiegel, 28/81)
21) Neue, 2.10.81
22) Spiegel, 18.5.81
23) Anders sieht es der für das SPD-Friedens-Forum als Referent der Friedensbewegung geladene Anton And. Guha: „Abgesehen davon, daß keines dieser Argumente plausibel, realitätsgerecht und logisch ist, Genschers These des 'Hände weg vom Nachrüstungs-Doppelbeschluß' um der Einheit der NATO willen stellt sich nachgerade als Chuzpe (Dreistigkeit – Anm. AK) heraus und als Absage an jede rational begründete Sicherheitspolitik." (in: Blätter für dt. und intern. Politik 3/81, S. 319). Da seine Analyse davor halt macht, den SPD-Doppelbeschluß auf die ihn motivierenden I n t e r e s s e n abzuklopfen, bleibt Guha – wie vielen anderen Kritikern des „Nach"rüstungsbeschlusses nur noch die „Erklärung" übrig, der Bundesregierung geistige Umnachtung zu attestieren.
24) Der „Spiegel" im Interview mit Eppler: „Die Friedensbewegung als Hilfe für Helmut Schmidt, das klingt ziemlich paradox. Dem Kanzler scheint sie jedenfalls nicht willkommen." Antwort: „Nach meiner Überzeugung wird es ernsthafte Verhandlungen erst geben, wenn die Amerikaner befürchten müssen, daß ihre Weigerung, ihre neuen Mittelstreckenraketen zur Disposition zu stellen, in Westeuropa so starke Kräfte mobilisiert, daß die Stationierung der Raketen gefährdet wird." (15.6.81)
25) Horst Ehmke, lt. Spiegel, 13.4.81
26) Spiegel, 15.6.81
27) Während Regierungschef Schmidt die Teilnahme von SPD-Mitgliedern als „Kampfansage an die Politik der Bundesregierung bezeichnet", erklärt Willy Brandt verständnisvoll, „daß die SPD sich immer als Partei des Friedens verstanden habe und das Ziel der Friedenssicherung die Partei nicht von denen trenne, die sich 'ohne taktische Winkelzüge' dafür für Friedenssicherung durch Ost und West einsetzen."
28) Aufruf der 16 FDP-MdBs zur Bonner Demo, lt. Neue, 3.10.81
29) Brandt, lt. Tsp., 3.10.81
30) Eppler, lt. Tsp. 3.10.81

Galerie großer Geister, Karsten Voigt (SPD):

Kampf der Friedenshysterie!

„Innenpolitisch gibt es – und das gilt für alle Länder – die Verpflichtung, Hysterie nicht aufkommen zu lassen ..." (FR, 20.5.81), so SPD-MdB Karsten Voigt in einer Betrachtung über „Handlungsspielräume der Politik in der gegenwärtigen Friedensdiskussion". Eine Aufgabenstellung, die aus dem Munde eines SPD-Politikers an sich nicht ungewöhnlich klingt, ginge Voigt nicht immer noch der Ruf voraus, ein SPD-Linker zu sein. Diesen Mythos wollen wir anhand einiger Aussagen Voigts ein wenig „problematisieren".

Voigt ist seit 1962 Mitglied der Jusos, war 1969-1972 ihr Vorsitzender, 1972-1973 stellvertretender Vorsitzender, 1971-1973 gar Vizepräsident der Sozialistischen Jugendinternationale. So glänzend für eine Parteikarriere präpariert, gelang ihm 1976 der Sprung in den Bundestag. Er ist Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß und Mitglied des SPD-Parteirates, schreibt häufig Beiträge über Sicherheits- und Entspannungspolitik und Waffenexport für ein breites Spektrum von Zeitschriften (FR, Vorwärts, Kritik, ötv-magazin). Gelegentlich demonstriert er seine „Basisverbundenheit" durch Auftritte auf diversen Kongresses, z.B. dem Anti-Kriegskongreß des SB 1979.

Er rechnet sich dem sog. „Frankfurter Kreis" der SPD-Linken zu, soll dort aber – gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen zufolge – gar nicht (mehr) sonderlich gern gesehen sein.

Welch guten Ruf Voigt in der Linken hat, zeigte sich z.B. bei der El Salvador-Demonstration im Februar 1981, auf der er als Redner die SPD-Politik in Lateinamerika rechtfertigen durfte, wofür er allerdings erfreulich lautstarken Protest erntete.

Voigt und die „Nach"rüstung

So schlimm und gefährlich wie die „Nachrüstung" von der Friedensbewegung dargestellt wird, ist sie offenbar garnicht: *„Meiner Meinung nach werden...von seinen Gegnern die Risiken, die mit der Einführung dieser qualitativ neuen selektiven Nuklearoption verbunden sind, ü b e r s c h ä t z t".* Seines Erachtens *„muß, wer sich rational mit dem verteidigungspolitischen Teil des NATO-Doppelbeschlusses auseinandersetzen will, sich mit der NATO-Doktrin der 'flexible response' auseinandersetzen"*, da die Notwendigkeit der Stationierung von Pershing II und Cruise missile aus dieser „abgeleitet" sei (FR, 20.5.81). Im Gegensatz zu den „linken Utopisten" hat Voigt es sich nämlich zur Gewohnheit gemacht, „realpolitisch" zu argumentieren. Für die „Nach"rüstung sieht das so aus: Der NATO-Beschluß existiert nun mal, da ist nicht dran zu rütteln; nach der Logik der „flexible response" mußte er auch so fallen, nun muß man halt das beste draus machen.

„Deswegen muß ein Sicherheitskonzept, das ... auf Streitkräfte nicht verzichten will, von vorneherein glaubhaft machen, daß es den Vorrang politischer Handlungkriterien gegenüber militärischen Sachzwängen zu gewährleisten vermag. Ein Versuch in dieser Richtung ist die 'Abschreckungsdoktrin' der NATO. Sie ist eine politische Doktrin, weil sie darauf abzielt, das Militär zur Verhütung und nicht zur Führung von Kriegen zu instrumentalisieren." (ötv-magazin, 5/81).

Abschreckung – ja bitte? *„Wer sich nicht alles gefallen lassen will, der muß deutlich machen, daß er bereit ist, sich zu wehren"* (ebd.), d.h. die NATO-Militärs übertreiben bei ihrer Schilderung der sowjetischen Stärke und Bedrohung vielleicht ein bißchen, im Prinzip haben sie aber recht.

Und da die Sowjetunion mit ihrer SS-20 „vorgerüstet" hat, bleibt der NATO wenig anderes übrig, als „nachzurüsten". Da Voigt seinen Kredit in der Friedensbewegung aber nicht gleich völlig verspielen will, drückt er es einfach andersherum aus: *„... sind angemessene rüstungspolitische Zugeständnisse der Sowjetunion erforderlich, wenn der verteidigungspolitische Teil des NATO-Doppelbeschlusses substantiell beeinflußt werden soll"* (FR, 20.5.81), bzw. man muß prüfen, *„ob die Sowjetunion ... bereit ist, ihre Waffensysteme so weit zu reduzieren, daß tatsächlich – ohne eine Gefährdung des Gleichgewichtes – die Einführung zusätzlicher Waffensysteme auf westlicher Seite überflüssig wird. Ich kann mir solche Denkmodelle vorstellen, aber dies setzt erhebliche Reduzierungen auf sowjetischer Seite voraus"* (neue, 10.10.79). Der Bundeskanzler hätte es nicht besser ausdrücken können.

„Die friedenspolitischen Aufgaben der demokratischen Linken"

Hierzu hat Ex-Juso-Voigt mit der ihm eigenen Bescheidenheit (*„Wer wie ich jahrelang vergeblich die Aufmerksamkeit der Linken auf die mit der Entwicklung neuer Waffentechnologien, mit einem ungebremsten und unkontrollierten Rüstungswettlauf, die mit einer Militarisierung der 3. Welt verbundenen Gefahren für den Frieden zu lenken versucht hat ..."*) Wegweisendes anzubieten. Zunächst gilt es klar zu machen, wie es n i c h t geht: *„Eine Entkopplung der Sicherheitspolitik der Europäer von der der Vereinigten Staaten würde aber die bisherigen Grundlagen der Entspannungspolitik der letzten 10 Jahre in Frage stellen"* (kritik Nr. 25, Seite 9). Also mit Reagan und Haig für Frieden und Entspannung? Die Forderung nach mehr Eigenständigkeit würde nämlich, so Voigt, nur die Forderung nach einer europäischen Atomstreitmacht unter Beteiligung der BRD verstärken, und da scheint Voigt offenbar seinen Parteigenossen in der Regierung nicht sonderlich zu trauen: *„Verstärkte Aufrüstung ... wäre die Folge"* (ebd.).

Zweitens *„müssen wir uns gegen Aktionsformen wenden, die durch die Propaganda und Militanz der Tat eine massenwirksame Propaganda gegen die Ziele der demokratischen Friedenspolitk ermöglichen"* (ebd.); Und drittens, der Glaubwürdigkeit halber: **Keine Zusammenarbeit mit Kommunisten!**

Andererseits aber wäre es verkehrt, die Hände in den Schoß zu legen, denn dann *„können Impulse der öffentlichen Diskussion keinen Nachdruck für Entscheidungen im Parlament und Bundesregierung erhalten"* (ebd.). Diese Art von Friedensbewegung soll zwar *„über Parteigrenzen hinweg offen bleiben"*, aber **„gleichwohl in der Kontinuität der sozialdemokratisch/liberalen Friedens- und Entspannungspolitik"** stehen („Neue Gesellschaft", 5/81).

Daß Voigt sich als Parlamentarischer Arm der Friedensbewegung aufdrängen möchte, ist klar. Aber weiter in seinem „Aufgabenkatalog": Schädlich sei in jedem Fall „die negative Fixierung" auf die USA, denn wir *„würden der Logik der Abschreckung und der Anstiftung zum Unfrieden folgen"*, wenn wir dem gebräuchlichen Feinbild UdSSR *„ein Feindbild von den USA entgegensetzen"* (ebd.).

Was wir brauchen, ist nämlich nichts anderes als **„eine konzeptionelle Fortführung der sozialdemokratischen und sozialliberalen Friedenspolitik"** (ebd.). Ja, wer hätte denn d a s gedacht?! ... In diesem Rahmen sollen wir, laut Voigt, auch noch *„die U n t e r s t ü t z u n g für eine restriktive Rüstungsexportpolitik verstärken"* (An anderer Stelle sagt er: *„Ich bin froh, daß der Bundeskanzler in der Frage der Waffenexporte eine restriktive Linie einhält"*; FR, 20.5.), sollen die Bundeswehr nicht „gesellschaftpolitisch isolieren" und ansonsten „kritisch" über dieses und jenes „nachdenken". Daß die Verhinderung der „Nachrüstung" in diesem Aufgabenkatalog für eine „vernünftige" linke Friedenspolitik keinen Platz hat, ist nur konsequent.

Daß Voigt im Rahmen seiner „Realpolitik" bisher bei allen Abstimmungen im Bundestag nicht weiter aufgefallen ist, da er „in der Kontinuität sozialdemokratischer Friedenspolitik" f ü r den Auf- und „Nachrüstungs"-Kurs seines Kanzlers gestimmt hat, liegt in der Logik der Sache. Bei einer SPD-Vorstandssitzung über die „Nachrüstung" forderte Voigt, „keinen Zweifel an der Solidarität zu den sozialdemokratischen Mitgliedern der Bundesregierung und unserer Unterstützung der sozialliberalen Koalition und Regierung erkennen zu lassen" (FAZ, 21.2.81).

Daß Voigt mit seinen gelegentlichen kritischen Anmerkungen zur Friedenspolitik schon zu den SPD-Linken gerechnet werden muß, wirft allenfalls ein Licht auf den ideologischen Zustand dieser Strömung. In der tatsächlichen Friedensbewegung wird sich diese „realistische" Politik hoffentlich nicht durchsetzen.

Antimil-Kommission Göttingen

Friedensinitiativen: Bundesweites Treffen für Anfang 1982 beschlossen

Ende Januar/Anfang Februar nächsten Jahres soll erstmals eine Bundeskonferenz aller friedenspolitischen Basisinitiativen und autonomen Gruppen stattfinden. Darauf einigten sich in einem einstimmigen Beschluß rund 50 Teilnehmer/innen eines Vorbereitungstreffens in Göttingen am 17.10..

Erste Schritte zur Zusammenarbeit autonomer, basisdemokratisch organisierter Friedensinitiativen und -gruppen hatte es schon Anfang des Jahres gegeben, als im Mai Gruppen aus 20 Orten der Bundesrepublik einer Einladung der Hamburger Friedenskoordination zu einem gemeinsamen Treffen gefolgt waren. Der Kirchentag im Juni, genauer die große Demonstration, bildete den nächsten Schritt. Und vor kurzem hatten zahlreiche Gruppen auf Initiative des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie den „Alternativen Aufruf“ zur Bonner Friedensdemonstration erarbeitet, der mittlerweile von rd. 200 Gruppen unterzeichnet worden ist. Hier wurde auch der Vorschlag für eine Bundeskonferenz aufgegriffen und dann in Bonn am 10.10. dafür mobilisiert. Dieser Einladung zum 17.10. nach Göttingen waren Vertreter/innen aus etwa 30 Gruppen, Initiativen und Organisationen gefolgt, u.a. Göttinger Arbeitskreis, Hamburger Friedenskoordination, BUU-Hamburg, Krieg dem Krieg Bremen, Osnabrücker Friedensinitiative, Aachener Friedensinitiative, Grüne NRW, Göttinger Friedensbündnis, Darmstädter Konferenz (Zusammenschluß kirchlicher Oppositionsgruppen), LHV Westberlin, Gewaltfreie Aktion, KB, KBW.

Der Großteil der Anwesenden stammte aus dem Spektrum der Unterstützer des „Alternativen Aufrufs“. Gemeinsamer Nenner war im Wesentlichen eine kritische Haltung zu Inhalten und Zustandekommen dieser Demonstration und die Feststellung, daß man sich durch die „traditionellen“ Verbände (genannt wurde mehrmals das KOFAZ -Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit-) nicht „repräsentiert“ fühle.

Nicht übersehen werden konnte aber, daß das Oppositions-Spektrum durch die Anwesenden bei weitem nicht abgedeckt wurde: u.a. fehlten die Bereiche der Gruppen ‚Frauen gegen Krieg‘, Reservisten und ZDLer, also die Bereiche, die zur Zeit durch konkrete Verweigerungsaktionen gegen Militarisierung und Kriegsgefahr arbeiten, das „pazifistische“ Lager (‚Ohne Rüstung leben‘, Kirchlicher Bereich, Gewaltfreie Aktionsgruppen usw.). Gegenüber dem Treffen zur Vorbereitung des „Alternativen Aufrufs“ war auch die Beteiligung von Gruppen aus dem Anti-AKW-Bereich leicht zurückgegangen.

Um ein Bundestreffen zu einem Erfolg werden zu lassen, müßte sich hier noch einiges tun. Vielleicht wäre es sinnvoll, sich in den einzelnen Städten zusammmen auf die Bundeskonferenz vorzubereiten, zumindest sollte noch erheblich stärker für die Konferenz geworben werden.

Begonnen wurde mit dem Versuch einer Auswertung der Bonner Demonstration. Zwar überwog die Einschätzung, daß angesichts der kurzen Zeit ein stärkeres, geschlosseneres Auftreten im Sinne des „Alternativen Aufrufes“ nicht möglich gewesen sei, in der Arbeit mit dem Aufruf in einigen Orten gute Erfolge erzielt worden seien und der Aufruf praktisch der erste Schritt eines koordinierten Eingreifens „alternativer“ Gruppen gewesen sei. Unübersehbar war dennoch die Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der Bonner Demonstration (z.B. war es nicht möglich gewesen, in den Vorverhandlungen Einfluß auf den Aufruf-Text oder die Kundgebungs-Redner zu nehmen.).

Festzuhalten bleibt, so der Tenor der Diskussion, daß in vielen Städten über den „Alternativen Aufruf“ diskutiert worden ist und zumindest ansatzweise eine Diskussion über Inhalte und Organisation der Demo in Gang kam. Übereinstimmung bestand darin, daß es notwendig ist, die Kommunikationsstrukturen zwischen den „alternativen“ Gruppen zu verbessern und jetzt gezielt inhaltlich in die Friedensdiskussion einzugreifen.

Unumstritten war ebenfalls die Notwendigkeit, unabhängig von den etablierten Parteien (SPD) zu bleiben, sowohl in organisatorischer Hinsicht, als auch was deren Vorstellungen über die „Wege zu Frieden und Abrüstung“ angeht. Die Friedensbewegung muß auch gegenüber der Parole ‚Abrüstung durch Verhandlungen zwischen Regierungen‘ den Gedanken der „Autonomie“ der Friedensbewegung verfolgen. Die Konsequenz dieses Gedankens, zu versuchen, hier in der BRD einseitige Abrüstungsschritte zu erzwingen, war aber kein zentrales Anliegen der Diskussion.

Beschlossen wurde schließlich, zu der Bundeskonferenz mit einem Aufruf einzuladen, in dem die Notwendigkeit und Berechtigung eines solchen Treffens kurz begründet werden soll:

- die schlechten Erfahrungen mit der Bonner Demonstration und demgegenüber die guten mit der Hamburger Kirchentagsdemonstration (hier hatte sich gezeigt, daß es auch möglich ist, Großdemonstrationen demokratisch, unter Einbeziehung aller Strömungen der Friedensbewegung, durchzuführen) und die daraus folgende Einschätzung, daß es notwendig sei, die Koordination der von den „traditionellen“ Verbänden nicht repräsentierten Basisinitiativen zu verbessern;
- die Notwendigkeit, die Unabhängigkeit von den Parteien zu erhalten;
- die Notwendigkeit, auch von den „traditionellen“ Konzepten der Abrüstungsverhandlungen, der „Blocklogik“ und den bei der Kritik der Waffensysteme stehenbleibenden Erklärungsmustern für die Kriegsgefahr wegzukommen.

Abgelehnt wurde der Vorschlag, mit einem Aufruf einzuladen, der bereits inhaltliche Vorgaben („Blocklogik“, Supermächte usw.) enthält. Bei einigen Vertretern dieses Vorschlags klang die Absicht an, auf diese Weise den groben Konsens des „Alternativen Aufrufs“ etwas stärker in Richtung „Ausgewogenheit“ in der Behandlung der beiden Blöcke (Nato, Warschauer Pakt) zu verändern.

Deutlich wurde auf dem Treffen allerdings, daß die Vorstellungen über die konkrete Ausgestaltung der Konferenz noch sehr unterschiedlich sind. Grob skizziert stehen sich zwei Vorstellungen gegenüber: die eine zielt tendenziell darauf ab, den linken, unabhängigen Teil der Friedensbewegung auf eine inhaltliche Plattform zu vereinheitlichen. Entsprechend die Themenvorschläge, die — sollten sie sich durchsetzen — das Bundestreffen zu einer neuen „Sozialistischen Konferenz“ bzw. Theoriediskussion machen würde: Brauchen wir eine alternative Friedenspolitik (incl. alternativer militärischer Verteidigung)? Verhältnis USA-UdSSR, Autonomie oder Integraton (SPD); „Blocklogik“ etc.

Die andere Konzeption verspricht sich eher Impulse in Richtung einer gemeinsamen und verstärkten antimilitaristischen P r a x i s (was selbstverständlich z.B. von einer Analyse der SPD-Politik nicht zu trennen ist). Vorschläge in diese Richtung waren u.a. eine Verweigerungskampagne gegen Kriegsvorbereitungen (hierzu lag bereits ein Diskussionspapier der Hamburger Friedenskoordination vor), Aktionen zum SPD-Parteitag, Reagan-Besuch, Militärelektronik-Ausstellung '82 in Hannover (hierzu verschicken die Bremer mit dem Protokoll noch ein Informationspapier), Vorstellung und Diskussion konkreter Projekte usw.

Da diese Vorstellungen nicht ausdiskutiert werden konnten, soll

am 5.12.81
ein weiteres Vorbereitungstreffen
10.30 UHR, ESG-Göttingen

stattfinden, auf dem definitiv über die Gestaltung der Bundeskonferenz beschlossen werden soll. Alle antimilitaristischen Initiativen sollten möglichst bis zu diesem Vorbereitungstreffen mit eigenen Diskussionspapieren, Vorschlägen, Stellungnahmen usw. in die Vorbereitung der Konferenz einsteigen.

Kontaktadresse (Protokoll, Verschikken von Papieren usw.) ist vorerst:

D. Schlüter
Leererstr. 43
2800 Bremen 1
Tel.: 0421/3861900

Z./Antimil-Kommission Göttingen



Foto: argus

Alternativer Aufruf

Seit dem Amtsantritt der neuen US-amerikanischen Regierung hat sich die Gefahr von kriegerischen Auseinandersetzungen in nahezu allen Regionen der Erde deutlich verschärft. Reagan, Haig, Weinberger, die NATO-Generäle und das hinter ihnen stehende Kapital haben die ökonomischen und militärstrategischen Ziele der USA neu bestimmt. Ein wesentlicher Ausdruck dieser Politik ist der Versuch, die weltweite Ausdehnung der amerikanischen Einflußzonen und die Schaffung neuer Rohstoff- und Absatzmärkte mit allen Mitteln imperialistischer Politik durchzusetzen:

- diplomatische Aufwertung und Unterstützung aller Art für rassistische und faschistische Folterdiktaturen wie Südkorea oder Südafrika;
- Installierung von reaktionären Militärregierungen in „labilen" Zonen wie der Türkei;
- Militärische Provokationen wie in Libyen und direkte Interventionen wie in Mittelamerika.

Seit dem zweiten Weltkrieg gibt es feste Einflußgebiete der beiden Großmächte USA und UdSSR. Beide haben die Souveränität anderer Staaten immer wieder mißachtet (Vietnam, Chile, El Salvador, CSSR, Afghanistan).
Zur Zeit versuchen die USA mit einem gigantischen Rüstungsprogramm, gerade im atomaren Bereich, die Sowjetunion niederzurüsten. Diese wird ihrerseits versuchen, darauf eine militärische Antwort zu finden. Das tödliche Rüstungskarusell wird sich so fortsetzen. Mit dem NATO-Nachrüstungsbeschluß, der Stationierung von Pershing-II-Raketen und Cruisse Missile soll Europa zum Schauplatz eines begrenzten Atomkrieges werden, mit dem Ziel, die Sowjetunion niederzuwerfen.
Die Stationierung dieser Mittelstrecken-Atomraketen müssen wir unbedingt verhindern.

Während in anderen NATO-Mitgliedsländern der Widerstand gegen die „Nachrüstung" auch auf Regierungsebene wächst, macht sich die Bundesregierung zum eifrigsten Verfechter des Nachrüstungsdoppelbeschlusses. Neben der Unterstützung der verbrecherischen US-Politik verfolgt die BRD eigenständige politische und wirtschaftliche Interessen. Dies zeigt die finanzielle und militärishe Hilfe, mit der die Bundesregierung die Militärdiktatur in der Türkei stützt.

Dieser von der BRD unterstützten aggressiven Politik nach außen entspricht nach innen eine zunehmende Militarisierung der Gesellschaft: öffentliche Rekrutenvereidigungen, Frauen zur Bundeswehr usw..
Der Widerstand gegen diese Politik, wie etwa am 6. Mai 1980 in Bremen, wird massiv verfolgt und kriminalisiert. So wurden bei der Anti-Haig-Demonstration in Berlin etwa hundert Personen ohne jede Begründung in Vorbeugehaft genommen.

Solange die USA uns zum Schlachtfeld machen wollen, solange sie ihre Soldaten und Raketen hier stationiert haben, solange werden wir im Kriegsfall den Kopf hinhalten müssen, auch ohne Mittelstreckenraketen und Neutronenbombe. Die Bundesrepublik muß deshalb eine Politik der Blockfreiheit anstreben. Das kann nur durch eine Trennung von den USA und der NATO erreicht werden. Erst wenn die Forderung nach Auflösung von NATO und Warschauer Pakt erfüllt ist und Europa zu einer atomwaffenfreien Zone geworden ist, besteht Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden in Europa.

Wir verstehen unter Friedenspolitik eine Politik,
- die eine Gesellschaft anstrebt, in der es Gewalt von Menschen gegen Menschen, Ausbeutung der Menschen durch den Menschen und Raubbau an der Natur nicht mehr geben wird.
- die darauf gerichtet ist, gesellschaftliche Verhältnisse zu erreichen, die im Inneren aller Länder Selbstbestimmung und Freiheit über herrschenden Gewaltverhältnissen bedeuten.
- die darauf zielt, daß alle Völker und Länder ihren eigenen Entwicklungsweg nehmen und selbst bestimmen können.
- die sich gegen alle Formen von Bevormundung, Einmischung, Besetzung und Ausplünderung wendet und den Abzug aller fremden Truppen von fremden Territorien fordert.

Der Kampf für Frieden und gegen Krieg ist mit der Demonstration in Bonn nicht zuende – er beginnt erst richtig. Wir rufen alle Menschen auf, sich an der Demonstration am 10. Oktober zu beteiligen.

Weg mit dem "Nach"rüstungsbeschluß !
Auflösung aller Militärblöcke !
Bundesrepublik raus aus der NATO !

Für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa !
Vernichtung aller Atom- und Massenvernichtungswaffen !

Den ALTERNATIVEN AUFRUF unterstützen bisher:
Bürgerinitiative Kassel, BI Cuxhaven, Herner Initiatve gegen Atomanlagen, BI Reutlingen, BI Recklinghausen, Arbeitskreis gegen Atomenergie Braunschweig, BI Weltrop-Dettein, BI Celle, AKU Münster, Büro für Atomenergiefragen Bochum, UBUS/Schleswig-Holstein, Bürgeraktion Küste, Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen, Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe Hamburg, BI Marbirg, BI Brake, Nürnberger Initiative gegen Atomenergie, BU Bonn, AK Atomenergie Hannoversch Münden, AK Politische Ökologie Köln, BI Nordhorn, BI Oberhausen, BI SO 36-Westberlin, BAU Moers, AKU Wuppertal, Umweltschutzgruppe Bad Nenndorf, AKU Gütersloh, BI Schöneberg (Westberlin), BAUM Mönchengladbach Schleswiger Initiative ‚Nie wieder Krieg', AK Clausthaler Friedenstage, Antimilitaristischer Arbeitskreis Frauenforum Tübingen, Antimil. AK Fachschaftsräte Tübingen, Friedensinitiative Tübingen, Antimil. Gruppe Münster, SOdZdL-Göttingen, Reservisten verweigern den Kriegsdienst Göttingen, Frauen gegen den Krieg Göttingen, Friedensinitiative Wunsdorf, Roter Hammer Weingarten, Friedensinitiative Göppingen, Antiimperialisten Bietigheim, Ohne Rüstung leben Beckabach, Hamburger Friedenskoordination, Friedenspolitische Studiengesellschaft e.V., Friedenswerkstatt Hamburg, Kommunistischer Bund Grüner Stadtverband (Vorst.) Kassel, KV Neuwied, KV Schleswig-Flensburg, KV Göttingen, Bremer Grüne Liste, Grün-Alternative Liste Marburg, Alternativ-Grüne Initiativen Liste Göttingen, Grün-Alternative Bürgerliste Hannover, Internationalismus Buchladen Herne Stadtzeitung Kassel, ABC-Buchladen, 3. Welt-Laden, Leiblarnerika-Gruppe, Rock gegen Rechts, Weiber gegen Krieg (alles Kassel), FU-Berlin, KB Emden, KBW Emden, Volksfront Recklinghausen, Uni-3.Weltgruppe, Lateinamerika-Komitee, Stadtteilzeitschrift Fachwerk (alles Recklinghausen), Arbeitskreis junger Lehrer Veltheim, Elefantenklo Gießen, Arbeitskreis Türkei und Ausländerfragen Bremen, Basisgruppen im Verband deutscher Studentenschaften, AStA Uni Marburg, AStA Braunschweig, AStA Kassel, AStA Göttingen, AStA HfBK Hamburg, Lolas Theater Bochum, Theatergruppe Freiburg, aus Tübingen: Antifa-Komitee, GIM, KBW, KB, BDP, § 218-Gruppe; aus Göttingen: Linke Bündnisliste, KB, BWK, KBW, Stadtzeitung, Initiative Sozialistische Politik, Eulenspiegel Buchläden Bielefeld, Basisgruppen Erlangen, Antifa-Aktionskomitee Göppingen, Frauenzentrum Regensburg, Schülergruppe Röhrende Sau Hamburg, Schüler gegen Rechts Hamburg, IF-Filminitiative, sowie Einzelpersonen und nicht näher bezeichnete Gruppen aus verschiedenen Städten.

Rede der Alternativen in Bonn

Wir dokumentieren im folgenden den Beitrag des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie, den er für den Kreis der Unterstützer des „Alternativen Aufrufes“ am 10.10. in Bonn hielt. Auf dem Göttinger Vorbereitungstreffen war beschlossen worden, mit den Veranstaltern nochmals über einen Redebeitrag der „Alternativen“ (zuletzt fast 200 Gruppen) auf der Hauptkundgebung zu verhandeln. Ohne große Diskussion wurde dies von den Veranstaltern abgelehnt, so daß die Rede lediglich auf der Auftaktkundgebung in Beuel gehalten werden konnte, und auch das erst nach langem Gezappel der zuständigen VDS, Juso- und MSB-Größen. Erst unter der „Drohung“, den Beitrag über die phonstarke Anlage des Hamburger Lautsprecherwagens zu verlesen, was eine mittlere Lautsprecherschlacht verursacht hätte, ließen sich die Beueler Verantwortlichen zu dem „Zugeständnis“ bewegen, die Rede über die offizielle Anlage zuzulassen, allerdings ausdrücklich außerhalb des offiziellen Vorprogramms. Wenn wir auch mit den Aussagen zu „den Supermächten“ nicht hundertprozentig übereinstimmen, so scheint uns doch vor allem wichtig, daß sich der Arbeitskreis klar und unmißverständlich mit der sog. „Friedens“-politik der Regierung auseinandersetzt – etwas, was an diesem Tag ansonsten gelinde gesagt „zu kurz“ kam.

Wir danken den Genossen des Arbeitskreises für die freundliche Überlassung des Manuskriptes.
Antimil-Kommission
KB/Gruppe Göttingen

Fortsetzung von voriger Seite

Wie kaum eine andere Demonstration ist diese Friedensdemonstration in Presse, Rundfunk und Fernsehen einem publizistischen Trommelfeuer ausgesetzt gewesen. Wo man nicht mehr verhindern konnte, daß hier und heute die größte Demonstration in der Geschichte der Bundesrepublik stattfindet und der Friedenswille von hunderttausenden von Menschen sichtbar auf die Straße gebracht wird, so blieb doch nichts unversucht, diese Menschen als Spinner, Angsthasen oder idealistische Weltverbesserer abzutun. Es hagelte Vorwürfe.

Vorwurf Nr. 1: Diese Demonstration falle der realistischen Friedenspolitik der Bundesregierung in den Rücken. Der SPD-Staatssekretär Corterier sprach sogar von einem „Dolchstoß in den Rücken des Kanzlers und der Regierung", woraufhin sein Parteifreund Koschnik ihn einen „vollendeten Trottel" nannte, und der Juso-Bundesvorsitzende eilfertig versicherte, keineswegs werde heute in Bonn gegen die Friedenspolitik der Regierung demonstriert. Aber wenn das stimmen würde, dann wäre diese Demonstration keine Friedensdemonstration. Denn wir sind gerade deshalb hier, weil wir der sogenannten realistischen Friedenspolitik der SPD/FDP-Regierung nicht trauen.

– Seit wann betreibt denn der eine Friedenspolitik, der die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen nicht nur gutgeheißen, sondern sogar angeregt hat, und sich gegenüber Reagans Neutronenbombenplänen um klare Worte herumdrückt?

– Wieso soll es den Frieden sichern, wenn für die Nato ein Offensivkonzept gutgeheißen und mit der Möglichkeit eines nuklearen Erstschlags herumspekuliert wird?

– Kann man es friedlich nennen, wenn die Bundesregierung die Militärhilfe für das türkische Militärregime übernommen hat und dabei ist, die Exportbestimmungen für Waffen aufzuweichen?

– Seit wann gilt es als Friedenspolitik, wenn im Zuge der Sparmaßnahmen wichtige Sozialleistungen gekürzt werden, für neue Tornados und andere Waffensysteme aber immer noch genug Milliarden übrig sind?

– Wieso soll es den Frieden festigen, wenn man mit öffentlichen Rekrutenvereidigungen preußische Glanz und Gloria wiederaufleben läßt?

– Was hat es mit Frieden zu tun, wenn die hessische SPD-Regierung fast einen Bürgerkrieg provoziert, um am Frankfurter Flughafen eine Startbahn auszubauen, die hauptsächlich für militärische Zwecke gebraucht wird?

Das alles ist wahrlich keine Friedenspolitik, und wird es auch nicht dadurch, daß man das Wörtchen realistisch davorsetzt. Und darum nehmen wir diesen Vorwurf auch gerne an. Wir fallen der Bundesregierung in den Rücken. je mehr. desto besser.
men wir diesen Vorwurf auch gerne an. Wir fallen der Bundesregierung in den Rücken, je mehr, desto besser, denn anders läßt sich der Friede nicht sichern!

Da kommt nun Willy Brandt und erhebt den 2. Vorwurf. Eine Friedensbewegung ohne SPD, so sagt er, ist wie ein Messer ohne Schaft, dem die Klinge fehlt. Ich weiß nicht, ob er das historisch meint, ob er damit die Tatsache meint, daß die SPD vor dem 1. Weltkrieg der Kriegsanleihe zustimmte , oder daß es ihr im Nachkriegsdeutschland nicht gelungen ist, eine Wiederbewaffnung zu verhindern, oder daß sie sich schließlich voll und ganz für die Nato ausgesprochen hat? Heute ist es so, daß viele Sozialdemokraten in der Friedensbewegung mitmachen, und das ist auch gut so. Aber das Wichtigste dabei ist doch nicht, daß sie Sozialdemokraten sind und vielleicht allgemein von Frieden und Abrüstung reden, sondern daß sie sich hier klar gegen die Nato-Nachrüstung aussprechen. Und wenn dem ehemaligen Friedenskanzler Brandt zu dieser Forderung kein eindeutiges „Ja" einfällt, dann ist für ihn heute kein Platz in der Friedensbewegung!

Anti-Amerikanismus, dieses Gespenst soll neuerdings umgehen in Europa, und Anti-Amerikanismus ist ein weiterer Vorwurf an uns.

Mag sein, daß Mister Reagan heute ein paar passende Worte zu hören kriegt, mag sein, daß heute ein paar US-Fähnchen das Zeitliche segnen werden. Aber wir sind nicht antiamerikanisch in dem Sinne, daß wir etwas gegen das amerikanische Volk hätten. Im Gegenteil, wir hören mit Freude davon, daß auch in den USA die Friedensbewegung neu erstarkt und heute einer ihrer Vertreter noch zu uns sprechen wird.

Wir sind anti-amerikanisch, weil uns klar geworden ist, daß es heute zuallererst die Schutzmacht USA ist, vor der wir uns schützen müssen. Vor ihrer Politik, sich mit Hilfe von Napalm, Raketen und gefügiger Marionetten überall in der Welt – von Vietnam bis El Salvador – Absatzmärkte und Profitquellen erobern und sichern zu wollen. Uns schützen müssen vor ihren Träumen, die Sowjetunion durch eine nuklearen Erstschlag in die Knie zu zwingen. Und schützen müssen vor ihrer Militärstrategie, die den Hauptkriegsschauplatz in einem solchen Fall nach Mitteleuropa verlegen will und uns dabei zynisch als notwendige Opfer einkalkuliert. Das ist amerikanische Politik heute, und da fühlen wir uns wirklich als Anti-Amerikaner!

„Ihr seid auf einem Auge blind", macht man uns da zum Vorwurf Nr. 4. Sind wir nicht. Wir wissen, daß auch die Sowjetunion gigantische Vernichtungsmaschinen auf ihrem Gebiet stationiert hat. Wir wissen, daß auch die Sowjetunion in der CSSR oder in Afghanistan das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker mißachtet hat. Wir wissen, daß auch die Sowjetunion – nicht anders als die USA – die bisherigen sogenannten Abrüstungsgespräche nur dazu benutzt hat, um in Wahrheit weiter aufzurüsten. Aber wir wissen auch, daß es im Moment die USA sind, die das Rüstungskarussell weiter anheizen und den Krieg wahrscheinlicher werden lassen. Deshalb sind wir heute hier, um gegen die sogenannte „Nach"rüstung zu protestieren. Deshalb sind wir aber auch grundsätzlich dafür, daß in Ost und West den Supermächten Einhalt geboten wird. Die von ihnen beherrschten Militärblöcke Nato und Warschauer Pakt sollten aufgelöst werden. Die Bundesrepublik hat in der Nato nichts zu suchen. Aus ganz Europa, ob West oder Ost, sollten die Atom- und Massenvernichtungswaffen verschwinden.

Das mag sich utopisch und idealistisch anhören. Auf diesen letzten Vorwurf, unsere Forderungen seien wohl kaum von dieser Welt, möchte ich nur mit einem Satz von Wolf Biermann (bereits bei Nennung dieses Namens setzte aus der DKP-Ecke
Biermann (bereits bei Nennung dieses Namens setzte aus der DKP-Ecke ein solides Pfeifkonzert ein!) antworten. Auch Biermann hat in einem bemerkenswerten Beitrag im Stern gefordert, wir sollten uns aus der zweifelhaften Umarmung durch die Supermächte lösen. *„Die angehäuften ABC-Waffen"*, so schreibt er, *„reichen aus, die ganze Menschheit tausend Mal zu vernichten. Die Supermächte sind nicht bis an die Zähne bewaffnet, sondern bis hoch ins Gehirn vollgestopft. Ausgerechnet ihnen die Rettung der Menschheit vor Selbstvernichtung anzuvertrauen, das ist wirklich so, als ob wir die Rauschgiftgroßhändler beauftragen, den Drogenmißbrauch zu bekämpfen."* Biermann fordert konsequenterweise den Austritt der BRD aus der Nato. Kritikern, die solche Vorschläge für weltfremd erklären, hält er den schlichten Satz entgegen: *„Meine Vorschläge klingen blauäugig. ... Die Blauäugigen waren es seit jeher, die neue Wege fanden, nicht die Verblendeten."*

Vielfältige Aktivitäten gegen Breschnew geplant

Die Spaltung der Friedensbewegung macht Fortschritte

Schon bei seinen beiden früheren Aufenthalten in der BRD provozierte Breschnew vielfältige Protestaktionen von ganz rechts bis ganz links. Das scheint heuer, wenn Breschnew am 23./24.November die BRD besucht, nicht anders werden zu sollen. Hier ein –unvollständiger – Überblick über die Aktionsvorbereitungen verschiedener Kräfte des antihegemonistischen Spektrums.

Die „KPD/ML" (die sich seit der Selbstauflösung ihrer Konkurrenzorganisation auch gern mit deren Namen "KPD" nennt) hat erstmals während der Bonner Friedensdemonstration und danach auch in ihrer Zeitung „Roter Morgen" (16.10.) einen Offenen Brief verbreitet, der zu einer zentralen Demonstration in Bonn anläßlich des Breschnew-Besuchs aufruft. Hierzu soll,schlägt die KPD/ML vor, Ende Oktober oder Anfang November ein offenes Vorbereitungstreffen aller Interessierten stattfinden. Den Inhalt der geplanten Demonstration umreißt der Offene Brief lediglich mit extremer Knappheit: es soll „gegen die sowjetische Aufrüstungs- und Aggressionspolitik" gehen. Auf durchschlagende Parolen,wie die KPD/ML sie seit 1973 gemeinsam mit der damaligen "KPD" vortrug („Breschnew ist der neue Hitler!"), scheint man diesmal verzichten zu wollen. Daß die KPD/ML in der jüngsten Ausgabe ihres „Roten Morgens" (23.10.) auf die geplanten Anti-Breschnew-Aktivitäten mit keinem Wort eingeht,scheint darauf hinzuweisen,daß die Sache noch keine allzu großen Fortschritte gemacht hat.

Vom KBW, der in den letzten Monaten zu einer ganz rabiaten Vaterlandsverteidigungs-Politik abgerutscht ist („Der Sozialimperialismus ist der Hauptfeind der Menschheit. Von ihm geht die Hauptkriegsgefahr aus"), wurde zunächst der Vorstoß einer „Aachener Friedensinitiative" favorisiert. Der Aufruf dieser Gruppe enthält einen detaillierten Forderungskatalog, für den ihrer Ansicht nach demonstriert werden sollte:

„Wir fordern zur Unterstützung der Völker:
sofort: – SU, raus aus Afghanistan!
– Schluß mit der Aggression
sofort: – SU, raus aus Afghanistan!
– Schluß mit der Aggression
gegen Eritrea und Kampuchea!
– Hände weg von Polen! Solidarität mit Solidarnosc!

Wir fordern gegen die atomare Bedrohung:
sofort: – Abbau der SS 20! Keine Pershing oder N-Bomben!
mittelfristig: – Atomwaffenfreies Europa vom Ural bis Portugal!
langfristig: – Verbot und Vernichtung aller ABC-Waffen!

Wir fordern gegen die Kriegsgefahr in Europa:
sofort: – Reduzierung und Abzug aller fremden Truppen aus BRD und DDR!
mittelfristig: – Austritt aus NATO und Warschauer Pakt! Blockfreiheit!
langfristig: – Auflösung von NATO und Warschauer Pakt!".

Zu Aktionseinheitsverhandlungen über die Durchführung einer gemeinsamen Demonstration gegen Breschnew hatte die Aachener Gruppe am 17.10. eingeladen. Daraus scheint aber – dem Schweigen der „KVZ" nach zu schließen – nichts geworden zu sein.

Bereits am 24.8. hatte ein anderer Kreis erstmals zu Aktionseinheitsverhandlungen eingeladen. Dieser Kreis besteht aus afghanischen und türkischen Studenten(GUAFS und ATIF), aus den Traditionsstalinisten der Gruppe „Gegen die Strömung" und aus einer ganz schillernden Kuriosität der historischen „ML"-Scene, der Heuzeroth-Gruppe aus Siegen-Olpe. Dieser Trägerkreis will die Aktivitäten gegen den Breschnew- Besuch ganz unter das Motto Afghanistan stellen. Konkret festgelegt wurden von diesem Kreis zunächst folgende zentralen Parolen:

„Russische Besatzer raus aus Afghanistan!";
„Es lebe der nationale Befreiungskampf des afghanischen Volkes!";
„Für ein freies, unabhängiges und demokratisches Afghanistan!";
„Nieder mit Imperialismus, Faschismus und Reaktion!";
„Hoch die internationale Solidarität".

In einem Rundschreiben (17.10.) beschwert sich dieser Kreis, daß zu seinen bisher vier Vorbereitungstreffen in Frankfurt von 40 eingeladenen Gruppen „nur" (?) acht erschienen seien. Zudem ist dem Rundbrief zu entnehmen, daß auch von diesen acht bisher niemand bereit war, die Aktion zu unterstützen. Immerhin konnte aber mittlerweile der ursprüngliche Forderungskatalog noch um zwei sehr schöne, massenwirksame Parolen erweitert werden: *„Nieder mit dem sozialfaschistischen Handlanger- Regime in Afghanistan!"* und *„Nieder mit den sozialfaschistischen Kalk- und Partscham- Banden in Afghanistan!"*

•

Einen Demonstrationsaufruf gegen Breschnew hat auch der Parteitag der Grünen am 4.10. beschlossen. Antragsteller war der von Restkadern der aufgelösten „KPD" beeinflußte Kreisverband Dortmund der Grünen. Der beschlossene Forderungskatalog soll Ausgewogenheit vortäuschen, richtet sich aber doch stärker gegen die Sowjetunion, auch wenn der Beschluß den Satz enthält, daß die Demonstration sich nicht gegen den Besuch von Breschnew richte, sondern man diesen im Gegenteil als „Gespräch zwischen Ost und West" begrüsse.

Folgende Forderungen wurden vom Parteitag der Grünen für die Demonstration beschlossen:

„Keine Atomkraftwerke und Atomraketen in der UdSSR und BRD!
Gegen das System der atomaren Abschreckung in Ost- und Westeuropa – für eine atomwaffenfreie Zone von Polen bis Portugal.
Für den sofortigen Abbau der SS20-Raketen, die Europa bedrohen. Für die Verhinderung eurostrategischer Waffen in Westeuropa (Pershing II, Cruise Missiles).
Für die Anerkennung der vollen Souveränität und das Selbstbestimmungsrecht aller Völker. Für den sofortigen Abzug aller sowjetischen Truppen aus Afghanistan.
Für den Abzug aller fremden Truppen aus West- und Osteuropa.
Für einen ungehinderten Informations- und Diskussionsaustausch der Friedensbewegung in Ost und West.
Für demokratische Grund- und Bürgerrechte in Ost- und West".

Als Bündnispartner wurden von den Grünen insbesondere die Jusos,die Jungdemokraten,Amnesty International, die „Graswurzel"-Leute, „die Anti-AKW-Bewegung" und „kirchliche Gruppen" ins Auge gefaßt. Ein erstes Koordinierungstreffen zu diesem Zweck fand am 18.10. in Düsseldorf statt. Erschienen waren (alle Informationen zu diesem Treffen sind aus der „KVZ" des KBW vom 23.10.): die GUAFS (s.o.),die KPD/ML (samt ihrer „Volksfront"),die vom KBW protegierte„Aachener Friedensinitiative" (s.o.) und eine Reihe weiterer, nicht konkret benannter örtlicher Initiativen. Die

Fortsetzung auf nächster Seite

Historische Vorbilder

Die bisher spektakulärsten Anti-Breschnew-Demonstrationen wurden anläßlich des damaligen BRD-Besuchs im Mai 1973 veranstaltet. Ausführend waren die inzwischen aufgelöste „KPD" und die KPD/ML. Höhepunkt sollten zentrale Aktivitäten in Dortmund sein. Die angekündigte Demonstration wurde jedoch von den NRW-Behörden verboten, da man sich damals – nach dem glorreichen Sturm der „KPD" auf das Bonner Rathaus anläßlich einer Vietnam-Demonstration – gerade in einer wildschäumenden Verbotskampagne gegen die K-Gruppen befand. Hinzu kam wohl auch, daß die Regierenden damals noch sehr auf Entspannungspolitik gestimmt waren und dem hohen Gast Protestdemonstrationen nicht zumuten mochten. Als sich einige Tausend „ML"er trotz Verbot in Dortmund versammelten, knüppelte die Polizei brutal und sperrte Hunderte von Festgenommenen stundenlang in improvisierte Sammellager.

Beim zweiten Besuch Breschnews in der BRD, im Mai 1978, standen Aktivitäten von Rechts im Vordergrund. In Bonn demonstrierte eine „Bürgeraktion für Menschenrechte" – ein Aktionsbündnis von CDU-nahen, rechtskatholischen und halbfaschistischen Gruppen (z.B. Gesellschaft für Menschenrechte, Brüsewitz-Zentrum, Aktionsgemeinschaft 13. August, Bund der Vertriebenen, Hilfsaktion Märtyrerkirche, Paneuropa-Union...). Andere örtliche Aktivitäten wurden von der Jungen Union getragen; hierbei schloß sich z.T. auch die „KPD" an, die ansonsten – ähnlich wie die KPD/ML – keine großen eigenen Aktivitäten zustande brachte.

Einige Anmerkungen zur Berichterstattung des AK über die Bonner Demonstration

Die bürgerlichen Parteien und Medien haben Willen und Ziel der 250.000 Demonstrationsteilnehmer in ihrem Interesse interpretiert. Neben denjenigen, die diese Demonstration aufgrund ihrer „Einseitigkeit" grundsätzlich ablehnten, kamen in der Presse in erster Linie solche Politiker und Vertreter der Organisatoren zu Wort, welche die Demonstration auf Gewaltfreiheit festlegten und betonten, sie verstünden diesen Friedensmarsch nicht als Demonstration gegen die Regierung. Die bürgerlichen Medien haben in ihrer Berichterstattung keine Rücksicht genommen auf die Vielfalt der in Bonn vertretenen Meinungen; sie haben sich d i e Äußerungen herausgesucht, die der kriegstreiberischen Regierungspolitik am wenigsten gefährlich werden können.

Der Bericht im letzten Arbeiterkampf „300.000 fordern für Millionen: Nie wieder Krieg!" zeichnet sich leider durch eine ähnliche Einseitigkeit – wenn auch von entgegengesetzter Seite – aus.

Hier wird allen Demonstrationsteilnehmern unterstellt: „Gemeinsames Antriebsmoment für alle Beteiligten ist die Angst vor dem nächsten Krieg und davor,daß d i e s e R e g i e r u n g die Menschen der BRD z i e l s t r e b i g in die nächste Katastrophe hineinzieht." Schön wär's ja! Aber fragt doch mal herum, wer wirklich glaubt, daß „unser" Bundeskanzler z i e l s t r e b i g auf den nächsten Krieg h i n a r b e i t e t! Sind im Arbeiterkampf nicht immer wieder Strömungen in der Friedensbewegung kritisiert worden, die die Bundesregierung als zwar friedenswilligen, aber leider von den USA abhängigen Vasall ansehen? Ich hoffe, die Formulierung über die „blinde Gefolgschaft der Bundesregierung" ist lediglich ein Lapsus, der nicht wieder vorkommt. Denn bis jetzt sind wir meines Wissens immer davon ausgegangen, daß die SPD-Führung sehr wohl im Blick hat, wohin die ständige Aufrüstung führt.

Allen Demonstrationsteilnehmern wird eine weitere Erkenntnis unterstellt, nämlich „die Erkenntnis, daß Frieden nur durch Abrüstung der NATO und nicht durch Stillhalten der SU zu erreichen ist." Und was ist mit den Vertretern der „Alternativen Verteidigung"? Was ist mit solchen Positionen, die erschreckende Ähnlichkeit mit den „Vaterlandsverteidigern" und der „3-Welten-Theorie" aufweisen? Die Stimmen, die die Sowjet-Union für genauso gefährlich halten wie den US-Imperialismus, haben doch in der letzten Zeit eher zugenommen. Ich nehme an, daß d i e s e Menschen a u c h in Bonn waren und nicht zu Hause auf die Breschnew-Demonstration der Grünen gewartet haben.

Aufgrund der bisherigen Artikel im „Arbeiterkampf" denke ich, daß es sich hier nicht um grundsätzlich verschiedene Einschätzungen handelt, sondern um ein unterschiedliches Herangehen an die Berichterstattung. Aber auch dies ist m.E. keine unwichtige Frage.

Ich finde eine derartige Berichterstattung unehrlich und schönfärberisch. Sie erinnert mich an den Stil der DKP, die meint, immer über 100%ige Erfolge berichten zu müssen. Erstens verlieren wir durch einen derartigen Stil an Glaubwürdigkeit, und zweitens bringt uns das in der notwendigen Auseinandersetzung mit den verschiedensten Positionen in der Friedensbewegung kein Stück weiter.

14.10., S., Hamburg

Fortsetzung von voriger Seite

Jusos und der BBU waren, so hieß es, lediglich aus zeitlichen Gründen nicht erschienen; einzelne Mitglieder des BBU-Vorstandes stünden aber „voll" hinter dem Aktionsplan der Grünen.

Unklar blieb bei diesem Treffen, ob es überhaupt zu einer D e m o n s t r a t i o n kommen soll, oder ob es nicht bei einer Saalveranstaltung sein Bewenden haben könnte. Auch ein gemeinsamer Aufruf wollte nicht zustande kommen. Die Grünen wollen sich nun bemühen, gemeinsam mit dem BBU, mit der Russell-Initiative und mit der anrüchigen SPD-gesteuerten Steinke-Initiative (Westberlin) einen Text auszuarbeiten, der in der „Frankfurter Rundschau" und in der „taz" veröffentlicht werden soll. Ein weiteres Treffen soll am 1. November stattfinden.

•

Der Juso-Vorsitzende Willy Piecyk hatte zwar als einer der Allerersten Interesse an Aktionen anläßlich des Breschnew-Besuchs angekündigt. Darauf hatten sich auch die Befürworter solcher Aktionen auf dem Parteitag der Grünen berufen. Inzwischen scheinen die Jusos aber kalte Füße bekommen zu haben: Eine Demonstration, so soll Piecyk (laut „KVZ" vom 23.10.) geäussert haben, würde in der Gefahr stehen, an der Teilnehmerzahl der Bonner Friedensbewegung oder auch des am 21.11. stattfindenden 2.Krefelder Forums gemessen zu werden. Eine Peinlichkeit, in der Tat! ... Immerhin soll Piecyk aber bereit sein, an einer eventuellen Podiumsdiskussion teilzunehmen.

•

Wohl unzutreffend sind Andeutungen, daß sich eventuell auch die DFG/VK (Kriegsdienstgegner) an Aktionen gegen Breschnew beteiligen wolle (kolportiert in der „taz" vom 14.10.). Angesichts der traditionell starken Einflußnahme der DKP auf die DFG/VK wäre eine solche Beteiligung auch mehr als verwunderlich. Richtig ist, daß der Bundeshauptausschuß der DFG/VK auf einen Antrag aus Baden-Würtemberg hin beschlossen hat, sich um Informationen über geplante Aktivitäten anläßlich des Breschnew-Besuches zu kümmern. Daß sich daraus m e h r ergeben könnte, ist nicht ernsthaft anzunehmen. Darüber hinaus besteht allerdings unter den o p p o s i t i o n e l l e n Kräften in der DFG/VK erhebliches Interesse, sich an solchen Aktionen zu beteiligen. Was daraus aber k o n k r e t werden könnte, ist noch unklar.

•

Eine wichtige Initiative, die in diesem Zusammenhang nicht verschwiegen werden soll, ist auf der kürzlichen Tagung der Nordatlantischen Versammlung (= Nato-Parlament) beschlossen worden: Man will in allen NATO-Ländern *„eine Bewegung in Form von Kundgebungen, Demonstrationen und weiteren öffentlichen Versammlungen initiieren, um die aggressive Außenpolitik Moskaus deutlich zu machen. In der Bundesrepublik sollen im Zusammenhang mit dem Besuch des sowjetischen Staats- und Parteichefs Breschnew im November die ersten Veranstaltungen dieser Art organisiert werden. Zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien sind bereits Kontakte geknüpft worden, solche Aktionen gemeinsam zu unterstützen."*(zit. nach „Welt", 15.10.).

•

Über mangelnde Breite oder gar über „Einäugigkeit" und „Moskauhörigkeit" der anstehenden Aktivitäten wird also niemand zu klagen brauchen. Diesmal reihen sich selbst d i e j e n i g e n ein, die am 10.10. noch abseits standen. Gemeinsam sind sie unausstehlich!

Letzter Stand

Am 23.10. veröffentlichte die "TAZ" einen gemeinsamen Aufruf, unterschrieben von den Grünen, vom BBU, von der Alternativen Liste Westberlin, vom westdeutschen Unterstützerkreis der Russell-Initiative und von der Steinke-Initiative („Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa"). Man wolle, heißt es da, am 22.11. in Bonn *„öffentlich protestieren"*. Anschließend soll eine Veranstaltung mit *„namhaften Vertretern der oppositionellen Bewegung aus Ost und West"* stattfinden.

Es ist einigermaßen erstaunlich, mit welcher blitzartigen Geschwindigkeit die Spitzenvorstände von angeblich basisdemokratisch organisierten Verbänden (Grüne,BBU,AL) mitunter in der Lage sind, sich auf irgendwelche Texte und Positionen zu „vereinheitlichen". Da wird beispielsweise mal so eben im gemeinsamen Aufruf die Zustimmung zum Offenen Brief von Havemann (vgl. dazu Artikel an anderer Stelle dieses AK) ausgesprochen, über den Diskussionen an der Basis der unterzeichnenden Verbände ganz bestimmt noch kaum stattgefunden haben.

Dem in der "TAZ" veröffentlichten gemeinsamen Aufruf ist immerhin zugute zu halten, daß er etwas „ausgewogener" ist als der ursprüngliche Vorschlag des Parteitags der Grünen. Beispielsweise hat man jetzt außer Afghanistan auch eine Verurteilung *„jeglicher Einmischung der USA, z.B. in El Salvador"* aufgenommen. Mangelhaft durchdacht und widersprüchlich ist im gemeinsamen Aufruf die Aussage zu den Mittelstreckenraketen geraten: Verlangt wird nurmehr der „s c h r i t t - w e i s e" (statt „s o f o r t i g e r", s.o.) Abbau der sowjetischen Mittelstreckenraketen. Eingebaut wurde sogar der Satz: *„Wir glauben nicht an die NATO-Lüge, nach der eine sowjetische ‚Vorrüstung' zu korrigieren wäre".* Trotzdem bleibt man genau in der Logik dieser „NATO-Lüge", indem als Gegenleistung zum Abbau der sowjetischen Mittelstreckenraketen lediglich der Verzicht der NATO auf die Stationierung n e u e r Atomraketen in der BRD (noch nicht einmal: überall in Westeuropa) gefordert wird. In dem gemeinsamen Aufruf findet sich auch der denkwürdige Satz: *„...daß sowjetische Mittelstreckenraketen heute auch die westeuropäischen Staaten bedrohen, in denen bisher keine Atomraketen stationiert sind, die die UdSSR erreichen."* (Diese Formulierung tauchte bereits in einem nicht behandelten Antrag von Burgmann, Vogt u.a. auf dem Parteitag der Grünen auf). Logisch ist das gar nicht. Immerhin ist es ja kein Geheimnis, daß in Westeuropa Frankreich und Großbritannien über Raketen verfügen, die sehr wohl die Sowjetunion erreichen könnten. Und sowjetische Mittelstreckenraketen, die Frankreich oder Großbritannien erreichen könnten, könnten ebenso natürlich auch die BRD bedrohen. Man müßte also „fairerweise" der SU zwar zugestehen, daß sie die SS 20 gegen Ziele in Frankreich und Großbritannien programmiert, aber (noch) nicht gegen Ziele in der BRD. Das Problem wäre dann nur: Wie überprüfen wir das...?

Anmerkungen zur Anti-Breschnew-Demonstration der Grünen

Der Parteitag der Grünen hat Anfang Oktober beschlossen, anläßlich des BRD-Besuchs von L.Breschnew *„eine Demonstration zu initiieren, die deutlich macht, daß Abrüstung und die Verwirklichung der Menschenrechte in Ost u n d West notwendig sind"*. Zu diesem Zweck streben die Grünen ein *„breites Aktionsbündnis"* an.

Es läßt sich nicht übersehen, daß die Grünen mit diesem Beschluß einem starken und penetranten Druck der herrschenden Politiker und Medien unseres Landes Rechnung tragen. Von dieser Seite wird seit langem bemängelt, daß die Friedensbewegung in der BRD allzu „einseitig" und „einäugig" sei. Daß die Friedensbewegung zwecks Glaubwürdigkeit gefälligst auch gegen die Sowjetunion aktiv werden müsse, wurde von Kohl bis Springer seit langem gefordert. Gebraucht wird eine Friedensbewegung, die sich nicht schroff gegen das h i e r z u l a n d e herrschende System von Aufrüstung und Kriegsvorbereitung wendet, sondern die möglichst allgemein und weltumspannend gegen „das Rüsten in Ost und West" und speziell gegen die Rüstung der „Supermächte" als angeblicher Quelle allen Übels Stellung nimmt. Gebraucht wird eine Friedensbewegung, die sich die NATO-Doktrin von der militärischen Bedrohung durch die Sowjetunion zu eigen macht und die sich möglichst problemlos unter die Formel der Bundestagsparteien vereinnahmen läßt: „Für Frieden sind wir ja alle, nur unsere Wege dorthin unterscheiden sich ein bißchen".

Daß alles das den politischen Absichten der Grünen widerspricht, ist selbstverständlich. Das ändert aber nichts daran, daß ihre Aktivitäten gegen Breschnew von den Herrschenden in der beschriebenen Weise vereinnahmt werden. Das ergänzt die sichtlich erfolgreichen Umarmungsversuche linker SPD'ler wie Erhard Eppler gegenüber der Friedensbewegung. Daß genau dies der sicherste Weg ist, um Massenbewegungen zugrunde zu richten, hat sich schon in den Friedensaktionen der 50er Jahre gezeigt.

Der von den Grünen für ihre Aktivitäten zum Breschnew-Besuch beschlossene Forderungskatalog kommt trotz vorgeblicher Ausgewogenheit den Vereinnahmungsversuchen der Herrschenden weit entgegen. Gefordert wird beispielsweise: **„Keine Atomkraftwerke und Atomraketen in der UdSSR und der BRD!"**. Wörtlich genommen ist das – da ähnliche Forderungen bezüglich der USA fehlen – die Forderung nach einseitiger Abrüstung der Sowjetunion gegenüber den USA.

Noch weit erstaunlicher sind allerdings die Aussagen zur Mittelstreckenraketen-Problematik in diesem Forderungskatalog. Dazu heißt es nämlich: **„Für den sofortigen Abbau der SS-20-Raketen, die Europa bedrohen. Für die Verhinderung eurostrategischer Waffen in Westeuropa (Pershing II, Cruise Missile)"**. Das ist – auch wenn die Grünen es bestimmt bis heute nicht gemerkt haben – genau die Argumentationsgrundlage des NATO-Doppelbeschlusses („Nachrüstung"). Bekannt ist dies auch unter dem Stichwort „Null-Lösung": Die Sowjetunion baut ihre SS-20 ab, und zum Ausgleich verzichtet die NATO auf ihre „Nachrüstung". Beide Teile dieses Vorschlags (Abrüstung der SU, „Nachrüstungs"-Verzicht der NATO) werden als im Wesentlichen g l e i c h w e r t i g e, daher gegeneinander austauschbare Leistungen dargestellt. Diese Rechnung geht aber nur unter der Voraussetzung auf, daß die SU mit den SS-20 tatsächlich „vorgerüstet" hat, also einen V o r s p r u n g auf diesem Gebiet hat. Dies schließt ein, daß dem Mittelstreckenraketen-Programm der NATO tatsächlich der Charakter einer „N a c h rüstung" zuerkannt wird. N u r unter dieser Voraussetzung geht die Rechnung auf, daß die Rücknahme der sowjetischen SS-20 als gleichwertige Leistung gegen einen „Nachrüstungs"-Verzicht der NATO auszutauschen ist. O h n e die beschriebene Voraussetzung hingegen handelt es sich schlichtweg um die Forderung nach einseitiger Abrüstung an die Adresse der Sowjetunion ohne wirkliche Gegenleistung der NATO.

(Abgesehen davon wäre es natürlich volkswirtschaftlich ein miserables Geschäft, ein bereits aufgestelltes, also „bezahltes" Waffensystem abzubauen, wenn man im Austausch nicht mehr bekommt als den Verzicht der Gegenseite auf ein noch nicht aufgestelltes, teilweise noch gar nicht produziertes Waffensystem).

Die Delegierten des Grünen Parteitags haben sich – wahrscheinlich ohne Belastung durch Sachkenntnis und gründlicheres Überlegen – in dem von ihnen beschlossenen „Friedensmanifest" explizit die Auffassung zu eigen gemacht, daß es sich bei der SS-20 um sowjetische „Vorrüstung" handele, während das Raketen-Programm der NATO nur als „G e g e n m a ß n a h m e", also tatsächlich als „Nachrüstung", zu betrachten sei. Genau dieselbe Einstellung spricht aus dem zitierten Punkt ihres Forderungskatalogs zur Anti-Breschnew-Demonstration. Wenn man sich mit globalen Kräfteverhältnissen schon nicht befassen will, hätte man an diesem Punkt zumindest bedenken können, daß über Mittelstreckenraketen in Europa nicht bloß die Sowjetunion, sondern auch Frankreich und Großbritannien bereits jetzt verfügen, und daß zudem US-Mittelstreckenraketen auch auf U-Booten in den Europa-nahen Gewässern stationiert sind. Logisch wäre es also gewesen, zumindest auch d e r e n Abschaffung zu fordern, zumal die Stationierung französischer Mittelstreckenraketen in der BRD schon im Gespräch ist. (vgl. z.B. „Spiegel" vom 5.10.81).

Wenig „ausgewogen" ist auch, daß man zwar an die Mittelstreckenraketen gedacht hat, aber Forderungen gegen die Neutronenbombe in diesem Zusammenhang einfach vergessen hat. Zwar täuscht dann die Forderung nach *„Abzug a l l e r fremden Truppen aus West- und Osteuropa"* wieder Ausgewogenheit vor – aber wo es k o n k r e t wird, ist den Grünen leider nur Afghanistan und sonst gar nichts eingefallen. Naja, es ist halt eine Demonstration gegen Breschnew, nicht gegen Reagan oder Schmidt!...

Die „Ausgewogenheit", zu der man inzwischen mit sichtbarem Erfolg Teile der Friedensbewegung gedrückt hat, wird von den Herrschenden bereits außenpolitisch genutzt: Rau (SPD-Ministerpräsident von NRW) „sagt den Sowjets, daß die Demonstrationen in Deutschland auch den SS 20 gelten", freut sich Springers „Welt" (21.10). Rau, auf Reisen in der Sowjetunion, hatte seinen Gesprächspartnern vorgehalten, daß die bundesdeutsche Friedensbewegung sich schließlich *„auch gegen die sowjetische Rüstung"* richte, weshalb *„konkrete Verhandlungen zur Senkung eines ausgewogenen Gleichgewichts der in Europa stationierten Waffen"* (hinter dieser grammatisch etwas schrägen Formulierung verbirgt sich der NATO-„Nachrüstungs"beschluß!) das Beste seien.

Wenn es in der BRD eine riesige Friedensbewegung gibt, die „einseitig" die Hochrüstung der NATO angreift, so verschlechtert das die Verhandlungspositionen der NATO gegenüber „dem Osten" erheblich und übt auf die NATO einen starken Abrüstungsdruck aus. Wenn die Friedensbewegung aber dazu gebracht werden kann, sich „gleichermaßen" gegen die „Aufrüstung in Ost u n d West" zu wenden, so wird die Verschlechterung der westlichen Verhandlungsposition wieder aufgehoben. Im Endeffekt heißt das, daß weiter kräftig zum Krieg gerüstet werden kann und wird.

DKP: Polen ist eine innere Angelegenheit der Sowjetunion

Auf dem Parteitag der Grünen, Anfang Oktober, wurde eine Resolution zur Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts des polnischen Volkes beschlossen. Verärgert kommentierte dies die DKP-Zeitung „UZ": **„Der Parteitag der Grünen mischte sich in die inneren Angelegenheiten der UdSSR ein. In einer Resolution wurden 'Anzeichen für eine Vorbereitung der UdSSR, der DDR und anderer Warschauer-Vertragsstaaten auf einen Interventionskrieg gegen die Volksrepublik Polen' gesehen"**.

Ob die Sowjetunion ihre Armee zur Niederschlagung der polnischen Volksbewegung einsetzt, ist selbstverständlich i h r e innere Angelegenheit. Schließlich sind es ja i h r e Panzer und Soldaten, um deren Einsatz es geht. – Nur könnte vielleicht die naive Frage auftauchen: „Aber die Resolution der Grünen wendet sich doch auch gegen Interventionsvorbereitungen seitens der DDR und anderer Staaten des Warschauer Pakts. Hätte die 'UZ' deshalb nicht schreiben müssen: 'Der Parteitag der Grünen mischte sich in die inneren Angelegenheiten der UdSSR, **der DDR und anderer Warschauer Vertragsstaaten** ein' ? ". Das Problem liegt hier zweifellos etwas kompliziert; der Sachverhalt kann aber kurz und bündig dahingehend zusammengefaßt werden, daß auch der Einsatz der DDR-Truppen in Drittländern eine innere Angelegenheit der Sowjetunion ist. Dasselbe gilt z.B. für die Truppen der CSSR.

Verallgemeinernd läßt sich das Wesen der Sache folgendermaßen zusammenfassen: Die Sowjetunion mischt sich prinzipiell nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ein, da eine solche Einmischung im Widerspruch zu den Grundsätzen ihrer sozialistischen Außenpolitik stehen würde. **Daraus ergibt sich logisch, daß es sich bei Aktivitäten der Sowjetunion in anderen Staaten zweifelsfrei um innere Angelegenheiten der Sowjetunion handeln m u ß. Und daraus ergibt sich ferner, daß es sich bei den nahezu täglichen Aufrufen der „UZ" zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in Polen nicht etwa um eine Einmischung der DKP in innere Angelegenheiten der Volksrepublik Polen handelt, sondern vielmehr um innere Angelegenheiten der Sowjetunion. Oder, noch stärker aufs Wesentliche konzentriert: Die „UZ" ist eine innere Angelegenheit der Sowjetunion.**

Leserbrief:

Abo-Kündigung wegen polnischer Faulenzer

Werte Verlagsmitarbeiter!

Hiermit kündige ich das Abonnement. Anlaß (nicht Ursache allein) ist Eure — mir unbegreifliche — Einstellung zu der (m.E. bereits gelaufenen) Konterrevolution in Polen. Ebenso wegen der auch in diesem Zusammenhang gezeigten unversöhnlichen, herabsetzenden Haltung zur DKP. Die Beiträge in AK 208, Seite 38, unter „Realer Sozialismus", mit den Aufmachern, „Polen: Die DKP rasselt mit Breschnews Säbel" und „Lieder von Solidarnosc", sind die jüngsten, traurigen Beispiele.

Wer nicht mit Blindheit und Borniertheit geschlagen ist und sich einen letzten Rest von Realitätssinn erhalten kann, darf doch nicht übersehen, daß diese, besonders von der westlichen Journaille hochgejubelten und von den gemeinen Verrätern in der PVAP ausgehaltenen Putschisten in dem einen Jahr ihres schändlichen Wirkens das Land in den politischen und wirtschaftlichen Abgrund gestürzt und damit den Gedanken des Sozialismus in schmutziger Weise besudelt haben. Die unerhörte Frechheit, die Arbeiter in anderen sozialistischen Staaten — die (leider!!) mit mehr Lieferungen und Krediten die Zeche dieser Faulenzer zahlen sollen — zur Nachahmung ihres unrühmlichen Vorbildes aufzufordern, ist vorläufig der Gipfelpunkt der Niederträchtigkeit; und es ist einmal Beweis mehr über das geheime Zusammenspiel mit der Partei, der korrupten „Staatsmacht" und der dies alles absegnenden klerikalen Jesuitenherrschaft, daß dieses schändliche Vorgehen so gut wie nicht geahndet wird.

Und dies alles in einer Zeit, in der der USA-Imperialismus mit neuen Kriegsdrohungen seinen sich selbst angemaßten Weltherrschaftsanspruch noch mehr ausweiten möchte, bis in die Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft hinein. Die damit verbundenen Gefahren auf allen Gebieten des friedlichen Zusammlebens der Völker hat auch der „Arbeiterkampf" in manch treffenden Kommentaren und Berichten wiederholt aufgezeigt. Wie aber soll die im Grunde doch so schwache außerparlamentarische Opposition wirksam dagegen angehen, wenn die dafür tätigen Kräfte mit einer unzeitgemäßen Polemik auseinanderdividiert werden?

Nachdem der untertänigste Satellit der USA, die BRD, sich (auch und besonders unter der sogenannten „sozialliberalen" Koalition) zu einem neofaschistischen und revanchistischen System entwickelt hat, erfordert das Eintreten gegen das Unrecht heute wieder Bekennermut. Dennoch halte ich es nicht für gut, wenn fast kein Bericht bzw. Kommentar im „AK" namentlich gekennzeichnet ist. Leserbriefe werden nur vereinzelt abgedruckt.

Mit freundlichem Gruß

S.K.

Anmerkungen zur Havemann-Initiative

Der DDR-Dissident Robert Havemann hat einen „Offenen Brief" an Breschnew publizieren lassen, dessen eigentlicher Adressat offenbar die Friedensbewegung in der BRD ist. Unter diesen Text werden seit kurzem Prominenten-Unterschriften gesammelt, wobei auch viele Namen wieder auftauchen, die bei der Bonner Friedensdemonstration vom 10.10. engagiert waren. Unterschrieben haben u.a. die SPD-Bundestagsabgeordneten Hoffmann, Kühbacher, Schreiner und Weisskirchen, ferner Peter Brandt, Pastor Albertz, Carl Amery, Rolf Hochhuth, Axel Eggebrecht, Klaus Traube , Margarete von Trotta, Uta Ranke-Heinemann, Prof. Gollwitzer, und General Bastian. Als eine Art PR-Manager des Unternehmens agiert Rudolf Steinke, inzwischen einschlägig bekannt als Sonderbeauftragter der SPD für etwas anrüchige Politmanöver.

Unabhängig von den Überlegungen des Initiators und der Unterstützer stellt dieser „Offene Brief" einen Beitrag zum derzeit in Gang gekommenen „geistigen Ringen" um die weitere Orientierung der bundesdeutschen Friedensbewegung dar. Im Gegensatz dazu kann seine Wirkung auf Herrn Breschnew oder auch dessen

schen Friedensbewegung dar. Im Gegensatz dazu kann seine Wirkung auf Herrn Breschnew oder auch dessen

westliche Kollegen als minimal veranschlagt werden.

Der von Robert Havemann formulierte Text enthält eine Erklärung für die Ursache von Aufrüstung und Krieg, die zu den naivsten, albernsten gehört, die überhaupt möglich sind: Man wolle *„unterstellen, daß weder die NATO noch der Warschauer Pakt ursächlich aggressive Ziele verfolgen und einen rein defensiven Charakter haben." „Leider"* habe es aber trotzdem *„auf beiden Seiten ein schrekkenerregendes Wettrüsten"* gegeben. **„Der Grund dieses Wettrüstens besteht hauptsächlich darin, daß keine Seite der anderen die rein defensiven Absichten mehr glaubt. Beide Seiten sind vielmehr überzeugt, einer wachsenden Bedrohung mit immer neuen Rüstungsanstrengungen begegnen zu müssen."**

Aufrüstung und Krieg entstehen, so erfahren wir nun, aus der (unbegründeten) Angst der großen Nationen voreinander. Die klassische Theorie, wonach Kriege auf außenpolitische und wirtschaftliche Interessen zurückzuführen sind, gehört der Vergangenheit an.

Wie man beispielsweise das jahrelange Morden der USA in Vietnam als Ausdruck von „rein defensiven Absichten" interpretieren will, werden die Unterzeichner des Havemann-Textes schon mit ihrem Gewissen und ihrem politischen Verstand abmachen müssen. Ähnlich verhält es sich mit den „rein defensiven Absichten", die in dem Anspruch der USA und der NATO zum Ausdruck kommen, westliche „Lebensinteressen" an jedem beliebigen Punkt der Welt „verteidigen" zu müssen, insbesondere natürlich in den nah- und mittelöstlichen Erdöl-Regionen.

Vielleicht hat Robert Havemann bei seiner Unterstellung von „rein defensiven Absichten" die angestrebte B r e i t e seiner Initiative im Auge gehabt. Vielleicht war es auch so, daß er aus verständlicher V o r s i c h t nicht d a s schreiben konnte, was er vielleicht lieber gesagt hätte: Daß genau besehen weder die NATO noch der Warschauer Pakt „rein defensiv" seien. – Sei es, wie es sei – man hätte dann diesen Aspekt lieber ganz aussparen sollen. Es drängt sich aber der Verdacht auf, daß es Havemann mit seiner Verkennung realer, materieller Kriegsursachen durchaus ernst sein könnte – denn in gewisser Weise ist gerade diese „Naivität" Voraussetzung seiner folgenden Überlegungen.

„Bei der Zuspitzung der militärischen Konfrontation in Europa", so heißt es in dem Havemann-Text weiter, *„spielt die Teilung Deutschlands eine wesentliche Rolle ... Denn wenn das nukleare Inferno dereinst über uns kommen wird, dann vor allem, weil die Ost-West-Konfrontation die beiden deutschen Staaten zur Aufmarschbasis und nuklearen Speerspitze des einen gegen den anderen werden ließ. Die Teilung Deutschlands schuf nicht Sicherheit, sondern wurde Voraussetzung der tödlichsten Bedrohung, die es in Europa jemals gegeben hat ..."* Um diese Situation zu entschärfen, sei es notwendig, *„die beiden Teile Deutschlands der Blockkonfrontation zu entziehen."* Es sollten deshalb **„alle Besatzungstruppen aus beiden Teilen Deutschlands"** abgezogen werden. **„Wie wir Deutschen unsere nationale Frage dann lösen werden, muß man uns schon selbst überlassen, und niemand sollte sich davor mehr fürchten als vor dem Atomkrieg."** Immerhin sollte aber in einem Friedensvertrag festgelegt *„und durch die Großmächte garantiert"* werden, *„daß in Deutschland nie wieder ein aggressives Militärpotential geschaffen wird."*

Ausgangspunkt der Überlegungen von Robert Havemann ist eine Verwechslung von Ursache und Wirkung. Die „deutsche Teilung" ist nicht die U r s a c h e der Block-Konfrontation, sondern Deutschland ist a u f g r u n d eben dieser Konfrontation geteilt worden. Würde man sich einen traumhaften Augenblick lang die „deutsche Teilung" einmal wegdenken, so wäre allenfalls „u n s e r e" Lage ein klein bißchen gemütlicher, aber die Blockkonfrontation hätte ausreichend a n d e r e Aufmarschgebiete und Schauplätze.

Die „deutsche Teilung" ist, historisch betrachtet, in erster Linie Resultat US-amerikanischer Großmachtpolitik: Nach dem Sieg über die „Achsenmächte" (Deutschland, Italien, Japan) wandte sich das Interesse der USA gegen ihren bisherigen Verbündeten, die Sowjetunion. Im Rah-

lien, Japan) wandte sich das Interesse der USA gegen ihren bisherigen Verbündeten, die Sowjetunion. Im Rah-

men dieser neuen Konfrontation wurden die drei Westzonen als Teilstaat formiert.

Daß die Sowjetunion die sich hier entwickelnden Gefahren übersehen und sich mit der Konstituierung ihrer Besatzungszone als DDR einfach zufrieden gegeben hätte, kann man ihr nicht vorwerfen: Zu recht erwähnt Robert Havemann in seinem „Offenen Brief" die Bemühungen der Sowjetunion *„bis in die sechziger Jahre"*, zu einer *„Entmilitarisierung und Neutralisierung"* für *„ganz Deutschland"* zu kommen. Diese Vorschläge der Sowjetunion hätten, das gilt jedenfalls für die erste Hälfte der fünfziger Jahre, sogar eine „Wiedervereinigung Deutschlands" eingeschlossen.

Bekanntermaßen wurden diese Vorschläge der Sowjetunion von der Bundesregierung abgelehnt. Die Argumente für diese Ablehnung waren, ganz knapp zusammengefaßt: Die sowjetischen Vorschläge seien nichts weiter als ein diplomatischer Trick, um eine von den USA 'abgekoppelte' und militärisch wehrlose Bundesrepublik unter sowjetischen Einfluß zu bringen. Also, wie man heute sagen würde, eine 'Finnlandisierung' der BRD bzw. „ganz Deutschlands". Die von der Bundesregierung vertretenen Interessen waren genau entgegengesetzt: Zügige Aufrüstung der BRD zu einer der stärksten Nationen der Welt und engste Anbindung an die Weltmacht-Politik der USA. Diese Orientierung m u ß t e den Herrschenden der BRD viel verlockender erscheinen als der vergleichsweise kleine Erfolg einer „Wiedervereinigung" mit der DDR, der durch militärische und machtpolitische Bedeutungslosigkeit bezahlt werden sollte.

Die damaligen Argumente der Herrschenden der BRD gegen eine solche Form von „Wiedervereinigung" gelten heute noch weit stärker als in den 50er Jahren. Was damals nur Planung und kühner Entwurf war, ist inzwischen realisiert: Die BRD ist hochgerüstet und ist zu einem Staat geworden, der eigene Großmachtinteressen nicht bloß in Politiker-Reden formulieren, sondern – an der Seite der USA – praktisch wahrnehmen kann. Das Interesse der Herrschenden der BRD an einer „Wiedervereinigung Deutschlands" unter den **Voraussetzungen einer „Neutralisierung und Entmilitarisierung"** ist darum heute noch weitaus geringer als in den 50er Jahren. Eine Neutralisierung wird ausdrücklich sogar von l i n k e n Sozialdemokraten (z.B. Karsten Voigt) abgelehnt.

Der Vorschlag von Robert Havemann ignoriert zudem die vielfältigen wirtschaftlichen, sozialen und außenpolitischen Faktoren, die die Blockkonfrontation – weltweit, und hier speziell in Mitteleuropa – v e r u r s a c h t haben. Diese Faktoren werden durch Havemanns Vorschlag ja nicht etwa aufgehoben. Die BRD bliebe unabhängig von diesem Vorschlag ein kapitalistisches Land mit großmachtpolitischen, imperialistischen Interessen.

Was wären die Konsequenzen, wenn – lassen wir uns auf eine „konkrete Utopie" ein! – Havemanns Vorschlag verwirklicht würde?

1. Die „Lösung der nationalen Frage" den Deutschen selbst zu überlassen, wie Havemann fordert, würde nach Lage der Dinge auf die zunächst ökonomische und schließlich auch politische Integration der DDR durch die BRD hinauslaufen. (Selbstverständlich w i l l Robert Havemann das nicht; er hat erst kürzlich wieder betont, daß er sich eine „Wiedervereinigung" auf Basis des in der BRD existierenden Gesellschaftssystems (Kapitalismus, Privateigentum an den Produktionsmitteln ...) nicht vorstellen könne. Diese persönliche Meinung Havemanns ändert aber nichts daran, daß sich bei seinem Vorschlag der ökonomisch und militärisch dominante Teil, die BRD, durchsetzen würde).
2. Der sowjetische Machtbereich würde nicht mehr an der Elbe, sondern allenfalls an der Oder 'verteidigt'. Da Polen ein höchst unsicherer Verbündeter für die Sowjetunion ist, liefe es praktisch darauf hinaus, daß die 'Verteidigungslinie' der SU auf ihre eigenen Grenzen zurückgenommen werden müßte. Gerade d a s hat die Sowjetunion – aus nicht ganz unverständlichen Gründen – immer vermeiden wollen.
3. Ein kleinerer Nebeneffekt sei auch nicht verschwiegen: Die Triebkräfte für eine sowjetische Intervention in Polen wären viel stärker, wenn nicht verschwiegen: Die Triebkräfte für eine sowjetische Intervention in Polen wären viel stärker, wenn nicht die DDR als sowjetisches Aufmarschgebiet und „Puffer" vorhanden wäre, wenn Polen also nicht Binnenland, sondern „Frontstaat" des sowjetisch dominierten Blocks wäre. Im übrigen impliziert der Vorschlag von Robert Havemann natürlich auch den Abzug der Sowjetunion aus Polen, da wir kaum für „u n s" (in diesem Fall: die DDR) etwas fordern können, was wir nicht auch für Polen unterstützen würden.

Für die Sowjetunion hätte dieser Vorschlag also gewaltige Nachteile, insbesondere militärstrategischer Art. Daß sie ein zukünftiges „nukleares Inferno" nicht auf dem für „u n s" so wertvollen Boden der beiden deutschen Staaten, sondern vom ersten Moment an im e i g e n e n Land haben würden, wird wahrscheinlich weder die sowjetische Führung noch das sowjetische Volk für Havemanns Vorschlag begeistern.

4. **Daß ein „wiedervereinigtes Deutschland" angesichts der weltweiten Konfrontation USA-Sowjetunion n e u t r a l bleiben würde, erscheint sehr unwahrscheinlich und könnte der Sowjetunion auf gar keinen Fall „g a r a n t i e r t" werden.** Auch wenn sich die Sowjetunion auf die polnische Westgrenze oder ihre eigenen Grenzen zurückziehen würde, bliebe in einem „wiedervereinigten Deutschland" die Argumentation der Herrschenden unverändert, daß „wir" von der Sowjetunion bedroht seien, daß entsprechende erhebliche „Verteidigungsanstrengungen" notwendig seien und daß „unsere Sicherheit" auch des „Nuklearschirms" der USA bedürfe. Die Sowjetunion hätte nicht die geringste zuverlässige **Garantie, daß in einem solchen „wiedervereinigten Deutschland" nicht eines Tages auch atomare Mittelstrekkenraketen stehen, die auf sowjetische Ziele programmiert sind – dann aber nicht bloß in einem Gebiet bis an die Elbe, sondern bis an die Oder.**

5. Robert Havemann schlägt vor, die „Großmächte" (gemeint sind wohl die USA und die Sowjetunion) sollten dafür „garantieren", *„daß in Deutschland nie wieder ein aggressives Militärpotential geschaffen wird."* Ein ausgezeichneter Einfall! Auf genau diese Idee sind die Großmächte schon Mitte der 40er Jahre gekommen, als sie sich in Jalta, Potsdam und anderswo feierlich schworen, im besiegten Deutschland nie wieder das Entstehen von Militarismus, Reaktion, aggressiver Militärmacht usw. zuzulassen. Dieser Schwur hat die spätere Einbeziehung der beiden deutschen Staaten in die feindlichen Militärblöcke nicht verhindern können. Die USA wären naturgemäß daran interessiert, ein „wiedervereinigtes Deutschland" als Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion zu nutzen, mit einem („wiedervereinigten") Militärpotential, das die aktuelle Stärke der Bundeswehr noch übersteigen würde.

Um eine solche Entwicklung auszuschließen, wären z u e r s t grundlegende gesellschaftliche und im weitesten Sinn politische Veränderungen in der BRD notwendig – Veränderungen, die jene ökonomischen und sozialen Voraussetzungen beseitigen müßten, die überhaupt erst dazu g e f ü h r t haben (und immer weiter dazu führen würden!), daß die BRD heute „Juniorpartner" der USA und Standort für das größte Atomwaffen-Arsenal der Welt ist. Für solche radikalen Veränderungen in der BRD ist aber nicht Herr Breschnew zuständig, an den Robert Havemann seinen „Offenen Brief" gerichtet hat.

So, wie die Dinge nun einmal r e a l liegen, dient die Initiative von Robert Havemann leider dazu, im Zeichen eines wiedererwachenden deutschen Patriotismus der Sowjetunion den Schwarzen Peter für die Situation zuzuschieben und die von den Herrschenden der BRD kritisierte bisherige „Einäugigkeit" der bundesdeutschen Friedensbewegung gegenüber der Sowjetunion ein bißchen zu korrigieren. –

Mit beachtlichem Gespür für das Wesentliche hat Wilfried Hertz-Eichenrode in der „Welt" vom 13.10. das Problem aus der Sicht der Herrschenden analysiert: Er stellt ein *„explosives Seelengemisch"* aus *„Friedenssehnsucht"* und *„linksneutralistischem Nationalneutralismus"* fest, das in der Bonner Friedensdemonstration zum Ausdruck gekommen sei. Er schlägt vor, dieses „explosive Seelengemisch" nach besten Kräften zu kanalisieren und auszunutzen, indem man es auf die Forderung nach „Wiedervereinigung" hinlenkt, auf *„den natürlichen Impuls der Deutschen nach Einheit ihres Vaterlandes"*. Ein einleuchtender Gedanke, denn der neu proklamierte Patriotismus bietet sich als verbindendes und integrierendes Band zwischen der herrschenden Politik und Teilen der Friedensbewegung tatsächlich an. Eine solche Verbindung drängt sich geradezu auf, wenn dieser Patriotismus seinen Hauptadressaten in den „Supermächten", möglichst vor allem in der Sowjetunion, sucht. Genau dieser Irrtum liegt der Initiative von Robert Havemann zugrunde.

Sinnvoller als „Offene Briefe" an ausländische Staatsoberhäupter ist allemal der Kampf zur Umwälzung der Verhältnisse im eigenen Land, zur Beseitigung aller wirtschaftlichen, sozialen und politischen Faktoren für Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen.

Im Wortlaut: aus: „Frankfurter Rundschau", 7.10.81

Im Wortlaut: aus: „Frankfurter Rundschau", 7.10.81

Havemanns Brief an Breschnew

Sehr geehrter Herr Leonid Breschnew!

Voller Sorge um die Zukunft Europas und um den Weltfrieden wenden wir uns an Sie in der Hoffnung, daß Ihr im Herbst erwarteter Besuch der Bundesrepublik Deutschland und Ihr Zusammentreffen mit dem Bundeskanzler Helmut Schmidt einen Weg eröffnen wird, der aus der gegenwärtigen gefährlichen Entwicklung herausführen wird.

Immer mehr Menschen fürchten sich davor, daß nach einem über dreißigjährigen Frieden in Europa nun unserem Kontinent die totale Vernichtung in einem nuklearen Weltkrieg droht. In Westeuropa konkretisiert sich diese Furcht insbesondere in der Opposition gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstrekkenraketen, den Bau der Neutronenbombe sowie die in Europa lagernden Atomwaffen. Wenn diese Waffen jemals zum Einsatz kommen, werden sie Europa in eine Wüste verwandeln.

Es ist bekannt, daß die Befürworter dieser Politik diese sogenannte Nachrüstung der NATO als rein defensiv bezeichnen. Sie sei nur die Antwort auf die Aufrüstung der Länder des Warschauer Paktes mit den neuen, gleichfalls weitreichenden sowjetischen Mittelstreckenraketen des Typs SS 20 und auf die große zahlenmäßige Überlegenheit der sowjetischen Panzerwaffe.

Angesichts der Größe der uns drohenden Gefahr erscheint es uns müßig, die Frage zu stellen, ob diese Eskalation des Schreckens noch andere Gründe hat: Wie kann die Aufstellung der Raketen und Marschflugkörper und der Neutronenbomben verhindert werden? Wie kann Europa, das heute das Gebiet der Erde mit der größen Anhäufung nuklearer Sprengköpfe ist, in eine atomwaffenfreie Zone verwandelt werden?

Obwohl wir Unterzeichner dieses Briefes die Gründe dieser gefährlichen Entwicklung sehr verschieden einschätzen, wollen wir unterstellen, daß weder die NATO noch der Warschauer Pakt ursprünglich aggressive Zeile verfolgen und einen rein defensiven Charakter haben. Leider hat aber im Laufe der Jahre auf beiden Seiten ein schreckenerregendes Wettrüsten dazu geführt, daß sich heute an der Demarkationslinie in Europa zwei waffenstarrende Militärmaschinen gegenüberstehen. Sie verfügen über ein Vernichtungspotential, das ausreicht, die ganze Menschheit nicht nur einmal, sondern vielleicht fünf- oder zehnmal zu töten. Der Grund dieses Wettrüstens besteht hauptsächlich darin, daß keine Seite der anderen die rein defensiven Absichten mehr glaubt.

Beide Seiten sind vielmehr überzeugt, einer wachsenden Bedrohung mit immer neuen Rüstungsanstrengungen begegnen zu müssen. Auf die darin liegenden Gefahren braucht nicht erst hingewiesen zu werden. Bei der Zuspitzung der militärischen Konfrontation in Europa spielt die Teilung Deutschlands eine wesentliche Rolle. Ursprünglich schien hierdurch ein gefährlicher Aggressor für immer entmachtet und damit der Frieden in Europa gesichert. Aber das absolute Gegenteil war die Folge. Denn wenn das nukleare Inferno dereinst über uns kommen wird, dann vor allem, weil die Ost-West-Konfrontation die beiden deutschen Staaten zur Aufmarschbasis und nuklearen Speerspitze des einen gegen den anderen werden ließ. Die Teilung Deutschlands schuf nicht Sicherheit, sondern wurde Voraussetzung der tödlichsten Bedrohung, die es in Europa jemals gegeben hat. Jede Bombe, jede Rakete, überhaupt jede Waffe, die von unseren Beschützern nach Deutschland gebracht wird, sichert nicht den Frieden, sondern bringt uns dem Untergang näher. Wir brauchen keine Rüstung, wir brauchen Abrüstung. Wir brauchen nicht die Stärke von NATO und Warschauer Pakt, sondern die Fortführung der weltweiten Entspannungspolitik, damit NATO und Warschauer Pakt eines Tages überflüssig werden. Die Sicherheit Europas wird nicht durch Kriegswaffen geschaffen, sonder durch deren Beseitigung. Es gilt insbesondere die beiden Teile Deutschlands der Blockkonfrontation zu entziehen. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß die Sowjetunion sich bis in die sechziger Jahre immer wieder für die Entmilitarisierung und Neutralisierung ganz Deutschlands ausgesprochen hat. 36 Jahre nach Ende des Krieges ist es jetzt zur dringenden Notwendigkeit geworden, die Friedensverträge zu schließen und alle Besatzungstruppen aus beiden Teilen Deutschlands abzuziehen. (Selbstverständlich müßte die Stellung West-Berlins gesichert bleiben). Wie wir Deutsche unsere nationale Frage dann lösen werden, muß man uns schon selbst überlassen, und niemand sollte sich davor mehr fürchten als vor dem Atomkrieg.

Dieses Ziel erscheint vielen Deutschen zwar erstrebenswert, aber vorläufig utopisch. Sie können es sich nicht vorstellen, daß die Sowjetunion bereit sein könnte, auf ihre militärische Basis in der DDR zu verzichten. Wir glauben aber, daß dies sehr wohl möglich ist, wenn gleichzeitig die militärische Basis der USA in der Bundesrepublik Deutschland und damit in Europa überhaupt aufgelöst wird. Zugleich müßte im Friedensvertrag festgelegt und durch die Großmächte garantiert sein, daß in Deutschland nie wieder ein aggressives Militarpotential geschaffen wird.

Sehr geehrter Herr Breschnew! Wir wenden uns in vielleicht letzter Stunde an Sie mit der Bitte, diese Vorschläge ernsthaft zu erwägen. Wir sind überzeugt, daß keine westdeutsche Regierung weiterhin auf die Stationierung der neuen Nuklearwaffen der USA beharren kann, wenn die Regierung der Sowjetunion sich bereit erklärt, über einen derartigen Vorschlag zur Lösung der Spannungen in Europa zu verhandeln, und wenn sie überdies solche Verhandlungen erleichtert, indem sie auch ihrerseits darauf verzichtet, die jetzt schon vorhandene Mittelstrekkenrüstung gegen Westeuropa noch weiter auszubauen.

Angesichts der 20 Millionen Toten, die Ihr Land in dem von Deutschland begonnenen zweiten Weltkrieg verloren hat, und angesichts der über 5 Millionen Toten, die unser Volk zu beklagen hatte, müssen Sicherheit und Sicherung des Friedens besonders für unsere beiden Völker das oberste Gebot der Politik sein.

Wieder Triebentladung

Am 14.10. gelang es den „Marxistischen Gruppen" erneut, das erhebende Gefühl gemeinschaftlicher Sprechchöre zu organisieren, diesmal im ruhmreichen Hörsaal 6 der Frankfurter Universität. Zur Session lud diesmal Freimut Duve in seiner Eigenschaft als Herausgeber der Reihe rororo-aktuell und als Teilnehmer der Buchmesse. Als Therapeuten hatte Duve Egon Bahr, U. Albrecht, H.E. Richter, einen Dozenten der Bundeswehrhochschule Hamburg und einen von Altparlamentarier Wehner sogenannten „Hodentöter" engagiert. Selbstredend lag das Friedensthema auf der Couch. Während die MG auf Albrecht und Richter, die insgesamt wenig sensitiv wirkten, nur schwach ansprachen, erwiesen sich Bahr und Hodentöter als Volltreffer. Auch die anwesende Presse kam gut auf ihre Kosten und würdigte den erfolgreichen Abend an herausragender Stelle („FR"). Cohn-Bendit schien frustriert zu sein, jedenfalls verabredete er mit Duve eine Wiederholung des schaurig-schönen Ereignisses an gleicher Stelle. Duve hingegen ist zu loben, da er mit seiner Mannschaft auch in andere Städte ziehen will.

Letze Meldung:

Hamburg - Änderung des Wahlrechts?

Wie aus SPD-Kreisen verlautet, erwägt der Senat eine Gesetzesvorlage, die das Hamburger Wahlrecht nach niedersachsischem Vorbild ändern soll: Die 5%-Klausel soll fallen. Außerdem soll es dann auch in Hamburg für die Wähler mehrere Stimmen geben, womit man nicht nur eine Liste bzw. Partei, sondern auch einzelne Kandidaten wählen und z.B. deren Reihenfolge auf ihrer Liste verändern könnte („Panaschieren"). Gedacht ist dieser Vorstoß als „Geschenk" an die FDP, die nach dem bisherigen Wahlrecht wie vor vier Jahren befürchten muß, die 5%-Hürde nicht zu meistern. SPD-Parteistrategen rechnen damit, ihre absolute Mehrheit 1982 abgeben zu müssen und wären dann in der Bürgerschaft auf die Stimmen der FDP angewiesen. Vom Kommunistischen Bund ist bereits Zustimmung zu diesem Reformwerk signalisiert worden, obwohl man die Chancen der FDP trotzdem als sehr schlecht einschätzt. Wie der KB erklärte, könne der Wähler beim Panaschieren seinem Willen direkt Ausdruck verleihen, sodaß man nicht mehr stellvertretend zum Majorisieren gezwungen sei. Aus unerklärlichen Gründen sperren sich jedoch die Hamburger Grünen gegen diese fortschrittliche Idee.

»Moderne Zeiten«:

Friedlich zum Kommunismus?

Die „Streitschrift" der Modernen Sozialisten (erste Ausgabe der „Modernen Zeiten") legt viel Wert darauf, das Ziel kommunistischer Arbeit, die „freie Assoziation der Produzenten", hervorzuheben. Im Verhältnis dazu sind die Äußerungen über die bis dahin auszustehenden Kämpfe und mögliche Wege ziemlich dürr und nebulös. In meinem Beitrag möchte ich versuchen, Ansätze für eine Kritik am Staats- und Revolutionsverständnis der ISP (Initiative Sozialistische Politik) zu liefern.

Was ist der Staat?

Unter Rückgriff auf Nicos Poulantzas (der uns noch häufiger über den Weg laufen wird) stellen uns die „Modernen Zeiten" den *„bürgerlichen Staat mit parlamentarischer Verfassung, mit Sozialstaatsfunktionen, ausgebildetem Rechtssystem, mit Arbeiterparteien und Gewerkschaften, die bestimmte Bewegungsmöglichkeiten durchgesetzt haben"*, als *„konzentriertes gesellschaftliches Kräfteverhältnis"* („MOZ" 7/81, S. 17) vor. Gerade die Institutionen, die mehr als alle anderen den W e s e n s k e r n des Staates als Organ der Klassenherrschaft zum Ausdruck bringen, nämlich Polizei und Armee, werden nichteinmal erwähnt. Und auch die von der „Streitschrift" genannten Charakteristika der parlamentarischen Republik sind nicht so klassenneutral wie sie auf den ersten oberflächlichen Blick erscheinen mögen. So ist es in der BRD mittels der ‚parlamentarischen Verfassung' ganz legal möglich, linke oder kommunistische Abgeordnete aus Ausschüssen auszuschließen (wie kürzlich in Münster), die die Sicherheitsinteressen der Bourgeoisie berühren; so wurde mittels des ‚ausgebildeten Rechtssystems' die ‚Bewegungsmöglichkeit' der KPD durch das Verbot erheblich eingeschränkt.

Poulantzas, dessen Buch „Staatstheorie" bereits in den „heften für demokratie und sozialismus" 6/80 mit viel lobenden Worten vorgestellt wurde und dessen Überlegungen in den „Modernen Zeiten" bei allen Äußerungen zum Staat durchschimmern, sieht gar nicht mehr die Alternative zwischen repräsentativer parlamentarischer Demokratie und Räterepublik: *„Ich trete dafür ein, daß man den Begriff ‚Zerschlagung des Staatsapparates' nicht mehr gebrauchen sollte, weil das hieße, alle Institutionen der repräsentativen Demokratie zu Gunsten der direkten Demokratie zu zerstören. Wir wissen aber heute, daß man besondere Einrichtungen braucht, wenn man*
Demokratie zu Gunsten der direkten Demokratie zu zerstören. Wir wissen aber heute, daß man besondere Einrichtungen braucht, wenn man
beim Übergang zum Sozialismus Freiheiten wie das Recht auf freie Meinungsäußerung, Parteienpluralismus usw. aufrechterhalten will. Und wir wissen aus Erfahrung, daß diese besonderen Institutionen die Einrichtungen der repräsentativen Demokratie sind. Es handelt sich nicht darum, sie so beizubehalten wie sie sind, es geht nicht darum, das Parlament oder die anderen Einrichtungen, so wie sie sind, zu erhalten. Man muß sie grundlegend verändern, gleichzeitig aber die Institutionen der repräsentativen Demokratie bewahren" (1). Bei einer solchen Sichtweise erstaunt es wenig, daß Poulantzas *„das Grundproblem eines demokratischen Weges zum Sozialismus und eines demokratischen Sozialismus"* in der Frage sieht, *„wie man eine radikale Transformation des Staates in Gang setzen kann, wenn man die Ausweitung und Vertiefung der Freiheiten und der Institutionen der repräsentativen Demokratie (die auch eine Errungenschaft der Volksmassen waren) mit der Entfaltung von Formen der direkten Demokratie und von Selbstverwaltungszentren verbindet?"* (2) **Nun sollte eigentlich auch dem modernsten Sozialisten nicht verborgen bleiben, daß in der BRD die staatlichen Einrichtungen das Recht auf freie Meinungsäußerung n i c h t f ü r a l l e sichern, jede Demonstration aufs Neue die Beschränktheit des Demonstrationsrechts beweist, die Masse des Volkes weder Presse- noch Versammlungsfreiheit besitzt. Offensichtlich handelt es sich nicht um ‚besondere Einrichtungen', die einfach die unterdrückten Massen nach der Revolution in ihren Besitz nehmen könnten, sondern um Institutionen der Bourgeoisie zur Sicherung ihrer ökonomischen und politischen Freiheiten, also i h r e r Demokratie.**

Stellen wir uns vor, daß die Massen im Zuge einer revolutionären Krise die direkte Demokratie ausweiten, Räte bilden, Fabriken und Ämter besetzen und mit jederzeit abwählbaren Beamten besetzen, also die Kontrolle über alle Lebensbereiche ergreifen, dann stellen sie die ‚Autorität' der Exekutivinstitutionen der repräsentativen Demokratie in Frage und stellen sich der ökonomischen und politischen Macht der Bourgeoisie entgegen. In einer solchen Situation wird die Bourgeoisie mit großer Wahrscheinlichkeit und nach allen Erfahrungen Polizei und Militär zur vollständigen Rückeroberung der Macht einsetzen. Das *„Zerbrechen des hierarchisch organisierten Gewaltpotentials ... von innen"* („MOZ" 7/81, S. 17) kann sich nur so abspielen, daß die Soldaten die Befehle verweigern und überlaufen oder ihre Offiziere absetzen und eigene wählen, die bürgerlich-hierarchische Struktur zersetzen und zerschlagen. Bei dieser Entwicklung handelt es sich um einen objektiven, weder von uns noch von den modernen Sozialisten aufhaltbaren Prozess: Kontrolle der Produktivkraftentwicklung, Aufhebung der Widersprüche zwischen Männern und Frauen, zwischen Stadt und Land sowie zwischen Hand- und Kopfarbeit werden die sozialen Bewegungen nur g e g e n die Einrichtungen der Bourgeoisie und im Kampf dagegen durchsetzen können. Wenn in der Streitschrift zu dem Aspekt der politischen Machtergreifung lediglich ausgeführt wird, daß es offen sei, *„an welcher Frage und in welcher Form"* (S. 16f.) sich jene vollziehen wird, ist das gegenüber den Massenbewegungen zumindest fahrlässig. Oder soll demnächst den Bewegungen das folgende weisgemacht werden: *„Die Repressionsapparate, Polizei, Armee, sind zwar der harte Kern des Staates und ihre Veränderung stellt besondere Probleme ... aber auch dort geht es nicht darum, sie zu zerschlagen, sondern grundlegend umzuwandeln. Ich glaube, man kann selbst in bezug auf die Repressionsapparate nicht von Zerschlagung reden, das wurde in Portugal sehr deutlich. Warum? Das ist eine frage des Kräfteverhältnisses ... Es gab Versuche zur radikalen Umgestaltung der Repressionsapparate durch die Gruppe um Carvalho u.a. ... Sie hatten Erfolg. Aber von dem Augenblick an, als Carvalho von links, von den Linksradikalen vereinnahmt wurde, war es mit dieser Entwicklung vorbei. Sie behaupteten, man müsse jetzt nicht nur, wie Carvalho es vorhatte, die Armee radikal verändern, man müsse vielmehr den*
Entwicklung vorbei. Sie behaupteten, man müsse jetzt nicht nur, wie Carvalho es vorhatte, die Armee radikal verändern, man müsse vielmehr den
gesamten Offizierskorps abschaffen, die Truppe müsse ihre eigenen Offiziere wählen ... Genau an diesem Punkt ist der Umwandlungsprozess in Portugal geplatzt ... Was passierte von diesem Augenblick an? Die große Mehrheit der fortschrittlichen Offiziere schwenkte nach rechts ab ... Man darf nicht von der Zerschlagung dieser Repressionsapparate reden. Ich glaube, daß man sie grundlegend verändern kann" (3). Der Befreiungsanspruch der Massen wird immer d i e Teile des Volkes nach rechts treiben, die mit der Macht der Bourgeoisie verbunden sind; davor zurückzuschrecken heißt, die Massen aufzufordern, auf ihre vollständige Befreiung zu verzichten, sich weiter in die bürgerlichen Strukturen einzupassen. M. E. trifft für Poulantzas ebenso wie für die modernen Sozialisten der folgende Vorwurf von Lenin zu: *„Der Opportunismus m a c h t in der Anerkennung des Klassenkampfes gerade vor der Hauptsache h a l t, vor der Periode des Ü b e r g a n g s vom Kapitalismus zum Kommunismus, vor der Periode des S t u r z e s der Bourgeoisie und ihrer völligen V e r n i c h t u n g"* (4).

Zur Diktatur des Proletariats

Wenn man sich um die ‚Periode des Übergangs' herumdrücken will, kommt meist Unsinn heraus: *„Für die bürgerliche Klasse ist der Staatsapparat Bedingung ihrer Herrschaft, also unentbehrlich. Ein Instrument der Befreiung für die arbeitenden Klassen ist er nicht, wenngleich die Notwendigkeit besteht, die besitzende Klasse zu enteignen, was vorübergehenden Zwang bedeutet, aber nicht wesentlich staatlichen. Unverzichtbar ist während der ganzen Zeit der sozialen Umwälzung, solange überhaupt noch Formen des Staates, also politischer Herrschaft, fortbestehen, die Existenz auch gesetzlich garantierter Freiheiten, die einen Damm gegen Übergriffe der Staatsgewalt auf die Rechte und Interessen von Individuen und Minderheiten bilden"* („MOZ" 7/81, S. 17). Das Durcheinander wird noch dadurch größer, daß auf Seite 25 der „Streitschrift" von der Existenz eines *„sozialistischen Staates"*, der *„die gefährlichste Falle für sozialistische Zusammenschlüsse"* sei, gesprochen wird. Zunächst müssen wir den Verfassern widersprechen, daß der ‚vorübergehende Zwang' gegen die ehemals besitzende Klasse ‚nicht wesentlich staatlich' sei; **im Gegenteil: die Unterdrückung, der organisierte Zwang der Massen gegen die Bourgeoisie ist das Wesen des sozialistischen Staates.** Wenn die Massen sich nach dem Bezwingen der Bourgeoisie und deren Staatsapparat in Rätestrukturen aller Art organisieren, die die jederzeitige Abwählbarkeit jedes Mitglieds ermöglichen, wenn Lehrer, Richter, ‚Beamte' ebenfalls gewählt und kontrolliert werden, dann sind das Elemente, die das Heranbilden einer neuen Bürokratie vermeiden sollen, die bereits das A b s t e r b e n des Staates andeuten. Der Imperialismus wird kaum gewillt sein, diese Volksherrschaft sich in Ruhe entwickeln zu lassen, sondern durch Intervention von außen oder Subversion von innen oder beides versuchen, den Massen die politische Macht wieder zu entreißen. Deshalb ist auch das Nochstaatliche dieses Gemeinwesens, die diktatorische Unterdrückung aller imperialistischen Restaurationsversuche, ein ganz w i c h t i g e s ‚Instrument der Befreiung für die arbeitenden Klassen', sichert doch **diese Diktatur der Massen die Existenz ihrer Selbstverwaltung. Solange sich das Proletariat und die Bourgeoisie in diesem Gemeinwesen noch a l s K l a s s e n gegenübertreten, kann es keine wahllos vergebenen politischen Freiheiten für alle geben, sondern muß die Staatsgewalt, das *„als herrschende Klasse organisierte Proletariat"* (5), ‚die Rechte und Interessen' der Bourgeoisie einschränken.**

Insofern ist es gänzlich verfehlt, den ‚sozialistischen Staat' als ‚gefährlichste Falle für sozialistische Zusammenschlüsse' zu bezeichnen. Erklären läßt sich diese Haltung nur so, daß die „Stalinismus"-Kritik der „Streitschrift" derart gemeint ist, daß das stalinsche Phänomen (dem
Erklären läßt sich diese Haltung nur so, daß die „Stalinismus"-Kritik der „Streitschrift" derart gemeint ist, daß das stalinsche Phänomen (dem
wir selbstverständlich jeden denkbaren Widerstand erklären) sich zwangsläufig aus der Rätedemokratie entwickeln muß, also die Rätedemokratie selbst bekämpft werden muß. Es sollte uns zu denken geben, daß Ziehvater Poulantzas kaum noch in der Lage ist, Unterscheidungen zwischen Lenins theoretischen Verallgemeinerungen der „Pariser Kommune" und der Entwicklung der SU in der Ära Stalins zu machen. Die Bürokratisierung in der SU wurde u.a. erheblich durch die Existenz des Weltimperialismus gefördert. Das b e s t e Mittel gegen den „Stalinismus" ist nicht die Abkehr von der Diktatur des Proletariats und (in Folge) weitere oder neue Unterwerfung unter die Herrschaft der Bourgeoisie, sondern vollständige und internationale Vernichtung des Imperialismus. Unseren Beitrag dazu in der BRD zu leisten, liefern die modernen Umwälzungstheoretiker leider keine Perspektive.

Anmerkungen:
1 Poulantzas, Marxismus zwischen Sozialdemokratie und „realem Sozialismus"; in: Annäherungen an den Sozialismus, Hamburg 1980, VSA
2 Poulantzas, Staatstheorie, 1978, VSA
3 siehe Anm. 1
4 „Staat und Revolution"; Lenin Werke 25, S. 425
5 „Manifest der Kommunistischen Partei"; Marx-Engels-Werke 4, S. 481

Ein Bremer Genosse, 15.10.81

Anmerkung

Eine umfasende Darstellung der Staats-Theorie von Poulantzas und ihrer Übernahme durch die „Modernen Zeiten" ist in Vorbereitung.

AK-Redaktion